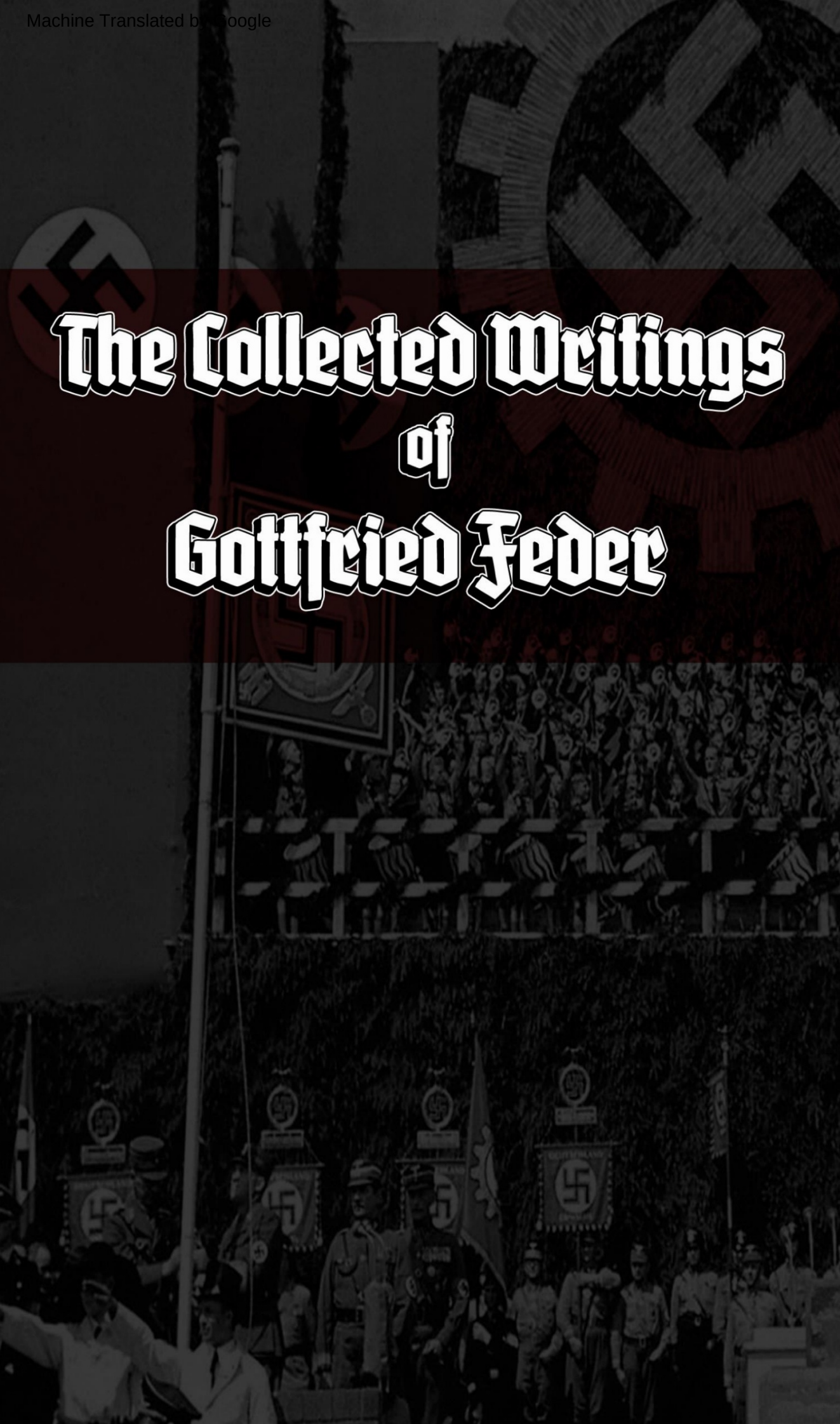
Machine Translated by Google



The Collected Writings of Gottfried Feder

Machine Translated by Google

Die gesammelten Schriften

von

Gottfried Feder

Veröffentlicht im Kali Yuga, 130 n. H.

SUDETENLAND

VERLAG

Machine Translated by Google

Inhaltsverzeichnis

Das Programm der NSDAP und ihre Grundprinzipien 5

Einleitung und Vorwort 6

1. Offizielles Parteimanifest zur Position der NSDAP in Bezug auf die Landbevölkerung und die Landwirtschaft..... 13

Die Politik der NSDAP zum Eigentum an Grundbesitz 17

2. Die 25 Punkte..... 21

3. Die Grundideen 25

4. Die Programmanforderungen im Detail..... 32

5. Was wir nicht wünschen..... 52

6. Schlussfolgerung..... 53

Manifest zur Abschaffung der Knechtschaft der Interessen 55

Implementierungen und Begründung 57

Die Umwandlung von Kriegsanleihen in Bankkredite 75

Besondere Anmerkungen zur Forderung nach Gesetzen im Manifest 76

Die Einwände und ihre Widerlegung 79

Weiterführendes Programm 89

Der deutsche Staat auf nationalsozialistischer Grundlage 56

Einleitung und Vorwort 92

1. Die Grundlagen..... 97

2. Das Programm 116

3. Die Staatsstruktur des nationalsozialistischen Staates 122

Machine Translated by Google

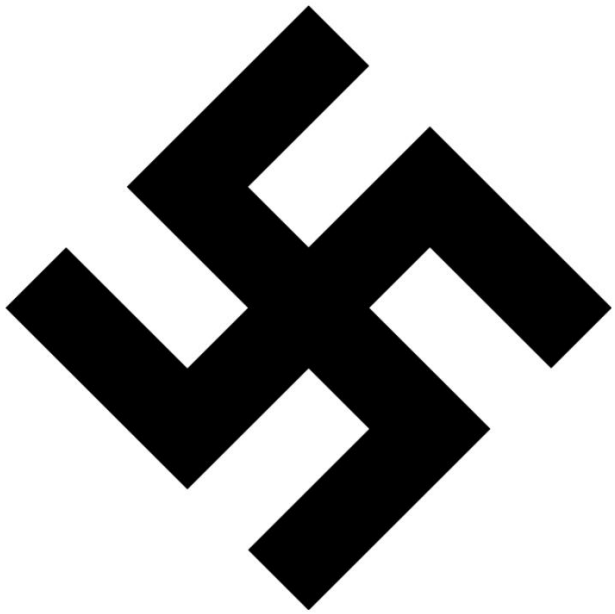
Gottfried Feder

Gottfried Feder, (27. Januar 1883, Würzburg, Deutschland – 24. September , 1941, Murnau), war ein deutscher politischer Aktivist und der bedeutendste *Wirtschaftstheoretiker*. der Anfangsphase des deutschen Nationalsozialismus.

Feder, ein Bauingenieur, erlangte 1919 Bekanntheit durch sein Buch *„Manifest für das Brechen“. „Die Knechtschaft der Interessen“* und seine Rede vor einer Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei in München im September desselben Jahres lieferten **Adolf Hitler die unmittelbare Inspiration für seine** Der Einstieg in die Politik begann mit **Feders** sozialistischen und antikapitalistischen Ideen, die im März 1920 in **Hitlers** 25-Punkte-Programm für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) sowie in **seinem** eigenen Buch *„Der deutsche Staat auf nationalsozialistischer Grundlage“* Ausdruck fanden. **Hitler** betrachtete dieses Werk als „Katechismus der nationalsozialistischen Bewegung“. Zwischen 1924 und 1936 war **Feder** Mitglied des Deutschen Reichstags und bekleidete die Ämter des Vorsitzenden des Wirtschaftsrates der NSDAP (1931), des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium (1933) und des Landesbaukommissars (1934). Mit der zunehmenden Anpassung der NS-Politik an das bestehende Wirtschaftssystem schwand **Feders** Einfluss in der Partei jedoch drastisch, und 1936 geriet er nahezu in Verge

Machine Translated by Google

Das Programm des Nationalen Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei und ihre allgemeinen Vorstellungen



Machine Translated by Google

Historischer Bericht über den Aufstieg der NSDAP mit einer biographischen Übersicht über die Karriere Adolf Hitlers

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 in Braunau am Inn, einem Dorf der alten Grafschaft, geboren. Bayern.

Sein Vater war der Waisensohn eines armen Bauern und hatte sich bis zum Zollbeamten hochgearbeitet. Seine Mutter stammte aus einer deutschen Bauernfamilie. Als er 13 Jahre alt war, verlor er seinen Vater, vier Jahre später seine Mutter. Adolf Hitler war damals Stipendiat an der Realschule in Linz an der Donau, nachdem er die Volkshochschule verlassen hatte. Es war der Wunsch seines Vaters gewesen, dass er Beamter werden sollte, doch Hitler selbst wollte Künstler werden. Der Tod seiner Mutter zwang ihn, unverzüglich seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Mit 17 Jahren ging Hitler nach Wien, wo er Architekt werden wollte. Er verdiente seinen Lebensunterhalt zunächst als Bauarbeiter, wo er Mörtel anrührte, später als technischer Zeichner. Bereits mit 18 Jahren interessierte er sich für Politik; er wurde Antimarxist, spielte aber bisher keine führende Rolle. Schon in seiner Jugend war Hitler leidenschaftlicher Nationalist gewesen, und er hoffte, die sozialen Erfahrungen seiner Arbeitszeit mit seinen nationalistischen Überzeugungen zu verbinden. Mehrere Jahre lebte er in Wien in bitterer Armut.

1912 zog er nach München, wo er studierte. Er hatte nie die Freuden der Jugend kennengelernt, sondern seit dem Tag, an dem er mit 50 Kronen in der Tasche sein Elternhaus verließ, waren Arbeit und Entbehrung sein Schicksal. Im Februar 1914 gelang es ihm, sich vom Wehrdienst in der österreichischen Armee zu befreien. Sechs Monate später brach der Krieg aus. Er meldete sich umgehend freiwillig zur deutschen Armee und erhielt durch ein direktes Anliegen an König Ludwig von Bayern die Erlaubnis, als Freiwilliger in ein bayerisches Regiment einzutreten. Am 10. Oktober 1914 marschierte das neue Regiment aus.

Am 2. Dezember 1914 wurde dem 25-jährigen Freiwilligen das Eiserne Kreuz II. Ranges verliehen. Klasse.

In Anerkennung seiner Tapferkeit beim Angriff auf den „Bayernwald“ und in den anderen Gefechten bei Wytschäte wurde er zum Meldegänger ernannt. Diese Aufgabe erforderte besonderen Mut und Zuverlässigkeit, da die Berichte oft unter schwerem Beschuss über offenes Gelände überbracht werden mussten. Dadurch wurde sein Name im gesamten Regiment, weit über den engen Kreis seiner Kameraden hinaus, schnell bekannt.

Am 7. Oktober 1916 wurde er durch einen Granatsplitter verwundet. Im März 1917 kehrte er zu seinem Regiment zurück. Er erhielt mehrere weitere Auszeichnungen, darunter ein Regimentsdiplom für besondere Tapferkeit in den Kämpfen bei Fontaines und schließlich das Eiserne Kreuz I. Klasse.

Am 14. Oktober 1918 wurde er zusammen mit vielen Kameraden seines Regiments durch Senfgas, das die Briten damals zum ersten Mal einsetzten, schwer verletzt und erblindete vorübergehend. Während seines Krankenhausaufenthalts brach die Revolution aus.

Daraufhin beschloss Hitler, Politiker zu werden. 1919 schloss er sich einer kleinen Gruppe von sechs Männern an und gründete mit ihr die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Er entwarf das Grundprogramm der neuen Bewegung und legte deren Charakter und Ziele fest.

Machine Translated by Google

Der Kern: Sieben Männer

Im September 1919 hielt Adolf Hitler seine erste Rede vor sieben Männern; danach sprach er vor 11, 25, 47 Zuhörern; im Dezember vor 111; im Januar 1920 vor 270 und kurz darauf vor 400.
Am 14. November 1920 sprach er vor 1700 Zuhörern. Er organisierte nun die Propaganda der jungen Partei, die nach einem Jahr Arbeit 64 Mitglieder zählte. Ein Jahr später – 1920 – waren es bereits 3000. Hitlers Propagandatätigkeit in München war so intensiv, dass er schließlich dreimal wöchentlich Massenveranstaltungen abhielt und montags einen Lehrgang gab. Er griff vor allem die Torheit des Versailler Vertrags an und wies die Behauptungen der Marxisten, der Zentrumspartei usw. zurück, dass die Erfüllung dieses Vertrags möglich sei. Er geißelte die Parole dieser Parteien: „Waffen nieder, und die anderen werden auch entwaffnen.“ Er sprach in der Annahme, dass die anderen nach der Entwaffnung Deutschlands weiter aufrüsten würden – wenn nicht mit eigenem Geld, dann mit den Millionen, die der völlig entwaffneten deutschen Nation abgepresst wurden. Während er sich gegen die Propaganda von SPD und Zentrum für die Unterzeichnung des Vertrags stellte, prophezeite er, dass das Ruhrgebiet besetzt bleiben würde, egal was wir unterschreiben würden.

1921.

Dieses Jahr war geprägt von der Gründung der ersten Ortsgruppen in Rosenheim und Landshut. Hitler organisierte die erste Männergruppe zum Schutz der Partei und begann seinen Kampf gegen die separatistische Bewegung in Bayern. Unser Führer sprach außerdem vor über 5000 Menschen im Münchner Zirkus.

Auf seinen Versammlungen erklärte er, die Erfüllung des Vertrags werde nicht, wie SPD, Zentrum und Volkspartei behaupteten, zum friedlichen und ruhigen Aufbau des deutschen Wohlstands beitragen, sondern vielmehr zwangsläufig eine massive Inflation zur Folge haben, die der deutschen Industrie immensen Schaden zufügen werde. Hitlers Behauptung, die schwarzrote Regierung plane die Entstaatlichung der Staatsbahnen, wurde als dreiste Lüge bezeichnet. Ein Putschversuch innerhalb der Partei wurde niedergeschlagen. Hitler entwarf die neue Parteiverfassung, die ihm diktatorische Vollmachten verlieh.

Die Sozialdemokratie, die den Namen Hitler nicht länger ignorieren konnte, versuchte nun, ihren Feind mit terroristischen Mitteln loszuwerden. Bei den Versammlungen kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, in denen die eiserne Nervenstärke unseres Führers die Oberhand behielt. Im Zuge dessen wurde eine unbesiegbare Leibgarde aufgestellt, die fortan den Namen „Sturmabteilung“ trug.

1922.

Während die Eroberung Münchens voranschritt, breitete sich die Bewegung im übrigen Bayern aus. Hitler wies alle Kompromissangebote zur Vereinigung mit anderen Parteien zurück. Er zerschlug nach und nach alle ähnlichen nationalistischen Parteistrukturen und machte die nationalsozialistische Bewegung zur übergeordneten Macht.

Im Oktober 1922 marschierte Hitler an der Spitze von 800 Mann nach Coburg und zerschlug dort innerhalb von nur zwei Stunden zum ersten Mal den Roten Terror in dieser Stadt vollständig.

Adolf Hitler erklärte damals öffentlich, dass wir geradewegs in Richtung Inflation rasten, die er als Folge der Politik der schwarz-roten Koalition vorhergesehen hatte. Er wurde

Machine Translated by Google

Bekannt als der gefährlichste und meistgehasste Feind des Systems. Sozialdemokratie und Zentrumspartei stellten ihre Verteidigung durch Argumente ein und verfolgten stattdessen eine Politik der Verleumdung.

1923.

Im Januar 1923 fand die erste große Parteikonferenz statt, auf der die ersten Parteifahnen geweiht wurden. Die Sturmabteilung wurde offiziell gegründet.

Die Parteipropaganda wurde eingehend studiert und verbessert, und die Grundprinzipien der Organisation wurden festgelegt und etabliert. Zahlreiche Anhänger scharten sich um Hitler, die meisten von ihnen sind bis heute seine treuen Mitstreiter im Kampf. Die Angriffe auf ihn wurden unterdessen mit zunehmender Entschlossenheit fortgesetzt; er landete erstmals im Gefängnis, angeklagt, Versammlungen seiner Gegner gestört zu haben; er wurde ständig mit Geldstrafen belegt. Dennoch gab er den Kampf gegen das System nie auf.

Im Sommer 1923 begann Adolf Hitler, den Roten Terror in den meisten Städten Bayerns zu zerschlagen: Regensburg, Hof, Bayreuth, Nürnberg, Fürth, Ingolstadt, Würzburg, Schweinfurt – oft unter Blutvergießen in Straßenkämpfen, in denen er die sozialdemokratischen und kommunistischen Terrorbanden besiegte.

Sein Kampf gegen die unfähige Reichsregierung war von bitteren Anschuldigungen begleitet. Er prophezeite das Scheitern des schwachen Widerstands der Regierung in der Ruhrfrage und griff unentwegt die törichte Politik der Übereinkunft mit Frankreich und der Vertragserfüllung an. Stets betonte er die Notwendigkeit einer Übereinkunft mit England und Italien.

Im November 1923 unternahm Adolf Hitler seinen Versuch, das System zu stürzen. Der Aufstand scheiterte, und Hitler wurde verhaftet.

1924.

Der große Prozess fand im März 1921 in München statt. Obwohl Hitler in den Tatsachen für schuldig befunden wurde, erreichte er eine überwältigende moralische Rechtfertigung. Seine Verteidigung beeinflusste das Gericht so stark, und seine Übernahme der alleinigen Verantwortung war so überzeugend, dass die Rede des Anklägers zu einem bemerkenswerten Zeugnis seiner ehrenhaften Motive wurde. Der Richter verurteilte ihn jedoch zu einer Haftstrafe.

Die Nationalsozialistische Partei erlitt einen schweren Schlag durch den Verlust ihres Führers. Ihre Gegner waren überzeugt, die Bewegung sei am Ende, und fassten den Mut, den berüchtigten Dawes-Pakt zu unterzeichnen. Damit leiteten sie bewusst die systematische Ausplünderung Deutschlands ein, die im Young-Plan ihren Höhepunkt fand. Welch ein Triumph für die Sozialdemokraten und die Mitte! Das Ziel der Versklavung Deutschlands war scheinbar erreicht!

Vergebens versuchte Hitler durch seine Gefolgsleute, die auf freiem Fuß waren, gegen den Dawes-Pakt vorzugehen. Vergebens zwang er sie, öffentlich zu erklären, dass die Zusicherungen der Zentrumspartei, der SPD und der Volkspartei, die Auslandskredite des Plans würden den nationalen Wohlstand steigern, die Arbeitslosigkeit beseitigen, die Löhne erhöhen und die Steuern senken, die Landwirtschaft retten, nichts als eine Täuschung der Nation seien. Vergebens zwang er sie, darauf hinzuweisen, dass der Dawes-Pakt zwangsläufig die Armut verschärfen würde, da die Zinsen der Kredite die Industrie lähmen würden, während die Kredite selbst lediglich der Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Plans dienten; Konkurs und Arbeitslosigkeit würden zunehmen, die Löhne würden sinken.

Machine Translated by Google

würde sinken, Preise und Steuern würden noch weiter steigen, und die Bauern stünden vor dem völligen Ruin und wären gezwungen, sich von allem zu trennen, was sie besitzen.

Am 20. Dezember verließ Hitler die Festung.

1925.

Am 27. Februar 1925 erging Adolf Hitlers Aufruf zur Wiedergeburt der Partei, und
Seine erste Rede nach seiner Inhaftierung hielt er vor einem Publikum von 4000 Menschen.

Die nationalsozialistische Bewegung war nach den Ereignissen des 9. November zerschlagen worden. ,
Und all sein Besitz und Geld waren beschlagnahmt worden; so dass Adolf Hitler nun mit leeren Händen begann, die Partei von Grund auf neu aufzubauen. Vorwärts und Germania in Berlin verspotteten seine Bemühungen und höhnten über den „Narren, den die Haft verrückt gemacht hatte“.
Dennoch schritt der Wiederaufbau der Partei unter Hitlers Führung mit großer Geschwindigkeit voran. Die alten Führer scharten sich erneut treu um ihn. Hitler spornte die Parteipresse zu neuer Aktivität an.

Bis Dezember 1925 zählte die Partei 27.000 Mitglieder. Das Zentrum und die Soziale
Die alarmierten Demokraten verfügten, dass der Parteichef zwei Jahre lang nicht öffentlich sprechen dürfe.

1926.

Im Juni dieses Jahres fand die erste Parteikonferenz seit Hitlers Inhaftierung statt.

Die bürgerliche Welt war weiterhin überzeugt, dass die Erfüllungspolitik Deutschland retten und der Dawes-Pakt die Industrie wiederbeleben würde. Die Marxisten waren von ihrer unerschütterlichen Herrschaft überzeugt.

Präsident von Hindenburg trennte sich von seinen Anhängern und marschierte mit Zentrum und SPD davon. Die Partei setzte den Kampf fort; bis Ende des Jahres zählte sie 49.000 Mitglieder.

1927.

Das Verbot für Hitler, öffentlich zu sprechen, wurde aufgehoben, da es sich als unmöglich durchzusetzen erwies. Er sprach auf zahlreichen Massenversammlungen. Monat für Monat festigte sich die Partei weiter.

Die Entwicklungen rundherum bewiesen mit immer größerer Wucht, dass Hitler Recht gehabt hatte.
Der Dawes-Pakt wurde aufgedeckt, und seine Folgen waren verheerend. Die Sozialdemokraten und die Zentrumspartei versuchten, mit Lügen und Beschimpfungen zu retten, was noch zu retten war.

Im August berief Hitler einen Parteitag in Nürnberg ein, der sich als großer Erfolg erwies. Bis Ende des Jahres zählte die Partei 72.000 Mitglieder.

1928.

Adolf Hitler führte seine Partei in einen verstärkten Angriff auf das bestehende System. Der Nationalsozialismus war nun der unerbittliche Feind der Zerstörer Deutschlands im Inneren wie im Äußeren.
Hitler richtete seinen Angriff insbesondere gegen die sinnlose Zerstörung der Bauern und des Mittelstands. Er prophezeite die Katastrophe, die über die heimischen Märkte hereinbrechen würde. Auf Hunderten von Versammlungen erklärte er immer wieder, dass die Umsetzung dieser Prophezeiung Wahnsinn sei und dass ihre

Machine Translated by Google

Die Folgen wären Tod und Ruin für die deutsche Industrie gewesen. Die Sozialdemokraten und die Zentrumspartei verhöhnten und höhnten in ihrem Rachefeldzug. Ihre Lügen und Beschimpfungen richteten sich persönlich gegen Hitler.

Zum Jahresende zählte die Partei 108.000 Mitglieder und 12 Parteimitglieder.
saß im Reichstag.

1929.

Adolf Hitler setzte seinen Kampf gegen das bestehende System mit unermüdlicher Energie fort. Die Parteipresse wurde perfektioniert, die Sturmabteilung vergrößert, die Verbände gestärkt und die Propaganda intensiviert. Die Doktrin des Nationalsozialismus begann, tief in das nationale Bewusstsein einzudringen.

Am 4. August fand in Nürnberg die zweite Parteikonferenz von gewaltigem Ausmaß statt. Hitler attackierte das schwarz-rote System mit immer größerer Vehemenz und trat als unangefochtener mächtigster Führer gegen alles auf, was unter „Demokratie“ zu verstehen war. Alle Versuche, ihn von der Parteispitze zu verdrängen, wurden niedergeschlagen.

Zum Jahresende zählte die Partei 178.000 Mitglieder.

1930.

Der Kampf gegen den Young-Plan war in vollem Gange. Hindenburg verteidigte ihn energisch und behauptete, dass dadurch Deutschland gerettet, die deutsche Industrie wiederbelebt, die Arbeitslosigkeit eingedämmt, die Bauern wieder aufatmen und die Steuern gesenkt werden könnten.

Adolf Hitler bezeichnete solche Ansichten als unrealistisch und verhängnisvoll; er prophezeite das Gegenteil. Seine Partei klärte die Nation inmitten heftiger Kämpfe auf. Die Gegner antworteten mit einem Strom von Lügen.

Die Reichstagswahlen fanden am 14. September statt. , 1930. Die Partei erhielt 6,5 Prozent der Stimmen. Millionen Stimmen wurden abgegeben und 107 Mitglieder gewählt. Die interne Organisation war stärker denn je. Einige wenige kleinere Aufstandsversuche, die von außen angezettelt wurden, wurden von Hitler umgehend niedergeschlagen, und diejenigen, die sich nicht bedingungslos unterwarfen, wurden ausgewiesen.

Die Zentrumspartei, die sich nun – im Guten wie im Schlechten – der SPD ausgeliefert hatte, begann, die Kirche gegen Hitler aufzuhetzen. Bischöfe und Priester der Zentrumspartei starteten einen fanatischen Angriff auf die nationalsozialistische Bewegung, exkommunizierten deren Anhänger und verweigerten ihnen sogar ein christliches Begräbnis. Hitler hielt unbeirrt an seiner Überzeugung fest, dass die Zentrumspartei Deutschlands Untergang bedeuten würde, und setzte seinen Kampf gegen sie mit noch größerer Entschlossenheit als zuvor fort. Er wies jeden Versuch, ihn zu einer Kursänderung zu bewegen, entschieden zurück.

Zum Jahresende zählte die Partei 389.000 Mitglieder.

1931.

Der Kampf gegen den Young-Plan ging weiter. Die von Hitler vorhergesehenen Folgen traten ein.

Machine Translated by Google

Die Regierung leitete Notstandsmaßnahmen ein, in der Annahme, so die Industrie zu retten. Es folgten heftige Auseinandersetzungen, in denen Adolf Hitler erneut auf die fatalen Folgen dieser Politik hinwies. Innerhalb weniger Monate – ja sogar Wochen – sollte sich seine Einschätzung bewahrheiten.

Inzwischen waren zahlreiche nationalsozialistische Zeitungen erschienen, und die zentrale Verlagsstelle der Partei hatte sich allmählich zu einem riesigen Unternehmen entwickelt. Die Organisation war hocheffizient geworden, und die Sturmabteilung hatte im Laufe der Zeit einen hohen Entwicklungsstand erreicht.

Unsere Gegner schwelgten in Lügen und ließen zu, dass Bestellungen für Waren in Frankreich aufgegeben wurden.

Bis Ende 1931 erreichte die Mitgliederzahl der Hitler-Partei 806.000, einen Monat später 862.000 und einen weiteren Monat später 920.000. Am Wahltag zählte die Partei etwa eine Million Mitglieder und unzählige Millionen Anhänger an den Wahlurnen.

Der Mann, der einst ein armer Arbeiter und später ein Soldat an der Front war, hat so in kaum dreizehn Jahren die größte politische Organisation aufgebaut, die Deutschland je gesehen hat. Die einzigen Mittel, die seinen Gegnern gegen diesen Mann zur Verfügung stehen, sind Lügen und Verleumdung. Und trotz all der Lügen hat er sich bisher stets durchgesetzt, und dieses Mal wäre er beinahe zum Reichspräsidenten gewählt worden.

Hat jemals jemand in der gesamten Geschichte Deutschlands in zwölf Jahren eine ähnliche Leistung vollbracht, trotz Widerstands von Partei, Hochfinanz, Kapital, Presse, öffentlicher Meinung, Bürokratie, Lügen, Terrorismus und Verfolgung?

Er war kein behütetes Kind; von frühester Kindheit an war er ein Mann von höchstem Rang.

Im eigentlichen Sinne des Wortes, indem er sich ausschließlich auf seine eigene Kraft verließ.

Machine Translated by Google

Vorwort

1926 beschloss der Parteirat in Weimar die Herausgabe einer Reihe von Broschüren, die sich in prägnanter Form mit den grundlegenden Fragen des gesamten politischen Lebens in Deutschland auseinandersetzen sollten. Unsere Absicht war und ist es, ein einheitliches und vollständiges Bild der Haltung des Nationalsozialismus zu den verschiedenen Aufgaben unseres öffentlichen Lebens zu zeichnen und darzulegen, wie er seine Irrtümer und Mängel zu beseitigen hofft.

Unsere Aufgabe ist es daher, den aktuellen Stand der Dinge eingehend zu untersuchen, dann wissenschaftlich ihren Ursprung zu erforschen und schließlich, mit schöpferischer Inspiration, die entscheidende Frage zu beantworten: Was nun? Das hohe Ziel dieser Schriften ist es, neue Wege für das Staatsleben, für Finanzen und Wirtschaft aufzuzeigen; inmitten des Chaos einen Fels in der Brandung zu errichten, durch eingehendes Studium einen Fundus an klarem Wissen zu schaffen, damit daraus ein geeinter politischer Wille entstehen kann.

Auf der großen Versammlung am 31. August 1927 erklärte Adolf Hitler mit Nachdruck: „Programmfragen betreffen den Verwaltungsrat nicht; das Programm steht fest, und ich werde niemals Änderungen an den in ihrem Programm festgelegten Grundsätzen der Bewegung dulden.“ Dieser entschiedenen Aussage unseres Führers schließe ich mich von ganzem Herzen an, denn nichts ist gefährlicher für das Leben und die Schlagkraft einer Bewegung wie der unseren, als dass ihr festes Programm im Laufe der Zeit negativer Kritik ausgesetzt wird.

Wer meint, er könne in der Judenfrage, in unserem Kampf gegen die Hochfinanz, den Dawes-Pakt und die Verarmungspolitik oder in anderen Fragen unseres Programms nicht mit uns den ganzen Weg gehen, oder wer geneigt ist, die Freiheit der deutschen Nation durch den Völkerbund und den Pakt von Locarno mittels Kompromissen und Feigheit zu verhandeln, braucht sich bei uns zu bewerben; sein Platz ist außerhalb der NSDAP. Wir weisen das „überlegene Privatwissen“, das solche Leute so bereitwillig in Reden und journalistischen Beiträgen zur Schau stellen, entschieden zurück.

Ein Mann, der grundsätzlich mit unseren Prinzipien übereinstimmt, mag vielleicht Bedenken hinsichtlich einiger weniger Details haben, denn wir können nicht erwarten, jemals in allen Fragen absolut übereinzustimmen, insbesondere nicht in einer aggressiven politischen Bewegung.

Anders verhält es sich jedoch, wenn politische Gegner einen einzelnen Punkt durch bösartige, völlig irrelevante Falschdarstellung verfälschen, wie es tatsächlich geschehen ist. In einem solchen Fall ist ein offizieller Kommentar erforderlich.

Wir lehnen es ab, unser Programm aus Zweckmäßigkeitsgründen, wie es andere Vertragsparteien tun, an sogenannte veränderte Bedingungen anzupassen. Wir beabsichtigen, die Bedingungen unserem Programm anzupassen, indem wir sie beherrschen.

Ich wurde von Adolf Hitler beauftragt, diese Reihe von Broschüren herauszugeben, die Folgendes beinhalten:
zur Erstellung der offiziellen Literatur der Partei.

Ich habe das offizielle Manifest der Partei vom 6. März 1930 beigefügt; außerdem meine Antwort auf zehn Fragen der Deutschen Tageszeitung, dem Leitorgan des Reichslandbundes.
Die Zeitung hat meine Antworten angenommen.

Dies ist der beste und effektivste Weg, um alle Lügen über unsere angebliche Abneigung gegen Eigentum und Vererbung von Grundbesitz in Deutschland auszuräumen.

Machine Translated by Google

1. Offizielles Parteimanifest zur Position der NSDAP in Bezug auf die Landbevölkerung und die Landwirtschaf

München, 6. März 1930

1. Bedeutung der Bauernklasse und der Landwirtschaft für Deutschland

Die deutsche Nation bezog einen beträchtlichen Teil ihrer Nahrungsmittel durch Importe. Vor dem Ersten Weltkrieg konnten wir diese Importe durch unsere Industrieexporte, unseren Handel und unsere im Ausland angelegten Kapitalreserven finanzieren. Der Ausgang des Krieges setzte dieser Möglichkeit ein Ende.

Heute finanzieren wir unsere importierten Lebensmittel größtenteils mit Auslandskrediten, die Deutschland immer tiefer in die Schuldenfalle internationaler Geldgeber treiben. Wenn es so weitergeht, wird die deutsche Bevölkerung immer verarmen.

Die einzige Möglichkeit, sich aus dieser Knechtschaft zu befreien, liegt in Deutschlands Fähigkeit, lebensnotwendige Nahrungsmittel im eigenen Land zu produzieren. Eine Steigerung der Produktion in der deutschen Landwirtschaft ist daher eine Frage von Leben und Tod für die deutsche Nation.

Darüber hinaus ist eine wirtschaftlich gesunde und hochproduktive Bevölkerung des Landes unerlässlich für unsere Branche, die in Zukunft immer mehr Möglichkeiten auf dem heimischen Markt suchen wird.

Wir betrachten die Bevölkerung des Landes auch als Trägerin des Erbes der Gesundheit, als Quelle der Jugend der Nation und als Rückgrat ihrer militärischen Stärke.

Die Erhaltung einer leistungsfähigen Agrarklasse, deren Zahl mit dem Wachstum der Gesamtbevölkerung zunimmt, ist ein wesentlicher Bestandteil des nationalsozialistischen Programms, da unsere Bewegung das Wohl aller unserer Bürger in den kommenden Generationen im Blick hat.

2. Die Vernachlässigung der Bauernklasse und der Landwirtschaft durch den heutigen Staat.

Die landwirtschaftliche Produktion, die durchaus steigerbar wäre, wird dadurch beeinträchtigt, dass die zunehmende Verschuldung der Bauern sie daran hindert, die für den Anbau notwendigen Mittel zu erwerben, und weil die Landwirtschaft nicht rentabel ist, wodurch der Anreiz zur Produktionssteigerung entfällt.

Es gilt, die Gründe dafür zu erforschen, warum die Landwirtschaft keinen ausreichenden Ertrag für die geleistete Arbeit abwirft:

1. in der bestehenden Finanzpolitik, die die Landwirtschaft übermäßig belastet. Dies ist auf parteipolitische Erwägungen zurückzuführen und darauf, dass der jüdische Weltgeldmarkt – der die parlamentarische Demokratie in Deutschland tatsächlich kontrolliert – die deutsche Landwirtschaft zerstören will, da dies die deutsche Nation und insbesondere die Arbeiterklasse seiner Gnade ausliefern würde;

Machine Translated by Google

2. im Wettbewerb mit ausländischen Landwirten, die unter günstigeren Bedingungen arbeiten und nicht durch eine Politik des Schutzes der deutschen Landwirtschaft eingeschränkt werden;

3. an den exorbitanten Gewinnen der großen Großhandelszwischenhändler, die drängten sich selbst zwischen Produzent und Konsument positionieren.

4. in den horrenden Preisen, die der Bauer für Strom und Kunstdünger zahlen muss,

Unternehmen, die hauptsächlich von Juden geführt werden.

Die hohen Steuern lassen sich durch den geringen Ertrag der Landwirtschaft nicht decken. Der Bauer ist gezwungen, sich zu verschulden und Wucherzinsen zu zahlen. Er gerät immer tiefer in diese Tyrannei und verliert schließlich alles, was er besitzt, an den jüdischen Geldverleiher. Die deutsche Bauernschaft wird enteignet.

3. Im Reich, wie wir es zu sehen hoffen, sollen die Rechte des Bodens geachtet werden und es soll eine Agrarpolitik für Deutschland geben.

Solange die deutsche Regierung in Wirklichkeit von internationalen Finanzmagnaten kontrolliert wird, die sich dabei des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems bedienen, besteht keine Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Armutslage der Bevölkerung auf dem Land oder auf eine Wiederbelebung der Landwirtschaft; denn diese Bestrebungen zielen darauf ab, Deutschlands Stärke, die auf dem Land beruht, zu zerstören.

Im neuen und ganz anderen deutschen Staat, den wir anstreben, werden die Landwirte und die Landwirtschaft die ihnen gebührende Berücksichtigung erfahren, da sie eine Hauptstütze eines wahrhaft nationalen deutschen Staates sind.

Daraus ergeben sich folgende Anforderungen:

1. Das von der deutschen Nation erworbene und verteidigte Land Deutschlands muss der deutschen Nation als Wohnstätte und Lebensgrundlage dienen. Diejenigen, die das Land bewohnen, müssen es in diesem Sinne verwalten.

2. Nur Angehörige der deutschen Nation dürfen Land besitzen.

3. Rechtmäßig erworbenes Land gilt als Erbgut. Mit dem Eigentumsrecht ist jedoch die Pflicht verbunden, es im nationalen Interesse zu nutzen.
   Zur Überwachung dieser Verpflichtung werden Sondergerichte eingesetzt; diese setzen sich aus Vertretern aller Abteilungen der Grundbesitzerklasse und einem Vertreter des Staates zusammen.

4. Deutsches Land darf weder Gegenstand von Finanzspekulationen sein noch seinem Eigentümer ein unverdientes Einkommen einbringen. Es darf nur von demjenigen erworben werden, der bereit ist, es selbst zu bewirtschaften. Daher hat der Staat bei jedem Verkauf von Land ein Vorkaufsrecht.
   Es ist verboten, Land an private Kreditgeber zu verpfänden. Die für den Anbau notwendigen Kredite zu günstigen Konditionen werden den Landwirten entweder von staatlich anerkannten Verbänden oder vom Staat selbst gewährt.

5. Für die Nutzung von Grundstücken werden Gebühren an den Staat entrichtet, die sich nach Größe und Beschaffenheit des Grundstücks richten. Diese Grundsteuer beseitigt jegliche weitere Besteuerung von Grundstücken.

6. Hinsichtlich der Anbaumenge lässt sich keine feste Regel festlegen. Aus bevölkerungspolitischer Sicht benötigen wir eine große Anzahl kleiner und mittelgroßer Betriebe.

Machine Translated by Google

Landwirtschaftliche Betriebe. Die Landwirtschaft im großen Stil spielt jedoch eine sehr wichtige Rolle, und wenn sie ein gesundes Verhältnis zu kleineren Betrieben wahrt, ist sie gerechtfertigt.

7. Ein Erbrecht wird erforderlich sein, um die Aufteilung von Grundstücken zu verhindern.
Anhäufung von Schulden darauf.

8. Der Staat hat das Recht, Land zu enteignen, wobei eine angemessene Entschädigung geleistet wird.
gewährt:

a. wenn es nicht im Besitz eines Mitglieds der Nation ist;

b. wenn – durch ein Urteil des Landgerichts – festgestellt wird, dass sein Eigentümer durch schlechtes Handeln
Landwirtschaft handelt nicht im nationalen Interesse;

c. zum Zweck der Ansiedlung unabhängiger Bauern darauf, wenn der Eigentümer es nicht selbst bewirtschaftet;

d. wenn es für besondere staatliche Zwecke im nationalen Interesse erforderlich ist (z. B. Kommunikation,
Landesverteidigung). Nach deutschem Recht unrechtmäßig erworbenes Land kann entschädigungslos
enteignet werden.

Es ist die Pflicht des Staates, verfügbares Land nach einem auf den Grundsätzen der Bevölkerungspolitik basierenden Plan zu besiedeln. Das Land wird den Siedlern als Erbbesitz unter Bedingungen zugeteilt, die ihnen den Lebensunterhalt ermöglichen. Die Auswahl der Siedler erfolgt durch eine Prüfung ihrer bürgerlichen und beruflichen Eignung. Söhne von Bauern, die kein Erbrecht haben, werden besonders bevorzugt.

Die Kolonisierung der östlichen Grenzgebiete ist von größter Wichtigkeit. Die bloße Gründung von Bauernhöfen reicht dabei nicht aus; vielmehr müssen im Zusammenhang mit dem neuen Industriezweig Marktstädte entstehen. Nur so können auch kleinere Betriebe rentabel bewirtschaftet werden.

Es wird Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein, große Flächen für die Ernährung und Ansiedlung der wachsenden Bevölkerung Deutschlands bereitzustellen.

4. Die Bauernklasse muss wirtschaftlich und bildungsmäßig gefördert werden.

1. Die gegenwärtige Armut der Landbevölkerung muss unverzüglich durch Steuererleichterungen und andere Sofortmaßnahmen gelindert werden. Weitere Verschuldung muss durch eine gesetzliche Senkung des Zinssatzes für Kredite auf das Vorkriegsniveau und durch ein konsequentes Vorgehen gegen Erpressung eingedämmt werden.

2. Es muss staatliche Politik sein, dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft rentabel wird. Die deutsche Landwirtschaft muss durch Zölle, staatliche Importregulierung und ein nationales Ausbildungsprogramm geschützt werden.

Die Festlegung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss von Marktspekulationen befreit werden, und der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Interessen durch die großen Zwischenhändler muss ein Ende gesetzt werden; der Staat muss die Übertragung ihrer Geschäfte an landwirtschaftliche Verbände fördern.

Es ist die Aufgabe solcher Berufsverbände, die Betriebskosten der Landwirte zu senken und die Produktion zu steigern. (Bereitstellung von Geräten, Düngemitteln, Saatgut, Züchtung)

Machine Translated by Google

(Bestände an Rohstoffen unter günstigen Bedingungen, Verbesserungen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose Beratung, chemische Forschung usw.) Der Staat leistet den Organisationen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben umfassende Unterstützung. Insbesondere muss der Staat auf eine erhebliche Senkung der Kosten für Kunstdünger und Strom für die Landwirte bestehen.

3. Die Organisationen müssen die Landarbeiter durch sozial gerechte Verträge als Mitglieder der landwirtschaftlichen Gemeinschaft anerkennen. Die Aufsicht und Schlichtung in diesen Angelegenheiten obliegt dem Staat. Guten Arbeitern muss der Aufstieg zum Landbesitzer ermöglicht werden. Die dringend benötigte Verbesserung der Lebensbedingungen und Löhne der Landarbeiter wird sich mit der allgemeinen Verbesserung der landwirtschaftlichen Lage einstellen. Sobald sich diese Bedingungen verbessern, wird der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nicht mehr notwendig sein, und diese Praxis wird künftig verboten sein.

4. Die nationale Bedeutung der Bauernklasse erfordert, dass der Staat die technische Ausbildung im Agrarsektor fördert. (Jugendeinrichtungen, landwirtschaftliche Gymnasien mit sehr günstigen Bedingungen für talentierte, aber mittellose Jugendliche.)

5. Berufsverbände können nicht die gesamte notwendige Unterstützung für die Landwirtschaft leisten; das kann nur die politische Bewegung der NSDAP für die deutsche Freiheit.

Die Landbevölkerung ist arm, weil die gesamte deutsche Nation arm ist. Es ist ein Irrtum zu glauben, eine einzelne Arbeiterklasse könne sich dem Schicksal der gesamten deutschen Gemeinschaft entziehen – und es ist ein Verbrechen, Neid zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu schüren, die im Guten wie im Schlechten miteinander verbunden sind.

Wirtschaftliche Hilfe kann unter dem gegenwärtigen politischen System keine dauerhafte Verbesserung bewirken, denn die politische Knechtschaft ist die Wurzel der Armut unseres Volkes, und nur politische Methoden können diese beseitigen.

Die alten politischen Parteien, die für die nationale Versklavung verantwortlich waren und sind,
Sie können nicht die Anführer auf dem Weg zur Freiheit sein.

Es gibt wichtige wirtschaftliche Aufgaben, die auf die Berufsverbände in unserem zukünftigen Staat warten; schon jetzt können sie in dieser Richtung viel Vorarbeit leisten; aber für den politischen Befreiungskampf, der die Grundlage für eine neue Wirtschaftsordnung legen soll, sind sie nicht geeignet; denn dieser Kampf muss nicht aus der Perspektive eines einzelnen Berufsstandes, sondern aus der Perspektive der gesamten Nation geführt werden.

Die Bewegung, die den politischen Befreiungskampf bis zum Ende fortführen wird
ist die NSDAP

(Unterschrift) Adolf Hitler

Machine Translated by Google

Die Politik der NSDAP zum Eigentum an Grundbesitz

Eine Antwort von Gottfried Feder

Die Deutsche Tageszeitung *(Nr. 47)* vom 25. Januar 1930 veröffentlichte eine Reihe von Fragen, die uns von den Führern des Brandenburger Landbundes gestellt wurden. Ihr Hauptanliegen war es, eine Definition der Haltung der NSDAP zu Privateigentum an Grundstücken, Erbschaft, Kreditaufnahme, Zöllen, Preisregulierung, Gewinnbeteiligung und zu Fragen von allgemeinem gesellschaftspolitischem und wahltaktischem Interesse zu erhalten.

ICH.

Um jegliche Besorgnis hinsichtlich einer späteren willkürlichen Auslegung von Punkt 17 des Parteiprogramms auszuräumen, wurde die erste Frage wie folgt formuliert: „Ist die NSDAP bereit, eine Garantie

dafür zu geben, dass sie sich nicht gegen … stellt?“
Eigentum an Land.

Antwort: Der Nationalsozialismus erkennt Privateigentum als Prinzip an und stellt es auf die säkularen Grundlagen des öffentlichen Eigentums.
unter staatlichem Schutz.

Sie wird bestrebt sein, eine gesunde Mischung aller Unternehmen, kleiner wie großer, im Wirtschaftsleben der Nation aufrechtzuerhalten.

Der Geist des gesamten Programms beweist eindeutig, dass der Nationalsozialismus als überzeugter und konsequenter Gegner des Marxismus dessen verhängnisvolle zentrale Doktrin der allgemeinen Enteignung gänzlich ablehnt und eine dauerhafte Agrarklasse als beste und sicherste Grundlage für den Nationalstaat betrachtet.

Da der Nationalsozialismus aber auch ein entschiedener Gegner der Großkapitalisten ist, deren Ziel es ist, alle landwirtschaftlichen Werte für sich zu mobilisieren und die Bauern mittels Steuern und Kreditzinsen zu verdrängen, fordert er den staatlichen Schutz der Bauern vor den Übergriffen der Großkonzerne.

Wir brauchen eine starke, gesunde Klasse von Landwirten, die frei ist von der Knechtschaft der Interessen und der Tyrannei der Besteuerung.

II.

Die zweite Frage richtete sich persönlich an mich, da ich von Hitler ernannt worden war.
'letzter Schiedsrichter in allen Fragen, die das Programm betreffen'.

„Welche Haltung vertritt der Nationalsozialismus gegenüber der Vererbung von Eigentum, und
Nachfolgepflichten?“

Antwort: Da die Kontinuität des Eigentums, also die Vererbung des Landes, das die Vorfahren eines Menschen urbar gemacht und bebaut haben, den Kern der nationalen Idee bildet, ist sie eine natürliche Folge. Der Nationalsozialismus erkennt daher das Prinzip der Vererbung ebenso an wie das des Landbesitzes.

Machine Translated by Google

Wenn Eigentum an entfernte Verwandte geht, erhebt der nationalsozialistische Staat eine Sondersteuer; im Falle näherer Verwandtschaft wird diese zum jeweils geltenden Steuersatz berechnet.

III.

Diese Frage wurde aufgrund einer – völlig unbegründeten – Besorgnis hinsichtlich der möglichen Folgen eines Verbots von Krediten privater Kapitalisten für die Sicherheit des Bodens.

Antwort: Ein Staat, der landwirtschaftliche Güter von Schulden befreien und die Bauern aus den Klauen professioneller Finanziers retten will – nachdem so viele Bauern von den Juden aus ihrer Heimat vertrieben wurden –, ein Staat, der das Geldmonopol des Kapitalismus aufbrechen und die Knechtschaft des Zinses abschaffen will, wird wahrscheinlich weder die notwendigen Kredite verweigern noch Wucherzinsen verlangen; im Gegenteil, der Nationalsozialismus beabsichtigt, die Landwirtschaft bestmöglich zu unterstützen.

IV.

„Die Knechtschaft der Zinsen durchbrechen.“ Abschaffung unverdienter Einkünfte. „Was ist das …?“ Welche Haltung vertrat die Nationalsozialistische Partei gegenüber angespartem oder geerbtem Kapital?

Antwort: Hat heutzutage irgendein Landwirt ein „unverdientes Einkommen“ aus Zinsforderungen, oder kann irgendein Landbesitzer von dem Geld leben, das er durch seine Pachteinnahmen spart?

Dies bedeutet, dass unter bestimmten Landbesitzern, die noch über ein wenig Kapital verfügen, Besorgnis herrscht, oder dass es sich um ein absichtliches Missverständnis oder eine Ignoranz gegenüber dieser wichtigsten Forderung des nationalsozialistischen Programms handelt.

Anmerkung: Wir meinen damit wörtlich die „Befreiung von der Zinsfalle“. Niemand würde geringe Zinsbeträge aus Ersparnissen, Hypotheken oder staatlichen Darlehen als Zinsfalle bezeichnen. Wir meinen damit die Situation, in der eine gezielte Inflation unsere gesamten Ersparnisse aufgezehrt hat und der Landwirt Zinsen für neue Hypotheken und kurzfristige Kredite zu Zinssätzen zahlen muss, die ihn ruinieren.

Wer am gegenwärtigen kapitalistischen System festhält, handelt gegen die wahren Interessen der Bauern und befürwortet, dass Banken und ihre Agenten von der Landwirtschaft profitieren. Im Übrigen verweise ich die Leser auf meine Broschüren „Der Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ und „ Das *Programm der NSDAP“.*

V.

Unsere Steuerpolitik besagt klar und konsequent: Den Verbraucher von … zu befreien die Last der indirekten Besteuerung und der Produzent von Steuern, die sein Geschäft behindern.

Beabsichtigt die Partei, die Einfuhrzölle abzuschaffen?

Antwort: Der Landbund sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Nationalsozialisten im Reichstag gemäß ihrem Prinzip – Schutz der Arbeit der Nation in Stadt und Land – uneingeschränkt für Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse gestimmt haben.

VI.

Die Frage der Gewinnbeteiligung. Es ist hier unmöglich, dieses umfassende und schwierige Thema zu behandeln. In meiner Wochenzeitschrift „Die Flamme“ habe ich unsere Haltung in mehreren Artikeln ausführlich dargelegt.

Machine Translated by Google

Der Artikel in der Deutschen Tageszeitung ist irreführend, da er die zitierten Sätze aus dem Kontext reißt. Ich persönlich bin der Ansicht, dass Gewinnbeteiligung im allgemeinen Sinne kapitalistischer und marxistischer Ideen nicht die richtige Lösung ist. Unser Programm bezieht sich in diesem Zusammenhang auf Fabrikarbeiter, und es ist sinnlos, die Frage in einer Broschüre über Landwirtschaft zu klären.

VII.

Verlängerung der Leistungen der Altersversicherung.

„Wie soll die Finanzierung für diesen Zweck aufgebracht werden?“

Antwort: Es gibt zwar bereits eine Altersversicherung, diese ist jedoch in vielen Fällen unzureichend und wird als Verarmung angesehen. Sobald die Steuerlast wegfällt und die derzeit Arbeitslosen, aber Erwerbsfähigen wieder in den Arbeitsmarkt integriert sind, werden ausreichende Mittel vorhanden sein, um ihnen eine angemessene Altersversorgung zu gewährleisten.

VII, IX, X.

Hierbei handelt es sich lediglich um Fragen der Parteitaktik und nicht um Fragen irgendwelcher Prinzipien.

Da wir in Opposition zu einer Koalition stehen, die Deutschland Unglück gebracht hat, müssen wir naturgemäß hin und wieder mit den Kommunisten stimmen (obwohl uns eine ganze Welt von ihnen trennt), genau wie die Deutschnationalen und die Christlichnationalen Bauern. Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, woher wir unsere Anhänger gewinnen, sondern wenden uns an alle – Arbeiter, Bürgerliche und Bauern –, die ein gutes deutsches Herz haben, guten Willens sind und sich ein Ende der parlamentarischen Misswirtschaft und der verhängnisvollen Erfüllungspolitik (der Friedensverträge) wünschen. Wir halten die „soziale Kommunikation“ mit anderen Parteien nicht für einen geeigneten Weg, die deutsche Nation von Marxismus und Parlamentarismus zu befreien – denn das führt zu politischen Verhandlungen. Nur diktatorisches Handeln und entschlossene Machtausübung können Deutschland aus dem Sumpf ziehen.

Die Nation will keine schönen Worte, sondern Entschlossenheit; kein Feilschen, sondern solide Arbeit für unsere arme, unterdrückte Nation.

Eine ausführliche und klare Darstellung des Vorangegangenen findet sich in Nr. 19 der nationalsozialistischen Schriftenreihe – „Unser tägliches Brot: Grundfragen der deutschen Landwirtschaft“ von Hermann Schneider, Eckersdorf, Kreis Namslau –, die die gesamte Agrarpolitik des Nationalsozialismus behandelt. Sie enthält durchdachte Vorschläge zur Wiederherstellung der notleidenden Bauernklasse Deutschlands.

Nr. 16 von Dr. Buchner enthält einen ausgezeichneten Aufsatz über Sinn und Geist unserer Wirtschaftspolitik.

Nr. 12, verfasst von Oberst Hierl, beschreibt unsere Politik der nationalen Verteidigung.

Zum Schluss möchten wir noch einige Anmerkungen zu bestimmten Fragen machen, die unsere politischen Feinde in boshafter Absicht und unwahrhaftig darstellen, in der Hoffnung, uns Schaden zuzufügen.

Unsere Haltung gegenüber dem Beamtenstand ist gewiss lobenswert. Wir wären nicht so uneingeschränkte Bewunderer des großen Königs von Preußen, wenn wir gegen diesen Stand wären. Was die Armee im Ausland war, ist ein reiner, unbestechlicher Beamtenstand für den Staat im Inland. Ehre und Pflicht müssen wieder zu unverzichtbaren Eigenschaften unserer Beamten werden. Beamte, die den Roten und Schwarzen hörig sind, werden im kommenden Staat verschwinden; solche Parteifunktionäre kennen weder Ehre noch Pflicht.

Machine Translated by Google

Die Behauptung, die Nationalsozialisten seien gegen die Beamten und beabsichtigten, deren Gehälter zu kürzen und die Pensionen abzuschaffen, ist eine politische Lüge, die von der Presse unserer Gegner verbreitet wird. Im Gegenteil, wir wollen allen Bürgern, die Deutschland ihr Leben lang treu gedient haben, eine Ehrenpension gewähren, die ihnen im Alter Sorgen erspart. Nur so kann die Sozialhilfe vom Stigma der „Verarmung“ befreit werden.

Wir müssen auch die Ausweitung der Rentenidee auf selbstständige Handwerker und Arbeiter in Betracht ziehen. Es besteht kein Grund zur Sorge, wie wir die Mittel dafür aufbringen sollen. Wenn wir aufhören, jährlich Milliardenbeträge ins Ausland und noch mehr an unsere eigenen Banken zu zahlen, wird ein Bruchteil dieser Summen ausreichen, um die Altersrenten zu finanzieren.

Arbeitslosenhilfe und Versicherung

Es ist nicht an sich Aufgabe des Staates, erwerbsfähige Männer mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Unsere Haltung gegenüber dem bestehenden System der Unterstützung für Erwerbslose hat sich nie geändert; wir haben uns im Parlament stets für bessere Bedingungen für Arbeitslose eingesetzt.
Dies tun wir nicht, weil wir den Zustand für richtig halten, sondern weil eine Regierung wie die jetzige, deren idiotische Außen- und Innenpolitik die Arbeit, die Nahrungsmittelproduktion und den gesamten Handel an den Rand des Abgrunds gebracht hat, verpflichtet ist, ihre Politik fallen zu lassen.

Ein Staat, der nicht in der Lage ist, Millionen von arbeitsfähigen Männern wieder in die Wirtschaft zu integrieren, verdient es, beseitigt zu werden; wenn er also finanziell nicht in der Lage ist, das Problem der Unterstützung für Arbeitslose zu lösen, zucken wir nur mit den Schultern.

Die verschiedenen Angriffe auf das Arbeitslosengeldsystem, selbst wenn sie im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen dieser Sozialhilfe berechtigt sind, bringen uns nicht von unserem Grundsatz ab. Zugegeben, unter den fast 3 Millionen Arbeitslosen mögen sich 200.000 bis 300.000 notorische Faulenzer befinden, die sofort wieder arbeiten würden, wenn das Arbeitslosengeld abgeschafft würde – wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass mindestens 2,5 Millionen gute Arbeiter, Angestellte, Ingenieure, Techniker, Vorarbeiter, Büroangestellte usw. verzweifelt nach Arbeit suchen und keine finden. Dass sich an der miserablen Situation der Arbeitslosenhilfe nichts ändern lässt, ist dem Versagen unserer völlig verfehlten Staatspolitik geschuldet.

Angriffe auf Religion und Klerus

Wir können nicht oft genug betonen, dass die NSDA.P. nicht von einem Angriff träumt.
Die christliche Religion und ihre würdigen Diener.

Es ist die korrumpierende Politik der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei, die wir angreifen; diese lassen keine Gelegenheit aus, „Kirche in Gefahr“ zu rufen, außer wenn sie sich mit der atheistischen, gottlosen Sozialdemokratie verbünden.

Gerade weil wir ein so hohes und heiliges Ideal von der Beziehung des Menschen zu seinem Gott haben, verabscheuen wir es, wenn die Religion durch den Schmutz politischer Konflikte befleckt wird.

Machine Translated by Google

2. Die 25 Punkte

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verkündete am 25. Februar 1920 auf einer großen Massenversammlung im Hofbräuhaus-Festsaal in München ihr Programm der Welt.

In Abschnitt 2 der Verfassung unserer Partei wird erklärt, dass dieses Programm unveränderlich ist.

Das Programm

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist zeitlich begrenzt; die Führung hat nicht die Absicht, nach Erreichen der darin verkündeten Ziele neue Ziele aufzustellen, nur um die Unzufriedenheit der Massen künstlich zu steigern und so den Fortbestand der Partei zu sichern.

1. Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen zur Bildung eines Großdeutschlands auf der Grundlage des Rechts des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes im Umgang mit anderen Nationen sowie die Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain.
3. Wir fordern Land und Territorium (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unserer überflüssigen Bevölkerung.
4. Nur Angehörige der Nation dürfen Staatsbürger sein. Nur Personen deutscher Abstammung, ungeachtet ihrer Religion, dürfen der Nation angehören. Daher darf kein Jude der Nation angehören.
5. Wer nicht die Staatsbürgerschaft des Staates besitzt, darf sich in Deutschland nur als Gast aufhalten und muss als ausländischen Gesetzen unterworfen anzusehen.
6. Das Wahlrecht über die Regierung und die Gesetzgebung des Staates steht allein den Staatsbürgern zu. Wir fordern daher, dass alle amtlichen Ämter, gleich welcher Art, ob im Reich, auf dem Land oder in den kleineren Ortschaften, ausschließlich Staatsbürgern übertragen werden. Wir lehnen die korrumpierende Praxis des Parlaments ab, Posten lediglich nach parteipolitischen Erwägungen und ohne Berücksichtigung von Charakter oder Eignung zu besetzen.
7. Wir fordern, dass der Staat die Förderung von Fleiß und Lebensunterhalt seiner Staatsbürger zu seiner obersten Pflicht macht. Ist es nicht möglich, die gesamte Bevölkerung des Staates zu ernähren, müssen Ausländer (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reich ausgeschlossen werden.
8. Jegliche Einwanderung von Nichtdeutschen muss unterbunden werden. Wir fordern, dass alle Nichtdeutschen, die nach dem 2. August 1914 nach Deutschland eingereist sind, das Reich unverzüglich verlassen müssen.
9. Alle Bürger des Staates sind hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gleich.
10. Es muss die erste Pflicht eines jeden Staatsbürgers sein, mit seinem Verstand oder seinem Körper zu arbeiten. Die Aktivitäten des Einzelnen dürfen nicht mit den Interessen des Ganzen kollidieren, sondern muss im Rahmen der Gemeinschaft erfolgen und dem Gemeinwohl dienen.

Machine Translated by Google

Wir fordern daher:

11. Abschaffung des Einkommens, das nicht durch Arbeit erzielt wird.

Abschaffung der Knechtschaft des Eigeninteresses.

12. Angesichts der enormen Opfer an Menschenleben und Eigentum, die jeder Krieg von einer Nation fordert, muss die persönliche Bereicherung durch einen Krieg als ein Verbrechen gegen die Nation angesehen werden. Wir fordern daher die rücksichtslose Konfiszierung sämtlicher Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller Unternehmen, die bisher in Gesellschaften (Trusts) organisiert waren.

14. Wir fordern, dass die Gewinne aus dem Großhandel aufgeteilt werden.

15. Wir fordern einen umfassenden Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung und den Erhalt einer gesunden Mittelschicht, die sofortige Vergemeinschaftung von Großhandelsgeschäften und deren Vermietung zu einem günstigen Preis an Kleinhändler sowie die Berücksichtigung aller kleinen Lieferanten gegenüber dem Staat, den Bezirksbehörden und kleineren Ortschaften.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Erfordernissen entsprechende Landreform, den Erlass eines Gesetzes zur entschädigungslosen Enteignung von Land für kommunale Zwecke, die Abschaffung der Zinsen auf Landdarlehen und die Verhinderung jeglicher Spekulation mit Land1 .

18. Wir fordern die unerbittliche Verfolgung all jener, deren Handlungen dem Gemeinwohl schaden. Niederträchtige Verbrecher gegen die Nation, Wucherer, Profiteure usw. müssen ungeachtet ihrer Religion oder Herkunft mit dem Tode bestraft werden.

19. Wir fordern, dass das römische Recht, das der materialistischen Weltordnung dient, durch ein Rechtssystem für ganz Deutschland ersetzt wird.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen die Möglichkeit einer höheren Bildung und damit des beruflichen Aufstiegs zu eröffnen, muss der Staat eine grundlegende Reform unseres nationalen Bildungssystems in Erwägung ziehen. Die Lehrpläne aller Bildungseinrichtungen müssen an die Anforderungen des praktischen Lebens angepasst werden.

    Das Verständnis des Staatsgedankens (Staatssoziologie) muss von Beginn der intellektuellen Entwicklung des Schülers an das Ziel der Schule sein. Wir fordern die Förderung begabter Kinder armer Eltern, ungeachtet ihrer sozialen Schicht oder ihres Berufs, auf Kosten des Staates.

21. Der Staat muss dafür sorgen, den Gesundheitsstandard im Land zu erhöhen, indem er Mütter und Säuglinge schützt, Kinderarbeit verbietet, die körperliche Leistungsfähigkeit durch obligatorische Gymnastik und gesetzlich vorgeschriebene Sportarten steigert und Vereine, die sich mit der körperlichen Entwicklung der Jugend befassen, umfassend unterstützt.

22. Wir fordern die Abschaffung einer bezahlten Armee und die Aufstellung einer nationalen Armee.

23. Wir fordern ein entschlossenes Vorgehen gegen bewusstes politisches Lügen und dessen Verbreitung in der Presse. Um die Schaffung einer deutschen nationalen Presse zu ermöglichen, fordern wir:

---

[1] Am 13. April 1928 gab Adolf Hitler folgende Erklärung ab: Es ist notwendig, auf die falsche Auslegung von Punkt 17 des Programms der NSDAP durch unsere Gegner zu antworten.

Da die NSDAP das Prinzip des Privateigentums anerkennt, ist es offensichtlich, dass der Ausdruck „Enteignung ohne Entschädigung“ lediglich mögliche rechtliche Befugnisse zur Enteignung von gegebenenfalls illegal erworbenem oder nicht dem nationalen Wohl entsprechend verwaltetem Land meint. Die Maßnahme richtet sich im Einklang mit dem nationalen Wohl und in erster Linie gegen jüdische Unternehmen, die mit Grundstücken spekulieren.

München, 13. April 1928. (Unterschrift) Adolf Hitler

Machine Translated by Google

a. dass alle Redakteure von Zeitungen und ihre Assistenten, die die deutsche Sprache verwenden, Sprache, müssen Mitglieder der Nation sein;

b. dass eine besondere Genehmigung des Staates erforderlich ist, bevor nichtdeutsche Zeitungen erscheinen dürfen. Diese werden nicht notwendigerweise in deutscher Sprache gedruckt;

c. dass Nichtdeutschen gesetzlich die finanzielle Beteiligung an und die Einflussnahme auf deutsche Zeitungen untersagt wird und dass die Strafe für einen Verstoß gegen dieses Gesetz die Unterdrückung der betreffenden Zeitung und die sofortige Ausweisung des beteiligten Nichtdeutschen ist. Die Veröffentlichung von Zeitungen, die dem nationalen Wohl nicht dienen, muss verboten werden. Wir fordern die strafrechtliche Verfolgung aller Tendenzen in Kunst und Literatur, die geeignet sind, unser nationales Zusammenleben zu zerstören, sowie die Auflösung von Institutionen, die den oben genannten Forderungen entgegenstehen.

24. Wir fordern Religionsfreiheit im Staat, soweit sie keine Gefahr für den Staat darstellen und nicht gegen die moralischen Empfindungen des deutschen Volkes verstoßen.

Die Partei als solche steht für ein positives Christentum, bindet sich aber in Glaubensfragen an keine bestimmte Konfession. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in uns und um uns herum und ist überzeugt, dass unsere Nation nur auf dem Prinzip der inneren Gesundheit dauerhafte Stärke erlangen kann:

Das Gemeinwohl vor dem Eigeninteresse.

25. Damit all dies verwirklicht werden kann, fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Staates. Unangefochtene Autorität des politisch zentralisierten Parlaments über das gesamte Reich und seine Organisation; und die Bildung von Kammern für Stände und Berufe zur Durchführung der vom Reich in den einzelnen Staaten des Bundes erlassenen allgemeinen Gesetze.

Die Parteiführer schwören, geradlinig voranzugehen – notfalls auch auf Kosten ihrer eigenen Interessen. Leben – bei der Sicherstellung der Erfüllung der vorstehenden Punkte.

München, 24. Februar 1920.

Nach eingehender Diskussion in der Generalversammlung der Mitglieder am 22. Mai 1920 wurde beschlossen: „Dieses Programm ist unveränderlich.“ Dies bedeutet nicht, dass jedes Wort unverändert bleiben muss, noch dass jegliche Bemühungen zur Vertiefung oder Weiterentwicklung des Programms verboten sind, sondern es bedeutet mit absoluter Entschlossenheit und unerschütterlicher Klarheit, dass die darin enthaltenen Grundsätze und Leitideen nicht angetastet werden dürfen.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit darf es keine Krümmung oder Verdrehung geben, keine versteckte Einmischung in sehr wichtige – und für die gegenwärtigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr unerwünschte – Punkte des Programms, keine Abweichung von der eigentlichen Meinung.

Adolf Hitler lässt seine zwei Hauptpunkte in Bleisatz drucken: Das Gemeinwohl vor dem Eigeninteresse – der Geist des Programms. Die Abschaffung der Knechtschaft der Interessen – der Kern des Nationalsozialismus. Sobald diese beiden Punkte erreicht sind, bedeutet dies einen Sieg der sich anbahnenden universalistischen Gesellschaftsordnung im „wahren Staat“ über die gegenwärtige Trennung von Staat, Nation und Wirtschaft unter dem korrumpierenden Einfluss der individualistischen Gesellschaftstheorie.

Machine Translated by Google

Der heutige Scheinstaat, der die Arbeiterklasse unterdrückt und die illegalen Gewinne von Bankern und Börsenspekulanten schützt, ist Schauplatz rücksichtsloser privater Bereicherung und schändlicher politischer Profitgier. Er kümmert sich nicht um sein Volk und bietet keinerlei moralischen Zusammenhalt. Die Macht des Geldes, die rücksichtsloseste aller Mächte, herrscht uneingeschränkt und übt einen korrumpierenden, zerstörerischen Einfluss auf Staat, Nation, Gesellschaft, Moral, Theater, Literatur und alle anderen, schwer abzuschätzenden moralischen Fragen aus.

In diesem gigantischen Kampf darf es natürlich kein Zögern, kein Zurückweichen geben; es geht entweder um Sieg oder Niederlage.

Die etwas unterschiedliche Sichtweise auf dasselbe Grundprinzip, die ich in meinem Buch Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage (F. Eher Nachf.) dargelegt habe, ist keine Änderung, sondern eine Reihe von Punkten, die zusammengehören, gesammelt und nach verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Aspekten des Lebens geordnet sind.

Wenn meine Ansichten *(siehe S. 22)* als von den 25 Punkten abweichend oder ihnen entgegengesetzt angesehen werden könnten, hätte Hitler mein Buch in seinem kurzen Vorwort niemals als „Katechismus unserer Bewegung“ bezeichnet. Jeder kann sich je nach Vorliebe für eine der beiden Ansichten entscheiden, doch vergleicht man sie miteinander, so stellt man keinen Widerspruch fest.

Um künftig eine uneingeschränkte Übereinstimmung unserer in unserem Programm formulierten Forderungen zu gewährleisten und die Bewegung vor Erschütterungen zu schützen, die jeder Bewegung schaden könnten, — Nach den „Verbesserungsvorschlägen“ von professionellen und Amateurkritikern, Nörglern und Besserwissern ernannte Adolf Hitler auf einer Konferenz aller Bezirksorganisatoren, die am 11. Februar 1926 in Bamberg stattfand, Gottfried Feder formell zum endgültigen Richter über alle Fragen im Zusammenhang mit dem Programm.

Machine Translated by Google

3. Die Grundideen

Es ist unser Ziel in dieser Broschüre, die Grundprinzipien der nationalsozialistischen Staatsauffassung so kurz und einfach wie möglich darzulegen. In einer späteren Broschüre werden wir uns ausführlicher mit den soziologischen, theoretischen und spirituellen Aspekten dieser Auffassung befassen.

Wir werden auch nicht versuchen, die verschiedenen anderen politischen Bestrebungen oder diejenigen zu beschreiben, die sie in den verschiedenen Parteien und Vereinigungen vertreten – das ist eine Aufgabe für sich –, sondern wir legen hier lediglich die wesentlichen Punkte unserer Forderungen dar.

Die Welt entstand aus dem Chaos, Ordnung aus der Unordnung, Organisation aus wilder Verwirrung.

Heute herrscht Chaos auf der Welt – Verwirrung, Kampf, Hass, Unterdrückung, Raub, Grausamkeit, Selbstsucht. Bruder und Bruder sind entfremdet. Angehörige derselben Nation greifen einander an, erstechen einen Mann, nur weil er ein Hakenkreuz trägt. Sie alle leiden unter denselben Lasten, denselben Entbehrungen; doch wer hat in den letzten Monaten je davon gehört, dass marxistische Arbeiter ihre Arbeitgeber, ihre Parteiführer, Banker, Börsensauger oder Großhändler angegriffen oder getötet hätten? Das einzige Opfer des Chaos ist der einfache Arbeiter. Die Marxisten haben den Verstand verloren und schließen sich den Plünderern ihrer eigenen Klasse an, während sie sich grausam gegen diejenigen wenden, die bereit sind, sie zu retten.

Die Nationalisten und andere Parteien sind an der Regierung beteiligt oder kämpfen mit jenen, die ihre nationalen Ideale zerstört und dadurch Ehre und Ansehen verloren haben, um einen Regierungsbeitritt. Die Verteidigungsverbände bemühen sich, in den Staat – den Staat von Severing und Grzesinsky – einzudringen, in den Staat der Pazifisten, Internationalisten und Juden, mit denen sie ihrer Ansicht nach die Regierung führen können.

Sie sind völlig von Sinnen! Die sogenannten Rechtskreise begreifen nicht, dass Adler und Schlangen, Wölfe und Lämmer, Menschen und Choleraerreger nicht zusammenarbeiten können. Sie setzen all ihre Kraft ein, um dem Chaos, dem politischen Durcheinander und der politischen Schwäche einen Anschein von Ordnung zu verleihen. Doch sie stellen sich den Nationalsozialisten, diesen „Fanatikern“, entgegen, erfüllt von wahnhaften Ängsten, diese könnten ihnen einige ihrer früheren Privilegien und Positionen entziehen – und vergessen dabei, dass sie all dies durch eben jenes Volk verloren haben, von dem sie nun ihren Anteil an den politischen Gütern fordern.

Die Industriellen, ob groß oder klein, haben nur ein Ziel vor Augen – Profite –, nur eine Sehnsucht – Kredite –, nur einen Protest – gegen die Besteuerung; sie fürchten und respektieren nur eines – die Banken; sie zucken mit den Schultern angesichts der nationalsozialistischen Forderung nach der Überwindung der Zinsknechtschaft.

Ihr einziges Ziel ist es, Schulden zu machen. Die enormen Abgaben, die die Banken mühelos durch Kredite eintreiben, betrachten sie als völlig legitim. Sie gründeten Sparparteien und stimmten für die Dawes-Gesetze, die die Hauptursache für die hohen Steuern sind.

Ehre ist aus der Wirtschaft verschwunden, die nun vollständig in den Händen mächtiger Konzerne liegt. Die Produzenten haben sich dem Hochfinanzwesen, ihrem größten Feind, ergeben. Die hochverschuldeten Angestellten in Fabriken und Büros müssen sich mit einem Hungerlohn begnügen, denn der gesamte Gewinn der Arbeit fließt in Form von Zinsen und Dividenden in die Taschen der unpersönlichen Finanzmacht.

Die Machthaber sind völlig unfähig, das Chaos einzudämmen. Von oben erdrückt von Steuern und Zinsen, von unten bedroht vom Murren der Unterdrückten

Machine Translated by Google

Die Arbeiter haben sich blindlings an einen vom Kapitalismus beherrschten Staat gebunden, während die Ausbeuter des gegenwärtigen Chaos sie lediglich als Sklaventreiber über die arbeitenden Massen an der Macht lassen. Ihr Zorn richtet sich nicht gegen den Wahnsinn des Marxismus, sondern gegen die Träger des Hakenkreuzes. Sie vergessen, dass wir – und nur wir – die Tragödie der deutschen Wirtschaft kommen sahen, erkannten und aufzeigten, wie Deutschland, wenn es rechtzeitig handelte, aus eigener Kraft das Gleichgewicht wiederherstellen könnte.

Vereinigungen aller Art, deren Grundideen durchaus vernünftig erscheinen, suchen – angesichts des gegenwärtigen Chaos im öffentlichen Leben völlig hilflos – nach Wegen, Ordnung herzustellen. Doch alles ist vergebens, denn sie haben den Bezug zur Nation als Ganzes verloren. Sie alle sind lediglich darauf aus, sich kleine Vorteile für ihre eigene Kaste zu sichern; ohne jegliches politisches oder wirtschaftliches Prinzip wenden sie sich der Reihe nach an jede Partei. Sie beugen sich dem bestehenden System und huldigen der sogenannten obersten Autorität.

Sie kosteten den deutschen Staat unzählige Summen an Zahlungen an zahllose Organisatoren, Direktoren und Geldeintreiber, doch keiner von ihnen brachte auch nur den geringsten Nutzen. Die Inflation – eine verbrecherische Maßnahme – raubte allen Bevölkerungsschichten, den Sparsamen, den Vereinsmitgliedern und den Handwerkern ihre Ersparnisse.
Eine neue Steuer, direkt vom grünen Tisch, zerstört die Hoffnungen, die auf jahrelanger Arbeit beruhen. Ein nach unzähligen Treffen, Diskussionen und Eingaben an die Regierung errungener Vorteil wird meist durch steigende Lebenshaltungskosten, Preissteigerungen oder -senkungen zunichtegemacht.

Chaos und Wahnsinn! Wie soll ein Bauer unter solcher Verfolgung leben? Wie soll ein Arbeiter bei ständig steigenden Preisen einkaufen? Was nützt es, die Gehälter von Beamten und Angestellten zu erhöhen, wenn die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen? In ihrer Naivität hoffen sie auf Hilfe vom Staat – jenem Staat, der all diese Verarmung und Unterdrückung verursacht hat, der nicht der „Vater der Nation“ ist, sondern der Tyrann und Steuereintreiber des Gelddespotismus.

So wenden sie sich immer wieder den alten Parteien zu, behaupten, sich nicht für Politik zu interessieren und dazuzugehören. keiner Partei angehören und gleichzeitig die elenden Parteistreitigkeiten wie bisher weitergehen lassen.

Die große Aufgabe, die sich der Nationalsozialismus gestellt hat, ist die Entschlossenheit, die Form wiederherzustellen, das Chaos zu vertreiben, die Welt, die von den alten Ordnungen abgewichen ist, wieder in Ordnung zu bringen und diese Ordnung – im höchsten platonischen Sinne – zu bewahren.

Es sei hier klargestellt, dass wir weder die scheinbare Ordnung eines Polizeistaats noch den durch Brauchtum und Gesetz legitimierten Finanzraub noch die Verschwörungen von Syndikaten, Trusts und andere organisierte Formen des nationalen Verrats als „Ordnung“ betrachten, so gut sie auch „funktionieren“ mögen. Selbst eine Räuberbande hat ihre Ordnung, Gefängnisse ihre Regeln. Doch in der Nation als organischem Ganzen offenbart jeder Aspekt unseres öffentlichen Lebens Schmerz, Knechtschaft, Unterdrückung und Heuchelei und zeichnet das chaotische Bild eines Kampfes aller gegen alle.

Regierung gegen Volk, Partei gegen Partei, und gleichzeitig werden höchst unnatürliche Bündnisse geschlossen: Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, Händler gegen Produzent und Konsument, Grundbesitzer gegen Mieter, Arbeiter gegen Bauer, Beamte gegen die Öffentlichkeit, Arbeiter gegen
Die Bourgeoisie, Kirche gegen Staat – jeder bekämpft blindlings seinen jeweiligen Gegner und denkt nur an seine eigenen egoistischen Interessen, seinen Aufstieg und seine Bereicherung. Niemand bedenkt das Recht des anderen auf Leben oder dass das Streben nach den eigenen egoistischen Zielen bedeutet, dass jemand anderes dafür aufkommen muss. Niemand denkt an das Wohl seiner Nachbarn oder an seine Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Ein atemloses Streben nach persönlichem Gewinn. Den Nachbarn mit dem Ellbogen durchstoßen, über Leichen gehen, wenn es einem etwas bringt – was soll's? So läuft das moderne Geschäft.

Machen wir uns nichts vor. Wir befinden uns inmitten eines großen Weltwandels, und es ist verständlich, dass einfache Seelen, arme, umherirrende Geister, die keinen Ausweg aus dem Chaos sehen, Trost suchen in

Machine Translated by Google

Selbstmord begehen oder glauben, die Welt gehe unter, und sich dem Wettlauf um das goldene Kalb anschließen und blindlings in den Strudel stürzen. „Genießt es, solange ihr könnt – nach uns kommt die Sintflut.“

Ein so verheerender Schlag für die Moral einer Nation ist nur möglich und erklärbar, wenn das gesamte intellektuelle Fundament der Gesellschaft erschüttert oder gar falsch ist – und tatsächlich sehen wir, dass Marxismus, Kapitalismus und die führenden Persönlichkeiten unseres öffentlichen Lebens alle denselben Gott anbeten.
Individualismus. Persönliches Interesse ist der einzige Anreiz – Vorteile für die eigene, enge Klasse im Leben zu erlangen.

Später wird ein weiterer Beitrag zu dieser Reihe erscheinen, der sich einer sorgfältigen
Soziologische Untersuchung der Konstruktion von Gesellschaft.

Ich werde hier nur kurz versuchen, einen Vergleich zwischen den organischen Fehlern des heutigen Staates und der politischen Ökonomie und dem Wesen eines nationalsozialistischen Staates aufzuzeigen. Die gegenwärtige Doktrin lautet: Die Gesellschaft ist die Summe der Individuen – der Staat bestenfalls eine zweckmäßige Zusammenlegung von Individuen oder Vereinigungen.

Man kann diese Lehre vom Aufbau der Gesellschaft mit einem Steinhaufen vergleichen. Das einzig Reale daran sind die einzelnen Steine. Seine Form ist Zufall; ob ein Stein oben oder unten liegt, ist gleichgültig. Das Ergebnis ist nicht mehr und nicht weniger als ein Haufen Steine.
Steine.

In diesem Sinne ist der Staat, der unserer nationalsozialistischen Gesellschaftslehre und Staatsphilosophie entspricht, das Haus. Rein mechanisch betrachtet besteht auch das Haus aus vielen einzelnen Bausteinen – Sand, Zement, Balken, Fenstern, Türen, Fußböden usw. Doch jeder erkennt, dass ein Haus, ein Zimmer, eine höhere Einheit darstellt, etwas Neues, Besonderes und in sich Vollkommenes, mehr als die bloße Summe aneinandergestapelter Ziegel. Jeder versteht, dass ein Haus nicht durch das Aufeinanderstapeln einzelner Teile entsteht, sondern nur durch deren Zusammenfügen nach einem durchdachten Plan.

So verhält es sich auch mit einer Nation. Erst wenn das Chaos organisch, durch einen bewussten Plan, geordnet wird und Form annimmt, erst wenn aus der Masse der Teile ein vernünftiges Ganzes entsteht, kann der wahre Staat erscheinen. Nur dann nehmen die einzelnen Bestandteile eine sinnvolle Gestalt an. Othmar Spann, ehemaliger Rektor der Universität Wien, hat in seinem Buch „Der wahre Staat“ und in seiner Gesellschaftslehre die soziologischen Grundlagen des heutigen individualistischen Staates dem hohen Ideal einer universellen Ordnung in einem auf wissenschaftlichen Prinzipien gegründeten Staat vorbildlich dargelegt.

Wir Nationalsozialisten haben diesen Satz geprägt, den jeder Mensch verstehen kann:

Die Gemeinschaft vor dem Individuum.

Nur indem der Einzelne als Mitglied der nationalen Gemeinschaft dem Gemeinwohl dient, erwacht er zu einem höheren Lebensgefühl, jeder an seinem Platz. Nur so erlangt jeder den wahren Sozialismus, das Gemeinschaftsgefühl, das wahre Leben, gewinnt ein Gefühl der Sicherheit und erkennt, dass nur unter der Herrschaft dieser Idee aus dem gegenwärtigen System der Ausbeutung eine organische, nationale Regierung entstehen kann, die der Gemeinschaft und jedem einzelnen Mitglied der Gemeinschaft zum Nutzen gereicht.

Heute ist der Einzelne ein hilfloses Opfer der um die Herrschaft ringenden Kräfte; seine Vereinigungen sind machtlos, ihm zu helfen. Es wird nicht klar erkannt, wer der wahre Feind ist – der faule Profiteur und Ausbeuter. Trotz des marxistischen Aufschreis gegen den Kapitalismus, der frommen Erklärungen der Mitte und der Klagen der Wirtschaft über die Last der

Machine Translated by Google

Steuern und Zinsen – niemand erkennt den Feind der Welt, das Finanzwesen, das die Welt überschattet, und seinen Repräsentanten, den jüdischen Magnaten.

Alle Bevölkerungsschichten haben die Peitsche des Zinses gespürt; der Steuereintreiber lastet schwer auf allen Teilen der Bevölkerung – doch wer wagt es, sich der Macht von Banken und Börse entgegenzustellen? Das Kapital offenbart seinen Charakter, indem es, entgegen aller Erfahrung auf der Erde, gleichsam ohne Mühe und Arbeit durch Zinsen und Dividenden wächst und minütlich an Größe und Macht gewinnt. Das teuflische Prinzip der Lüge hat die Anständigkeit schöpferischer Arbeit besiegt.

Schluss damit, die Knechtschaft der Eigeninteressen ist unser Schlachtruf.

Ich weiß, dass diese Forderung, die allen anderen zugrunde liegt, selbst in unseren eigenen Reihen in ihrer vollen Tragweite nicht verstanden wird. Nur wenige unserer Redner wagen es beispielsweise, diese grundlegende Frage anzusprechen, obwohl die meisten von ihnen ihre Bedeutung erkennen; denn einer unserer Parteislogans lautet: „Kampf gegen das Kapital und die Börse“. Doch was die „Knechtschaft der Interessen“ wirklich bedeutet, wie sie das Leben der Nation und des Einzelnen beeinflusst, wie die Finanzwelt die Bevölkerung versklavt hat, welche richtigen und praktischen Methoden angewendet werden müssen, um sie zu brechen, und welche Folgen dies für die gesamte Bevölkerung hätte – all das ist nur wenigen so klar, dass sie es in ihren eigenen Worten erklären können.

In seinem großen Werk Mein Kampf (Band I, S. 224–225) hat Adolf Hitler die immense Bedeutung dieser Frage wie folgt hervorgehoben: *„Als ich im Juni 1919 Gottfried Feders erste Vorlesung über die Überwindung der Knechtschaft des Interesses hörte, wusste ich sofort, dass dies eine theoretische Wahrheit von immenser Bedeutung für die Zukunft der deutschen Nation war. Der Kampf gegen das internationale Kapital und Finanzwesen ist zum Hauptpunkt im·Programm für den Kampf der deutschen Nation um Unabhängigkeit und Freiheit geworden.“*

Alle ernsthaften Nationalsozialisten teilen diese Überzeugung, denn die Lösung dieser Frage impliziert die Lösung der Judenfrage – und noch viel mehr.

Antisemitismus ist gewissermaßen die Grundlage des Gefühls, das unserer gesamten Bewegung zugrunde liegt. Jeder Nationalsozialist ist ein Antisemit, aber nicht jeder Antisemit muss ein Nationalsozialist sein. Antisemitismus ist negativ; der Antisemit erkennt den Träger des nationalen Seuchenkeims, doch diese Erkenntnis schlägt meist in Hass auf den einzelnen Juden und dessen wirtschaftlichen Erfolg um. Im besten Fall dient der Antisemitismus dann dazu, den Juden aus unserem Staat und unserem Wirtschaftsleben zu vertreiben. Der Antisemit macht sich keine Gedanken darüber, wie und was als Nächstes geschieht.

Wenn selbst nach der Vertreibung der Juden das Prinzip der heutigen jüdischen Vorherrschaft – Eigeninteresse vor Gemeinwohl – und das jüdische Banken- und Kreditsystem weiterhin bestünden, gäbe es immer noch genügend Bastardjuden oder sogar „normale Deutsche“ gemischter Abstammung, die genauso bereit wären, in die Fußstapfen der Juden zu treten und gegen ihre eigene Rasse zu wüten, wie es die Juden heute sind, und wir würden vielleicht viele „Antisemiten“ dort sitzen sehen, wo einst die Juden saßen.

Der Nationalsozialismus mit seiner Hauptforderung, die Überwindung der Interessenherrschaft, ist im Kern konstruktiv. Er greift jedoch tiefer, und seine Folgen sind weitaus umfassender.

In meinem Aufsatz „Das Herzstück unseres Programms“ (Jahrbuch der Nationalen Gesellschaft, 1927) habe ich auf die besondere Stellung hingewiesen, die uns diese Forderung unter allen anderen Parteien und Vereinigungen verleiht. In all unseren anderen Forderungen finden wir ähnliche und parallele Bestrebungen bei den Parteien des rechten und linken Spektrums. Keine andere Partei außer der unseren kann ein Äquivalent zu dieser einen Forderung vorweisen.

Machine Translated by Google

Wir alle wissen, dass weder die Linke mit ihrem falschen Ruf „Nieder mit dem Kapitalismus!“ noch die Rechte mit ihren Phrasen über das Vaterland imstande sind, eine neue Weltepoche einzuleiten, denn weder die Marxisten noch die Reaktionäre könnten etwas an der Natur unserer Wirtschaft verändern, sondern würden, wie die Kommunisten in Russland, nur zerstören. Sie sind unfähig aufzubauen.
wie die Kommunisten in Russland.

Was verstehen wir unter der Knechtschaft der Interessen?

Der Zustand der Völker unter der Geldherrschaft des Weltjudentums.

Der Landbesitzer ist dieser Knechtschaft ausgeliefert und muss Kredite aufnehmen, um seine landwirtschaftlichen Betriebe zu finanzieren – Kredite zu so hohen Zinsen, dass sie fast den Ertrag seiner Arbeit auffressen –, oder er ist gezwungen, Schulden zu machen und die Hypotheken wie eine schwere Bleilast hinter sich herzuschleppen.

So ergeht es auch dem Arbeiter, der in Läden und Fabriken für einen Hungerlohn produziert, während der Aktionär Dividenden und Boni einstreicht, für die er nicht gearbeitet hat.

Dasselbe gilt für die verdienende Mittelschicht, deren Arbeit fast ausschließlich dazu dient, die Zinsen für Banküberziehungen zu bezahlen.

So ergeht es all jenen, die ihren Lebensunterhalt durch geistige oder körperliche Arbeit verdienen müssen, während ein vergleichsweise kleiner Teil ohne Mühe und Anstrengung enorme Gewinne aus Dividenden, Spekulationen und Bankaktien einstreicht. Wir sprechen hier nicht von den sparsamen Sparern und Kleinunternehmern –
Auch wenn sie ihre Gewinne einem falschen System verdanken oder verdankten – ihr Leben lang wurde ihnen ein Großteil ihrer geringen Zinsen in Form von Steuern abgezogen, sodass wir es uns leisten können, ihnen im Alter einen Teil ihrer einst entzogenen Einkünfte zurückzuzahlen. Ich werde später noch genauer darauf eingehen.

So ergeht es auch dem Unternehmer, der sein Geschäft mühsam aufgebaut und im Laufe der Zeit in eine Gesellschaft umgewandelt hat. Er ist kein freier Akteur mehr, sondern muss sowohl den gierigen Vorstand als auch seine Aktionäre zufriedenstellen – wenn er nicht verdrängt werden will.

Das gilt für alle Nationen, die ihre Defizite durch Kredite decken.

Diese Knechtschaft bedeutet den Untergang für jede Nation, die der Finanzmacht, den Bankiers, ihre souveränen Rechte im Inland, die Kontrolle über ihre Finanzen, ihre Eisenbahnen sowie über Steuern und Zölle überlässt, wie Deutschland es mit der Annahme des Dawes-Gesetzes getan hat.

Kreative Arbeit unterliegt demselben Knechtschaftsprinzip, wenn sie in erster Linie an Geld denkt. Heute
Das Geld, der „Diener des Geschäfts“, ist in der Tat zum Herrn geworden, zum brutalen Tyrannen der Arbeit.

Die Knechtschaft der Interessen ist der wahre Ausdruck der Gegensätze: Kapital gegen Arbeit, Blut gegen Geld, schöpferische Arbeit gegen Ausbeutung.

Die Notwendigkeit, diese Knechtschaft zu brechen, ist von so immenser Bedeutung für unsere Nation und unser Volk, dass allein davon die Hoffnung unserer Nation abhängt, sich aus ihrer Schande und Sklaverei zu erheben; ja, die Hoffnung, Glück, Wohlstand und Zivilisation in der ganzen Welt wiederzuerlangen.

„Es ist der Dreh- und Angelpunkt von allem; es ist weit mehr als eine bloße Notwendigkeit der Finanzpolitik. Seine Prinzipien und Konsequenzen greifen tief in das politische und wirtschaftliche Leben ein, es ist eine zentrale Frage der Wirtschaftswissenschaft und betrifft somit jeden Einzelnen und erfordert von jedem eine Entscheidung: – Dienst am Gemeinwohl oder unbegrenzte private Bereicherung. Es geht um die Lösung der sozialen Frage.“

Alle „Weltfragen“ lassen sich mit einem einzigen Wort beschreiben, das wie eine Flamme aus dem Chaos emporsteigt; zugleich können unzählige Propheten und Bücher nicht alle Fragen erschöpfen, die sich aus diesem Wort ergeben.

Machine Translated by Google

Mehr können wir zu diesem weitreichenden Grundprinzip des Nationalsozialismus derzeit nicht sagen. Alle wesentlichen Seiten des Problems habe ich bereits in meinen Broschüren beleuchtet: „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“, München 1926 (heute vergriffen); Der Staatsbankrott, Die Rettung – Jos. C. Huber, Diessen, 1919; Der kommende Steuerstreik – Diessen, 1921; und Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage – Frz. Eher Nachf., München, (alle erhältlich in der Bibliothek unserer Partei in München, Thierschstr. 11).

Um die Details dieses Problems zu verstehen, ist ein intensives Studium erforderlich, denn die praktische Ökonomie der letzten 50 Jahre hat sich so eng an die kapitalistische Idee gehalten, dass alle, die damit aufgewachsen sind, einen kompletten Orientierungswechsel benötigen, um sich davon zu befreien.

In Kürze erscheint eine Broschüre zu diesem Thema, die unseren Mitgliedern eine Erläuterung dieser äußerst wichtigen Aufgabe des kommenden nationalistischen Staates geben wird.

Zusätzlich zu den beiden oben genannten, durchaus neuartigen Grundprinzipien unseres Programms, muss bestimmte andere im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik des Staates erwähnen.

Der unserer Staatspolitik zugrunde liegende Grundsatz lautet kurz gesagt wie folgt: Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.

Es ist der große Grundsatz unserer gesamten Außenpolitik und umfasst Deutschlands politische Befreiung, alle Erfordernisse unserer Rassenpolitik und die Bedingungen für die Mitgliedschaft im Staat.

Unser wirtschaftspolitischer Grundsatz lautet: Die Pflicht der Volkswirtschaft besteht darin, die notwendigen Güter bereitzustellen. vom Leben und nicht davon, den höchstmöglichen Gewinn für das Kapital zu sichern.

Dieser wirtschaftspolitische Grundsatz beinhaltet eine grundlegende Haltung des Nationalsozialismus gegenüber dem Privateigentum und den verschiedenen Formen von Unternehmen, von den kleinsten bis zu den größten – Syndikaten, Trusts – sowie den großen moralischen Fragen, die eine treibende Kraft im Geschäftsleben sein müssen, wenn die „Volkswirtschaft“ nicht zur bloßen Ausbeutung der Nation verkommen und nur noch auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sein soll!

Unser Grundsatz in Finanzangelegenheiten lautet wie folgt:

Die Finanzwelt soll dem Wohl des Staates dienen; die Finanzmagnaten sollen keine Machtposition einnehmen. Ein Staat im Staat.

Dieses Prinzip beinhaltet einen tiefgreifenden Wandel. Es betrifft die praktischen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Knechtschaft der Zinsen zu brechen – die Verstaatlichung des Finanzwesens, die Kontrolle des Kreditsystems und des Bankensystems.

Jede einzelne dieser Aufgaben ist aus Sicht unseres Programms von größter Bedeutung. Sie betreffen die gesamte Steuergesetzgebung, mit dem letztendlichen – und scheinbar unmöglichen – Ziel, …
Ziel eines Staates ohne Steuern.

Unser Grundsatz in Bezug auf soziale Subjekte lautet wie folgt:

Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz von allen.

Dieses Prinzip steht im direkten Widerspruch zur heutigen Praxis, nach der jede Klasse, jeder Berufsstand versucht, in der Sozialpolitik Vorteile für die eigene Gruppe zu erlangen, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl. Wir wollen es allen ermöglichen, eine Wohnung zu finden und ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und ein allgemeines System der Altenpflege einführen.

Was den erzieherischen und moralischen Fortschritt betrifft, so ist es unser unveränderlicher Grundsatz: Alle diesbezüglichen Arbeiten müssen ausschließlich aus der Perspektive der deutschen Nation erfolgen. Weder durch Befehl noch durch Gewalt können die moralischen und intellektuellen Kräfte unserer Nation eine neue Renaissance, eine neue klassische Epoche der Künste einleiten. Den erlittenen Verletzungen muss ein Ende gesetzt werden.

Machine Translated by Google

durch unser deutsches künstlerisches und intellektuelles Leben in den Händen der jüdischen Diktatur, insbesondere durch die Vergiftung der Presse.

Abgesehen von diesem wichtigen Bereich des öffentlichen Lebens gibt es natürlich noch viele weitere Verbesserungen, die in Betracht gezogen werden sollten.

Es ist klar, dass unser Rechtssystem an die Vielfalt der neuen Institutionen angepasst werden muss; dass der Skandal der Wahl zum Parlament durch demokratische Abstimmung beseitigt werden muss; und dass wir nach der Übergangszeit einer Diktatur über die äußere, sichtbare Form des Staates und die inneren Funktionen der Bundesstaaten entscheiden müssen.

Doch schon in diesem kurzen Abriss lassen sich die enormen Dimensionen dieser Fragen erkennen.
wenn man mit den gewaltigen Grundprinzipien unseres Programms konfrontiert wird.

Es ist nicht von grundlegender Bedeutung – tatsächlich ist es uns gleichgültig, ob es eine Monarchie oder eine Republik sein soll, ob wir einen Staatenbund aus 5 oder 25 Staaten haben sollen, vorausgesetzt, es handelt sich nur um deutsche Staaten, die unter einer starken Zentralregierung vereint sind, wenn sie dem Fremden gegenüberstehen, und vorausgesetzt, die Bürger des deutschen Staates im Inland können glücklich und zufrieden leben.

Machine Translated by Google

4. Die Programmanforderungen im Detail

wie Gottfried Feder in „Der deutsche Staat“ formuliert hat.

Um die Gewinnung neuer Mitglieder zu vereinfachen, empfiehlt sich die Verwendung des Programms in der folgenden Form. Die untergeordneten Bestimmungen sind den Hauptpunkten zugeordnet und entsprechen den im vorhergehenden Kapitel dargelegten Grundsätzen.

Das politische und wirtschaftliche Programm der NSDAP

Unser Ziel ist die Wiedergeburt Deutschlands zur deutschen Freiheit im deutschen Geist.

Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind:

1. Der politische Grundsatz: Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.

   a. In der Außenpolitik:

      • Bildung eines homogenen Nationalstaates, der alle Angehörigen der deutschen Rasse umfasst.

      • Engagierte Vertretung deutscher Interessen im Ausland.

   b. In der Rassenpolitik:

      • Bildung eines homogenen Nationalstaates, der alle Angehörigen der deutschen Rasse umfasst.

      • Engagierte Vertretung deutscher Interessen im Ausland.

   c. In der internen Richtlinie:

      • Nur Deutsche, die sich in ihrer Gesamtheit mit dem Geist und der Bestimmung Deutschlands identifizieren, dürfen die Rechte eines Staatsbürgers ausüben.

      • Wer kein Deutscher ist, darf sich nur als Gast im deutschen Staat aufhalten und unterliegt ausländischem Recht.

      • Die Rechte der Deutschen haben Vorrang vor denen der Bürger fremder Nationen.

2. Unser wirtschaftspolitischer Grundsatz: Die Pflicht des Staates besteht darin, die lebensnotwendigen Güter bereitzustellen und nicht um den höchstmöglichen Gewinn für das Kapital zu sichern.

   a. Der Nationalsozialismus erkennt Privateigentum als Prinzip an und schützt es durch Gesetz.

   b. Das nationale Wohl erfordert jedoch, dass der Anhäufung von Reichtum in den Händen Einzelner eine Grenze gesetzt wird.

   c. Alle Deutschen bilden eine Gemeinschaft zur Förderung des Gemeinwohls und Kultur.

   d. Innerhalb der Grenzen der Arbeitspflicht eines jeden Deutschen und unter Wahrung der Unantastbarkeit des Privateigentums steht es jedem Deutschen frei, den Ertrag seiner Arbeit zu verdienen und darüber zu verfügen.

Machine Translated by Google

e. Die gesunde Verbindung aller Formen von Unternehmen, ob klein oder groß, in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, einschließlich der Landwirtschaft, soll gefördert werden.

f. Alle bestehenden Unternehmen, die bisher in der Form von Gesellschaften bestanden haben, müssen verstaatlicht werden.

g. Wucher, Bereicherung und persönliche Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des anderen der Nation soll mit dem Tod bestraft werden.

h. Einführung einer einjährigen Arbeitspflicht (für den Staat), die für jeden gilt Deutsch.

3. Unser Finanzprinzip: Finanzen sollen dem Staat dienen; die Finanzmagnaten sollen keinen Staat im Staat bilden. Daher unser Ziel, die Knechtschaft der Interessen zu brechen.

a. Entlastung des Staates und damit der Nation von ihren Schulden gegenüber den großen Finanzhäusern, die Kredite gegen Zinsen vergeben.

b. Verstaatlichung der Reichsbank und der emittierenden Institute. c. Finanzierung

aller großen öffentlichen Vorhaben (Wasserkraft, Eisenbahnen usw.) nicht durch Kredite, sondern durch die Ausgabe unverzinslicher Staatsanleihen oder ohne Verwendung von Bargeld.

d. Einführung eines festen Währungsstandards auf gesicherter Basis.

e. Schaffung einer nationalen Bank für Wirtschaftsentwicklung (Währungsreform) zur Vergabe zinsloser Darlehen.

f. Grundlegende Umgestaltung des Steuersystems nach sozialökonomischen Prinzipien. Entlastung der Verbraucher von der Last indirekter Steuern und der Produzenten von erdrückender Besteuerung (Steuerreform und Steuersenkung).

4. Unser gesellschaftspolitischer Grundsatz: Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz von allen.

a. Ausbau der Altersversicherung im großen Stil durch Verstaatlichung des Rentensystems. Jedem Bürger des deutschen Staates soll ab einem bestimmten Alter oder, im Falle einer dauerhaften Erwerbsunfähigkeit, vor Erreichen dieses Alters eine zum Lebensunterhalt ausreichende Rente garantiert werden.

b. Beteiligung aller in produktiven Unternehmen Tätigen an den Gewinnen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Alters. Die Verantwortung für die Erfüllung der Aufgabe wird auch aus nationaler Sicht geteilt.

c. Beschlagnahme aller Gewinne, die aus dem Krieg und der Revolution erzielt wurden und nicht auf ehrliche Arbeit zurückzuführen sind, sowie des Vermögens von Wucherern und Geldräubern zu sozialen Zwecken.

d. Linderung des Wohnungsmangels durch umfangreiche Neubauten im ganzen Reich mit den in Nr. 20 vorgeschlagenen Mitteln (einer neuen Nationalbank).

5. Unser kulturelles Ziel ist es, dass alle Wissenschaften und schönen Künste in einem politisch freien und wirtschaftlich gesunden Staat gedeihen. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind:

a. Die Jugend zu einem gesunden Körper und einem freien Geist zu erziehen, nach dem großen Traditionen der deutschen Kultur.

b. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit.

c. Besonderer Schutz für die christlichen Konfessionen.

d. Ablehnung von Dogmen, die den deutschen moralischen Instinkten widersprechen und Inhalte enthalten, die dem Staat und der Nation schaden.

Machine Translated by Google

e. Bekämpfung aller schädlichen Einflüsse in der Presse, der Literatur, der Bühne, den Künsten und den Kinos.

f. Unterrichtsfreiheit an deutschen Gymnasien; Bildung einer Regelung
Eine Klasse hochgesinnter Männer.

6. Militärische Angelegenheiten.

a. Um die Nation leistungsfähig zu machen, indem jedem freien Deutschen ermöglicht wird, zu dienen und zu tragen. Waffen.

b. Abschaffung der bezahlten Armee.

c. Schaffung einer nationalen Armee zur Landesverteidigung unter dem Kommando eines hochqualifizierten Korps von Berufsoffizieren.

7. Weitere Empfehlungen.

a. Pressereform. Unterdrückung aller Zeitschriften, die dem Gemeinwohl schaden. Strikte Verantwortlichkeit für alle unwahren und vorsätzlich verfälschten Informationen.

b. Änderung der Wahlrechtsgesetze, um die demoralisierenden Methoden von Wahlanfechtungen und die Immunität der Gewählten zu beseitigen.

c. Bildung spezieller Kammern für Gewerbe und Berufe.

d. Justizreform im Hinblick auf das Landrecht – Anerkennung der Eigentumsrechte an Grundstücken als Grundsatz; kein Recht, sich gegen die Sicherheit des Grundstücks von Privatpersonen zu verschulden; das Vorkaufsrecht des Staates, insbesondere im Falle von Ausländern und Juden; die Befugnis des Staates, Güter im Falle von Misswirtschaft seitens des Eigentümers zu verwalten.

Zivilrecht – deutlich verbesserter Schutz der persönlichen Ehre und Gesundheit im Gegensatz zum einseitigen Rechtsschutz der Eigentumsrechte, der heutzutage vorherrscht.

e. Reform des Landesrechts.

Die dem deutschen Charakter am besten entsprechende Staatsform ist die souveräne Kontrolle, vereint in einer zentralen Personenmacht. Die Nation muss später entscheiden, ob diese zentrale Personenmacht von einem gewählten Monarchen oder einem Präsidenten ausgeübt werden soll.

Föderaler Charakter des Reiches.

Die Verfassung der deutschen Nation aus einer Anzahl von Ländern, die durch Rasse und Geschichte eng miteinander verbunden sind, erfordert, dass jeder der Staaten in inneren Angelegenheiten weitgehend unabhängig ist.

Es ist Aufgabe des Reiches, die deutsche Nation im Ausland zu vertreten und für Pässe, Zollformalitäten sowie für Heer und Marine zu sorgen.

Es gibt drei Haupthindernisse für die Durchführung dieses nationalen Programms.
Sozialismus: Marxismus, das parlamentarische System und die kapitalistischen Magnaten.

1. Unsere antimarxistische Kampagne richtet sich gegen die zerstörerischen Lehren des Juden Karl Marx – die des Klassenkampfes, der die Nation spaltet, die der Abschaffung des Privateigentums, die das Wirtschaften unmöglich macht – und gegen die gesamte wirtschaftsmaterialistische Geschichtsauffassung.

Machine Translated by Google

2. Unsere Kampagne gegen Parlamente richtet sich gegen die Verantwortungslosigkeit der sogenannten Volksvertreter, die – da sie Immunität genießen – in der Praxis nie für die Folgen ihrer Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden können; außerdem gegen all die Übel, die aus diesem System entstehen (moralische Verkommenheit, Vetternwirtschaft, Bestechlichkeit), die letztendlich zu dem Übel führen, dass die Regierung von einem solchen Parlament abhängig ist.

3. Unser Kampf gegen den Mammon, der über den beiden anderen steht, richtet sich gegen die weltumspannende Macht des Geldes, d. h. gegen die fortwährende Ausbeutung unserer Nation durch die großen Kredithäuser.

Es ist auch ein gewaltiger Kampf gegen den seelenzerstörenden, materialistischen Geist der Gier und Habgier mit all seinen zerstörerischen Begleiterscheinungen in unserem öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Der Hauptkampf ist ein Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, verkörpert durch zwei grundverschiedene Strukturen: den schöpferischen Geist und den unruhigen, habgierigen Geist. Der schöpferische Geist, tief verwurzelt und in seiner spirituellen Erfahrung dem Rest der Welt überlegen, wird vorwiegend von der arischen Rasse getragen. Der habgierige Geist hingegen, wurzellos und nur auf materielle Dinge und Kommerz ausgerichtet, wird hauptsächlich von den Juden repräsentiert.

Der Nationalsozialismus betrachtet, ähnlich wie der Antisemitismus, den jüdisch-materialistischen Geist als Hauptursache des Übels; er weiß jedoch, dass dieser größte Kampf der Geschichte nicht damit aufhören darf, lediglich den semitischen Geist zu vernichten; deshalb geht das große Programm des Nationalsozialismus weit über den antisemitischen Zerstörungswunsch hinaus, denn es bietet ein positives, konstruktives Bild, das zeigt, wie der nationalsozialistische Arbeits- und Leistungsstaat nach seiner Vollendung aussehen soll.

Sobald dieses hohe Ziel erreicht ist, wird sich die Nationalsozialistische Partei automatisch auflösen; denn der Nationalsozialismus wird dann das gesamte Leben der deutschen Nation bestimmen. Die NSDAP ist keine politische Partei im üblichen Sinne, sondern jener Teil der Nation, der zuversichtlich und zuversichtlich in die Zukunft blickt und sich um starke und entschlossene Führer geschart hat, um Deutschland von Schande und Ohnmacht im Ausland und von Demoralisierung im Inland zu befreien und es im Ausland wieder stark und geachtet sowie im Inland moralisch und wirtschaftlich gesund zu machen.

„Das Deutsche Reich ist die Heimat des deutschen Volkes.“

Jedes einzelne Wort dieses Grundsatzes der Staatspolitik ist wie ein Hieb mit der Peitsche, wenn wir den heutigen, jämmerlichen Zustand der Dinge betrachten.

Das „Deutsche Reich“ – wo gibt es heute noch ein Deutsches Reich? Kann Deutschland sich überhaupt noch als unabhängiger Staat bezeichnen? Nein! Nicht einmal die selbstzufriedensten Experten im Staatsrecht könnten ein Land wie das heutige Deutschland als eines bezeichnen, das alle seine Souveränitätsrechte vollumfänglich genießt.

Die fünf wichtigsten Rechte eines Staates sind: die Souveränität über sein Territorium, seine Armee, seine Finanzen, interne Verwaltung und Kommunikation sowie schließlich die Justiz.

Man muss die Angelegenheit nur einem Laien ohne weitere Erläuterung der Rechte einer Nation nach dem Völkerrecht so schildern und sie mit der heutigen Position Deutschlands vergleichen, und es wird deutlich, dass es unmöglich ist, die Existenz eines souveränen „Deutschen Reiches“ noch zu behaupten.

Unsere Kontrolle über unser Territorium ist eine Farce, denn Frankreich kann nach Belieben deutsches Gebiet besetzen, ohne um Erlaubnis zu fragen und ohne Widerstand zu erleiden. Tschechen, Polen, Dänen

Machine Translated by Google

Sie konnten ohne Furcht vor Behinderungen in deutsches Gebiet vordringen. Das „verfluchte alte Regime“ interpretierte selbst den geringsten Grenzverstoß ganz anders. Ein militärischer Einmarsch in deutsches Gebiet bedeutete damals einen „Kriegszustand“.

Zum Schutz seiner territorialen Souveränität benötigt eine Nation Streitkräfte, die jeden Angriff auf ihr Territorium und damit auf das Leben und das Wohlergehen ihrer Bürger abwehren können. Ein freier Staat darf einer fremden Macht nicht gestatten, seine Handlungen zu kontrollieren oder über Stärke, Ausrüstung, Bewaffnung und Garnisonen seiner Armee zu bestimmen; tut er dies, ist er gewiss nicht souverän; er kann seine Machtmittel nicht mehr beherrschen; er hat die Kontrolle über seine Streitkräfte abgegeben. Deutschland hat dies getan, indem es den feindlichen Abrüstungs- und Kontrollkommissionen nachgegeben hat.

Deutschland hatte diese Demütigung bereits unter den Waffenstillstandsbedingungen erlitten und seine internationalen Rechte verloren.

Dennoch mag sie einen Teil ihrer internen Kontrolle behalten haben; doch sobald die militärische Kontrolle zusammengebrochen war, nutzten die Finanzmagnaten die Gelegenheit zur grenzenlosen Ausbeutung deutscher Arbeitskräfte.

Zunächst ergoss sich der trübe Strom der Revolution über Deutschland; dann teilten sich Wucherer und Profiteure, sozialdemokratische Verräter, Söhne des Chaos, Deserteure und Sträflinge die Macht mit den Demokraten und der Mitte, und hinter und über all den Finanziers zogen die Juden ihre Geschäfte. Bald wurden die Freimaurer der sogenannten Nationalparteien, insbesondere Bruder Stresemann, einberufen. Der letzte Schlag ließ nicht lange auf sich warten. Die Experten mit ihrem Dawes-Gesetz entzogen Deutschland die Kontrolle über seine Finanzen, die an eine Handvoll Juden, deutsche und ausländische Finanzmagnaten, veräußert wurde. Der Reichstag gab die Eisenbahnen und damit die gesamte Kontrolle über die Kommunikation sowie einen Großteil der Kontrolle über Steuern und Zölle an den Reparationskommissar ab.

Die Kontrolle der Justiz existiert praktisch nicht mehr. Die besetzten Gebiete unterliegen ausländischem Militärrecht; im übrigen Deutschland gelten Sonderregelungen, etwa zur Verteidigung der Republik; Rechtsunsicherheit herrscht, organisierter öffentlicher Raub durch die sogenannten Aufwertungsgesetze zwingt die Gerichte, Unrecht als Recht zu erklären.

Deutschland ist kein souveräner Staat mehr. Es ist eine Kolonie von Sklaven. Deutsche werden unterdrückt, ins Gefängnis geworfen, ihnen wird die freie Meinungsäußerung verweigert – nur weil sie noch „Deutsche“ sind und ihre Versklavung beenden wollen.

Ja, wir wollen Deutschland wieder frei haben, und dieses kommende Deutsche Reich soll die Heimat der Deutschen sein – nicht bloß eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Ordnung, nicht bloß ein „Staat“, eine „Autorität“, eine „Regierung“, eine Pfründe für eine Handvoll herrschender Häuser, sondern eine Heimat, dieses bezaubernde Wort – die Liebe zur Heimat, lieblich, sonnig, geliebt. Der Duft der Heimaterde steigt auf, der Wanderer ist voller Freude, die Erde der Heimat unter seinen Füßen zu spüren; er ist durch Blutsbande mit ihr verbunden.
Das Gefühl von Heimat ist das Gefühl von Geborgenheit, und daraus erblüht die tiefe Liebe zur Heimat. Staat und Nation können kein höheres Ziel haben.

Sie ist wichtiger als eine vorsichtige Sozialpolitik, als eine Arbeitslosenversicherung, als Wohnungsbauprogramme, obwohl der Besitz eines eigenen Zuhauses tatsächlich einer der stärksten Anreize für die Liebe zum eigenen Heim ist.

Heimat ist mehr als ein „Imperialstaat“, dem man dient, sei es aus Begeisterung oder unter Zwang.

Es ist mehr als Verwaltung, mehr als die Verteidigung eigener Interessen, mehr als ein Stall oder der Schutz von Person und Eigentum. Alle diese öffentlichen Einrichtungen müssen dem Begriff von Zuhause dienen. So wie die Idee von Zuhause einen besonderen Reiz auf Kinder in einem richtigen Zuhause ausübt.

Machine Translated by Google

Eine organisierte Familie, denn das eigene Zimmer weckt ganz andere Gefühle als ein Hotelzimmer oder eine Gefängniszelle; das Zuhause ist etwas unbeschreiblich Zärtliches und doch Mächtiges, etwas, das der Idee einer zweckgebundenen Vereinigung überlegen ist, welche die liberal-parlamentarische-demokratische Auffassung des Sozialstaats darstellt.

Staatspolitik

Grundsatz: Das Deutsche Reich soll eine Heimstätte für die Deutschen sein – nicht für Juden, Russen (Kommunisten), Sozialdemokraten, die kein Vaterland namens Deutschland (Crispien) haben, noch für all die Ausländer, die sich länger oder kürzer auf deutschem Boden aufhalten.

Wir stehen in scharfer und fundamentaler Opposition zur Weimarer Verfassung, die nur von „deutschen Staatsangehörigen“ spricht, aber den Begriff „deutsch“ im nationalen, oder besser gesagt rassischen, Sinn ignoriert.

(a) Außenpolitik.

1. Schaffung eines geeinten Nationalstaates, der alle Zweige der deutschen Rasse umfasst.

   Alle Deutschen, ob unter französischer, dänischer, polnischer, tschechischer oder italienischer Herrschaft lebend, sollen in einem Deutschen Reich vereint werden. Wir fordern nicht weniger und nicht mehr als das, was für unsere Feinde gefordert wurde – das Recht der Deutschen, selbst zu entscheiden, ob sie ihrem Vaterland, dem Deutschen Staat, angehören wollen.

   Wir beanspruchen alle Deutschen im Sudetendeutschland, im Elsass-Lothringen, in Polen, in der österreichischen Bundeskolonie und in den Nachfolgestaaten des alten Österreich. Diese Forderung schließt jedoch ausdrücklich jegliche imperialistische Bestrebung aus; sie ist die schlichte und natürliche Forderung, die jede starke Nationalität als ihr natürliches Recht erhebt.

2. Eine starke Vertretung deutscher Interessen im Ausland ist eine weitere und notwendige Folge.
   von Punkt a.

   Es sind meist die Besten, Fleißigsten und Unternehmungslustigsten – Ingenieure, Entdecker, Professoren, Kaufleute, Ärzte –, die in fremde Länder gehen und die deutsche Kultur mit sich tragen. Sie gehören der großen deutschen Volksfamilie an, der sie niemals verloren gehen dürfen. Sie haben ein Recht darauf, im Ausland Schutz von der Heimat zu erwarten. Sie sollen nicht bloß Kulturvermittler sein, sondern die bewusste Vorhut der germanischen Idee in der Welt; keine „Apostel der Menschlichkeit“, sondern Träger der nordischen Idee.

   Wer Deutschland im Ausland vertritt, sollte sich keine fremden Vorstellungen aneignen, sondern an seinem überlegenen deutschen Charakter festhalten. Unser Auswärtiges Amt muss gründlich reformiert werden. Wir müssen mit der Unterwürfigkeit gegenüber Ausländern nach Art von Erzberger und Stresemann brechen, dann wird man sehen, dass eine starke Vertretung deutscher Interessen ganz anders geachtet wird und deutsche Wünsche anstelle von Verachtung berücksichtigt werden.

b) Rassenpolitik.

3. Ausschluss von Juden und allen Nichtdeutschen von allen verantwortungsvollen Positionen im öffentlichen Leben.

   Diese Forderung ist für uns Nationalsozialisten so selbstverständlich, dass keine weitere Erklärung nötig ist; aber es ist nicht möglich, denen, die die Grundsätze unserer Rassenlehre nicht annehmen, kurz überzeugende Argumente zu geben.

Machine Translated by Google

Wer einen Juden als „Staatsbürger jüdischen Glaubens“ betrachtet – und nicht als heterogene, segregierte und parasitäre Gruppe –, wird die Bedeutung dieser Forderung nicht erfassen. Wenn jemand behauptete oder meinte, ein Kohlkopf, der zufällig zwischen einer Erdbeerpflanze gewachsen ist, sei eine Erdbeerpflanze und man könne daraus gute Erdbeeren ernten, läge er genauso falsch, als dächte er, ein Löwenjunges, das sich in eine Schafherde verirrt hat, werde dadurch zu einem Schaf. Ein Deutscher wäre als Regierungsbeamter in China oder Indien ungeeignet, und wir möchten auch keinen Chinesen oder Khoikhoi als Finanzbeamten oder Bürgermeister einer deutschen Stadt haben.

Und doch wäre es besser, einen Enver Pascha oder einen Chang Kai Chek an der Macht in Deutschland zu haben, als einen Juden, der freie Hand bei der Aushöhlung seiner rassischen Merkmale hätte.
Sicher ist, dass die Revolution die Ordnung im Staat gelockert hat und dass sich die alteingesessenen jüdischen Bankiers sowie die jüngst nach Deutschland eingewanderten Ostjuden auf Kosten Deutschlands bereichert haben. Wir alle haben dies gesehen und erlebt; dieser Zerfall der nordischen Institutionen hat immer stattgefunden. „Für dieses gerissene Volk gibt es nur einen Weg – solange die Ordnung aufrechterhalten wird, hat es nichts zu hoffen.“ (Goethe auf dem Jahrmarkt in Plundersweilen)

Deshalb fordern wir:

4. Dass die Einwanderung von Ostjuden und anderen parasitären Ausländern gestoppt werden soll, und dass unerwünschte Ausländer und Juden deportiert werden sollen.

Zur Zeit der großen Inflation strömten Juden aus Galizien und Polen wie Ungeziefer in die deutschen Städte. Obwohl es großen Wohnungsmangel gab, fanden sie bald reichlich Unterschlupf, während die Deutschen in Löcher kriechen mussten. Sie begannen ihr schmutziges Geschäft und kauften alles auf – Perlen, Perserteppiche, Diamanten, Gold, Silber, Platin, Kriegsanleihen, Tausend-Mark-Scheine, Kupfer, Blei, Literatur, Theater, Getreide (die Evaporator Company). Schnell wurden sie sichtbar reich und galten in den Augen der „normalen Deutschen“ als vollwertige Deutsche.

Kompromisse sind in diesem Fall völlig unzulässig. Wir brauchen Führungskräfte mit klaren und unnachgiebigen rassistischen Überzeugungen. Die Gesundheit unserer Rasse muss durch die konsequente Anwendung antisemitischer Maßnahmen wiederhergestellt werden, und unsere Nation muss sich im Sinne der nordischen Idee nach Norden orientieren.

Diese Frage gehört vielleicht nicht ganz in den Bereich des „provisorischen Programms“ der NSDAP; aber uns allen muss klar sein, dass mit der deutschen Nation nicht viel anzufangen ist, solange sie nicht „entbastardisiert“ ist.

Wir können aber schon jetzt feststellen, dass der schreckliche Verfall der Rassen nur – zumindest theoretisch – eingedämmt werden konnte, weil das bemerkenswerte allgemeine Interesse an Fragen der Rasse und die Existenz einer Reihe von Büchern zu diesem Thema bemerkenswert sind; allerdings kann uns nur solide und kontinuierliche Arbeit wirkliche Fortschritte ermöglichen.

(c) Hinsichtlich der Staatsbürgerschaft fordern wir:

5. Dass nur Deutsche, die an die deutsche Kultur und das gemeinsame Schicksal glauben, Alle Deutschen sollen die Rechte eines Staatsbürgers genießen.

Machine Translated by Google

Auch hier müssen Grenzen gezogen werden. Menschen, die, obwohl in Deutschland geboren, bewusst staats- und volksschädigend handeln und Befehle aus dem Ausland entgegennehmen und befolgen – d. h. die sich nicht am gemeinsamen Schicksal beteiligen –, dürfen die Bürgerrechte nicht erhalten; vielen wird es an der hohen Ehre fehlen, diese Rechte zu genießen.

6. Nichtdeutsche dürfen sich im deutschen Staat nur als Gäste aufhalten und gelten als Ausländer.
da sie ausländischem Recht unterliegen.

Dies ist ein notwendiges Prinzip, das dazu bestimmt ist, der ewigen Unterwürfigkeit gegenüber Fremden ein für alle Mal ein Ende zu setzen. Das bedeutet aber nicht, dass wir Bürger eines fremden Landes nicht herzlich willkommen heißen und sie als Gäste gut behandeln sollen, solange sie sich anständig benehmen; sondern

7. Die Rechte und Interessen der Deutschen haben Vorrang vor denen der Untertanen einer fremden Nation.

Unsere weiteren Forderungen müssen nicht detailliert in unser Programm aufgenommen werden. Beispielsweise werden die Ausgestaltung der Ausländergesetze und die Methoden zur Ausgrenzung der Juden später behandelt. Von einem Prinzipienprogramm kann nicht erwartet werden, dass es ein Aktionsprogramm mit taktischen Details zur Sicherung der Vorherrschaft usw. darstellt. Ich lehne es entschieden ab, unser Programm zu starr festzulegen, denn in diesem großen Kampf müssen wir zunächst die Prinzipien bestimmen, von denen wir niemals abweichen werden, und dürfen nicht die Stimmenfangmethoden der bürgerlichen und sozialistischen Parteien imitieren.

Wirtschaftspolitik

Es ist die Pflicht der nationalen Regierung, die lebensnotwendigen Güter bereitzustellen und nicht
Den höchstmöglichen Gewinn für Capital sichern.

Einfache, unkompliziert denkende Menschen mögen es für überflüssig halten, diese offensichtliche Tatsache als Prinzip zu verkünden. Für den Produzenten, den Landwirt, den Handwerker, den Hersteller ist es eine Selbstverständlichkeit, dass seine Produkte entweder von ihm selbst oder, als Handelsware, von anderen genutzt oder konsumiert werden.

In seinen Augen ist ein Unternehmen, das sich nicht mit Produktion oder Konsum befasst,
lächerlich, unmöglich, gegen den gesunden Menschenverstand.

Dies führt uns zu einer der größten intellektuellen Schwierigkeiten unserer Rekrutierungsarbeit. Unsere Landsleute werden unweigerlich sagen: „Ihre natürliche Auffassung von Sinn und Ziel der Arbeit und der Wirtschaft ist natürlich völlig richtig, doch leider entspricht unsere heutige sogenannte politische Ökonomie diesem Anspruch in keiner Weise. Bei genauerer Betrachtung werden Sie die verheerenden Merkmale entdecken, die der offenkundigen Aufgabe jeder nationalen politischen Ökonomie diametral entgegenstehen.“

Und was ist mit den Geldverleihern und Wucherern? Denken diese allgegenwärtigen Plünderer daran, die Menschen mit dem Nötigsten zum Leben zu versorgen? Nein! Schaffen sie Werte, produzieren sie irgendetwas? Nein! Sie sind Räuber und Verräter im wirtschaftlichen Sinne und häufen nur Reichtum für sich selbst an.

Und was ist mit den Banken? Sie bringen Geld in Umlauf und vergeben Kredite. Ja, aber die Post macht das auch, und zwar billiger, schneller und besser; und wem geben die Banken Kredite? – Den

Machine Translated by Google

Bedürftige, die arbeitende Masse, die kein eigenes Zuhause hat, oder die Häuser bauen, um den dringenden Bedarf an Wohnraum zu decken? Nein! Oder die Bauern, oder diejenigen, die Unternehmen führen und die lebensnotwendigen Güter produzieren und vertreiben? Nicht freiwillig, und nur gegen zusätzliche Sicherheiten, die über die natürliche Rückzahlungsverpflichtung hinausgehen; außerdem verlangen sie Zinsen. Kümmert es die Banken, ob die Kunden der Produzenten gut, günstig und schnell bedient werden oder ob die lebensnotwendigen Güter schnell, günstig und mit der gebotenen Sorgfalt bereitgestellt werden? Nein! Ihr einziges Ziel ist es, Profit aus den Zinsen, Provisionen oder wie auch immer man den Bankprozess der Geldschöpfung nennen mag, zu machen. Was produzieren die Banken? Nichts! Was verdienen sie? Riesige Summen.

So decken Geldverleiher, Spekulanten, Banken und Finanziers keine Grundbedürfnisse, sondern ziehen enorme Gewinne aus dem herrschenden kapitalistischen System – ja, sie tyrannisieren und beuten das heutige asoziale Wirtschaftssystem aus. Die Hauptaufgabe der Ökonomie besteht darin, die Zinssicherheit für Kredite zu gewährleisten, d. h. die Arbeiter sind gezwungen, einen Teil ihres Verdienstes an die „Stadt“ abzugeben. Was tut der Fabrikbesitzer, oder wie ihn die Arbeiter nennen, der „Ausbeuter“ und „Blutsauger“? Indem er die niedrigstmöglichen Löhne zahlt, minderwertiges Material verwendet, Massenproduktion betreibt, Durchschnittspreise erzielt und hohe Verkaufspreise ansetzt, versucht er, den größtmöglichen Profit für sich zu erzielen.

Er kümmert sich nicht um die Armut seiner Angestellten; es ist ihm gleichgültig, ob seine Waren schnell als Müll entsorgt werden müssen – umso besser, denn das bedeutet mehr Arbeit und mehr Gewinn für ihn. Die dummen Leute stürzen sich immer wieder auf billigen Ramsch, wenn er nur ansprechend präsentiert wird.

Für ihn steht die Rendite seines Kapitals an erster Stelle, die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern an zweiter.

Er tut aber doch etwas. Er verschafft Arbeit.

Der wahre Fabrikbesitzer ist etwas ganz anderes, er ist sich seiner hohen Verantwortung als wirtschaftlicher Führer bewusst. Er muss – zumindest im wirtschaftlichen Sinne – über hohe moralische Werte verfü Seine Aufgabe ist es, die tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu erkennen – ist er zudem Erfinder, leistet er diese Pionierarbeit selbst. Er muss seine Kosten so niedrig wie möglich halten und optimal einsetzen, die Preise so niedrig wie möglich halten, um seine Waren auf den Markt zu bringen, Qualität und Quantität der Produktion aufrechterhalten, seine Mitarbeiter gut bezahlen, damit diese sich die Waren leisten können, und stets an Verbesserungen und Erneuerungen seiner Anlagen und Handelsmethoden denken. Wenn er all dies in seinem Unternehmen priorisiert, „versorgt er die Menschen mit den lebensnotwendigen Gütern“ im besten und höchsten Sinne, und der Gewinn wird sich von selbst einstellen, ohne dass er ihn zu seinem Hauptziel macht. Das beste und bekannteste Beispiel für einen solchen Unternehmer ist Henry Ford. Es gibt weitere Namen in unserer Schwerindustrie, die ebenso herausragend sind. Krupp, Kirdorf, Abbe, Mannesmann, Siemens und zahlreiche andere.

Der Charakter solcher Unternehmen ist völlig anders, wenn sie nicht persönlich von Männern mit hohen moralischen Werten geleitet werden, die sich um die Interessen ihrer Arbeiter kümmern, sondern an unpersönliche Kapitalgesellschaften übergeben werden.

Solange der Gründer eines Unternehmens gleichzeitig Hauptaktionär ist und den Qualitätsstandard seiner Produkte aufrechterhalten kann, mag alles gut gehen; sobald jedoch eine Umwandlung stattfindet, wird dies von den Interessen der kapitalistischen Aktionäre überlagert. Die ehemaligen Eigentümer, die Manager, sind nun auf den Aufsichtsrat angewiesen, der die Aktionäre vertritt, um Verbesserungen der Geschäftsmethoden und Arbeitsbedingungen zu erreichen – und die Aktionäre haben kein Interesse (außer dem eines Sklaventreibers) am Wohlergehen der Arbeiter und der Qualität der Arbeit, solange die

Machine Translated by Google

Die daraus resultierenden Dividenden sind beträchtlich. Die Einführung von Eigenanteilen hatte verheerende Auswirkungen, denn Spekulanten können sich die Aktien sichern und faktisch Eigentümer großer Industriebetriebe werden, ohne etwas über diese zu wissen. Für die Börse sind Aktien nichts weiter als Papier, mit dem sie spekulieren können. Sie interessieren sich nicht für Produktions- und Arbeitsbedingungen; die meisten könnten nicht einmal sagen, wie die Produkte oder die Bedingungen für Marketing, Arbeit, Löhne und Instandhaltung in den Betrieben aussehen, deren Eigentümer sie laut Gesetz sind. (!) Und Eigentümer sind sie tatsächlich, nur weil sie zufällig die Aktien dieses oder jenes Werks am Markt aufgekauft haben.

Lassen Sie uns nun diesen Sachverhalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die politische Ökonomie untersuchen, um den korrupten Charakter des kapitalistischen Systems zu erkennen.

Heutzutage streben Unternehmen lediglich nach einer Kapitalrendite.

Die großen Einzelhandelsketten verfolgen unterschiedliche Methoden. Sie pflegen „Anziehungskraft“, „Bluff“, „Durchschnittsbildung“, „Luxusartikel“ und wecken die Lust auf Dinge, die nicht notwendig sind, wie oben gezeigt wurde.

Prunkvolle Paläste, erbaut mit allen erdenklichen Künsten, laden zum Kauf scheinbar billiger, meist aber nutzloser Artikel ein und verleiten ihre Kunden mit großzügigen Zahlungsbedingungen dazu, Unsummen für puren Luxus auszugeben. Toiletten sollen es den Besuchern ermöglichen, lange in den Kaufhäusern zu verweilen, die so zu wahren Brutstätten der Verschwendung werden, denn niemand soll sich einbilden, etwas geschenkt zu bekommen. Wirklich wohlhabende Menschen kaufen nicht in großen Kaufhäusern ein; sie wissen, was die Ärmeren nicht wissen: Wer billig kauft, kauft teuer. Glauben die Massen, die in diesen Palästen einkaufen, etwa, sie seien anders als mit ihren Ersparnissen erbaut worden? Denken sie, sie kämen ungeschoren davon, wenn sie für Rolltreppen, Aufzüge, Toiletten und die märchenhafte Beleuchtung bezahlen müssten?

Man muss sich auch bewusst machen, dass die großen Kaufhäuser den Ruin der kleinen Ladenbesitzer bedeuten, dass sie Heimarbeiter und ihre Angestellten auf grausamste Weise ausbeuten und dass die produzierten Waren größtenteils Schrott sind. Die besseren Artikel sind in der Regel teurer als in seriösen Fachgeschäften – ein Umstand, der unseren Kampf gegen die großen Kaufhäuser rechtfertigt. Wir betrachten sie als eine besondere Form des Kapitalismus in der Praxis, die nicht die lebensnotwendigen Güter bereitstellt, sondern lediglich dazu dient, den Aktionären enorme Gewinne zu verschaffen.

Angesichts dieser grundlegenden Auffassung von der Bereitstellung der lebensnotwendigen Güter (die, wie wir anmerken sollten, nichts mit dem kommunistischen Wirtschaftssystem zu tun hat) steht die Frage an erster Stelle in unserer Haltung zum Privateigentum.

8. Der Nationalsozialismus erkennt Privateigentum als Prinzip an und schützt es gesetzlich – vorausgesetzt, es wird auf ehrliche Weise erworben und genutzt. Wir können dies hier nicht weiter ausführen, aber jeder, der den Begriff „Arbeit“ richtig versteht, wird schnell erkennen, dass das Produkt der „Arbeit“ demjenigen gehören muss, der arbeitet. Ein Produzent wird nicht verstehen, warum seine Arbeit oder deren Wert Eigentum einer vagen „Gemeinschaft“ sein sollte, noch wird er ohne Weiteres akzeptieren, dass die Früchte seiner Arbeit einem Einzelnen, dem Kapitalisten, zufallen sollen. Daher führt ein richtiges Verständnis der Bedeutung von „Arbeit“ zwangsläufig zur Anerkennung des Privateigentums.

   Schließlich gibt es noch ein weiteres Thema – die Vorstellung vom Zuhause. Ein Zuhause ist nur dann Realität, wenn es wirklich das Eigentum eines Menschen ist und sein eigenes Zuhause seiner Familie Schutz bietet. Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten schmecken besser als eine Mahlzeit in einem überfüllten Restaurant. Wer weder die Sehnsucht nach Besitz noch die Freude am Besitz kennt, wird die Bedeutung des Privateigentums nicht verstehen. Ein solcher Mensch hat nirgendwo Wurzeln; es ist seltsam, dass…

Machine Translated by Google

Der räuberische Mensch ist stets neidisch und auf der Suche nach neuem Besitz, wohingegen der bodenständige Nordmann in seinen Vorstellungen absolut bescheiden ist. Er begehrt nicht mehr, als er durch seine Arbeit erreichen kann. Ein Arbeiter wünscht sich keine prächtige Villa, die er sich niemals leisten könnte; er will ein nettes kleines Haus, das ihm gehört, kein Mietshaus, für das er im Laufe seines Lebens das Drei- oder Vierfache der Baukosten zahlen würde. Der Jude hingegen, der Kapitalist, will sich nicht an ein Grundstück binden; sein Ideal ist ein großer Tresor, gefüllt mit Wertpapieren, Hypothekenurkunden und Schuldscheinen. Reichtum, nicht in Form von Immobilien, sondern in Form von verpfändeten Immobilien anderer Leute, ist sein Ziel. Er arbeitet nicht, sondern ruht nicht, bis er Bündel von Schuldscheinen angehäuft hat, die ihm die Macht über all jene geben, denen er Geld geliehen hat. Die nächste Forderung unseres Programms zielt darauf ab, diesem Treiben ein Ende zu setzen.

9. Das Wohl der Nation erfordert, dass der Anhäufung von Reichtum eine Grenze gesetzt wird.
in den Händen Einzelner.

Reichtum ist an sich nicht schädlich; im Gegenteil, gut verwalteter Besitz kommt allen zugute, die damit verbunden sind. Doch es ist das kapitalistische Kreditsystem, das Reichtum von einem Segen in einen Fluch verwandelt hat; es ist Raub. Die große Masse der besitzlosen Arbeiter und die verschuldete Mittelschicht entfernen sich immer weiter von den Reichen; unzählige Kleinbauern werden wegen Schulden gepfändet, und die Macht der Finanziers, die kein Vaterland, keine Heimat kennen, wird immer bedrohlicher, während sie in ihren modernen Raubritterburgen, den Banken, sitzen. Um dem entgegenzuwirken, soll der Nationalstaat dafür sorgen, dass:

10. Alle Deutschen sollen zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der
Gemeinwohl und Kultur.

Diese Idee der Arbeitsgemeinschaft impliziert die wirtschaftliche Abkehr vom universalistischen Gesellschaftsverständnis. Jegliche Arbeit und Produktion muss dem übergeordneten Ziel des Gemeinwohls untergeordnet werden. Sie steht keineswegs im Widerspruch zu persönlicher Anstrengung und Fleiß, sondern bedeutet, dass individueller Fortschritt nicht auf Kosten der Mitmenschen gehen darf. Der folgende Punkt verdeutlicht diese Forderung.

11. Im Rahmen der allgemeinen Arbeitspflicht eines jeden Deutschen und unter Anerkennung des Grundsatzes des Privateigentums soll jeder Deutsche frei sein, seinen Lebensunterhalt nach seiner Wahl zu verdienen und über den Ertrag seiner Arbeit frei zu verfügen.

Das Vorstehende lehnt ausdrücklich die Vergesellschaftungskonzepte des Marxismus sowie die der Hochfinanz ab. Der Staat soll die größtmögliche Anzahl freier Existenzen umfassen, die durch die gesellschaftliche Idee des Dienstes miteinander verbunden sind. – Es ist natürlich ausgeschlossen, Bergwerke, Hochöfen, Walzwerke und Werften in kleinem Maßstab zu betreiben, aber hunderttausend freie und unabhängige Schuhmachermeister sind besser als fünf riesige Schuhfabriken.

Die großen Landgüter im Norden und Osten Deutschlands sind durch großflächige Bewirtschaftung produktiver als durch die Bewirtschaftung durch kleine, freie Bauern. Kleinere freie Höfe gedeihen am besten in der Nähe von Städten und Dörfern. Unser nächster Punkt erfordert Folgendes:

12. Eine gesunde Mischung von Unternehmen aller Art, großen wie kleinen, einschließlich der Landwirtschaft,
muss aufrechterhalten werden.

13. Große Unternehmen (Syndikate, Trusts) werden verstaatlicht. Diese Forderung steht im Einklang mit unserem allgemeinen Kampf gegen die kapitalistische Idee. – Das erste Ziel von Syndikaten und Trusts in jedem Produktionszweig ist der Zusammenschluss mit anderen ähnlichen Unternehmen.

Machine Translated by Google

Zum Zweck der Preisdiktatur. Sie sind nicht daran interessiert, gute Waren günstig anzubieten. Solche „Ringe“ werden besonders von erfolgreichen, neu gegründeten Unternehmen angezogen. Neue Firmen derselben Branche werden aufgekauft und verdrängt, oft zu einem sehr hohen Preis als Entschädigung. Das Angebot wird durch Bündelung reguliert, wodurch die Preise scheinbar nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage gesteuert werden können. Genau das beunruhigt die Aktionäre, die kein Interesse daran haben, dass die Preise durch Wettbewerb niedrig gehalten werden. Neue Ideen und Erfindungen werden mit Argwohn betrachtet und vorzugsweise unterdrückt, wenn ihre Einführung die Rentabilität älterer Betriebe gefährden würde. Solche Unternehmen, die als riesige Trusts von einer zentralen Stelle aus geführt werden, sind eindeutig „reif für die Vergesellschaftung“, d. h. sie erfüllen keinerlei gesellschaftliche Aufgaben mehr, die der individuelle Wettbewerb einst hatte. Sie sind von Anfang an gelähmt und dienen nur noch der Gier des Kapitalismus.

14. Wucherer und Profiteure sowie rücksichtslose Selbstbereicherung auf Kosten der Nation sollen mit dem Tode bestraft werden.

Das geltende Recht schützt Privateigentum besonders. Kleine Diebstähle werden unmenschlich bestraft, während es keine Möglichkeit bietet, Betrüger im großen Stil zu fassen, die eine ganze Nation mit „kapitalistischen Methoden“ ausplündern. Gemeint sind insbesondere diejenigen, die die Inflation gefördert und davon profitiert haben. Es war das erste Mal in der Geschichte, dass eine ganze fleißige Nation durch eine Inflation in diesem Ausmaß, wie sie in Deutschland stattfand, ihrer gesamten Ersparnisse beraubt wurde.

Die Gier der Banken nach der Stabilisierung war schlimmer als Straßenraub. Mehr Deutsche fielen den Machenschaften der „Kriegsunternehmen“ zum Opfer als jeder organisierten Räuberbande.

Wenn es soweit ist, werden wir uns mit diesen Dingen detaillierter befassen und eine rechtliche Lösung dafür finden müssen. Doch jeder wird zustimmen, dass „organisierter Betrug zum Nachteil der Nation“ genauso streng, wenn nicht sogar strenger, bestraft werden muss als kleinere Diebstähle oder Betrugsfälle.

15. Einführung eines Pflichtjahres der Arbeit oder des Dienstes für jeden Deutschen.

Die Pflicht zum Dienst durch Arbeit soll der Öffentlichkeit die sichtbare Ausdrucksform der Dienstpflicht sein. Sie soll erzieherisch wirken und jedem Deutschen ein Beispiel dafür geben, wie die gesamte Gemeinschaft als Einheit zusammenarbeitet. Sie soll jedem Deutschen den Segen der strikten Pflichterfüllung im Dienst der Nation vor Augen führen.

Finanzpolitik

Die Knechtschaft des Eigeninteresses brechen.

Unsere Grundsätze zu diesem Thema sind im zweiten Kapitel so ausführlich dargelegt worden, dass wir Hier werden nur die Maßnahmen beschrieben, die in der Praxis geeignet sind, unser Ziel zu erreichen.

16. Befreiung des Staates und damit der Nation von ihrer Verschuldung und von der Verpflichtung, Zinsen an die großen Finanzhäuser zu zahlen.

Der Staat darf keine Schulden machen – denn er hat keine Notwendigkeit dazu. Es gibt keinen Vergleich zwischen dem Staat und dem Privatmann, der hin und wieder Kredite benötigt und gezwungen ist, Schulden zu machen. Der Staat kontrolliert die Münze; er kann somit Geld prägen, was dem Privatmann nicht möglich ist! Er tat dies auf wahnsinnige Weise.

Machine Translated by Google

während der Inflation. Dasselbe tat sie mit der Rentenmark und – nachdem sie ihre Kontrolle an die sogenannte Reichsbank abgetreten hatte – auch mit der sogenannten Reichsmark.

Der Staat könnte dieses Recht zur Gewinnerzielung weitaus besser nutzen, ohne die Gefahr einer Inflation. – Aber nur, wenn zuvor Folgendes geschieht:

17. Die Reichsbank und alle ausstellenden Banken werden verstaatlicht, und
18. Wenn für alle großen öffentlichen Vorhaben (Wasserkraft, Eisenbahnen usw.) Mittel nicht durch Darlehen, sondern durch die Ausgabe unverzinslicher Staatsanleihen oder ohne Verwendung von Bargeld bereitgestellt werden.

Anders ausgedrückt: – Unkontrolliertes Drucken von Banknoten ohne Schaffung neuer Werte führt zu Inflation. Wir alle haben das erlebt. Die korrekte Schlussfolgerung ist jedoch, dass die Ausgabe unverzinslicher Anleihen durch den Staat keine Inflation verursachen kann, wenn gleichzeitig neue Werte geschaffen werden.

Dass heutzutage große Wirtschaftsunternehmen nicht ohne Kredite gegründet werden können, ist blanker Wahnsinn. Hier zeigt sich, wo der Staat sein Recht, Geld zu drucken, sinnvoll nutzen sollte, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Es dürfte jedem klar sein, dass beispielsweise ein großes Wasserkraftwerk auf folgende, unauffällige Weise errichtet werden könnte:

Die Regierung legt dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Nutzung der Wasserkraft Bayerns, Sachsens usw. vor, der alle wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt. Der Landtag oder ein anderes zuständiges Gremium beschließt den Bau und ermächtigt den Finanzminister oder die Staatsbank zur Ausgabe einer Banknotenserie, die speziell gekennzeichnet ist, um zu zeigen, dass sie vollständig durch die geplanten Bauvorhaben gedeckt ist. Diese Banknoten sind durch die Gesamtverschuldung des Staates oder des Reiches gedeckt. Inflationsbefürchtungen sind ausgeschlossen. Der Bau erfolgt mit dem vom jeweiligen Landesrat gewährten zusätzlichen Kredit, und die Banknoten erlangen wie alle anderen gesetzlichen Zahlungsmittels.

Nach Abschluss der Arbeiten werden den Kunden gegen Bezahlung Nitrate oder Strom geliefert, und nach einigen Jahren kann die Anleihe zurückgerufen und vernichtet werden. Ergebnis: Der Staat, die Nation, hat ein neues Projekt ins Leben gerufen, das ihnen eine bedeutende neue Einnahmequelle sichert, und die Nation wird dadurch reicher.

Um die Torheit des gegenwärtigen Systems zu beweisen, vergleichen wir das Vorhergehende mit dem Folgenden. Jetzt läuft es.

Ein Kredit wird aufgenommen. Einige wenige Kapitalisten tun, was der gesamten Nation, selbst wenn das Parlament dafür stimmt, nicht möglich ist: Sie erlauben dem Staat, sich Geld von ihnen zu leihen. Anstatt seine direkte Autorität zum Wohle der Nation einzusetzen, verpflichtet sich der Staat, für die zur Fertigstellung bestimmter Projekte benötigte Summe dauerhafte Zinsen zu zahlen und hängt sich damit selbst einen Mühlstein um den Hals. Und was am kostspieligsten ist: Er gibt Anleihen aus und schafft so „neue Kaufkraft“. In der Bilanz macht es keinen Unterschied, ob die neuen Projekte durch neues Papiergeld oder neue Anleihen repräsentiert werden.

Doch die Gemeinschaft erleidet Schaden, denn die Anleihen bedeuten, dass die neuen Projekte dem Kapital verpfändet werden, das sich dadurch natürlich absichert, die Preise diktiert und die Gewinne einstreicht. So sind es in Wirklichkeit die Finanziers, die durch die Entwicklung der Wasserkraft des Landes reicher werden; die Rückzahlung ist ihnen gleichgültig; sie besitzen solche Monopole gern wie Milchkühe auf Lebenszeit. Die Bevölkerung wird gezwungen

Machine Translated by Google

Man muss hohe Preise für Strom oder Nitrate zahlen, und wieder einmal wird ein Teil des nationalen Eigentums im Interesse der Finanziers umgewandelt.

Ich muss den Leser auf meine früheren Schriften, insbesondere auf „Der deutsche Staat“, verweisen, in denen diese Fragen ausführlicher behandelt werden, als es in dieser Broschüre möglich ist. Mehrere Ausgaben dieser Reihe befassen sich zudem mit verschiedenen Sonderaspekten der neuartigen Geldschöpfungsmethoden des kommenden Staates.

19. Wir fordern die Einführung eines festen Münzstandards. Diesen haben wir zwar bereits, doch der Raub besteht weiterhin. Wir Nationalsozialisten hatten, sobald wir an der Macht waren, alles vorbereitet, um dem Inflationsbetrug unverzüglich ein Ende zu setzen und einen neuen, garantierten Münzstandard einzuführen.

20. Gründung einer neuen nationalen Bank für Entwicklung und Wirtschaft.

Ausführlich erläutert wird diese Forderung in der Broschüre 8 der Nationalsozialistischen Bibliothek: Die Wohnungsnot und die Sociale Bau – und Wirtschaftsbank als Retterin aus Wohnungselend, Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit. Es ist bemerkenswert, dass diese unsere Forderung nach einer Finanzpolitik tief in andere politische Kreise als unsere eigenen eingedrungen ist.

1921 reichte ich diese Forderung in Form eines vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurfs bei der bayerischen Regierung ein. Zunächst stieß die Idee auf viel Zustimmung; doch nachdem die „Experten“ – die Bankenwelt – hinzugezogen wurden, lehnte die Regierung „Feders Utopie“ ab.

Nach dem erfolgreichen Wahlsieg in Thüringen im Februar 1921 setzte sich unsere Partei im dortigen Landtag mit Nachdruck für die Gründung einer solchen Bank ein und fand in Finanzminister von Kluchtzner einen kooperationsbereiten Partner; auch die bürgerliche Schicht sympathisierte. Mit einer Mehrheitsentscheidung im Landtag wurde die Regierung ermächtigt, eine Sozialbank für Entwicklung und Wirtschaft zu gründen. Daraufhin verbot die Reichsregierung unter Druck der Reichsbank die Umsetzung des Volkswillens.

In der Zwischenzeit war es mir gelungen, einen Gesetzentwurf im Reichstag einzubringen, der die Einrichtung ähnlicher Banken in den verschiedenen Staaten vorsah; in der kurzen Sitzungsperiode des Dawes-Jahres (1924) wurde er jedoch von den Regierungsparteien vorsichtig bis zur Auflösung im Herbst desselben Jahres verschoben.

Ein Gesetzentwurf zur Gründung einer Bank lag dem Landtag von Mechlenburg vor. Die Resolution scheiterte jedoch an der Unentschlossenheit des nationalsozialistischen Finanzministers, auch aufgrund der erwarteten Hindernisse durch die Reichsbank.

Die Idee, die der Entwicklungsbank zugrunde liegt, ist nicht weniger einfach als der oben erläuterte Plan zur Schaffung von Geld für große öffentliche Zwecke.

Einem gemeinsamen Wirtschaftsunternehmen, wie beispielsweise der Bank für wirtschaftliche Entwicklung, sollte das Recht eingeräumt werden, Baumarktdarlehen auszugeben, die durch den Wert der neu errichteten Häuser gedeckt sind. Diese könnten dann ohne die enorme Zinslast errichtet werden, die allein heutzutage einen ausreichenden Wohnungsbau unmöglich macht.

Jeder Deutsche mit einem eigenen Zuhause. Ein freies Volk auf unbelastetem Land.

Machine Translated by Google

21. Vollständige Neugestaltung des Steuersystems nach sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Prinzipien. Entlastung der Verbraucher von der Last indirekter Steuern und der Produzenten von Steuern, die ihre Aktivitäten behindern.

Sozialpolitik

Sozialpolitik ist das Lieblingsmotto unserer heutigen politischen Allheilmittel. Es klingt so gut, macht sie populär und sichert der Partei, die verspricht, alles in Ordnung zu bringen, Stimmen.

Wenn jede Partei dem Beamten beispielsweise eine Gehaltserhöhung verspricht, nennt man das Sozialpolitik.

Dasselbe gilt, wenn sie versprechen, den Wünschen der Angestellten und Arbeiter nachzukommen; oder wenn sie ein wenig tun, um Menschen mit geringem Einkommen, Kriegsopfern, jungen Lehrern oder im Ausland lebenden Deutschen zu helfen.

Und alle rennen diesen politischen Rattenfängern hinterher, wenn sie auf ihrer „sozialen“ Flöte spielen .

Zunächst muss klargestellt werden, dass Sozialpolitik das Gemeinwohl als oberstes Gesetz bezeichnet und dass Sozialpolitik, so wie sie heute verstanden wird, in Wirklichkeit eigennützig ist und das Gemeinwohl außer Acht lässt. Es werden allerlei leichtfertige Versprechen abgegeben, und diejenigen, die sie abgeben, müssen von vornherein wissen, dass es unmöglich ist, sie zu erfüllen.

Da Deutschland politisch, wirtschaftlich und finanziell so machtlos ist – was sich zunächst in den Dawes-Gesetzen und nun im Young-Gesetz sowie in der sogenannten Erfüllungspolitik äußert, die unser Land mit Lasten überhäuft und das Leben beinahe unerträglich gemacht hat –, ist es sowohl falsch als auch lächerlich, von „Sozialpolitik“ zu sprechen. In diesem beengten deutschen Leben, in dem jeder seinen Nachbarn überrollt und versucht, ihn zu überholen und beiseitezuschieben, in dem die verschiedenen Bevölkerungsschichten im Konflikt stehen, sind Versprechen, eine Gruppe auf Kosten einer anderen zu bevorzugen, keine „Sozialpolitik zum Wohle aller“, sondern dienen dazu, die Klassen gegeneinander aufzuhetzen. Man weiß genau, dass eine kurzfristige „Verbesserung“ durch höhere Lebenshaltungskosten und höhere Steuern wieder zunichtegemacht wird.

Sozialpolitik bedeutet etwas ganz anderes – nämlich die Entschlossenheit, das soziale Problem zu lösen.

Die vom Pech verfolgten, ausgebeuteten Arbeiterklassen glauben, dass ihre gerechten Löhne, ihr angemessener Lohn Ihnen wird ihre Position in der sozialen Ordnung vorenthalten – daher der Klassenkampf.

Es ist allen klar, dass unser Wirtschaftsleben unter tiefen Verletzungen und bitterer Ungerechtigkeit leidet.
Und doch sind die Schlussfolgerungen des Marxismus mit seinem „Klassenkampf“ und seinen „sozialen und ökonomischen Forderungen“ nach „Enteignung des Enteigners“ und „Vergesellschaftung“ völlig falsch, denn das widerspricht allen wahren Erfordernissen einer echten Sozialpolitik, deren oberstes Gesetz das Gemeinwohl ist.

Das Leitprinzip des Klassenkampfes – als politisches Prinzip – ist Hass. Die „Enteignung des Enteigners“ macht Neid zu einem ökonomischen Prinzip, und „Sozialisierung“ bedeutet, Persönlichkeit in Führungspositionen zu beseitigen und Materialismus, die Masse, an die Stelle von Intellekt und Leistungsfähigkeit zu setzen.

2 Eine Anspielung auf den Rattenfänger von Hameln.

Machine Translated by Google

Es bedarf keines weiteren Beweises, um den völligen Zusammenbruch der marxistischen Doktrinen zu beweisen, angesichts des kompletten Bankrotts des kommunistischen Wirtschaftssystems und des kläglichen Scheiterns der deutschen Revolution von 1918.

Ich möchte meine Leser besonders darauf aufmerksam machen, dass dieser aus dem Marxismus hervorgegangene Pseudosozialismus weder auf gesundem Menschenverstand noch auf irgendeiner „sozialen“ Idee gründet, nicht konstruktiv ist, sondern in den tiefsten Abgründen politischen Denkens verharrt und auf demselben allgemeinen Prinzip des krassen und chaotischen Individualismus beruht, das wir seit jeher kennen. Er wird lediglich von einigen wenigen Individuen vertreten, die durch Hass und Neid – nicht durch irgendeinen konstruktiven Zweck – gegen die andere Hälfte der Nation vereint sind. Ist es da verwunderlich, dass die soziale Frage auf diesem Wege nicht gelöst werden kann und dass ihre einzige Lösung Hass und Gier nach Plünderung ist? Dass aus der marxistischen Börsenrevolte kein lebendiger Staat, sondern nur ein Trümmerhaufen hervorgehen konnte?

Wieder einmal findet der Nationalsozialismus das passende Wort: Börsenrevolte. Der Marxismus ist Ausdruck kapitalistischen Verrats. Kapitalistisch, weil eine auf Individualismus gegründete Gesellschaft, wenn sie ins Chaos gestürzt ist, zwangsläufig unter den Einfluss des großen Finanzmagnaten gerät.

Die sozialpolitischen Theorien, die sich als „antikapitalistisch“ ausgeben (Marxismus, Klassenkampf) – also die heutige Sozialpolitik –, sind notwendigerweise kapitalistisch, da sie dasselbe intellektuelle Prinzip teilen. Sie hegen nicht den Wunsch, die verschiedenen Klassen organisch, Glied für Glied, unter dem hohen Ideal der nationalen Einheit miteinander zu verbinden, sondern ihre Bestrebungen sind rein egoistisch; sie wollen ihre eigene Lage ohne Rücksicht auf andere verbessern.

Kapitalismus und Marxismus sind ein und dasselbe! Sie entspringen demselben intellektuellen Ursprung. Zwischen ihnen und uns, ihren erbittertsten Gegnern, besteht ein himmelweiter Unterschied. Unsere gesamte Auffassung vom Aufbau der Gesellschaft unterscheidet sich grundlegend von ihrer. Es geht weder um Klassenkampf noch um Klassenegoismus, sondern – unser oberstes Gesetz ist das Gemeinwohl.

22. Große Fortschritte in der Altersvorsorge durch die Verstaatlichung von Leibrenten. Jedem Mitglied der deutschen Nation soll ab einem bestimmten Alter, und vor diesem Alter im Falle einer dauerhaften Erwerbsunfähigkeit, ein ausreichendes Einkommen zum Leben garantiert werden.

    Das ist die Lösung des sozialen Problems.

    Es ist weniger die direkte Unzufriedenheit mit Löhnen und Einkommen, die soziale Spannungen verursacht, als vielmehr die Unsicherheit, die Angst des Menschen um sein Alter, aus Furcht, auf der Straße zu landen. Diese nagende Angst treibt die verschiedenen Berufsstände dazu, sich in Scheinorganisationen marxistischer und kapitalistischer Prägung zusammenzuschließen und verschärft die Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie entfesselt die niedrigsten Instinkte auf beiden Seiten, und gegenseitige Feindseligkeit ist die Folge. Das eigentliche Lebensziel des Arbeiters verblasst im Kampf um eine kurzfristige Lohnerhöhung, und er erkennt nie, dass das große Ziel der Sozialpolitik die angemessene Altersvorsorge sein sollte.

    Alter.

    Wir stellen erneut fest, wie der Staat im Falle der Beamtenklasse eine gute und lobenswerte Lösung gefunden hat, indem er für deren Altersversorgung sorgt. Dies ist die angemessene und glückliche Umsetzung des kapitalistischen Einkommensideals, nämlich dessen Umwandlung in das wahre staatliche Versorgungsideal, das auf persönlicher Arbeit und Leistungsfähigkeit beruht.

Machine Translated by Google

Es wird das höchste und edelste Ziel des Nationalsozialismus sein, diesen Standard des allgemeinen Wohlergehens zu verwirklichen.

23. Gewinnbeteiligung für alle.

Die NSDAP identifiziert sich mit dieser Forderung. Es handelt sich in der Tat um eine rein sozialistische Forderung im eigentlichen Sinne des Wortes; dennoch begegnet sie uns als ein verlockendes, aber korrumpierendes Geschenk des Kapitalismus.

Die Gewinnbeteiligung an der Arbeit anderer fällt unter die Kategorie des unverdienten Einkommens, die vom Nationalsozialismus am schärfsten angegriffen wird. Die Teilhabe am Gewinn der eigenen Arbeit ist ein so natürliches und gesellschaftlich gerechtes Recht, dass ihr als Prinzip nichts entgegenzusetzen ist.

Die Schwierigkeit liegt in der Durchführung, nämlich in der Begrenzung des Anteils, der der Produktion, dem Können und dem Fleiß des Arbeiters und dem der Geistesleistung des Erfinders, des Buchhalters, des Kaufmanns, des Managements und anderen mit dem Unternehmen verbundenen Umständen zusteht.

Es ist selbstverständlich von größter Wichtigkeit, dass diejenigen, die den Wert eines Produkts steigern, nicht unberücksichtigt bleiben. Selbst im Rahmen des gegenwärtigen Systems könnte ein Teil des Gewinns, den das Kapital aus einem Unternehmen erzielen will, dem Arbeitnehmer zugutekommen.

Die Frage, wie der nationalsozialistische Staat das Problem später lösen wird, werden wir hier nicht erörtern.

Ich persönlich war der Ansicht, dass eine allgemeine Senkung der Preise bei gleichzeitiger Beibehaltung der Löhne auf dem gegenwärtigen Niveau der bessere und praktischere Weg wäre, die Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Gewinne aus unserer gesamten nationalen Produktion zu erfüllen.

Es ist jedoch möglich, dass der nationalsozialistische Staat das Problem weitaus umfassender lösen wird, als es sich Denker mit marxistischer und kapitalistischer Ausrichtung heute vorstellen. Die gegenwärtige Forderung nach Gewinnbeteiligung entspringt entweder dem Gewinnstreben (im Wesentlichen kapitalistisch) oder dem Neid (im Wesentlichen marxistisch).

Nur im idealen Staat, wie wir ihn verstehen, ist dies gerechtfertigt, denn wenn wir zu einer Lösung kommen, müssen wir die kapitalistische Methode der Vergabe kleiner Anteile am Unternehmen vermeiden, deren einziger Zweck darin besteht, den größeren Aktionären ihr Recht auf ihre Dividenden zu sichern, sowie die marxistische Idee des Neids, denn diese entwertet den persönlichen Faktor und schadet der Allgemeinheit.

Zur Verdeutlichung führen wir einige Beispiele an.

Es nützt den Arbeitern einer Schuhfabrik, die am Gewinn beteiligt sind, nichts, ein paar Aktien des Unternehmens, einen kleinen Bonus oder ein Paar Schuhe zum Selbstkostenpreis zu erhalten, wenn sie für ihre Hemden, Anzüge, Socken, Essen und Trinken genauso viel bezahlen müssen, weil die Schneider, Bäcker und Brauer die Gier der Bekleidungshersteller, Bäckereien und Brauereien durch ihre eigene Gewinnbeteiligung decken.

Die Senkung der Preise ist der entscheidende Faktor, der jedem Bürger eine Beteiligung am Gewinn der nationalen Produktion ermöglichen muss.

Machine Translated by Google

Es würde dem Gerechtigkeitsempfinden eines echten Nationalsozialisten nicht gerecht werden, wenn Straßenkehrer, Tagelöhner, Eisenbahner, Postboten, Transportarbeiter, Krankenhausangestellte – um nur einige zu nennen –, Landarbeiter, Bergleute, Bauarbeiter und Arbeiter von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossen würden, nur weil diese Klassen nicht zur Wertsteigerung beitragen. Auch in der Landwirtschaft (wobei nicht nur die Details der Bewirtschaftung, sondern auch die Millionen von Menschen in den damit verbundenen Wirtschaftszweigen zu berücksichtigen sind) muss gesagt werden, dass sie sich nur in Jahren mit guter Ernte lohnt; auch in der Schwerindustrie werfen die Bergwerke aufgrund des globalen Wettbewerbsdrucks nur einen geringen Gewinn ab.

Können wir behaupten, dass diese Millionen von Arbeitern und Angestellten, die oft in den wichtigsten Industriezweigen tätig sind, aber aufgrund ihrer Umstände nicht auf eine direkte Gewinnbeteiligung hoffen können, weniger Beachtung finden sollen als die große Gruppe, die vielleicht als Spüler oder Gepäckträger in einem Nachtclub oder einem türkischen Bad arbeitet oder in einer optischen oder chemischen Fabrik mit Monopolstellung, die die ganze Welt beliefert? Sollten Letztere an den Gewinnen und Dividenden der Luxusproduktion beteiligt werden, soll es dadurch für die Mehrheit der Bevölkerung immer schwieriger werden, diese Vorteile zu erlangen?

Wir träumen von einem wahren Geldregen aus Dividenden, Boni und Weihnachtsgeschenken für Arbeiter und Angestellte, die jahrelang hervorragende Arbeit für ein Unternehmen geleistet haben. Solche gesellschaftspolitischen Bestrebungen müssen in dieser Abhandlung über allgemeine Prinzipien nicht weiter erörtert werden. Die aktuelle Situation ist jedoch wichtig und sollte Befürworter finden. Gewinne hängen hauptsächlich von der allgemeinen Geschäftslage sowie vom Fachwissen und Verkaufstalent des Managements ab; Misserfolge können durch Konstruktionsfehler oder Rechenfehler entstehen. So qualifiziert und fleißig die Arbeiter auch sein mögen, sie haben kaum oder gar keinen Einfluss auf das Jahresergebnis, auf Gewinne oder Verluste.

Ihre Leistungsfähigkeit rechtfertigt zwar die Forderung nach einem angemessenen und ausreichenden Lohn, doch gibt es keine moralischen oder wirtschaftlichen Gründe für eine Gewinnbeteiligung. Sie würden sich völlig zu Recht gegen den Vorschlag wehren, etwaige Verluste des Geschäftsjahres aus ihren Ersparnissen zu decken; ebenso würden sie sich zu Recht dagegen wehren, durch Lohnkürzungen die Folgen von Missmanagement oder verschwenderischem Lebensstil der Geschäftsführung auszugleichen. Eine Gewinnbeteiligung ist jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn die Fähigkeit und Bereitschaft zur Risiko- und Verlustteilung besteht oder wenn besondere Leistungsfähigkeit dies rechtfertigt.

Hier ein Aspekt der allgemeinen Gewinnbeteiligung.

Warum sollten beispielsweise die großen Färbereien Deutschlands mit ihrer vorherrschenden Monopolstellung weiterhin nur eine kapitalistische Melkkuh für die Aktionäre der IG Farbenindustrie sein und bestenfalls durch Preiserhöhungen einen Anteil am Gewinn an ihre Arbeiter und Beamten abgeben?

Es wird die Aufgabe des nationalsozialistischen Staates sein, dafür zu sorgen, dass die enormen Monopolgewinne durch eine großzügige Preissenkung der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Es liegt auf der Hand, dass es sich bei dem Problem nicht um eine Frage der Sozialpolitik handelt, sondern dass es eng mit der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung (den Ansprüchen der Aktionäre) verknüpft ist.

Machine Translated by Google

Wir möchten diese kurz dargestellten Grundsätze anwenden und uns von ihnen bei unserem Ziel leiten lassen, die Gewinnbeteiligung in allen Unternehmen, in denen die Gewinne ausschließlich in die Taschen professioneller Finanziers fließen, so weit wie möglich zu verwirklichen.

24. Enteignung aller Gewinne, die nicht durch ehrliche Arbeit, sondern durch den Krieg, die Revolution – und darüber hinaus – die Stabilisierung und Neubewertung der Mark erzielt wurden; außerdem das Eigentum von Geldverleihern und Räubern.

Dies ist ein Maß an Strafe und Gerechtigkeit, das keiner Erklärung nach irgendeinem Prinzip bedarf.

25. Beseitigung des Wohnungsmangels durch umfangreichen Wohnungsbau im ganzen Reich mit den Mitteln aus Nr. 20 (Entwicklungsbank). Damit ist die Liste der sozialpolitischen Forderungen abgeschlossen. Zur technischen Finanzfrage lässt sich in dieser Broschüre nicht viel sagen, denn es handelt sich um ein sehr umfangreiches Spezialgebiet, das offenbar nur Finanzexperten verstehen und von ihnen auch tatsächlich umgesetzt werden muss. Die Broschüre Nr. 8 der NS-Bibliothek behandelt dieses Thema ausführlich.

Religion und Kunst

Es ist nicht möglich, in einem Programm zu diesem Thema mehr als einige wenige Leitprinzipien darzulegen. Dies ist bereits geschehen. Im Übrigen muss es unser Grundsatz sein, Religionsfragen nicht in Stellungnahmen zur allgemeinen Politik einzubringen; auch wenn wir den verderblichen Einfluss der Geheimlehren des Judentums durchaus als Gegenstand öffentlicher Stellungnahmen und Angriffe behandeln können.

Dasselbe gilt für all die dummen Angriffe auf das Christentum. Aussagen wie „Das Christentum hat nur Schaden angerichtet“ zeigen lediglich, dass demjenigen, der sie äußert, jegliche menschliche und politische Intelligenz fehlt.

Man mag der Kirche durchaus vorwerfen, sich in die Politik einzumischen, und alle guten Christen werden die im Namen des Kreuzes von der Inquisition und den Hexenprozessen verübten Grausamkeiten verurteilen. Doch es ist falsch, das größte Phänomen der Menschheitsgeschichte pauschal für die Fehler und Verderbtheit Einzelner verantwortlich zu machen. Die christliche Religion hat Millionen von Menschen erzogen und erbaut und sie durch das Leiden zu Gott geführt.

Die Kultur des Mittelalters erhob sich im Zeichen des Kreuzes; Leistung, Opferbereitschaft und mutiger Glaube wurzeln im Christentum. Daher müssen wir sorgsam darauf achten, den inneren spirituellen Kern des Christentums von den verschiedenen Auswüchsen zu unterscheiden, die im Laufe der Geschichte darüber entstanden sind.

Unsere Partei basiert auf dem Fundament des positiven Christentums.

Dies ist nicht der Ort, um über alle Probleme, Hoffnungen und Wünsche hinsichtlich der Frage zu diskutieren, ob die deutsche Nation irgendwann eine neue Form für ihre religiösen Überzeugungen und Erfahrungen entdecken wird; dies sind Angelegenheiten, die weit über den Rahmen eines Programms wie dem des Nationalsozialismus hinausgehen.

Es ist von dringender Wichtigkeit, uns allen zerstörerischen Einflüssen entgegenzustellen, die unserer Nation im Bereich Kunst, Literatur, Wissenschaft, Theater, Film und vor allem in der gesamten Presse schaden. Unser Grundsatzprogramm – die 25 Punkte –
geht so weit ins Detail, dass es unnötig ist, zu diesem Thema noch etwas hinzuzufügen.

Machine Translated by Google

Militär- und andere Reformen

Die nationale Armee, die Berufs- und Gewerbekammern, die Reform des Wahlrechts und des Rechts – dies sind so weitreichende Fragen des öffentlichen Lebens, dass sie nicht in wenigen Sätzen abgehandelt werden können. Die Grundideen sind im Programm selbst dargelegt, doch die Aufgabe, sie zu durchdenken und auszuarbeiten und vor allem sie mit der historischen Vergangenheit zu verknüpfen, wird die große Herausforderung der kommenden Jahre sein, wenn wir hoffen, die politische Macht zu erlangen und über die nötige Kraft und das Wissen zu verfügen, um die Staatsgeschäfte zu übernehmen.

Hier bietet sich uns ein reichhaltiges Forschungsfeld zum Thema Nationalsozialismus.

Die Bedeutung des Nationalsozialismus zeigt sich darin, dass er keinen Bereich des nationalen Lebens unberührt lässt; denn er bietet ein völlig neues Fundament, auf dem wir dieses Leben aufbauen müssen.

Machine Translated by Google

5. Was wir nicht begehren

Um die positiven Aspekte unseres Programms zu unterstreichen, sei hiermit Folgendes festgehalten:
was wir nicht begehren.

Wir wollen weder, dass sich die Geschichte zurückdreht, noch dass Dynastien wiederauferstehen, die – aus eigener Schuld – fast spurlos verschwunden sind. Auch wollen wir nicht, dass die entthronten Klassen ihre früheren privilegierten Positionen wieder einnehmen.
Die Offiziersklasse und die Beamten sind in Wirklichkeit nicht höher oder besser als jede andere Berufsgruppe, sofern sie tatsächlich mit unserer Vorstellung übereinstimmen, in erster Linie der Nation zu dienen.

Nicht Uniform oder Goldspitze, sondern Leistung macht einen Mann aus.

Wir wünschen uns weder einseitige Bevorzugung noch künstliche Bevorzugung der Arbeiterklasse, noch irgendeine Art von proletarischer Diktatur. Niemand darf sich einreden, dass irgendeine Klasse allein aufgrund vergangener Unterdrückung Anspruch auf Macht erheben kann. Solche Bestrebungen führen, wenn sie in die Realität umgesetzt werden, unweigerlich zu schrecklichen Konsequenzen, wie sie etwa den Börsenaufstand vom November 1918 begleiteten. Bislang ist es nicht der „unterdrückte“ Teil der Bevölkerung, der an der Macht ist, sondern eine Schar politischer Betrüger, gieriger Abenteurer, Profiteure, Schwätzer und Narren, die die politische Maschinerie und die Verwaltung in Besitz genommen haben. Die versprochene Diktatur des Proletariats hat sich in etwas verwandelt, das…

Die Diktatur des „Profitariats“.

Selbst eine neue Staatsordnung unter dem Nationalsozialismus hätte keine Aussicht auf Erfolg, wenn ihr nicht ein sehr gut ausgebildetes Team entschlossener Männer zur Verfügung stünde, die die Prinzipien unseres Programms voll und ganz verinnerlicht hatten – ernsthafte, tatkräftige und erfahrene Männer. Selbst bei uns würden sich zu viele Demagogen einmischen und die neue Ordnung für sich nutzen.

Es ist viel einfacher, die Fehler einer zusammenbrechenden Gesellschaftsordnung zu kritisieren, als konstruktiv an ihr zu arbeiten.

Wir brauchen nicht bloß eine neue Partei, die sich langsam in Parlament und Regierung etabliert und dann vielleicht ein oder zwei Posten in einer Koalitionsregierung annimmt, nur um am Ende zu scheitern – denn damit wäre unsere Rolle in der Geschichte beendet, so wie die Sozialdemokratie heute als politische und intellektuelle Kraft in Deutschland am Ende ist. Dasselbe gilt für die deutschen Nationalisten, die ihre Grundprinzipien bereits verraten haben, um in die Regierung zu gelangen.

Wir wollen keine Minister, die ihr Amt nur um der Position oder der Macht willen antreten, aber wir werden jede solche Position als eine Etappe auf dem Weg zu unserem großen Ziel betrachten. Zwischen uns und dem Rest schwebt stets das flammende Schwert unserer Welttheorie.

Auf der einen Seite der Staat, oder vielmehr der Schein-Staat liberal-demokratisch-parlamentarischer Prägung, der notgedrungen die Tyrannei der Finanziers verschleiern muss, und zu seinen Füßen ein brodelnder Mob jüdischer Mitläufer und Karrieristen, die darum kämpfen, aus dem System ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Auf unserer Seite kämpfen wir für die Befreiung und Läuterung unseres Volkes, bis wir den wahren Zustand sozialer Gerechtigkeit und nationaler Freiheit erreicht haben.

Machine Translated by Google

6. Schlussfolgerung

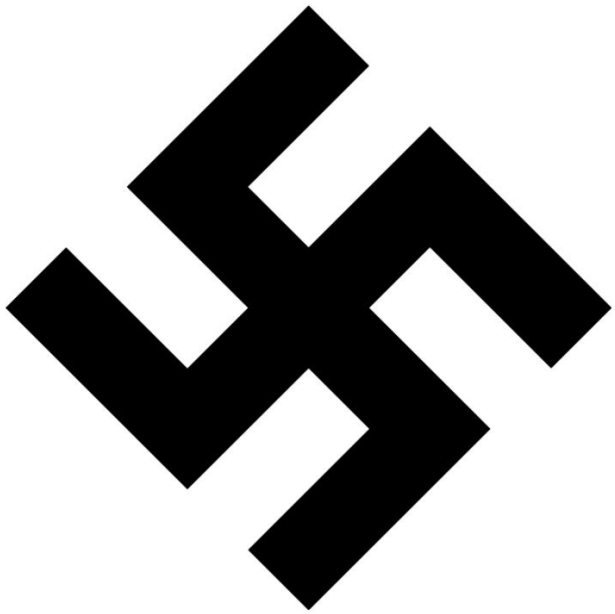
Die Aufgabe dieser ersten Broschüre der NS-Bibliothek besteht darin, dem Nationalsozialisten das Parteiprogramm zu vermitteln. Wir haben immer wieder das eine Hauptprinzip gesehen, das sich wie ein roter Faden durch all unsere Argumente zieht: Der Nationalsozialismus ist eine Welttheorie, die in scharfem Gegensatz zur heutigen kapitalistischen Welt und ihren marxistischen und bürgerlichen Anhängern steht.

Unser Leben ist ein Kampf im Dienste dieser gewaltigen Idee, ein Kampf für ein neues Deutschland.

Wir Nationalsozialisten schwenken unser Sturmbanner vor der Welt. Immer jung, strahlend
Und glitzernd in der Sonne erhebt sich das Hakenkreuz, das Symbol des wiedererwachenden Lebens.

Machine Translated by Google

Das Manifest zur Abschaffung von Knechtschaft des Interesses



Machine Translated by Google

Der Mammonismus ist die schwere, alles umfassende und überwältigende Krankheit, an der unsere heutige Kultur und letztlich die gesamte Menschheit leidet. Er gleicht einer verheerenden Seuche, einem alles verschlingenden Gift, das die Völker der Welt befallen hat.

Unter Mammonismus ist Folgendes zu verstehen:

auf der einen Seite die übermächtigen internationalen Finanzmächte, die supragorischen Finanzmächte, die über jedem Selbstbestimmungsrecht der Völker stehen, das internationale Großkapital, die rein auf Gold basierende Internationale;

Andererseits hat sich eine Denkweise in den breitesten Kreisen der Völker festgesetzt; die unersättliche Gier nach Gewinn, die rein weltlich orientierte Lebensauffassung, die bereits zu einem erschreckenden Verfall aller moralischen Konzepte geführt hat und nur noch zu weiterem führen kann.

Diese Denkweise ist in der internationalen Plutokratie verkörpert und erreicht dort ihren Höhepunkt.

Die wichtigste Machtquelle des Mammonismus ist das mühelose und endlose Einkommen, das durch Zinsen generiert wird.

Aus der zutiefst unmoralischen Idee der Verzinsung von Krediten entstand die Gold International.
Die aus der Gier nach Zinsen und Profitgier jeder Art hervorgegangene geistige und moralische Verfassung hat zu einer erschreckenden Verderbnis eines Teils der Bourgeoisie geführt.

Die Idee der Kreditzinsen ist eine teuflische Erfindung des Großkapitals; sie allein ermöglicht das faule Dasein einer Minderheit von Tycoons auf Kosten der produktiven Bevölkerung und ihres Arbeitspotenzials; sie hat zu tiefgreifenden, unversöhnlichen Differenzen und zu Klassenhass geführt, aus dem der Krieg zwischen Bürgern und Brüdern geboren wurde.

Die einzige Heilung, das radikale Mittel zur Heilung der leidenden Menschheit ist

die Abschaffung der Knechtschaft des Zinses.

Die Abschaffung der Zinsknechtschaft bedeutet die einzig mögliche und
endgültige Befreiung der produktiven Arbeit von den verborgenen Zwangskräften des Geldes.

Die Abschaffung der Knechtschaft gegenüber dem Zins bedeutet die Wiederherstellung der freien Persönlichkeit, die Erlösung des Menschen von der Knechtschaft, vom Fluch, mit dem der Mammonismus seine Seele gebunden hat.
Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muss die Knechtschaft unter dem Zins abschaffen.

Wo muss die Abschaffung der Zinsknechtschaft beginnen? *Beim Fremdkapital!*

Warum?

Weil das Fremdkapital im Vergleich zum gesamten industriellen Großkapital so übermächtig ist, dass die großen Finanzmächte nur durch die Abschaffung der Zinsknechtschaft wirksam bekämpft werden können. Das Verhältnis von Fremdkapital zu industriellem Großkapital beträgt 20:1. Das deutsche Volk muss jährlich über 12 Milliarden an Zinsen für Fremdkapital in Form von direkten und indirekten Steuern, Mieten und den steigenden Lebenshaltungskosten aufbringen, während selbst in den Boomjahren des Krieges die Summe aller von den deutschen Aktiengesellschaften ausgeschütteten Dividenden lediglich 1 Milliarde betrug.

Das *lawinenartige Wachstum* des Kreditkapitals übersteigt alle menschlichen Rechenfähigkeiten.
durch ewiges, endloses und müheloses Einkommen aus Zinsen und Zinsen auf Zinsen.

Welchen Segen bringt die Abschaffung der Zinsknechtschaft dem arbeitenden Volk?
von Deutschland, für die Proletarier aller Länder der Erde?

Die Abschaffung der Zinsknechtschaft ermöglicht es uns, *die Abschaffung aller direkten und indirekten Steuern anzustreben.* Hört dies, ihr Wertschöpfer aller Länder, Staaten und Kontinente: Sämtliche Staatseinnahmen aus direkten und indirekten Quellen fließen unaufhörlich in die Taschen des Großkapitals.

Machine Translated by Google

Die Gewinne der staatseigenen Unternehmen, darunter Post, Telegrafie, Telefon, Eisenbahn, Bergwerke, Forstwirtschaft usw., reichen vollständig aus, um alle wesentlichen staatlichen Verpflichtungen für Schulen, Universitäten, Gerichte, Verwaltungsbehörden und die Sozialfürsorge zu finanzieren.

Daher wird kein wahrer Sozialismus der Menschheit Segen bringen, solange die Profite aus Öffentliche Unternehmen sind weiterhin auf hohe Fremdkapitalquoten angewiesen.

Deshalb fordern wir als Grundgesetz des Staates, zuerst für die deutschen Völker, dann als Grundgesetz für alle verwandten Völker, die mit uns in die kulturelle Gemeinschaft eines Völkerbundes eintreten wollen, Folgendes:

1. Kriegsanleihen sowie alle anderen Schuldtitel des Deutschen Reiches, alle anderen Schuldtitel der deutschen Bundesländer, insbesondere Eisenbahnanleihen, sowie Schuldverschreibungen aller Gebietskörperschaften werden unter Aufhebung der Zinspflicht zum Nennwert als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt [oder vielmehr in Bankkredit umgewandelt werden].

2. Bei allen anderen festverzinslichen Wertpapieren, gedeckten Schuldverschreibungen, Industrieanleihen, Hypotheken usw. wird die Zinsverpflichtung durch die Verpflichtung zur Rückzahlung des Kapitals ersetzt; so wird nach 20 oder 25 Jahren, je nach Zinssatz, das geliehene Kapital zurückgezahlt und die Schuld getilgt.

3. Sämtliche Immobilienschulden, Hypotheken usw. sind in Raten in gleicher Höhe wie bisher gemäß den im Grundbuch eingetragenen Belastungen abzuzahlen. Das so schuldenfreie Eigentum an Häusern und Grundstücken geht teilweise in das Eigentum des Staates oder der Kommune über. [Dadurch kann der Staat die Mieten besser kontrollieren und senken.]

4. Das gesamte Währungssystem sollte der Zentralbank des Staates unterstellt sein. Alle Privatbanken – Postbanken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften – sollten sich ebenfalls als Zweigstellen anschließen.

5. Immobilienkredite werden ausschließlich über die Staatsbank vergeben. Privatkredite und Geschäftskredite werden im Rahmen einer staatlichen Konzession an private Bankiers vergeben.
   Diese Vergünstigung wird bedarfsabhängig gewährt, wobei die Eröffnung von Zweigstellen in bestimmten Bezirken verboten ist. Die Gebührenhöhe wird vom Staat festgelegt.

6. Aktien werden wie festverzinsliche Wertpapiere mit einem jährlichen Zinssatz von 5 % zurückgezahlt. Überschüssige Gewinne werden teilweise an die Aktionäre als Entschädigung für das „riskante“ Kapital ausgeschüttet (im Gegensatz zu festverzinslichen Wertpapieren und durch Münzen gedeckten Wertpapieren), während der verbleibende Überschuss gemäß dem souveränen Recht der Arbeitnehmer entweder sozial verteilt oder zur Senkung der Produktpreise verwendet wird.

7. Allen Personen, die aus körperlichen Gründen (hohes Alter, Krankheit, körperliche oder geistige Arbeitsunfähigkeit, extreme Jugend) nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, werden die Zinserträge aus dem gegenwärtigen Kapitalvermögen weiterhin als Rente in gleicher und schließlich sogar erhöhter Höhe gegen die Lieferung von Wertpapieren gezahlt.

8. Um die gegenwärtige Inflation des Papiergeldes zu senken, wird eine allgemeine, stark gestaffelte Steuer auf Kriegsanleihen und andere Schuldtitel des Reiches und der Staaten eingeführt. Diese Papiere sind zu vernichten.

9. Durch intensive Aufklärung des Volkes soll diesem verdeutlicht werden, dass Geld nichts anderes ist und sein sollte als ein Beleg für geleistete Arbeit; dass zwar jede hochentwickelte Volkswirtschaft natürlich Geld als Zahlungsmittel benötigt,

Machine Translated by Google

> Mit dem Tausch endet auch die Funktion des Geldes, und in keinem Fall sollte dem Geld die überweltliche Macht verliehen werden, sich durch Zinsen auf Kosten produktiver Arbeit selbst zu vermehren.

Warum haben wir all das, was so selbstverständlich ist und als selbstverständlich gelten muss, nicht schon längst getan? als das Ei des Kolumbus für die soziale Frage?

Weil wir in unserer mammonistischen Blindheit verlernt haben, klar zu erkennen, dass die Lehre von der Heiligkeit des Zinses ein ungeheurer Selbstbetrug ist, dass das Evangelium des Darlehenszinses, der allein den Menschen selig macht, unser gesamtes Denken im goldenen Netz der internationalen Plutokratie verstrickt hat. Weil wir vergessen haben und von den allmächtigen Geldmächten bewusst in Verwirrung gehalten werden, dass – außer im Fall einiger weniger Reicher –
Die Zinsen, die so verlockend erscheinen und von den Gedankenlosen so geschätzt werden, werden vollständig durch Steuern aufgezehrt. Solange wir uns nicht von der Zinsknechtschaft befreien, bleibt unsere gesamte Steuergesetzgebung nichts anderes als eine Tributpflicht gegenüber dem Großkapital – und nicht, wie wir es uns vorstellen, ein freiwilliges Opfer für die Verrichtung von Arbeit für die Gemeinschaft.

Daher ist die Befreiung von der Versklavung durch den Zinseszins das klare Motto für die globale Revolution, für die Befreiung der produktiven Arbeit von den Fesseln der supragorischen Geldmächte.

Implementierungen und Begründung

Wir befinden uns inmitten einer der schwersten Krisen, die unser verarmtes Volk in seiner schmerzhaften Geschichte ertragen musste. Unser Volk ist schwer krank; die ganze Welt ist schwer krank.
Hilflos stammeln die Nationen; eine leidenschaftliche Sehnsucht, ein Schrei nach Erlösung durchdringt die düsteren Massen. Mit Lachen und Tanz, mit Kino und Prunk versucht das Volk, sein eigenes beklagenswertes Schicksal zu vergessen – seine enttäuschten Hoffnungen, den tiefen inneren Schmerz.
über die furchtbare Enttäuschung über das, was man so gerne als „Errungenschaften der Revolution“ bezeichnen würde. Aber wie konnten wir uns das alles so anders vorstellen? Wie konnten all die schönen Versprechungen so anders verlaufen? Alles, was wir in der Dunkelheit der Nacht, in der Finsternis unseres militärischen Zusammenbruchs zu gewinnen hofften, schien glänzendes Gold zu sein, aber jetzt, da das graue Tageslicht den Fund erhellt, ist es alles nur noch morsches Holz
Nun stehen wir hier ratlos. Wegen dieser morschen Holzstücke, die nachts so schön glänzten, haben wir alles, was uns einst lieb und teuer war, weggeworfen und unsere Taschen mit diesem kläglichen Fund gefüllt. Kein Wunder, dass die Wut der Verzweiflung gerade die Ärmsten der Armen ergreift und dass sie in sinnlosem Zorn gegen ihre eigenen Brüder wüten und in ihrer tiefen Sehnsucht nach Erlösung alles zerstören wollen, was ihnen im Wege steht.

Dieser Zustand muss zum völligen Wahnsinn führen, wenn Gewissenlosigkeit und Dummheit die Menschen noch weiter antreiben.

Und wohin dieser Wahnsinn führt, sehen wir im bolschewistischen Russland. Die Verstaatlichung, wie die Sozialisierung in Russland genannt wird, hat sich als Fehlschlag erwiesen, erklärt ein ungerührter Lenin. Die Wirtschaft ist zerstört, die Kaufkraft des Geldes auf null gesunken, die Intellektuellen ermordet, der Arbeiter ohne Brot. Verzweiflung herrscht im ganzen Volk; nur blutiger Terror, gestützt auf chinesische und lettische Söldner, kann die roten Diktatoren vor der Rache des verratenen Volkes schützen. Auch bei uns wird die Entwicklung diesen Verlauf nehmen, wenn internationale Spekulanten, besessene Parteifanatiker, Vertreter der schwerstbelasteten Bourgeoisie und Angehörige einer dem deutschen Volk zutiefst fremden Rasse weiterhin in der Regierung zugelassen werden.

Machine Translated by Google

Was waren denn bloß diese schönen, schönen Worte, die uns jemand ins Ohr geflüstert hat? Ausgehandelt Frieden, Völkerbund, Parlamentarismus, Volkssouveränität, Demokratie, Diktatur des Proletariats, Sozialismus, Zerstörung des Kapitalismus, Befreiung vom Militarismus und ähnliche wohlklingende Parolen. Ein neues freies Volk sollte entstehen, das sein eigenes Schicksal bestimmen würde. Nichts davon ist eingetreten, konnte eintreten oder wird jemals eintreten, wenn wir nicht mit höchster moralischer Ernsthaftigkeit all diese Erscheinungen, all diese Parolen untersuchen – wenn wir nicht gewissenhaft wie ein intelligenter, besorgter Arzt die Symptome der Krankheit prüfen und den gegenwärtigen Zustand des Kranken sorgfältig diagnostizieren, um nichts unversucht zu lassen, den Ursprung dieser schweren Krankheit zu ergründen.

卐卐卐卐卐

Die Krankheit unserer Zeit heißt Mammonismus.

Was ist Mammonismus?

Mammonismus ist die finstere, unsichtbare, geheimnisvolle Herrschaft der großen internationalen Finanzmächte. Mammonismus ist jedoch auch eine Denkweise; er ist die Anbetung dieser Finanzmächte durch all jene, die vom mammonistischen Gift infiziert sind. Mammonismus ist die grenzenlose Übersteigerung des – an sich gesunden – menschlichen Strebens nach Besitz. Mammonismus ist die zur Raserei gewordene Geldgier, die kein höheres Ziel kennt, als Geld auf Geld anzuhäufen, die mit beispielloser Brutalität versucht, alle Kräfte der Welt in ihren Dienst zu zwingen, und die zur wirtschaftlichen Versklavung, zur Ausbeutung des Arbeitspotenzials aller Völker der Welt führen muss. Mammonismus ist die Denkweise, die zum Verfall aller moralischen Werte geführt hat. Mammonismus als weltweites Phänomen ist gleichzusetzen mit brutalem, rücksichtslosem Egoismus im Menschen. Mammonismus ist der Geist der Gier, des grenzenlosen Herrschaftswunsches, der Mentalität, die einzig und allein darauf ausgerichtet ist, die Güter und Schätze der Welt an sich zu reißen. Im Kern ist sie die Religion des rein weltlich orientierten Menschentyps.

Der Mammonismus ist das direkte Gegenteil des Sozialismus. Der Sozialismus, verstanden als höchste moralische Idee, als die Idee, dass der Mensch nicht nur für sich selbst da ist, sondern dass jeder Mensch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber der gesamten Menschheit hat und dass er nicht nur für das momentane Wohlergehen seiner Familie, seiner Stammesangehörigen, seines Volkes verantwortlich ist, sondern auch unerschütterliche moralische Verpflichtungen gegenüber der Zukunft seiner Kinder und seines Volkes trägt.

Konkreter ausgedrückt: Wir müssen den Mammonismus als das bewusste Zusammenwirken der machthungrigen Großkapitalisten aller Völker begreifen. Bemerkenswert daran war stets das schleichende Eintreffen des Mammonismus.

Die Großmagnaten agieren als die eigentliche Triebkraft hinter dem weltumspannenden angloamerikanischen Imperialismus; nichts anderes. Die großen Finanzmächte finanzierten die furchtbaren Massenmorde des Ersten Weltkriegs. Als Eigentümer aller großen Zeitungen haben sie die Welt in ein Netz aus Lügen gesponnen. Sie haben mit Genugtuung alle niederen Leidenschaften geschürt, das Wachstum gegenwärtiger Tendenzen eifrig gefördert und durch geschickte Pressepropaganda den französischen Revanchismus zum Kochen gebracht. Sie nährten sorgsam die panslawische Idee, den serbischen Größenwahn und die Geldnot dieser Staaten, bis der Weltkrieg schließlich ausbrechen musste.

Auch unter uns in Deutschland gab es den Geist des Mammonismus, der nur noch mehr Exportzahlen, nationalen Reichtum, Expansion, Großbankprojekte und internationale Finanzgeschäfte wissen wollte.

Machine Translated by Google

führte zu einem Verfall der öffentlichen Moral, zum Niedergang unseres herrschenden Zirkels in Materialismus und Hedonismus, zu einer Oberflächlichkeit in unserem nationalen Leben, alles Faktoren, die die Schuld an dem erschreckenden Zusammenbruch mittragen.

卐 卐 卐 卐 卐

Mit Erstaunen müssen wir uns fragen, woher der Mammonismus, woher das internationale Großkapital seine unwiderstehliche Macht bezieht.

Es darf nicht übersehen werden, dass die internationale Zusammenarbeit der großen Finanzmächte ein völlig neues Phänomen darstellt. Historisch gesehen gibt es dafür kein vergleichbares Phänomen. Internationale Verpflichtungen monetärer Natur waren praktisch unbekannt. Erst mit dem Aufstieg der Weltwirtschaft und dem allgemeinen globalen Handel etablierte sich die Idee der internationalen Zinswirtschaft. Hier berühren wir die tiefste Wurzel, hier stoßen wir auf die innerste Quelle der Macht, aus der die Goldene Internationale ihre unwiderstehliche Kraft schöpft.

Zinsen, der mühelose und endlose Zustrom von Gütern allein durch Geldbesitz ohne jegliche zusätzliche Arbeit, haben die großen Finanzmächte wachsen lassen. Kreditzinsen sind das teuflische Prinzip, aus dem die Goldinternationale hervorgegangen ist. Das Kreditkapital hat sich überall festgesetzt. Wie die Arme einer Anemone hat es alle Staaten und Völker der Welt umschlungen.

Staatskredite, Staatsanleihen, Eisenbahnanleihen, Kriegsanleihen, Hypotheken, gedeckte Schuldverschreibungen – kurzum, Kreditinstrumente aller Art haben unser gesamtes Wirtschaftsleben gewissermaßen verstrickt, sodass sich seither alle Völker der Welt hilflos in den goldenen Netzen winden. Im Namen des Zinsprinzips, getreu einer völlig wahnhaften politischen Illusion, dass jeder Besitz einen Anspruch auf Erträge mit sich bringe, haben wir uns der Zinsknechtschaft unterworfen. Es gibt keinen einzigen triftigen moralischen Grund dafür, warum der bloße Besitz von Geld einen Anspruch auf ewige Zinszahlungen begründen sollte.

Dieser innere Widerstand gegen Zinsen und gegen Einkommen jeglicher Art ohne produktive Arbeit durchdringt das Seelenleben aller Völker und Zeiten. Doch nie zuvor ist dieser tiefe innere Widerstand gegen die Macht des Geldes den Nationen so bewusst geworden wie in unserer Zeit.

Nie zuvor war der Mammonismus so umfassend auf die Weltherrschaft vorbereitet. Nie zuvor hat er Niedertracht, Machtgier, Rachegelüste, Gier, Neid und Lüge so geschickt verschleiert und doch brutal in seinen Dienst gestellt wie jetzt. Der Weltkrieg ist im Kern eine der größten Entscheidungen in der Geschichte der Menschheit: der Kampf um die Frage, ob künftig die mammonistisch-materialistische oder die sozialistisch-aristokratische Weltanschauung das Schicksal der Menschheit bestimmen soll.

der Welt.

卐 卐 卐 卐 卐

Vordergründig war die mammonistische angloamerikanische Koalition zweifellos zunächst siegreich. Als Reaktion darauf entstand im Osten der Bolschewismus, und wenn man im Bolschewismus eine große Idee erkennen will, dann ist es zweifellos die Position, die der mammonistischen Weltanschauung diametral entgegengesetzt ist. Die Methoden, die der Bolschewismus dafür anwendet, gleichen jedoch den missglückten Heilversuchen eines Dr. Eisenbarth. Es ist der Versuch, einem an innerer Vergiftung Erkrankten mit dem Skalpell zu helfen, indem man ihm Kopf, Arme und Beine amputiert.

Machine Translated by Google

Gegen diesen Wüten des Bolschewismus, gegen diese sinnlose Umwälzung, müssen wir eine praktikable neue Idee präsentieren, die mit einigender Kraft alle arbeitenden Klassen vereint, um das Gift zu vertreiben, das die Welt krank gemacht hat.

Ich sehe darin eine Bedeutung in der Abschaffung der Sklaverei für den Zinseszins.

Es gibt drei Faktoren, die die Zinsen auf Fremdkapital als die eigentliche und wahre Ursache unseres finanziellen Elends deutlich machen.

Erstens das ungeheure Missverhältnis zwischen festverzinslichem Darlehenskapital, also Kapital, das von selbst ohne Anwendung schöpferischer Arbeit wächst und tatsächlich immer weiterwächst.
Bei uns in Deutschland hat dieses Fremdkapital bereits ein Niveau von 250 Milliarden erreicht, das wir nicht als zu hoch betrachten. Im Gegensatz zu dieser enormen Summe beläuft sich das industrielle Betriebskapital unserer gesamten deutschen Industrie auf lediglich 11,8 Milliarden. Hinzu kommen die 3,5 Milliarden an Kapital der 16.000 industriellen GmbHs, sodass wir insgesamt nur etwa 15 Milliarden an Industriekapital zu erfassen haben. Das Verhältnis 20:1 ist die erste grundlegende Erkenntnis[3] .

Diese Einschätzung bedeutet, dass bei finanziellen Problemen von größter Bedeutung alle Maßnahmen, die sich auf Fremdkapital beziehen, 20-mal so wirksam sein müssen wie Maßnahmen, die auf industrielles Großkapital abzielen.

Zweitens: Die Zinszahlungen für das oben genannte Darlehenskapital, geschätzt auf 250 Milliarden, belaufen sich, gesamt betrachtet, auf etwa 12,5 Milliarden jährlich. Demgegenüber betrug die Summe aller im Jahr 1916 ausgeschütteten Industriedividenden im Jahr 1915 etwa eine Milliarde Mark. In den Jahrzehnten zuvor lag dieser Wert im Durchschnitt bei etwa 600 Millionen. In den letzten beiden Kriegsjahren [1914–1918] dürfte er durchaus erheblich gestiegen sein, dürfte aber im laufenden Jahr [1919] einen umso stärkeren Einbruch verzeichnen.

Die durchschnittliche Rentabilität aller deutschen Aktiengesellschaften [AG] betrug 8,21 %; damit lag sie nur etwa 3,5 % über der durchschnittlichen Rendite auf festverzinsliche Darlehen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das deutsche Volk künftig jährlich rund 12,5 Milliarden für die verschiedenen, ewigen Zinszahlungen des großen Fremdkapitals aufbringen muss, während der Ertrag des Industriekapitals im größten Boomjahr 1 Milliarde und in Zeiten ungestörten Wohlstands lediglich 0,6 Milliarden betrug. Somit ergibt sich hier erneut ein Verhältnis in der Größenordnung von 20:1 zu 12:1.

Der dritte und gefährlichste Faktor ist das unvorstellbare, enorme Wachstum des großen Kreditkapitals durch Zinsen und Zinseszinsen. Ich muss hier etwas abschweifen und hoffe, das Problem mithilfe eines kurzen Ausflugs in die höhere Mathematik erläutern zu können. Zunächst einige Beispiele.

Die bezaubernde Geschichte der Erfindung des Schachspiels ist wohlbekannt. Der reiche indische König Shihram gewährte dem Erfinder als Dank für die Erfindung des königlichen Spiels die Erfüllung eines Wunsches. Der Wunsch des Weisen war, dass der König ihm auf dem ersten Feld des Schachbretts ein Weizenkorn, auf dem zweiten zwei, auf dem dritten vier und somit auf jedem Feld doppelt so viele wie auf dem vorherigen geben möge. Der König lächelte über den scheinbar bescheidenen Wunsch des Weisen und befahl, einen Sack Weizen zu bringen, damit die Weizenkörner auf jedes Feld verteilt werden konnten. Wie wir alle wissen, war die Erfüllung dieses Wunsches selbst für den reichsten Prinzen der Welt unmöglich. Die gesamte Ernte der Welt in tausend Jahren würde nicht ausreichen, um die 64 Felder des Schachbretts zu füllen.

[3] Offensichtlich ist 17:1 genauer, aber vielleicht berücksichtigt Feder die Möglichkeit, dass das Verhältnis noch steigen wird.

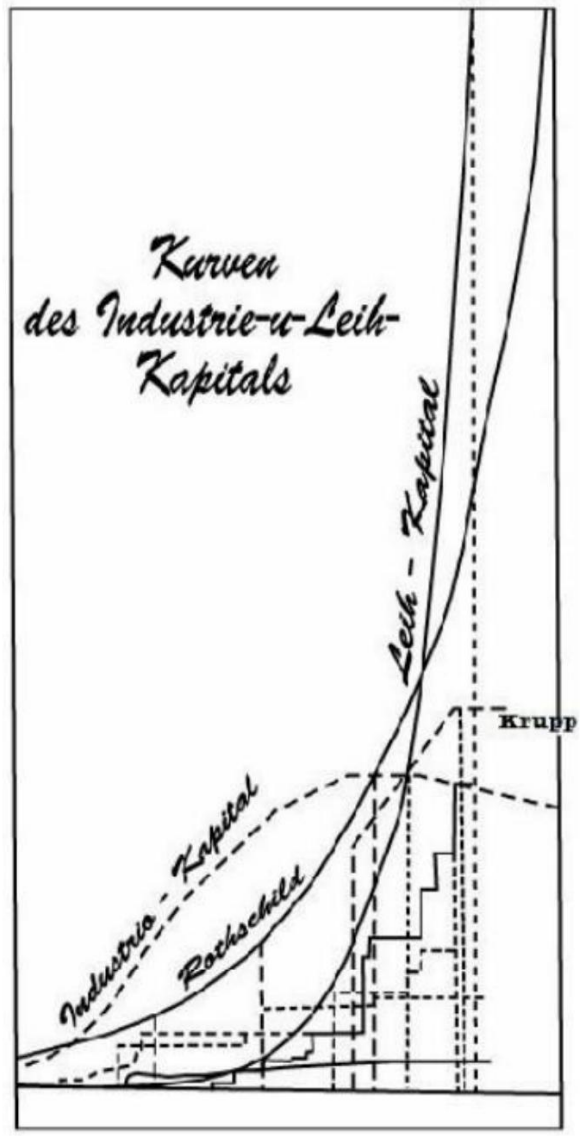
Machine Translated by Google

Ein weiteres Beispiel: Viele erinnern sich noch aus ihrer Schulzeit an die Qual der Zinseszinsberechnung; wie sich der Penny, der zur Zeit von Christi Geburt angelegt wurde, durch Zinseszinsen vermehrte und sich alle 15 Jahre verdoppelte. Im Jahr 15 nach Christi Geburt waren es 2 Pennys, im Jahr 30 n. Chr. 4 Pennys, im Jahr 45 n. Chr. 8 Pennys und so weiter. Nur wenige wissen noch, welchen Wert dieser Penny heute hätte: Selbst eine Goldmenge, die dem Volumen der Erde, der Sonne und aller Planeten zusammen entspräche, wäre nicht ausreichend, um den Wert dieses mit Zinseszinsen angelegten Pennys darzustellen.

Ein drittes Beispiel: Das Vermögen des Hauses Rothschild, der ältesten internationalen Plutokratie, wird heute auf rund 40 Milliarden Dollar geschätzt. Bekanntlich legte der alte Mayer Amschel Rothschild um das Jahr 1800 in Frankfurt, selbst ohne nennenswertes Vermögen, den Grundstein für das gigantische Vermögen seines Hauses, indem er die Millionen, die ihm Graf Wilhelm I. von Hessen zur Verwahrung anvertraut hatte, im Rahmen eines Teilreserve-Kreditverfahrens verlieh.

Wäre die Geldvermehrung durch Zinsen und Zinseszinsen bei den Rothschilds nur im bescheidenen Tempo des Pennys erfolgt, wäre die Kurve nicht so steil angestiegen. Angenommen, das Gesamtvermögen der Rothschilds wäre nur im Penny-Takt gewachsen, dann hätte ihr Vermögen im Jahr 1935 80 Milliarden, im Jahr 1950 160 Milliarden und im Jahr 1965 320 Milliarden betragen und damit bereits das gesamte deutsche Nationalvermögen bei weitem übertroffen.

Aus diesen drei Beispielen lässt sich ein mathematisches Gesetz ableiten. Die Kurve, die den Aufstieg des Rothschild-Vermögens darstellt, die Kurve, die sich aus der Anzahl der Weizenkörner auf dem Schachbrett ableiten lässt, und die Zahl, die sich aus der Multiplikation des Pennys ergibt.
Die Erträge bei Zinseszins sind einfache mathematische Kurven. Alle diese Kurven haben Derselbe Charakter. Nach einem anfänglich moderaten und allmählichen Anstieg wird die Kurve immer steiler und nähert sich bald praktisch der Tangente an die Unendlichkeit.



Ganz anders verläuft jedoch die Wachstumskurve des Industriekapitals.
Ebenso entstehen meist aus kleinen Anfängen, und bald kommt es zu einer starken Steigerung der Kurven, bis eine gewisse Kapitalsättigung erreicht ist.
Dann verlaufen die Kurven flacher und sinken in manchen Branchen vielleicht sogar leicht, wenn neue Erfindungen zu einer Abwertung bestehender Fabriken, Maschinen usw. geführt haben. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen, die Entwicklung der Krupp-Werke. 1826 starb der alte Krupp fast mittellos. 1855 erhielt Alfred Krupp seinen ersten Auftrag über 36 Kanonen von der ägyptischen Regierung.

Im Jahr 1873 beschäftigte Krupp bereits 12.000 Arbeiter. 1903 verkaufte Frau Berta Krupp das gesamte Werk und das dazugehörige Eigentum an Alfred Krupp.

Machine Translated by Google

Die Aktiengesellschaft wurde mit 160 Millionen gegründet. Heute beträgt das gesamte Aktienkapital 250 Millionen. Was verbindet man mit dem Namen Krupp bei uns Deutschen? Den Höhepunkt unserer industriellen Entwicklung. Den weltweit ersten Hersteller von [Stahl-]Kanonen. Ein gewaltiges Vermögen, das auf unermüdlicher, zielgerichteter und intensiver Produktivität beruht. Für Hunderttausende unserer Landsleute bedeutete das Unternehmen Krupp Brot und Arbeit. Für unsere Nation Waffen und Verteidigung – und doch ist es ein Zwerg im Vergleich zu den Milliarden der Rothschilds. Welche Bedeutung hat das Wachstum des Krupp-Vermögens innerhalb eines Jahrhunderts im Vergleich zum Wachstum des Rothschild-Vermögens durch mühelose und endlose Zinseszinsen?

Die beiden fettgedruckten Kurven stellen die Kreditzinsen dar. Die obere Kurve zeigt die Entwicklung des Rothschild-Vermögens, während die untere, zunächst flache und dann rasch ansteigende Kurve allgemein den typischen Verlauf solcher Kurven veranschaulicht: Eine kleine Erhöhung auf der horizontalen Achse kann eine Verdopplung des Wertes auf der vertikalen Achse bewirken. Die schraffierte Linie zeigt die Entwicklungskurve unserer gesamten Industrie in den letzten 40–50 Jahren. Die unterschiedlich schraffierten, feinen Linien veranschaulichen die Entwicklung einiger zufällig ausgewählter großer Industrieunternehmen, aus denen sich der allgemeine Verlauf der schraffierten Kurve des Industriekapitals ableitet.

Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Kurven des Fremdkapitals stark komprimiert dargestellt sind. So muss beispielsweise die Kurve des Rothschild-Vermögens 80-mal höher angesetzt werden als die Krupp-Kurve. Die Darstellung der Kurven dient selbstverständlich nur dazu, den grundlegend unterschiedlichen Charakter der beiden Kapitalarten zu verdeutlichen. Die Kurven des Fremdkapitals zeigen zunächst einen recht allmählichen Anstieg; dieser beschleunigt sich dann, bis er, immer wilder und alles mitreißend, sich weit jenseits menschlicher Vorstellungskraft erhebt und nach Unendlichkeit strebt.

Die Kurve des Industriekapitals hingegen bleibt endlich! Wie stark die Divergenzen auch im Detail sein mögen, der grundlegende Charakter der industriellen Entwicklung wird insgesamt immer derselbe sein, dass nach einer starken anfänglichen Entwicklung eine gewisse Reife-, Sättigungsphase folgt, nach der früher oder später der Niedergang einsetzt.

卐卐卐卐卐

Nichts verdeutlicht den grundlegenden Unterschied zwischen Fremdkapital und Betriebskapital besser. Nichts kann den Unterschied zwischen den verheerenden Folgen von Fremdkapital und den Unternehmensgewinnen (Dividenden) des in großen Industrieunternehmen eingesetzten und riskierten Betriebskapitals besser verdeutlichen als dieser Vergleich.

Es kann nicht genug betont werden, dass allein die Erkenntnis der mathematischen Gesetze, denen Fremd- und Industriekapital unterliegen, uns den klaren Weg aufzeigt, wo wir ansetzen müssen, um unsere marode Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Wir erkennen eindeutig, dass nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung, nicht das Kapital an sich, die Geißel der Menschheit ist. *Der unstillbare Zinshunger des großen Fremdkapitals ist der Fluch der gesamten arbeitenden Menschheit!*

Kapital ist notwendig! Arbeit ist notwendig! Arbeit allein kann wenig ausrichten. Kapital allein kann gar nichts ausrichten!

Kapital ohne Arbeit kann nur unfruchtbar sein! Daher ist die wichtigste Forderung, die edelste Aufgabe der Revolution, der sinnvollste Sinn einer Weltrevolution die Abschaffung der Zinsknechtschaft.

Das Haus Rothschild hat heute einen Wert von 40 Milliarden. Die Milliardäre der amerikanischen Hochfinanz, die Herren Cahn, Loeb, Schiff, Speyer, Morgan, Vanderbilt und Astor, werden zusammen betrachtet ebenfalls so hoch bewertet.

Machine Translated by Google

Mindestens 60 bis 70 Milliarden. Bei einem Zinssatz von nur 5 % bedeutet dies ein Einkommen von 5 bis 6 Milliarden für diese acht Familien, was laut den Forschungen von Karl Helfferich etwa 75 % des Jahreseinkommens aller Steuerzahler in Preußen im Jahr 1912 entspricht. (Damals gab es rund 21 Millionen Steuerzahler; 75 % davon wären etwa 15 Millionen. Auf jeden Steuerzahler kommen durchschnittlich 1,56 Verwandte; also 23 Millionen Verwandte.)

Rund 38 Millionen Deutsche mussten somit von dem Jahreseinkommen der genannten Milliardäre leben. Sicherlich sind die amerikanischen Milliardäre keine reinen Kreditkapitalisten im selben Sinne wie das Haus Rothschild und Co. Mir ist es völlig egal, ob die amerikanischen Milliardäre nun tatsächlich „100-Millionen-Dollar-Millionäre“ oder „1000-Millionen-Dollar-Millionäre“ sind.
„Millionen-Milliardäre“; im ersten Fall müsste man nur ein bis zwei Dutzend weitere Krösusse hinzurechnen. Oder akzeptieren wir einfach Rathenaus „300“; dann wäre unsere Bestandsaufnahme sicherlich vollständig. Hier ist es nicht wichtig, eine genaue Zahl anzugeben, aber das anerkannte Verhältnis von 300 zu 38.000.000 öffnet uns die Augen für die brutale Herrschaft des internationalen Fremdkapitals.

Deshalb lasst uns diese schrecklichen Ketten abwerfen, die nur alle tatkräftige Arbeit ersticken können; lasst uns dem Geld die Macht entreißen, Zinsen zu tragen, und immer wieder Zinsen zu tragen, bis die gesamte Menschheit vollständig dem internationalen Kreditkapital zur Zahlung von Zinsen verpflichtet ist.

Somit machen uns diese drei Punkte zum ersten Mal deutlich, wo allein der Hebel
kann effektiv zur Linderung unserer internen finanziellen Notlage eingesetzt werden.

Zum anderen erkennen wir an, dass der Angriff der gesamten sozialistischen Ideenwelt auf das Industriekapital völlig verfehlt war, denn selbst eine beabsichtigte vollständige Regulierung oder Vergesellschaftung aller unternehmerischen Gewinne – unter der Annahme einer ungetrübten Wirtschaft –
würde im Vergleich zu den enormen finanziellen Belastungen der Haushalte unseres Reiches und unseres Staates eine lächerlich geringe Summe einbringen.

Durch die Abschaffung der Zinsknechtschaft lässt sich die gesamte Finanzkrise mit einem Schlag beseitigen. Sofort spüren wir wieder festen Boden unter den Füßen; sofort muss und wird uns klar werden, dass wir uns mit dieser verwerflichen Schuldwirtschaft auf groteskeste Weise selbst getäuscht haben.

Denn was anderes ist Fremdkapital als Schulden? *Fremdkapital sind Schulden!* Das kann man nicht oft genug wiederholen. Was für ein Wahnsinn ist es, wenn das deutsche Volk insgesamt 150 Milliarden für seinen Krieg geliehen hat? Wenn es sich dafür sogar noch 7,5 Milliarden an Zinsen versprochen hat und sich nun in der misslichen Lage sieht, die von Anfang an unvermeidlich war, diese 7,5 Milliarden in Form völlig abwegiger Steuern von sich selbst einzutreiben?

卐卐卐卐卐

Das Tragische an dieser Selbsttäuschung ist weniger die Dummheit dieser ganzen Kriegsanleihenwirtschaft, die wir stets so viel besser genutzt haben als der Rest der Welt, als vielmehr die Tatsache, dass nur eine relativ kleine Anzahl von Großkapitalisten enorm davon profitiert, während die gesamte arbeitende Bevölkerung, einschließlich der mittelständischen und kleineren Kapitalisten sowie von Wirtschaft, Handel und Industrie, die Zinsen zahlen muss. Und hier tritt die politische Seite des Ganzen zutage. Hier wird deutlich, dass in Wirklichkeit das große Fremdkapital und nur dieses [d. h. nicht das Industriekapital] der Fluch der gesamten arbeitenden Menschheit ist. Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber letztendlich muss immer die Masse aller hart arbeitenden Menschen die Kosten der Zinszahlungen für Fremdkapital tragen. Die mittelständischen und kleineren Kapitalisten haben nichts vorzuweisen für ihre schönen Zinszahlungen; sie können nichts vorweisen für die Summen von

Machine Translated by Google

Zinsen müssen vollständig besteuert werden. Ob in Form direkter Steuern oder indirekter Abgaben wie Stempelgebühren, Zölle oder anderer Handelsbelastungen – die hart arbeitende Bevölkerung ist *stets der Leidtragende ,* während das *Großkapital* profitiert. Es ist geradezu erstaunlich zu sehen, wie die sozialistische Ideenwelt von Marx und Engels in die Realität umgesetzt wurde.

Es ist geradezu erstaunlich, wie die sozialistische Ideenwelt von Marx und Engels, vom Kommunistischen Manifest bis zum Erfurter Programm (insbesondere Kautsky), und selbst die heutigen sozialistischen Führer die Interessen des Fremdkapitals wie auf Befehl schonen. Die Unantastbarkeit des Zinses ist tabu; der Zins ist das Allerheiligste; niemand hat es bisher gewagt, ihn infrage zu stellen. Während Eigentum, Adel, Sicherheit von Person und Besitz, die Gesetze der Krone, Privilegien und religiöse Überzeugung, die Ehre der Offiziere, das Vaterland und die Freiheit mehr oder weniger geächtet sind, gilt der Zins als heilig und unangreifbar. Enteignung und Vergesellschaftung, also eklatante Gesetzesverstöße, die nur halbwegs beschönigt werden, da sie angeblich im Namen der Gesamtheit der Individuen begangen werden, sind an der Tagesordnung: All das ist erlaubt, nur der Zins, der Zins ist das „ Noli *me tangere",* das „Rühr mich nicht an".

Die Zinszahlungen für die Reichsschulden sind das A und O des Staatshaushalts. Ihre gigantische Last zieht das Staatsschiff in den Abgrund, und doch … ist alles ein großer Betrug … eine monströse Selbsttäuschung, die einzig und allein den großen Finanzmächten zugutekommt. A

Ich möchte hier kurz auf die Einwände bezüglich Kleinrentnern eingehen, die später ausführlicher behandelt werden, damit man sich nicht in diesen Überlegungen verliert. Bei der Betrachtung der sehr wichtigen Fragen werden diese nicht berücksichtigt, aber es versteht sich von selbst, dass diese Ausgleichszahlungen durch den umfassendsten Ausbau der Sozialleistungen erfolgen werden.

Betrug, sagte ich! *Zinsbetrug!* Ein starkes Wort. Aber wenn dieses Wort gerechtfertigt ist – und während des Krieges war es vielleicht das am häufigsten verwendete Wort im Feld und in der Heimat –, dann ist es im Hinblick auf den Zinsbetrug am berechtigtsten.

Aber was ist mit den Kriegsanleihen? Mit den ersten fünf Milliarden nahm das Reich den Menschen ihre tatsächlichen Ersparnisse aus der Tasche. Das Geld floss wieder zurück. Dann kam der nächste Kredit, um das Geld erneut aufzusaugen, und damit auch die letzten Restersparnisse. Und wieder kam die Pumpe und saugte die Milliarden auf, und wieder ebbten sie ab, bis das Reich, nachdem dieses charmante Spiel neunmal wiederholt worden war, fröhlich 100 Milliarden Schulden angehäuft hatte.

Im Gegenzug hielten die Menschen natürlich 100 Milliarden auf fein bedrucktem Papier in ihren Händen – zunächst glaubten wir, dadurch um so viel reicher geworden zu sein –, doch dann kommt der Staat und sagt: „Ich stehe vor dem Bankrott."

Ja, aber warum? – Ich selbst kann ja wohl kaum bankrottgehen, selbst wenn ich gelegentlich einen Hundert-Mark-Schein aus der rechten oberen Tasche nehme und in die linke stecke. Es wäre gewiss die größte Torheit von allen , wenn wir die Torheit unserer Kriegsanleihenwirtschaft mit einer Insolvenz fortsetzen würden.ÿ

Lasst uns die Knechtschaft der Geldzinsen brechen! Lasst uns die Kriegsanleihenzertifikate zu gesetzlichem Zahlungsmittel erklären, die Zinsen abschaffen, und der Albtraum des Staatsbankrotts wird von uns dahinschmelzen wie der Schnee im März unter der Sonne.

---

4 Feder betrachtet hier die deutsche Nation als eine einheitliche Einheit und nicht als bloße Ansammlung von Individuen: Das Geld, das von einigen Deutschen an andere Deutsche überwiesen wurde, bleibt innerhalb der deutschen Nation, was bedeutet, dass es in der Macht der deutschen Regierung liegt, die Verteilung anzupassen, vielleicht zum unmittelbaren Nachteil einiger Einzelner, aber zum Wohle der Nation als Ganzes.

Machine Translated by Google

Die Leute sagen mir: Die Einstellung der Zinszahlungen ist eine verkappte Staatspleite.

Nein, das stimmt nicht! – Das Schreckgespenst des Staatsbankrotts ist in Wirklichkeit nur ein Märchen und ein Schreckgespenst, erfunden von den mammonistischen Kräften.

Das Buch von Franz Röhr, Was jeder vom Staatsbankerott wissen muss, ist völlig in mammonistischen Denkweisen verhaftet.
Obwohl der Autor im Allgemeinen die wirtschaftlichen Probleme, die uns durch die Vergesellschaftung bedrohen, ganz klar erkennt und obwohl er nachdrücklich und richtigerweise darauf hinweist, dass uns am Ende nur ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft retten kann, kann er sich nicht von dem abergläubischen Glauben an die Heiligkeit des Zinses befreien und schildert daher den Staatsbankrott ganz im Einklang mit den Interessen des Mammonismus als eine absolut erschreckende Katastrophe.

Es ist interessant festzustellen, dass Röhr trotz seiner besseren historischen Kenntnisse sich nicht von der mammonistischen Sichtweise lösen kann und in seinem Schlusswort bemerkt: „Wenn die verheerende Wirtschaftskatastrophe nicht abgewendet wird, wird niemand verschont bleiben.“ Gleichzeitig räumt er auf Seite 81 ein, dass die Folgen staatlicher Finanzmisswirtschaft teilweise sehr schnell rückgängig gemacht wurden, und auf Seite 68 erklärt er, dass Russland (im letzten Jahrhundert) diese Währungskrisen ohne bleibende Probleme überwunden habe. Auf Seite 76 führt er bei der Untersuchung der Auswirkungen von Staatsbankrotten aus, dass zwar natürlich tiefgreifende wirtschaftliche Probleme usw. aufgetreten seien, im Großen und Ganzen aber weder der Staat noch seine Wirtschaftskraft zerstört worden seien. *Im Gegenteil, eine rasche Erholung der Volkswirtschaft und eine Sanierung der öffentlichen Finanzen seien häufig genug zu beobachten gewesen.* Wenn der Autor dann in drei weiteren Zeilen behauptet, Staatsbankrott bedeute unweigerlich Wirtschaftskatastrophe und verursache unendliches Elend, kann ich dieser Logik leider nicht folgen.

Aber zurück zu unserem konkreten Fall! Was wäre ehrlicher? Pharisäerhaft von der Unangreifbarkeit von Kriegsanleihen zu sprechen und gleichzeitig das Volk mit einer ungeheuren Steuerlast zu unterdrücken? Oder, wenn ein Finanzminister den Mut hätte, sich offen an die Bevölkerung zu wenden und zu erklären: „Ich kann die Zinsen für die Kriegsanleihen nicht zahlen, es sei denn, ich nehme Ihnen exakt denselben Betrag an Steuern ab. … Aber damals, während des Krieges, brauchte ich dringend Geld; mir fiel nichts Klügeres ein (siehe England), und so beging ich den Betrug mit den hochverzinsten Kriegsanleihen. Ihr müsst mir verzeihen, liebe Bürger; letztendlich war alles für euch. Aber wenn wir dieses Versteckspiel nicht länger spielen wollen … Ich, der Staat, zahle keine Zinsen mehr, und ihr, die Steuerzahler, müsst keine Steuern mehr zahlen, um diese Zinszahlungen zu decken … Das vereinfacht unsere Angelegenheiten ungemein; wir umgehen die riesige Steuerbürokratie und ebenso die riesige Zinszahlungsbürokratie und sparen so immense Geldmengen und Arbeitskraft.“

Ich habe lange gezögert, diesen Betrug aufzudecken, aber ich halte ihn für absolut grundlegend.

Hierbei darf man zu keinem Zeitpunkt das große Ganze aus den Augen verlieren.

卐卐卐卐卐

Laut bayerischen Steuererklärungen umfasst der Kreis der Betroffenen – also genau jene, die laut ihrer Steuererklärung über 30.000 Mark an Zinszahlungen erhalten haben – 822 Personen, was lediglich 0,4 % aller Steuerpflichtigen in Deutschland (Bayr. St-Z. 1913) entspricht, also etwa 10.000. (Die oberen 10.000!)

Lassen Sie uns nun für uns die wichtigsten Aspekte dieser revolutionären Forderung so kurz wie möglich klären und die Fragen zunächst aus unserer nationalen Perspektive betrachten.

Machine Translated by Google

Dazu bedarf es zunächst eines klaren Blicks auf unsere aktuelle Situation. US-Außenminister Eugen Schiffer erklärte in seiner Rede vor der Berliner Handelskammer, diese sei „unmöglich zu ignorieren“. Das ist nur teilweise richtig. Ignoriert werden können die enorme Verschuldung unserer Volkswirtschaft und die beispiellose Abwertung unserer Währung.
Kurz gesagt, die Tatsache, dass wir über Nacht zu einem verarmten Volk geworden sind.

Die durch den Friedensvertrag auferlegten Lasten dürfen jedoch nicht ignoriert werden. Die bestehenden Schuldscheine belaufen sich, wie bereits erwähnt, auf rund 250 Milliarden. Nehmen wir zunächst an, die Entente ziehe uns zusätzlich 50 Milliarden an Kriegsreparationen in irgendeiner Form auf: Das ergäbe eine Gesamtverschuldung von rund 300 Milliarden.

So sehr es auch den Rahmen dieser Abhandlung sprengen mag, muss dennoch einiges zur Höhe des deutschen Nationalvermögens gesagt werden. Die Untersuchungen von Helferrich und Steinmann-Bucher beziffern das deutsche Nationalvermögen auf rund 350 Milliarden. Solchen Ergebnissen kann man, so sorgfältig sie auch ermittelt worden sein mögen, nur sehr begrenzten Wert beimessen. Sie gelten nur für Zeiten ungestörter Wirtschaftstätigkeit. Zudem sind sie irreführend, da auch staatliche und kommunale Liegenschaften einbezogen werden, also beispielsweise auch Straßenreparaturen, Wasserstraßenausbauten usw. Es ist klar, dass die Errichtung solcher Anlagen zwar enorme Kosten verursacht haben mag, sie aber streng genommen keinen Eigenwert besitzen. Ein besserer Maßstab für das Nationalvermögen ist das sogenannte steuerpflichtige Vermögen, wie es sich aus den Steuererklärungen für den Verteidigungsbeitrag oder die Kriegsvermögenssteuer ergibt. Hierfür ergibt sich eine Gesamtsumme von 192 Milliarden, also weit weniger als Helferrichs Zahl. Zu dieser Summe kommen erfahrungsgemäß noch etwa 10 % für die gesetzlich steuerfreien kleinen Vermögen und etwa ein gleich hoher Betrag für „stille Reserven “ hinzu.ÿ

Mir erscheint es jedenfalls übertrieben optimistisch, von einem Nationalvermögen von mehr als 250 Milliarden zu sprechen. Doch selbst diese Zahl ist nur von sehr begrenzter Bedeutung. Am sinnvollsten wäre es, sich gänzlich von der Vorstellung eines numerisch fassbaren Nationalvermögens zu lösen und zu der Erkenntnis vorzudringen, dass sich Nationalvermögen ausschließlich im geistigen und körperlichen Arbeitspotenzial der gesamten Nation ausdrückt und somit Größenordnungen angehört, die mit dem engeren Kapitalbegriff nichts zu tun haben. Gewiss müssen wir in den Bodenschätzen, dem Reichtum der Wälder und den fruchtbaren Böden eine weitere Quelle des Nationalvermögens sehen, doch auch diese lassen sich nicht numerisch erfassen, da ihr Wert zwischen null und unendlich schwankt, je nachdem, ob die Bodenschätze unerschlossen sind oder, basierend auf einem geologischen Gutachten, auf Milliarden Tonnen Kohle geschätzt werden können.

bald.

Vergessen wir nicht, dass Deutschland tatsächlich ein armes Land ist. Es besitzt fast keine Monopole. Was den Reichtum an Bodenschätzen angeht, steht es weit hinter den meisten seiner Nachbarn zurück, ganz zu schweigen von den unvergleichlichen Bodenschätzen Chinas, Indiens und Amerikas. Auch die Bodenfruchtbarkeit lässt weit hinter den fruchtbaren Feldern der russischen Schwarzerde und den mühelos ertragreichen tropischen und subtropischen Gebieten zurück. Daher bleiben uns letztlich nur das Potenzial und der Arbeitswille unserer Bevölkerung sowie ausreichend Arbeit. Und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass unter diesen Umständen von besicherten Schulden, von Sicherheiten für unsere Schuldtitel, keine Rede sein kann.

5. „Stille Rückstellungen“ entstehen durch die Unterschätzung positiver und die Überschätzung negativer Werte in der Buchhaltung. um den Anschein eines möglichst geringen Nettovermögens zu erwecken.

Machine Translated by Google

Ob verzinsliche Kriegsanleihen oder unverzinsliche Reichsbanknoten, dahinter steht allein und ausschließlich das Steuerpotenzial des gesamten Volkes – und was ist Steuerpotenzial anderes als eine Funktion der Arbeitskraft der gesamten arbeitenden Bevölkerung?

卐 卐 卐 卐 卐

Wir müssen uns nun einen weiteren relevanten Fragenkomplex erschließen, und natürlich die wichtigsten Einnahmequellen und Ausgaben unseres Staates. Es besteht ein bemerkenswerter Kontrast zwischen dem großen Stellenwert, den das Streben nach Geld in unserem Privatleben einnimmt, und der Aufmerksamkeit, die wir den großen Fragen unserer staatlichen Finanzverwaltung widmen; dennoch besteht zwischen individueller und nationaler Wirtschaft kein wesentlicher Unterschied.

Die wichtigsten Einnahmequellen des Staates sind: erstens die Nettogewinne der Postämter und Eisenbahnen; zweitens die der Bergwerke, Forstverwaltungen und anderer staatlicher Unternehmen; drittens Zölle und indirekte Steuern; viertens direkte Steuern.

Um in solch eminent praktischen Fragen keine rein theoretischen Diskussionen anzustoßen, möchte ich die einzelnen Posten des bayerischen Staatshaushalts von 1911 ihrer Größenordnung nach erläutern. Post, Telegrafie und Eisenbahnen brachten 120 Millionen ein; Wälder, Bergwerke usw. rund 40 Millionen; indirekte Steuern 53 Millionen; direkte Steuern 60 Millionen. Weitere 67 Millionen stammten aus Stempelgebühren, Entgelten, Erbschaftssteuern, Grundsteuern, Reichszuweisungen usw.

Wie sieht es mit den Ausgaben aus? Da finden wir zunächst die Zinszahlungen für die Staatsschulden, einschließlich der Eisenbahnschulden, in Höhe von 85 Millionen. Für das Königshaus 5 Millionen; für die Justizverwaltung 27 Millionen; für die innere Verwaltung 40 Millionen; für Kirchen und Schulen 51 Millionen; für die Finanzverwaltung 13 Millionen; für Reichszwecke 50 Millionen; für Renten 36 Millionen. Sonstige Ausgaben 5 Millionen. Damals, in diesem für die bayerischen Finanzen günstigen Jahr, wies der Jahreshaushalt einen Überschuss von 27 Millionen auf.

Im Rahmen unserer Überlegungen sind jedoch nur jene Ausgaben relevant, die durch die Abschaffung der Zinsknechtschaft entfallen können. Hierbei steht die Zinszahlung auf die Staatsschulden mit 85 Millionen Mark an erster Stelle; hinzu kommt der größte Teil unserer Ausgaben für die Finanzverwaltung mit rund 10 Millionen; ferner ein großer Teil der Zahlungen für Reichszwecke, von denen wir die Hälfte, also 25 Millionen, hinzurechnen, und schließlich sind die 5 Millionen an Zahlungen für das Königshaus nun entfallen: insgesamt 125 Millionen.

Das Verschwinden dieser Einträge bedeutet die Möglichkeit, auf die Erhebung *aller direkten und indirekten Steuern zu verzichten,* die, wie wir gesehen haben, 53 Millionen bzw. 60 Millionen Mark, insgesamt also 113 Millionen Mark, einbrachten!

Wir sind heute keineswegs der Ansicht, dass direkte und indirekte Steuern gänzlich abgeschafft werden sollten; zweifellos dienen sie innerhalb angemessener Grenzen einerseits der Erziehung, andererseits der Regulierung. Es ist gewiss richtig und gerecht, dass die Gewinne aus lastenfreiem Eigentum einer moderaten, gestaffelten Steuer unterliegen, da der Staat selbstverständlich auch die Eigentumsrechte durch seine Polizeibehörden sichern muss. Ebenso ratsam erscheint es, dass Handel und Industrie Steuern entsprechend ihren Arbeitsgewinnen entrichten, da der Staat auch für deren Instandhaltung und Weiterentwicklung der öffentlichen Handelswege verantwortlich ist. Eine entsprechende Mindeststeuer für jeden Wahlberechtigten ist ebenfalls angebracht.

Machine Translated by Google

Erfordernis der Fairness, da der Staat auch verpflichtet ist, für die Sicherheit der Person und ihres Eigentums zu sorgen.

Im Bereich der indirekten Steuern hat eine starke Ausweitung aller reinen Luxussteuern eine regulierende Wirkung im besten Sinne, während alle einfachen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs steuerfrei bleiben sollten!

Das Ergebnis einer solchen Steuerpolitik läge weniger in hohen Einnahmen – von denen man ohnehin nicht sprechen könne, da für die große Masse der Bevölkerung die Besteuerung keine wirkliche Belastung, sondern lediglich eine Erinnerung daran sein sollte, dass der Mensch nicht nur ein individuelles Wesen, sondern auch ein Bürger des Staates ist und dass er neben bürgerlichen Rechten auch bürgerliche Pflichten hat.

Die Steuereinnahmen sollten weniger zur Tilgung der Schulden staatseigener Unternehmen benötigt werden, deren Nettogewinne, wie wir gesehen haben, ausreichen, um die laufenden Staatsausgaben für Schulen, Universitäten, Justiz, Innenverwaltung usw. zu decken. Sie sollten vielmehr dazu verwendet werden, besondere kulturelle Aufgaben des Staates zu fördern, für die im Rahmen des regulären Staatshaushalts nie ausreichende Mittel zur Verfügung standen. Ich denke dabei vor allem an Waisenhäuser, Einrichtungen für Blinde und Behinderte, Kindertagesstätten, die Betreuung von Schwangeren, den Kampf gegen Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten sowie den Bau von Gartenstädten und Siedlungen, insbesondere zur Unterbringung und menschenwürdigen Versorgung unserer Kriegsversehrten.

卐 卐 卐 卐 卐

Unser Blick weitet sich. Wir sehen Neuland. Könnte die Abschaffung der Zinsknechtschaft die Abschaffung aller Steuern bedeuten? Das wäre der Fall, wenn wir aus diesem gewaltigen Kampf als siegreiches Volk hervorgegangen wären. Doch so wie die Dinge stehen, sollten wir nicht zu früh jubeln; die Lasten, die uns unsere Feinde auferlegen, werden dafür sorgen, dass wir es nicht tun. Aber in jedem Fall sehen wir Neuland, wie das soeben angeführte, recht einfache Beispiel unseres bayerischen Staatshaushalts zeigt…

Generell finden wir in den anderen deutschen Bundesländern recht ähnliche Verhältnisse, und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass aus den Überschüssen der staatseigenen Betriebe – Eisenbahnen, Post, Telegrafie, Forstwirtschaft, Bergwerke usw. – sämtliche Staatsausgaben für die gesamte Justizverwaltung, die gesamte innere Verwaltung einschließlich staatlicher Bauvorhaben, alle Ausgaben für Schulen und Universitäten sowie für kulturelle Zwecke problemlos gedeckt werden könnten. Somit herrschen ideale Bedingungen.

Warum ist das nicht der Fall? Die Zinsen haben sich eingeschlichen. Durch die Zinszahlungen werden die Lebensmittel der Bevölkerung teurer; durch die Zinsen werden Zucker und Salz, Bier und Wein, Streichhölzer und Tabak sowie unzählige andere Güter des täglichen Bedarfs indirekt besteuert.
Aufgrund der Zinsen müssen direkte Steuern erhoben werden, die sich in Grundsteuern, die in Form höherer Getreidepreise weitergegeben werden, Haussteuern, die die Mieten in die Höhe treiben, und Unternehmenssteuern, unterteil
Die produktive Arbeit wird durch die Einkommensteuer belastet, die unweigerlich den Lebensstandard von Beamten und Festangestellten senkt. Schließlich zahlt das Fremdkapital, bescheiden im Geben, aber unersättlich im Nehmen, Steuern auf Kapitaldividenden. Laut den Steuererklärungen von 1911 wurden von den in Bayern vereinnahmten 253 Millionen Euro an Kapitaldividenden lediglich 8,1 Millionen Euro als Landessteuern entrichtet.

Wir haben gesehen, dass alle Kapitaldividenden, alle Kapitalzinsen, letztlich durch die Arbeit des gesamten Volkes erwirtschaftet werden müssen. Wir haben gesehen, dass die Zinszahlungen auf Staatsschulden

Machine Translated by Google

stellt den größten Posten in unserem Staatshaushalt dar, und wir haben gesehen, dass diejenigen, die zur Zahlung von Steuern auf Zinszahlungen verpflichtet sind, nur einen äußerst begrenzten Beitrag zu den Staatseinnahmen leisten.

Im Verhältnis zur Größenordnung zahlte der Kapitalist 8 Millionen von insgesamt 60 Millionen an direkten Steuern, was nur einem Achtel bis einem Sechstel der 1911 in Bayern gezahlten direkten Staatssteuern entspricht. Die direkten Steuern machen jedoch nur etwa ein Fünftel der gesamten Staatseinnahmen aus. Daher trägt das Fremdkapital nur etwa ein Dreißigstel bis ein Achtundvierzigstel zum Gesamtbedarf des Staates bei.

Es sollte nicht bestritten werden, dass die Steuergesetzgebung während des Krieges, insbesondere in den letzten Jahren, auf eine stärkere Besteuerung von Kapitaldividenden zurückgriff, aber eine stärkere indirekte Besteuerung hat mehr oder weniger Schritt gehalten, sodass sich das relative Ausmaß kaum verändert hat.

Das Bild wird düsterer, wenn wir den Reichshaushalt betrachten. Hier sind die Verhältnisse schon an sich deutlich ungünstiger. Das Reich verfügt nicht über dieselben Steuerquellen wie die einzelnen Bundesländer. Direkte Steuern sind den Bundesländern vorbehalten; die Reichsbetriebe beschränken sich auf die Reichspost und die Reichsbahn (die preußischen Staatsbahnen sind hiervon ausgenommen), sodass nur noch Zölle und indirekte Steuern übrig bleiben.

Die Größenordnung der Reichseinnahmen *(siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich für die Jahre 1917 und 1918)* betrug im Jahr 1915 1 Milliarde Mark an indirekten Steuern, 0,8 Milliarden Mark an Sondereinnahmen (Kriegsbeiträge, Immatrikulationsgebühren) usw. Auch hier zeigte sich das gleiche Bild. Mehr als ein Drittel, genauer gesagt 1,3 Milliarden Mark, wurde bereits im Jahr 1915 durch Zinszahlungen auf die Reichsschulden verschlungen. Auch hier drängte sich das Fremdkapital wieder in die Kassen. Auch hier müssen alle direkten Steuern zur Befriedigung verwendet werden. Zucker brachte 163 Millionen Mark ein, Salz 61 Millionen, Bier 128 Millionen, Tabak, Schnaps, Sekt, Lampenöl, Streichhölzer, Spielkarten und unzählige andere Waren mussten besteuert werden, um eine Milliarde Mark zusammenzukratzen, die dann vollständig in die Taschen der Kapitalisten floss.

Wie die Zinsen für die Reichsschulden beglichen werden sollen, ist heute ein Rätsel. Allein die Zinszahlungen verschlingen jährlich 8 Milliarden, basierend auf 100 Milliarden an Kriegsanleihen zuzüglich weiterer Kriegskredite. Die Einnahmen von Post und Eisenbahn lassen sich kaum noch steigern. Eine weitere Erhöhung der Mautgebühren wird kaum toleriert werden; daher bleibt wohl nur eine Verfünf- oder Verzehnfachung der indirekten Steuern – eine Unmöglichkeit! – oder die klare Erkenntnis, dass nur die Abschaffung der Zinsknechtschaft uns retten kann. Die gesamte Kriegsanleihenwirtschaft war ein ungeheurer Selbstbetrug. Die deutsche Nation lieh sich für ihren Krieg 100 Milliarden von sich selbst. Dafür versprach sie sich 5 Milliarden an Zinsen; sie muss also 5 Milliarden an Steuern zahlen. Der gesamte Nutzen kommt dem Großkapitalisten zugute, der so hohe Kapitaldividenden einstreicht, dass er sie unmöglich aufbrauchen kann, und dennoch wird, wie wir gesehen haben, nur ein recht bescheidener Prozentsatz durch die Kapitaldividendensteuer abgezogen.

卐卐卐卐卐

Ich hoffe, dass ich mit den Hauptpunkten meiner Präsentation bereits die verständliche Angst vieler Leser vor dem Verlust der Zinserträge ihrer Wertpapiere zerstreuen konnte. Lassen Sie mich kurz an einem Beispiel verdeutlichen, dass die gesamte Zinswirtschaft ein großer Selbstbetrug ist, und anschließend ein hohes Einkommen der Mittelschicht betrachten.

Angenommen, das Haushaltsvorstand hat ein Arbeitseinkommen von 10.000 Mark und zusätzlich weitere 5.000 Mark aus Kapitaldividenden. Davon werden zunächst etwa 1.500 Mark als direkte Steuern gezahlt; anschließend fallen mindestens 1.000–1.200 Mark in Form hoher Mieten an.

Machine Translated by Google

Für die ewigen Zinsen abgeschöpft. Weitere 1000 Mark dürften einer fünf- oder sechsköpfigen Familie in Form indirekter Steuern entgehen, und schon jetzt wird deutlich, dass von den schönen Kapitaldividenden, die kleine und mittlere Kapitalisten unter den günstigen Steuersätzen vergangener Jahre genossen, nicht mehr viel übrig ist. Tatsächlich kann man heute nicht mehr von „Überschuss“ sprechen; im Gegenteil, wenn man sich die aktuellen, abenteuerlichen Steuervorschläge ansieht, wird wohl noch deutlich mehr Arbeitseinkommen durch Steuern weggespült werden.

Ganz anders sieht die Lage natürlich für den Großkapitalisten aus, der beispielsweise nur eine Million an Kapitaldividenden einnimmt. (Solche Leute gibt es in Deutschland heutzutage recht viele.) Von der Kapitaldividendensteuer zahlt dieser Glückspilz höchstens 50.000 bis 60.000 Mark. Auch an indirekten Steuern zahlt er nicht mehr als der Familienvater aus dem vorherigen Beispiel. Mit seinem Budget kann er schließlich selbst in der heutigen teuren Zeit noch recht gut mit 40.000 bis 50.000 Mark auskommen. Wenn ihm am Ende noch rund 900.000 Mark in bar bleiben, bekommt er dafür im nächsten Jahr – bei 5 % Zinsen auf Kredite – weitere 45.000 Mark, und zwar gesetzlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Der kleine Rentner, der nur von seinen Zinsen lebt, würde zweifellos Schaden erleiden. Wenn er arbeiten kann, muss er sich natürlich dazu entschließen, ein Einkommen durch Arbeit zu erzielen. Damit steht er deutlich besser da als Millionen seiner Mitbürger, die nichts anderes als ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft besitzen. Will er das nicht, muss er sein Vermögen angreifen. Schließlich hat er 20 Jahre Zeit, immer wieder davon zu leben, wenn er weiterhin den jährlichen Betrag ausgibt, den er mit 5 % Zinsen erhält. Für Menschen, die nicht arbeiten können oder durch Krankheit oder Alter geschwächt sind, muss selbstverständlich durch den Ausbau der Sozialleistungen für alle Bevölkerungsgruppen ein angemessener Lebensunterhalt gesichert werden.

Ich stelle mir soziale Wohlfahrt folgendermaßen vor:

Nehmen wir an, eine ältere Dame, eine Witwe, die bisher von den Zinsen einer Kapitalanlage von 60.000 Mark leben musste, verliert durch die gesetzlich verkündete Abschaffung der Zinsknechtschaft ihre Einkommensquelle. Durch eine umfassende Erweiterung des Rentensystems würde ihr die Möglichkeit gegeben, eine Rente entsprechend ihrem Kapital zu beziehen. Die jährliche Rente könnte sogar gegenüber dem vorherigen Zinsertrag erhöht werden, um auch dieser Bevölkerungsgruppe einen gewissen Ausgleich für den Wertverlust des Geldes zu gewähren. So könnte beispielsweise im Tausch gegen die in Reichs-, Staats- oder Pfandbriefen hinterlegten 60.000 Mark eine lebenslange Jahresrente von 4.000 Mark gewährt werden. Hat die Witwe Kinder und möchte sie ihnen einen Teil ihres Vermögens vermachen, so kann ihr gestattet werden, dass lediglich 40.000 Mark in eine Rente umgewandelt werden, während die verbleibenden 20.000 Mark für die Kinder bestimmt sind. Von den 40.000 Mark können, abhängig vom Alter des Rentenempfängers, jährlich bis zu 1/12 des erhaltenen Kapitals ausgezahlt werden. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass sich die Lebenshaltungskosten der Witwe durch den Wegfall drückender Steuern infolge der Abschaffung der Zinsknechtschaft erheblich verringern werden.

Es würde den Rahmen dieses Essays bei Weitem sprengen, die persönlichen Interessen jeder Bevölkerungsschicht im Detail zu untersuchen. Eine solche revolutionäre Forderung kann nicht auf persönlichen Interessen beruhen; dennoch wird man bei der Umsetzung dieser Idee feststellen, dass die gesundheitlichen Folgen letztendlich jedem Einzelnen persönlich zugutekommen.

Genau durch das oben bereits herausgearbeitete Problem, wie man eine Zinsbefreiung für Kriegsanleihen erreichen kann, habe ich bereits versucht, deutlich zu machen, dass Kleinkapitalisten – womit ich all die Hunderttausenden meine, die durch eine hyperamerikanische Werbekampagne dazu verleitet wurden –

Machine Translated by Google

Sie setzen ihre Ersparnisse für die Zeichnung von Kriegsanleihen ein – und erhalten dadurch nicht nur keinen Nutzen aus den Zinsen, da sie diese natürlich selbst über Steuern bezahlen müssen, sondern müssen aufgrund einer Steuergesetzgebung, die auf den Schutz des Großkapitals zugeschnitten ist, auch noch Zinszahlungen für Zeichnungen in Millionenhöhe unterstützen.

Mir scheint, dass – abgesehen von diesen unmittelbaren Erwägungen – allein der Appell an alle zum Wohle ihrer Kinder den besorgten Schuldner dazu bewegen muss, den Verzicht auf ewige Zinsen auf die Reichsschulden als völlig selbstverständlich zu akzeptieren. Was verliert in diesem Fall der Patriot, der seinem Vaterland in größter Not 10.000 Mark gegeben hat, außer dem wucherischen Anspruch, innerhalb von hundert Jahren 50.000 Mark Zinsen zu kassieren, ohne dass sich das Kapital auch nur verringert? Seine Kinder und Enkel müssen ewig arbeiten, nur um die Zinsen zu bezahlen.

卐卐卐卐卐

Die Frage der Rückzahlung der geliehenen Summen lässt sich auf verschiedene Weise lösen. In meinen kurzgefassten Hauptideen zu diesem Problem, die ich der Regierung des Bayerischen Volksstaates [unter Kurt Eisner] am 20. November des vergangenen Jahres [1918] unterbreitete, schlug ich vor, die Zinsen durch die Rückzahlung in Höhe von 5 % jährlich über 20 Jahre zu ersetzen. Ich glaube, dass ich im Folgenden einen noch viel besseren Vorschlag unterbreiten kann, der aufgrund seiner Einfachheit sicherlich den Vorzug verdient: „Die Kriegsanleihen werden nach Zinsverzicht zu Zahlungsmittel erklärt.“ Das ist das „Ei des Kolumbus“. Der Vorteil dieser Maßnahme liegt zunächst darin, dass niemand wirklich etwas davon spürt. Die Kriegsanleihen bleiben ungenutzt in den Depots liegen; aber junge Leute bekommen sie nicht, genauso wenig wie ein Buch, einen Schrank oder einen anderen nützlichen Gegenstand, den man einem Freund leihen würde.

Wenn man Geld braucht, dann zückt man einfach eine Kriegsanleihe und bezahlt damit. Kriegsanleihen besitzen schließlich genauso viel Schönheit und Papierwert wie unsere anderen 10-, 20-, 100- und 1000-Mark-Scheine. Von einer Überschwemmung des Marktes mit Bargeld kann bei einem derart reibungslosen Übergang von der Zinswirtschaft zur zinslosen nationalen Wirtschaft keinesfalls die Rede sein.
Die Kriegsanleihen sind in der Tat gut geschützt und in Banktresoren oder anderen, von der Bevölkerung als sicher angesehenen Verstecken, wie etwa einem Wollstrumpf oder einem Misthaufen, aufbewahrt. Es lässt sich nicht leugnen, dass auch unser ausgegebenes Papiergeld in Höhe von rund 40 Milliarden nicht im Umlauf ist, sondern größtenteils wie oben beschrieben gehortet wird. Unser Bargeldbedarf in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs vor dem Krieg lag ebenfalls nur bei etwa 4–6 Milliarden, und es ist undenkbar, dass wir heute in der zunehmend bargeldlosen Wirtschaft mehr als das Doppelte benötigen würden .

卐卐卐卐卐

Die Tilgung der Zinsen erfolgt für alle festverzinslichen Wertpapiere in genau gleicher Weise. Für diese Wertpapiere wird, wie auch für dividendenberechtigte Wertpapiere, die ursprünglich vorgeschlagene „Rückzahlung“ in jährlichen Raten von 20 oder 25 Jahren empfohlen, insbesondere bei Hypotheken.

Die Abschaffung der Zinsknechtschaft bei Hypotheken bedeutet zweifellos die Lösung des Wohnungsproblems, die Befreiung von überhöhten Mieten. Es ist keineswegs ersichtlich, warum der Inhaber

6 In einem späteren Abschnitt erklärt Feder, dass er entschieden habe, dass die einfache Zulassung von Kriegsanleihenzertifikaten als Währung nicht die richtige Vorgehensweise sei. Beste Idee. Er schlägt vor, sie stattdessen in Bankkredite umzuwandeln.

Machine Translated by Google

Warum sollte ein Hypothekennehmer den ewigen Vorteil der Zinsen auf eine einmal geliehene Summe genießen? Warum sollte ihm ein müheloser und endloser Warenzufluss gewährt werden? Warum sollte die große Masse der Bevölkerung allein aufgrund dieses ungesunden Zinsprinzips Jahr für Jahr hohe Mieten zahlen? Es sei kurz angemerkt, dass von einem vollständigen Mietverzicht selbstverständlich nicht die Rede sein kann, da die Verwaltung und Instandhaltung von Häusern natürlich ständige Arbeit und Geld erfordert. Eine Senkung der Mieten kann daher nur insoweit erfolgen, als sie sich von selbst durch die vollständige Tilgung der Hypotheken ergibt.

Nur eines sollte mit Nachdruck betont werden: Die Abschaffung der Zinsknechtschaft hat nichts mit unserer gesamten wertschöpfenden Arbeit zu tun, insofern dem Unternehmergeist, der produktiven Arbeit, der Warenherstellung und dem Vermögenserwerb keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. Im Gegenteil, wie wir gesehen haben, wird das gesamte arbeitende Volk von einer erdrückenden, unzumutbaren und schweren Last befreit; unser Seelenleben wird von einem berauschenden Gift gereinigt.

卐卐卐卐卐

Dass die Fruchtbarkeit des Zinsproblems im Laufe der Geschichte richtig erkannt wurde, lässt sich daran erkennen, dass sich die Geister aller Zeitalter und aller Völker damit beschäftigt haben…

In verschiedenen Passagen des Alten Testaments, wie etwa Levitikus 25 und Deuteronomium 15, finden wir Bestimmungen über den Erlass von Zinsen in der Form, dass das siebte Jahr immer ein Akzeptanz- oder Jubeljahr sein sollte, in dem alle Schulden der Volksgenossen erlassen werden sollten.

Solon schaffte im Jahr 594 v. Chr. durch ein Gesetz die persönliche Schuldknechtschaft ab. Dieses Gesetz wurde die große Seisachtheia (Befreiung von den Lasten) genannt.

Im antiken Rom verbot die *Lex Gemicia* aus dem Jahr 332 v. Chr. den römischen Bürgern abrupt und gänzlich, Zinsen zu erheben.

Unter Justinian wurde ein Verbot der Zinseszinsen erlassen, mit der Bestimmung, dass keine weiteren Zinsen mehr verlangt werden dürfen, wenn die überfälligen Zinsen die Höhe des ursprünglich geliehenen Betrags erreicht haben.

Papst Leo I. (der Große) erließ im Jahr 443 ein allgemeines Zinsverbot; bis dahin war es nur Klerikern untersagt gewesen, Zinsen für Darlehen zu verlangen. Das Zinsverbot wurde nun Teil des Kirchenrechts und war auch für Laien verbindlich. Auch die weltliche Gesetzgebung passte sich allmählich den kanonischen Ansichten an und drohte sogar mit Strafen für die Erhebung von Zinsen. Dies belegt die Polizeiverordnungen des Heiligen Römischen Reiches aus den Jahren 1500, 1530 und 1577.

Solche Gesetze stießen natürlich auf großen Widerstand und wurden häufig umgangen. In diesem recht kurzen historischen Rückblick sei nur als erstaunliche historische Tatsache erwähnt, dass Christen zwar nach dem kanonischen Recht des 11. bis 17. Jahrhunderts keine Zinsen zahlen durften, Juden jedoch schon.

Es wäre außerordentlich reizvoll, in jedem einzelnen Fall zu untersuchen, welche wirtschaftlichen Missstände zu diesen massiven Lastenbefreiungen geführt haben. Besonders aufschlussreich wäre es, zu sehen, welche Mächte und Kräfte die Zinsverbote immer wieder verletzt haben.

Im Mittelalter wurde Wucherern oft schnell das Handwerk gelegt; die Bauern oder Bürger, die bis aufs Blut ausgebeutet worden waren, taten sich zusammen und schlugen die Wucherer tot. Heute haben wir

Machine Translated by Google

Sie traten in eine völlig andere Phase des Zinsproblems ein. Solche Pogrome werden aufs Schärfste verurteilt.

Es geht auch nicht mehr nur um einzelne, lokal begrenzte Krankheitssymptome, die durch das Entfernen des Eiterherdes bekämpft werden könnten; vielmehr geschieht eine ernsthafte Erkrankung der gesamten Menschheit.

卐卐卐卐卐

Es muss mit Nachdruck betont werden, dass gerade unsere heutige Kultur, gerade die Internationalität der Wirtschaftsbeziehungen, das Zinsprinzip so verhängnisvoll macht.
Der vorangegangene historische Rückblick sollte nicht als Analogie für die heutigen Verhältnisse verstanden werden. Als die Babylonier die Assyrer, die Römer die Karthager und die Germanen die Römer besiegten, gab es keine Fortsetzung der Zinsknechtschaft; es gab keine internationalen Weltmächte. Die Kriege wurden auch nicht durch Kredite, sondern durch in Friedenszeiten angehäufte Schätze finanziert. David Hume gibt in seinem Essay über öffentliches Kredit einen sehr guten Überblick darüber. Erst das moderne Zeitalter mit seiner Kontinuität des Eigentums und seinem Völkerrecht erlaubt es, dass Fremdkapital ins Unendliche anwächst. Der Penny, der zur Zeit von Christi Geburt verzinst angelegt wurde, existiert nicht mehr, da seither alle Eigentumsrechte mehrfach der Gewalt weichen mussten; im Gegensatz dazu existiert der Penny, den der alte Rothschild verzinst anlegte, noch immer und wird, sofern es Völkerrecht gibt, für alle Ewigkeit existieren.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass weite Teile der Erde erst in der Neuzeit von einer Naturwirtschaft zu einer Geldwirtschaft übergegangen sind. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass erst Mitte des 19. Jahrhunderts alle Beschränkungen der Zinserhebung und zugleich alle Zinsverbote aufgehoben wurden: in England 1854, in Dänemark 1856, in Belgien 1865 und in Österreich 1868.

Das heutige Verständnis von Zinsen als untrennbar mit dem Besitz von Geld verbunden ist somit kaum älter als ein halbes Jahrhundert. Doch genau dieses Zinsverständnis hat erstmals dazu geführt, dass sich Geld in jene dämonische Macht allumfassenden Zwangs verwandelt hat, die wir heute kennen.

Die beginnende und dann stetig wachsende Verschuldung der Staaten gegenüber Kapitalisten lässt sich ebenfalls erst auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückführen. Erst seit dieser Zeit sehen wir den Staat vom Treuhänder der Volksgemeinschaft zum Treuhänder kapitalistischer Interessen degradiert. Diese Entwicklung hat ihren Höhepunkt in den Kriegsanleihen erreicht, die wir überall antreffen und die, wie wir bereits festgestellt haben, ausschließlich mammonistischen Interessen dienen, die mit dem gigantischen Kreditgebäude eines Weltkredits gekrönt werden sollten.

卐卐卐卐卐

Diese kurzen Rückblicke sollten es uns erleichtern, uns endlich von der Annahme zu lösen, dass dem Darlehenskapital die überirdische Kraft verliehen werden müsse, ewig und unaufhörlich aus sich selbst zu wachsen. Ausgestattet mit einem erschreckenden Potenzial zur Selbstzerstörung. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass Darlehenskapital, unberührt von weltlichen Taten und Untaten, über den Wolken thronen könne, unberührt von Vergänglichkeit, unberührt von den Kräften der Zerstörung, unberührt von den Schüssen unserer gigantischen Geschütze. Denn selbst wenn Häuser und Hütten, Eisenbahnen und Brücken, die von Granaten zerschmettert werden, zu Staub und Asche zerfallen, werden die Hypotheken weiterhin b

Machine Translated by Google

Die Eisenbahnanleihen und öffentlichen Schuldscheine werden dadurch nicht getilgt. Sollten Dörfer und Städte, ganze Provinzen der irrsinnigen Zerstörung des Krieges zum Opfer fallen, was ist die Folge? Neue Schuldscheine. Mit gierig blitzenden Augen beobachtet die Gold-Internationale, hoch über den Wolken thronend, den rasenden Ansturm der Menschheit. Und nicht mehr lange ist der Zeitpunkt, an dem die gesamte Menschheit dem Mammonismus nur noch als Zinssklaven dienen wird.

Die Idee ist international; sie muss die ganze Welt befreien. Hoch lebe die Nation, die als erste
Er wagt den kühnen Schritt. Bald werden andere folgen.

Die Frage, die mir oft gestellt wird, ob die Idee überhaupt national realisierbar ist, ich
Die Antwort lautet ja. Wir sind intern verschuldet.

Gegen ausländische Zinsforderungen sind wir derzeit naturgemäß machtlos; diese müssen schlichtweg beglichen werden. Übermäßiger Kapitalabfluss muss so weit wie möglich eingedämmt werden. Doch so wenig der Gesetzgeber davor zurückschreckt, Gesetze gegen Mord, Totschlag, Betrug usw. zu erlassen – denn es wird immer Schurken geben –, so wenig sollte sich ein Volk als Ganzes davor hüten, einen Schritt zu unternehmen, der zur Sanierung seiner Staatsfinanzen als notwendig erachtet wird, nur weil nicht gerade die Besten versuchen, ihr Vermögen außer Landes zu schaffen. Selbst wenn wir annehmen, dass Hunderte Millionen, ja Milliarden an Kriegsanleihen im Ausland ausgegeben würden, wäre dies kein wesentlicher Grund, die Zinsknechtschaft nicht abzuschaffen; denn von den über 250 Milliarden Mark an festverzinslichen inländischen Anlagevermögen dürfte der überwiegende Teil immer noch im Inland verbleiben.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen: Die Abschaffung der Zinsabhängigkeit ist der radikale Weg zur endgültigen und dauerhaften Sanierung unserer öffentlichen Finanzen. Die Abschaffung der Zinsgemeinschaft ermöglicht den Verzicht auf drückende direkte und indirekte Steuern, da die staatlichen Unternehmen, insbesondere nach der Verstaatlichung weiterer geeigneter Sektoren (Binnenschifffahrt, Energieversorgung, Luftfahrt usw.), ausreichende Überschüsse für die Staatskasse erwirtschaften werden, um alle sozialen und kulturellen Aufgaben des Staates zu finanzieren.

Abgesehen von diesem finanziellen Aspekt wird die Abschaffung der Interessengemeinschaft der produktiven Arbeit in allen Wirtschaftsbereichen die ihr gebührende Priorität einräumen. Das Geld erhält seine ihm gebührende Rolle zurück und dient wieder als Motor unserer Volkswirtschaft. *Es wird wieder das, was es ist: ein Beleg für geleistete Arbeit.* Damit ist der Weg frei für ein höheres Ziel: die Abkehr von der ungezügelten Geldgier unserer Zeit.

Die Idee zielt auf die Bildung einer Einheitsfront der gesamten arbeitenden Bevölkerung ab: vom besitzlosen Arbeiter, der, wie wir gesehen haben, durch indirekte Steuern zur Befriedigung des Fremdkapitals schwer belastet ist, über die gesamte bürgerliche Klasse der Beamten und Angestellten, den bäuerlichen und kleingewerblichen Mittelstand, der die gnadenlose Tyrannei des Geldes in Form von miserablen Wohnungen, Pachtzinsen, Bankzinsen usw. zu spüren bekommt, bis hin zu den führenden Köpfen, Erfindern und Direktoren unserer Großindustrie, die alle mehr oder weniger in den Fängen des Großkapitals gefangen sind und für die die erste Lebensaufgabe stets darin besteht, für Renten, Dividenden und Zinsen für die im Hintergrund agierenden Finanzmächte zu arbeiten. Nicht zuletzt gehören auch alle intellektuellen Kreise – Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Wissenschaftler sowie andere Freiberufler – zu dieser Gruppe.

Obwohl das große Kreditkapital, sei es als Gruppe natürlicher Personen oder als Personifizierung des Zinsprinzips, bewusst oder instinktiv seine grenzenlose Machtgier zu verschleiern sucht, und obwohl unsere gesamte Rechtstradition, die auf römischem Recht und damit auf einem dem Schutz einer Plutokratie dienenden Recht beruht, stets den Schutz des Eigentums betont und damit das Gerechtigkeitsempfinden unseres Volkes durchdrungen hat, ist *die Abschaffung der Zinsknechtschaft unerlässlich.*

Machine Translated by Google

Das Geld muss kommen, denn es ist der einzige Ausweg aus der drohenden wirtschaftlichen Versklavung der gesamten Welt durch die Goldinternationale und einer der Wege, das Gift des Mammonismus mit seiner Korruption und Verunreinigung der Mentalität unserer Zeit zu vertreiben.

Die Umwandlung von Kriegsanleihen in Bankkredite

Die Forderung in § 1 nach Umwandlung von Kriegsanleihenzertifikaten usw. in gesetzliches Zahlungsmittel wurde wiederholt mit dem Einwand beantwortet, dies würde zu einer übermäßigen Überschwemmung des Marktes mit Geld führen. Dieser Einwand ist jedoch völlig unzutreffend. Inflation entsteht allein durch die Existenz von Kriegsanleihen.

Es trifft jedoch zu, dass die Sorge um die physische Präsenz dieser als Währung deklarierten Papiere trotz ihrer Irreführung weiterhin besteht und daher, obwohl unrealistisch, unerwünschte Nebenwirkungen hervorrufen könnte, als ob tatsächlich eine neue Inflation stattgefunden hätte. Daher fordern wir in Änderung von § 1, dass nach gesetzlicher Aufhebung der Zinszahlungspflicht Kriegsanleihenzertifikate sowie andere öffentliche Schuldverschreibungen nicht in Währung, sondern in Bankkredite umgewandelt werden.

Diese Regelung hat den großen Vorteil, dass die physische Existenz von Kriegsanleihen in Papierform entfiele; die Kriegsanleihenzertifikate würden von Banken, Bankiers, Sparkassen usw. an die Reichsbank geliefert und nach Ausstellung einer Gutschrift über den Nennwert vernichtet. Damit erhielte nahezu jeder in Deutschland einen Bankkredit, ein offenes Bankkonto, das er nutzen könnte.

Ein solches Verfahren hätte auch den großen Vorteil, dass die Beibehaltung größerer Investitionen in privatem Besitz nicht möglich wäre, da die nicht zugestellten Zertifikate nach Ablauf einer bestimmten Frist für ungültig erklärt würden.

Darüber hinaus wäre es zumindest möglich zu kontrollieren, wie viel Kriegsanleihen im Ausland ausgegeben werden [und damit die deutsche Handelsbilanz beeinflussen]. Dieser letzte Punkt darf jedoch in keiner Weise die Abschaffung der Zinsknechtschaft verhindern. Da wir uns im Vergleich zu anderen Ländern tatsächlich zu schwach fühlen, müssen wir (nur) die Zinsforderungen aus dem Ausland erfüllen. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass wir den Zinsverzicht auch für ausländische Anleihegläubiger aufrechterhalten sollten. Wir brauchen nicht zu befürchten, dass ausländische Zinsforderungen mit Waffengewalt durchgesetzt würden, da wir so große Fortschritte auf dem Weg zurück [vom Kriegswahn] zu etwas gemacht haben, das einem Selbstbewusstsein ähnelt, und noch nie in der Geschichte ein Krieg gegen einen Großstaat wegen Finanzmaßnahmen geführt wurde, die Privatpersonen betrafen.
Man sollte sich auch nicht vorstellen, dass das französische Volk Deutschland wegen der Zinsforderungen der Herren Mayer, Schulze und Cohn aus Deutschland, die auf ihren über die Grenze geschmuggelten deutschen Kriegsanleihen beruhen, ein Ultimatum stellen würde.

Darüber hinaus wäre es möglich, um auch nur den Anschein eines Staatsbankrotts gegenüber dem Rest der Welt zu vermeiden, eine Lotterie der Kriegsanleihen durchzuführen, die dann natürlich leicht auf der Grundlage von Statistiken, die durch die vorgeschriebene Lieferung von Zertifikaten gewonnen werden, manipuliert werden könnte, sodass zunächst nur die Nummern gezogen würden, die vermutlich Personen im Ausland gehören, und in Reichsbanknoten ausbezahlt würden.

Ein dritter Punkt wäre die willkommene Feststellung der Verteilung der Kriegsanleihen und die damit einhergehende Möglichkeit, die Vermögenssteuer außerordentlich einfach einzuziehen, während die Stipendiengeber lediglich die Reichsbank anweisen müssten, das Konto von Herrn NN mit einer bestimmten Anzahl Mark zu belasten. Auf diese Weise –

Machine Translated by Google

Die Zahlungen wären weitaus schmerzloser – das Rechtsmittelrecht der Steuerzahler bliebe selbstverständlich weiterhin uneingeschränkt bestehen.

Durch eine solche Umwandlung von Kriegsanleihen in Bankkredite ließe sich eine gewisse soziale Angleichung erreichen, da kleinere Investitionen in Kriegsanleihen – also alle kleinen Zeichnungen all jener, für die die Zeichnung von Kriegsanleihen tatsächlich als patriotische Tat zu verstehen ist (sagen wir bis zu 5.000 oder 10.000 Mark) – zum Nennwert angerechnet würden, während alle größeren Zeichnungen zu einem noch festzulegenden Zinssatz gutgeschrieben würden. Die Gutschriften für alle anderen Staatspapiere würden genau gleich behandelt.

Besondere Bemerkungen zur Forderung nach Recht in der Manifest

Zu § 1

Es ist absolut unerlässlich, dass alle staatlichen und kommunalen Schuldzeichnungen gleich behandelt werden, da nur eine solche einheitliche groß angelegte Regulierung unseres gesamten Währungssystems, Hand in Hand mit der Abschaffung der Zinsknechtschaft, umgesetzt werden kann.

Zu § 2

Es ist bereits klar, dass die Abschaffung der Zinsknechtschaft gleichzeitig auf alle anderen festverzinslichen Wertpapiere angewendet werden muss, um einen absurden Boom bei diesen Wertpapieren zu verhindern, der offensichtlich eintreten würde, wenn nur die öffentlichen Wertpapiere für zinsfrei erklärt würden. Die Reduzierung der Gesamtverschuldung würde durch jährliche Tilgung erreicht, wodurch eine stetige und kontinuierliche Entschuldung aller verschuldeten Objekte gewährleistet wäre.

Zu § 3

Dieser Absatz steht in engem Zusammenhang mit den vorhergehenden sowie mit der Forderung nach Verstaatlichung der Hypothekenvergabe in § 5. Der mit Hypotheken belastete Landwirt oder Hausbesitzer zahlt weiterhin den Betrag an seine Gläubiger, den er zuvor zu zahlen hatte, jedoch nicht mehr als ewige Zinsen, sondern als Tilgung. So wird nach 20, 25 oder 30 Jahren, abhängig vom bisherigen Zinssatz, das Eigentum an Grundstück und Haus schuldenfrei. (Die Hypothekenbank ihrerseits kann ihrerseits selbstverständlich nur während dieser Zeit weiterhin entsprechend Zinsen auf gedeckte Schuldverschreibungen an die Inhaber gedeckter Schuldverschreibungen zahlen.) Mit dieser Schuldenbefreiung entsteht das Eigentumsrecht der Gemeinschaft an dem hypothekenfreien Grundbesitz.

Zunächst müsste ein universelles Wohnungsregister, oder besser gesagt ein Immobilienkataster, erstellt werden; denn schuldenfreies Immobilieneigentum beinhaltet natürlich auch das Recht auf Rückzahlung des investierten Kapitals sowie einen dauerhaften Anspruch auf einen Teil der Mieteinnahmen, um alle mit dem Immobilieneigentum verbundenen Kosten, Ausgaben usw. zu decken, sowie eine angemessene Vergütung für die vom Eigentümer selbst geleistete Arbeit[7] .

Betrachten wir dies in groben Zügen am Beispiel eines städtischen Mehrfamilienhauses.
Das Haus hat einen Wert von 100.000 Mark. Demgegenüber steht eine Hypothekenbankeinlage von 50.000 Mark zu 4 % an Position 1 sowie eine private Einlage von 20.000 Mark zu 5 % an Position 2.

---

7 Der Zusammenhang zwischen dem Wohnungsregister und den Rechten schuldenfreier Eigentümer ist rätselhaft, es sei denn, es geht darum, das Wachstum des Mietwohnungsmarktes so zu steuern, dass er weiterhin eine angemessene Rentabilität aufweist.

Machine Translated by Google

Position 2, und 30.000 Mark ist der Betrag, den der Hausbesitzer selbst eingebracht hat. Die Mieteinnahmen betragen 7.000 Mark. Davon müssen 2.000 Mark für die erste Hypothek, 1.000 Mark für die zweite Hypothek und 1.000 Mark für Ausgaben, Kosten usw. bezahlt werden: insgesamt 4.000 Mark. Somit verbleiben dem Hausbesitzer 3.000 Mark als Zinszahlung für sein investiertes Kapital von 30.000 Mark.

Nach der gesetzlichen Abschaffung der Zinsen auf Geld stellt sich die Situation nach zehn Jahren wie folgt dar: 1. Hypothek 30.000 Mark, 2. Hypothek 10.000 Mark. Der Hausbesitzer hat sein eingesetztes Kapital vollständig zurückerhalten, gleichzeitig besteht jedoch ein neues, öffentliches Eigentumsrecht in Höhe von 50.000 Mark. Damit beginnt das Recht des Staates, über weitere Mieteinnahmen mitzubestimmen und die Höhe der Miete festzulegen .

Es wäre ungerecht, den Hausbesitzer hinsichtlich der Rückzahlung mit Hypothekennehmern gleichzustellen. Denn sein Kapital ist kein reines Darlehenskapital im engeren Sinne, das von der Abschaffung der Zinsknechtschaft betroffen sein sollte; hier geht es um Risikokapital, genauer gesagt um Geld, das in ein wertvolles Gut, nämlich ein Haus, umgewandelt wurde. Es steht daher dem Hausbesitzer frei, ob er eine längere Zahlungsfrist gewährt oder einen entsprechenden Prozentsatz dauerhaft in die Betriebskosten des Hauses einbezieht.

Es kann hier nicht darum gehen, verbindliche Vorschläge zu unterbreiten; hier werden lediglich Anregungen gegeben, wie ein reibungsloser Übergang von der Zinswirtschaft zur zinsfreien Wirtschaft auch im Bereich der Immobilien gelingen könnte.

Um das Beispiel zu vervollständigen, nehmen wir folgenden Status nach 25 Jahren an: Bis dahin sind alle Hypotheken abbezahlt; lediglich die laufenden Kosten bleiben gleich oder steigen aufgrund des höheren Alters des Hauses von 1000 Mark auf etwa 1500 Mark. Die Rendite, die dem Hausbesitzer aus dieser Summe zufließt, beträgt ebenfalls etwa 1000 bis 1500 Mark. Demnach gehen rund 3000 Mark der Mieteinnahmen für nicht verhandelbare Kosten drauf, während die verbleibenden 4000 der ursprünglichen 7000 Mark frei verfügbar wären. Der Staat hat somit die Möglichkeit, die Mieten um mehr als die Hälfte zu senken; er wird dies beispielsweise bei Arbeiterwohnungen tun. Alternativ kann er die Mieten auch nur um 20, 30 oder 40 % kürzen und so aus der Differenz eine enorme Einnahmequelle für andere öffentliche Bedürfnisse gewinnen, vor allem natürlich für den öffentlichen Wohnungsbau. Bei Villen werden die Mieten nicht oder nur geringfügig gesenkt, wodurch erhebliche zusätzliche Mittel für den besseren Wohnungsbau oder besondere soziale Zwecke zur Verfügung stehen. Dieser zukünftige Zustand offenbart jedoch – und ich halte dies für eine sehr vielversprechende Perspektive – die innere Rechtfertigung dafür, dass die Gemeinschaft (der Staat) bereits jetzt in der von mir oben skizzierten Weise an der Festlegung der Miethöhe mitwirkt, indem sie die Mieten für Arbeiterwohnungen senkt.

Im wachsenden Recht des Staates, sich am Immobilieneigentum zu beteiligen, liegt auch die Grundlage für eine solide Emissionsbank und die Vergabe von Krediten an Hypothekengläubiger.

Zu § 4 und 5

Diese Abschnitte fordern die Vergesellschaftung des gesamten Geldsystems. Geld ist ausschließlich ein Gutschein für geleistete Arbeit, ausgestellt von einer Gemeinschaft, die über ein eigenes Geldsystem verfügt.

---

8 Feder legt nicht dar, wie er auf die Zahl von 50.000 Mark kommt: Sie entspricht der Hälfte des Wertes des Mehrfamilienhauses, aber auch der Höhe der Unternehmenshypothek. Am wichtigsten ist wohl, dass sie nicht höher ist als die ausstehende Hypothekensumme und dem Hausbesitzer somit keine Unannehmlichkeiten bereitet. Angesichts des von Feder betonten reibungslosen Übergangs würde der Staat nach seinem Plan vermutlich auch dann keinen höheren Eigentumsanteil beanspruchen als die ausstehende Hypothekensumme, selbst wenn die ausstehende Hypothekensumme weniger als die Hälfte des Hauswertes betragen würde.

Machine Translated by Google

Die Ausgabe von Geldscheinen ist eines der souveränen Grundrechte des Staates. Die Fälschung staatlicher Geldscheine wird strengstens bestraft; *daher ist es eine zwingende gesellschaftliche Forderung, dass das Währungssystem unter die Kontrolle der Allgemeinheit gestellt wird.* Die Arbeitskraft der Allgemeinheit ist die einzige Grundlage der Geldscheine, und nur das Nichtbeachten dieser grundlegenden Tatsache hat allgemein zur Verschlechterung unserer öffentlichen Finanzen und zur völligen Anarchie des Währungssystems geführt.

Mit der in § 5 vorgeschlagenen Abtretung des Privat- und Geschäftskredits durch private Bankiers erfolgt ein tiefgreifender Eingriff in das gesamte Kreditsystem. Sowohl für das staatliche Kreditsystem als auch für kommunale und sogar Immobilienkredite muss man mit äußerster Strenge und Energie an der Abschaffung der Zinsknechtschaft festhalten, denn sie ist die unabdingbare Voraussetzung für den Sozialstaat im Allgemeinen.

Anders verhält es sich mit Konsumkrediten. Auch hier fordern wir die Zinsfreiheit an sich; diese Forderung hat jedoch nicht dieselbe enorme und grundlegende Bedeutung. Wir erinnern uns an die 250 Milliarden an festverzinslichen Darlehenskapital im Vergleich zu
die einzigen 12 Milliarden an dividendenberechtigten Aktien.

Alle derartigen Kredite, Aktien, Beteiligungszertifikate, Bergbauanteile, Aktienkapital usw. stellen Risikokapital dar. Die Rendite dieses Kapitals hängt vom Fleiß und der Leistungsfähigkeit derjenigen ab, denen das Geld anvertraut wurde. Hier kommen das Risiko und die Verlustgefahr sowie das persönliche Vertrauen ins Spiel. Daher erscheint eine besondere Form der Entschädigung weiterhin unerlässlich. Der Inhaber von Aktien usw. erhält keinerlei Entschädigung oder Nutzen, wenn das Unternehmen, dem er sein Geld anvertraut hat, keinen Gewinn erwirtschaftet. Er verliert sein Geld vollständig, wenn das Unternehmen scheitert.

Anders verhält es sich beispielsweise mit dem Inhaber von Schuldverschreibungen der Reicheisenbahn. Mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen sind auch die Reichsbahnen [in Elsaß-Lothringen] vollständig verloren. Dennoch erhält der Inhaber von Eisenbahnanleihen weiterhin seine Zinszahlungen. Von wem? Aus den Steuern der Allgemeinheit. Die Eisenbahnen können, wie im letzten Jahr in Preußen und Bayern, mit einem Defizit beliebiger Höhe arbeiten; dennoch erhalten die Anleihegläubiger ihre Zinszahlungen. Von wem? Aus Abgaben, die aus der Arbeitskraft und dem Konsum der arbeitenden Bevölkerung entrichtet werden.

Man möchte diesen grundlegenden Unterschied nur noch einmal ganz deutlich machen, um schließlich zu erkennen, wo der Vampir das Arbeitspotenzial der Menschen aussaugt.

Somit sollte der Privatkredit weiterhin, oder besser gesagt, wieder ausschließlich, über die Privatbank abgewickelt werden. Die persönliche Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers, die dem Bankier bekannt ist, sollte wieder maßgeblich für die Kreditvergabe sein. Die staatlich festgelegten Gebühren werden sich selbst regulieren, entsprechend der Geldfluidität, die ohnehin mit der Abschaffung der Zinsknechtschaft einsetzt.

Zu § 6

Der Hauptpunkt des § 5 gilt insbesondere auch für Dividendenvermögen. Im Interesse des Sozialstaats bzw. der Sozialgemeinschaft ist zu fordern, dass auch für die großen Industrieunternehmen eine Rückzahlung des einmal verliehenen Kapitals angestrebt wird – um hier eine Verringerung der Verschuldung der einzelnen Industriebetriebe gegenüber ihren reinen Anteilseignern herbeizuführen.

Denn was wir im Verhältnis des Fremdkapitals zu allen Völkern beobachten konnten, wiederholt sich hier in kleinerem Maßstab. Auch hier beutet der Kapitalist den Arbeiter aus.

Machine Translated by Google

Vorarbeiter, Ingenieur, Unternehmer – alle gleichermaßen, denn der Zwang, Dividenden zu verdienen, hat Vorrang9 .

Wenn wir jedoch die Befreiung der Industrie und der Unternehmen vom ewigen Zinsfresser erreichen, dann ist der Weg frei für die Senkung der Produktpreise und für die Bereitstellung und Verteilung des Mehrwerts, teils an die Gemeinschaft, teils an die Arbeiter, das mittlere Management und die Vorstände der einzelnen Unternehmen, also an diejenigen, die tatsächlich allein die Produktion und die Werte schaffen.

Zu § 7

In diesem Abschnitt spielt natürlich auch der gesamte Versicherungssektor eine Rolle, der analog zinsfrei aufgebaut werden kann. Die gezahlten Prämien können nicht durch Zinsen wachsen; vielmehr werden die Versicherungsunternehmen zu Sparkassen; mit anderen Worten: Risiko und Nutzen der Versicherung bleiben erhalten. Dafür trägt die Politik die Verantwortung.

Zu § 8

Hinsichtlich der Entwertung unseres Geldes, die allein durch die enorme Menge unserer unzähligen Schuldscheine verursacht wurde, fordern wir eine stark gestaffelte Vermögenssteuer. Wir betonen hierbei das Wort „stark gestaffelt“.

Eine pauschale Vermögenssteuer zur Reduzierung der Banknotenanzahl wäre nichts als Selbstbetrug, mit dem man dem Volk Sand in die Augen streut. Denn wenn ich die Hälfte des gesamten Vermögens überall konfiszieren und die Bezahlung in Form von Schuldverschreibungen entgegennehmen und diese einpressen würde, würde dies lediglich die Papiermenge verringern, während ein Umrechnungsfaktor den fiktiven Wert des gesamten im Umlauf befindlichen Papiers auf das vorherige Niveau anheben würde. Der wahre Wert gebührt stets nur Konsumgütern und Gebrauchsgütern, niemals den Papiergutscheinen für geleistete Arbeit.

Eine weitere Frage ist, ob der Wechselkurs unserer Mark-Währung verbessert werden kann. Doch auch diese Verbesserung des Wechselkurses hängt letztlich nur vom Arbeitspotenzial und der Produktion ab, also von der Produktionsfähigkeit unserer gesamten Volkswirtschaft.

Die Einwände und ihre Widerlegung

Noch nie konnte sich eine Idee ohne Widerstand durchsetzen, am wenigsten eine, die so radikal mit den lange etablierten Annahmen über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Eigeninteresses bricht. Angesichts der bereits vorgebrachten und der zu erwartenden Einwände muss stets zweierlei festgestellt werden: Erstens, inwieweit beruhen die Einwände auf einer bewussten Verzerrung der Idee der Abschaffung der Eigeninteressensklaverei? Und zweitens, was ist als Antwort auf alle aufrichtigen und faktenbasierten Bedenken zu sagen?

Der häufigste Einwand lautet: Ohne Zinsen würde niemand Geld verleihen.

9 Dies ist ein Problem von Aktiengesellschaften. Unternehmen, die sich im freien und unbelasteten Besitz von Familien befinden, wie es in Deutschland üblich ist, besitzen diese Eigenschaft nicht.

Machine Translated by Google

Wir wollen tatsächlich nicht mehr, dass irgendjemand sein Geld leiht. Kredit war der Trick, war der Falle, in die unsere Wirtschaft geraten ist und in der sie nun hilflos gefangen ist.

Wenn die Bevölkerung wirklich dringend mehr Kapital benötigt, kann sie sich die benötigten Gelder zinslos aus der Staatskasse beschaffen; lediglich die Rückzahlung ist erforderlich. Schließlich werden neue Banknoten ausgegeben. Warum sollte man also verzinsliche Zertifikate ausgeben? Ob das Papier Zinsen trägt oder nicht, spielt keine Rolle! Seine einzige Deckung ist das Arbeits- und Steuerpotenzial der Bevölkerung. Warum sollte man jede öffentliche Ausgabe von Anfang an mit der bleiernen Last ewiger Zinsen belasten?

Ja, aber wie soll der Staat seine kulturellen Aufgaben für die Gemeinschaft erfüllen? Er braucht noch immer Geld und kann bei dieser Aufgabe nur durch Kredite, die Zinsen kosten, gerecht werden.

Diese Behauptung basiert auf einer rein mammonistischen Denkweise. Nach eingehender Lektüre dieses Manifests müsste sie bewusst als Irreführung ausgelegt sein; denn erstens haben wir bewiesen, dass nach der Abschaffung der Zinsknechtschaft alle kulturellen und sozialen Aufgaben des Staates aus staatseigenen Unternehmen, aus den Einnahmen der Post, der Eisenbahn, der Bergwerke, der Forstwirtschaft usw., ohne weitere Mittel gedeckt werden können. Zweitens hat der souveräne Volksstaat jederzeit die Macht, besondere kulturelle Aufgaben durch die Ausgabe zinsloser Wertmarken anstelle der im mammonistischen Staat üblichen verzinsten Zertifikate zu erfüllen. Es ist völlig unverständlich, warum der Staat besondere kulturelle Aufgaben, wie z. B. den Bau von Eisenbahnen, Kanälen und Wasserkraftwerken, durch ein völlig unnötiges, ewiges Zinsversprechen verteuern sollte. Wenn er die Baukosten nicht aus den Einnahmen seiner bestehenden staatseigenen Unternehmen decken kann, gibt es keinen Grund, warum er das Geld nicht einfach schöpfen sollte. Das souveräne Volk muss dafür bezahlen, obwohl es dieses Geld selbst als Zahlungsmittel anerkennt. Warum aber sollte das Volk mit seinem gesamten Arbeits- und Steuerpotenzial hinter einem weiteren Stück Papier (dem verzinsten Darlehen) stehen, das ihm als Ganzem nur eine ewige Zinsverpflichtung zum Nutzen des Kapitalisten auferlegt? Weg mit dieser Besessenheit des mammonistischen Staates!

Die Kapitalisten werden dann einfach die ausgegebenen Banknoten aufnehmen und Papiergeld anhäufen. Geld.

Dies wird auf zweierlei Weise widerlegt. Erstens wäre die Forderung, dass der bloße Besitz von Geld unrentabel sein sollte, dann natürlich bereits erfüllt, und die Abschaffung der Zinsknechtschaft wäre eine freiwillige Maßnahme der Kapitalisten selbst, da der Kapitalist ja von sich aus auf Zinsen verzichtet, wenn er seine Banknoten zu Hause hortet. Zweitens macht die Angst des Kapitalisten um sein Geld dies unwahrscheinlich; man muss sich nur die schlaflosen Nächte des Geldhortenden vorstellen, der große Summen Geld zu Hause hortet und ständig um seinen Besitz fürchten muss – durch Diebe, Räuber, Einbrecher, Hausdurchsuchungen, Feuer und Überschwemmungen. Ich bin überzeugt, dass der rechtschaffene Bürger dieser Sorgen bald überdrüssig würde und sich bald an die Staatsbank wenden würde. Die Staatsbank stellt eine Quittung aus und ist nun rechtlich für das Konto verantwortlich, jedoch nicht für Zinszahlungen. Ansonsten bleibt natürlich jedem noch eine dritte Möglichkeit offen, nämlich mit seinem Geld zu arbeiten, Werte zu schaffen und Güter herzustellen, sich an industriellen Unternehmungen zu beteiligen, sein Leben immer reicher und schöner zu gestalten, Kunst und Wissenschaft zu fördern, kurzum, sein Geld sinnvoll einzusetzen und dabei den Kult des Mammons abzulehnen.

Es kann jedoch vorkommen, dass ein privater Kapitalbedarf für bestimmte Zwecke dringend entsteht, z. B. für die Erprobung von Erfindungen, die Gründung von Unternehmen durch junge, kompetente Handwerker oder Geschäftsleute usw.

Machine Translated by Google

Zunächst einmal hat dies absolut nichts mit der Abschaffung der Zinssklaverei zu tun!
Denn erstens muss man logischerweise annehmen, dass der Kapitalist, der nach der Abschaffung der Zinsknechtschaft natürlich keine Möglichkeit mehr hat, sein Geld risikofrei anzulegen und auf den passiven Zinskonsum zu hoffen, eher wie in früheren Zeiten geneigt sein wird, sein Geld für solche Zwecke zu riskieren, sodass ein Mangel oder Bedarf in dieser Richtung daher viel seltener auftreten wird als bisher. Oder hat man nicht im Gegenteil immer wieder von fähigen Geschäftsleuten und den klügsten Erfindern genau die Klage gehört, wie schwierig es im mammonistischen Staat sei, Geld für solche Zwecke zu beschaffen, wenn keine „Dividende“ garantiert werden könne? Zweitens muss es die Aufgabe des kommenden Staates sein, jede fähige Kraft durch großzügige Unterstützung zu fördern. Zwar gab es im alten bürokratischen Staat bereits Ansätze in diese Richtung, doch waren diese so kleinlich, dass sie statt eines Anreizes Hemmung und Widerwillen hervorriefen, da die mit der Gewährung öffentlicher Unterstützung verbundenen belastenden Vorschriften die Folge waren. Drittens sei angemerkt, dass mit der Bereitstellung von mehreren Millionen Mark enorm viel erreicht werden könnte. Die Freude an der Arbeit, der Fleiß und die Beharrlichkeit des deutschen Erfinders, Ingenieurs, Handwerkers usw. sind so groß, dass sich die Ausgaben durch das staatliche Beteiligungsrecht an den Ergebnissen erfolgreicher Erfindungen höchstwahrscheinlich reichlich lohnen würden (siehe England als Beispiel).

Die Abschaffung der Zinsknechtschaft führt zwangsläufig zur Erschöpfung des Reichtums.

Oh! Wer behauptet denn sowas? Aber natürlich! Wer sein Leben dem Konsum seiner Kapitalzinsen angepasst hat und sich nicht zum Arbeiten aufraffen kann, für den trifft das gewiss zu: Bei einem jährlichen Verbrauch von 5 % wird er sein Vermögen in 20 Jahren vollständig aufgebraucht haben. Natürlich, aber das ist ja völlig in Ordnung! Was wir wollen, ist die Abschaffung der Zinsknechtschaft; wir wollen, dass das Leben von der Rente nicht länger das höchste Ideal des Bürgers ist. Wir wollen dieser mammonistischen Dekadenz ein Ende setzen; ja, wir wollen es nicht länger dulden, dass der Einzelne, dass viele nur von Kreditzinsen – also auf Kosten anderer – dauerhaft im Luxus leben können!

Ich wiederhole: Es ist absolut falsch, dass die Abschaffung der Zinsherrschaft zur Vernichtung und Erschöpfung des Reichtums führen würde. Im Gegenteil, die Abschaffung der Zinsknechtschaft würde die Schaffung von Reichtum fördern, der auf Arbeit beruht, die Güter produziert und Wert schafft – unbelastet und befreit von ständigen Zinszahlungen. Die Abschaffung der Zinsknechtschaft führt, wie wir gesehen haben, zu einer umfassenden Senkung der Lebenshaltungskosten; sie befreit uns von der übermäßigen Steuerlast, sodass die Möglichkeit, Ersparnisse anzusammeln, für jeden Arbeitnehmer künftig größer sein muss als bisher. Und noch etwas: Die güter- und wertschöpfende volkswirtschaftliche Arbeit von Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die Abschaffung der Zinsknechtschaft in keiner Weise behindert, sondern im Gegenteil aufs Äußerste gefördert.

Was erhält der Arbeiter, wenn die Kapitalisten keine Zinszahlungen mehr erhalten?

Diese Frage sollte eigentlich gar nicht mehr aufkommen! Erstens war es natürlich der ständige Schlachtruf der Arbeiterbewegung, dass die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten würden; zweitens haben wir ganz klar gesehen, dass es die Arbeiter sind, die am meisten die Zinsen für Kredite zahlen müssen. [Anders ausgedrückt: Die Arbeiter profitieren von niedrigeren Steuern und geringeren Lebenshaltungskosten.]

Die familiären Bindungen werden geschwächt und beschädigt, wenn man kein Vermögen hinterlassen kann. die Kinder.

Ja, wie sieht die Realität hier aus? Ganz allgemein denke ich, dass Geld wenig bis gar nichts mit dem Familiengefühl zu tun hat. Oder hat man schon mal gehört, dass die Kinder wohlhabender Eltern stärker an ihren Familien festha

Machine Translated by Google

Lieben reiche Eltern ihre Kinder mehr als die ärmerer Eltern? Oder lieben reiche Eltern ihre Kinder mehr als die weniger wohlhabenden? Was ist für die Kinder wahrscheinlich wichtiger: dass ihre Eltern ihnen die bestmögliche Erziehung ermöglichen und ihnen Disziplin beibringen, damit sie zu fleißigen, gesunden und mutigen Menschen heranwachsen, oder dass sie ihnen ein möglichst großes Vermögen hinterlassen?

In bestimmten Fällen muss das berechtigte Bemühen um die finanzielle Absicherung der Kinder zweifellos anerkannt werden. Dieses Bemühen und damit die Sparsamkeit der Eltern für ihre Kinder werden durch die Abschaffung der Zinsabhängigkeit in keiner Weise beeinträchtigt; im Gegenteil. Die Sparmöglichkeiten werden sich sogar verbessern, wenn unsere Volkswirtschaft vom allumfassenden Druck der Zinsabhängigkeit befreit wird.

Wir haben am Beispiel des Mannes mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Mark und einer Rente von 5.000 Mark gesehen, dass alle mittleren und kleineren Vermögen durch die verschlungenen Wege direkter und indirekter Steuern wie Miete und Ähnliches jeglichen Nutzen verlieren. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Zinsen auf Anleihen sind für Besitzer kleiner und mittlerer Vermögen Betrug, Selbsttäuschung, ein Teufelskreis. Doch das Großkapital hat durch seine willfährige Presse auf diabolische Weise den Glauben an die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Zinsen in der ganzen Welt verbreitet und verkündet. Es erlaubt scheinbar jedem, am angenehmen, betäubenden Zinskonsum teilzuhaben, um das schlechte Gewissen zu betäuben, das unweigerlich mit müßigem, arbeitslosem Zinskonsum einhergeht – und um Mitstreiter für den Kampf, für die Verteidigung dieses höchsten Gutes des Mammonismus, zu gewinnen.

Der Beamte, der Staatsmann, wird sagen: Der Staat kann die Verpflichtung, die er gegenüber seinen Gläubigern übernommen hat, nicht aufgeben.

Was bedeutet „Verpflichtungen“? Ist es moralisch vertretbar, Verpflichtungen einzugehen, von denen der Staat von Anfang an wissen muss, dass er sie nur erfüllen kann, wenn er den Gläubigern die Zinsen durch direkte und indirekte Steuern in exakt gleicher Höhe entzieht? Wo bleibt da die Moral? Oder wäre es nicht ehrlicher zuzugeben: „Ich kann die Zinsen nur zahlen, wenn ich genauso viel an Steuern einnehme – aber während des Krieges brauchte ich unbedingt Geld, und deshalb habe ich mit den Kriegsanleihen betrogen; ihr müsst mir verzeihen, liebe Bürger; letztendlich war es für euch, und jetzt wollen wir kein Versteckspiel mehr spielen; ich als Staat zahle keine Zinsen, und ihr als Steuerzahler müsst keine Steuern für die Zinsen zahlen; das wird unsere Angelegenheiten erheblich vereinfachen. Somit verzichten wir auf die aufgeblähte Steuerbürokratie und ebenso auf die außerordentliche zinsorientierte Bürokratie. Einverstanden? Abgemacht?“ Und Sie, Herr Scheidemann, sollten nicht wieder Ihren Namen als Staatssekretär der alten, korrupten Regierung auf jeder Werbesäule prangen lassen, inmitten törichter Erklärungen zur Sicherheit und Unverletzlichkeit der Kriegsanleihen. Sie blamieren sich damit nur selbst: Der Nutzen des gesamten Betrugs ist tatsächlich einzig und allein dem Großkapital zugeflossen.

Finanzbeamte und Bankfachleute erklären, dass die Abschaffung der Zinsabhängigkeit von Kriegsanleihen und Staatsschulden unmöglich sei, da sie gleichbedeutend mit einem Staatsbankrott sei.

Sie werden mir verzeihen: Ihren Reden zufolge sind wir ohnehin schon bankrott oder müssen es werden. Eine offene Erklärung des Staatsbankrotts wäre jedoch die größte Dummheit, die wir begehen könnten: Zur tatsächlichen Inkompetenz der gegenwärtigen Machthaber käme noch die verfrühte historische Bestätigung dieser Inkompetenz hinzu.

Warum sollte ich Insolvenz anmelden? Wenn ich drei Striche von der rechten Hosentasche in die linke gesteckt habe, Deshalb darf ich aber noch lange nicht den Bankrott der rechten Hosentasche erklären!

Machine Translated by Google

Es war beim Kriegsanleihenprogramm tatsächlich nicht anders! Das Reich nahm den Leuten die ersten Milliarden aus der Tasche, dann floss das Geld wieder zurück; dann kam die nächste Anleihe, und wieder strömte das Geld zurück; wieder kam die Pumpe und saugte die Milliarden ab, und wieder ebbten sie ab, bis der Staat, nachdem sich das Spiel neunmal wiederholt hatte, fröhlich 100 Milliarden Schulden angehäuft hatte. Dafür hielten die Leute 100 Milliarden auf fein bedrucktem Papier in den Händen. Zuerst glaubten die Leute, sie seien so viel reicher geworden; dann kam der Staat und sagte: „Es ist schrecklich; ich habe 100 Milliarden Schulden und stehe vor dem Bankrott.“ – Ja, aber warum? Das ist doch nur Selbstbetrug! Ich selbst kann in der Tat niemals bankrottgehen, wenn ich regelmäßig mein Geld von der einen Tasche in die andere stecke. Daher können wir uns in Bezug auf unsere internen Kriegsanleihenschulden beruhigt über einen Staatsbankrott freuen. Deshalb brauchen wir wirklich keinen Staatsbankrott zu erklären und können uns die gigantische Arbeit mit den sinnlosen Zinszahlungen und den hohen, aber noch sinnloseren Steuern wirklich ersparen.

Lasst uns endlich die Abhängigkeit vom Großkapital beseitigen! Nur das Großkapital profitiert von diesem Steuerbetrug mit den Kreditzinsen, da ihm ein schöneres Stück Gold übrig bleibt und die arbeitende Bevölkerung diesen Überschuss in Form indirekter Steuern bezahlt; währenddessen dreht sich der kleine und mittlere Kapitalist nur im Kreis.

Der globale Wirtschaftsexperte sagt: Die Abschaffung der Zinsknechtschaft können wir in Deutschland allein nicht erreichen; sie muss international erfolgen; andernfalls verlieren wir jegliche Kreditwürdigkeit, das Kapital fließt ab, und wir müssen weiterhin unsere Zinsverpflichtungen gegenüber dem Rest der Welt erfüllen.

Ich gestehe, dass ich selbst lange Zeit ratlos war, was diese Frage betraf. Es ist die schwierigste Frage überhaupt, denn sie betrifft unser Verhältnis zum Rest der Welt; gleichzeitig hat die Angelegenheit zwei Seiten. Einerseits ist die Idee der Abschaffung der Zinsknechtschaft der Schlachtruf aller produktiven Völker gegen die internationale Versklavung durch Geldzinsen; andererseits ist sie die radikale Lösung für unsere inneren finanziellen Probleme. Doch es ist kein Grund, auf eine Lösung zu verzichten, nur weil der ebenso kranke Nachbar sie nicht gleichzeitig anwendet. Es wäre jedoch umso törichter, wenn wir in Deutschland weiterhin im Kreis liefen und Steuern und Zinsen zahlten, obwohl wir klar erkannt haben, dass diese absurde Praxis nur den Großkapitalisten nützt und sonst niemandem. Gehen wir daher mit gutem Beispiel voran; befreien wir uns von der Versklavung durch Geldzinsen, und wir werden bald sehen, dass die Kraft dieser siegreichen, befreienden Idee die Völker der Welt dazu anregen wird, uns zu folgen.

Ich bin tatsächlich davon überzeugt, dass unsere Initiative – sofern diese Initiative nicht von der Deutsche Mammonisten – werden die anderen Völker mit unwiderstehlicher Notwendigkeit mitreißen.

Der Spartakist sagt: Die ganze Idee läuft letztlich nur auf den Schutz des Kapitals hinaus; sie ist immer noch Es bleibt also alles beim Alten: Der Arme hat nichts, und die Reichen bleiben.

Ja, mein Freund; es ist generell sehr schwierig, mit dir zu diskutieren – wenn du im tiefsten Inneren wirklich Kommunist bist und deshalb tatsächlich behaupten willst, dass „alles allen Menschen gehört“10 , und wenn Sie darüber hinaus mit den tatsächlichen Ideen der großen bolschewistischen Führer in Russland, insbesondere Lenins, vertraut sind und diese für richtig halten, und wenn Sie dementsprechend die von Lenin als nächste Aufgaben der Sowjetrepublik bezeichneten Aufgaben, nämlich „allgemeine Rechnungslegung und Kontrolle der gesamten Produktion und des Vertriebs“, für menschlich möglich halten.

10Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes

Machine Translated by Google

Wenn Sie sich jedoch völlig darüber im Klaren sind, dass diese Aufgabe, wenn überhaupt, nur unter einer schrecklichen Tyrannei machbar ist, und Sie im Grunde Ihres Herzens immer noch ein überzeugter Kommunist oder Spartakist und so weiter sind, dann lassen Sie uns nicht weiter miteinander streiten; wir verstehen uns einfach nicht und sprechen verschiedene Sprachen, und die Zukunft wird entscheiden, entweder für den Zwangsjackenstaat, der letztlich aus dem Chaos des Bolschewismus entstehen kann, oder für den neuen Staat, auf den ich hoffe, mit einer Volkswirtschaft, die von der Zinsknechtschaft befreit ist.

Aber wenn Sie tief in Ihrem kommunistischen Herzen – wenn Sie ehrlich sind – feststellen, dass Sie immer noch an Frau und Kind denken, sich danach sehnen, nach einer menschlichen Seele, die Ihnen näher steht als ein Eskimo oder ein Zulu-Kaffer, wenn Sie während der vom sowjetischen Direktor angeordneten Fabrikarbeit denken, es wäre schön, ein eigenes kleines Häuschen, ein kleines Gartenbeet zu besitzen, wenn es Ihnen in der Tiefe Ihrer Seele tatsächlich keine wahre Befriedigung verschaffen würde, dass Sie wie ein Hund auf der Straße das Recht hätten, jede Hündin zu benutzen, die Ihnen über den Weg läuft, wenn Sie jemanden Ihre Frau nennen wollen, wenn Sie nur daran denken, etwas von Ihrem Lohn zu sparen, der dann Ihnen allein gehören sollte, dann sind Sie bereits kein Kommunist mehr; dann haben Sie sich in Ihrem Herzen bereits von Ihrem so laut verkündeten Motto „Alles gehört allen Menschen“ distanziert; dann ist genau das, was Sie nicht wollen, dass alles allen Menschen gehört; Wenn du es dir selbst wünschst – Ehefrau, Kind, Haus, Bauernhof, Ersparnisse –, dann sollte es genau das sein, was du dir für dich selbst wünschst, egal ob du es schon hast oder nur darauf hoffst, es zu bekommen.

Und siehst du, mein Freund, wenn du in deinem Herzen auch nur ahnst, dass es für dich einen Unterschied machen könnte, wenn irgendein Fremder käme und dir im Namen von „allen“ einfach deine Ersparnisse wegnähme und dir ein weiteres Kind brächte und deins mitnähme, weil alle Kinder „allen“ gehörten, dann, mein Freund, lass uns nicht länger aneinander vorbeireden.

Vielleicht sollte ich Sie bitten, darüber nachzudenken, ob die kommunistische Botschaft, dass alle Dinge allen Menschen gehören sollten, nicht zwangsläufig *das Ende jeder Kultur bedeuten würde,* weil das Fehlen jeglichen Eigentumsbegriffs den Menschen mit zwingender Logik auf das Niveau des Tieres herabziehen müsste.

Wenn alles allen Menschen gehört, wenn sich die Rechenschaftslegung und die Kontrolle über die gesamte oberirdische Produktion und Verteilung im Sinne Lenins erzwingen ließe, dann entstünde im besten Fall eine Ameisenkolonie. Doch in diesem Fall könnten wir auch auf Sprache, Seele und Denken verzichten; stumm und instinktiv könnten wir unsere Zwangsarbeit verrichten. *Dort liegt das Ende des Menschen.<sup>11</ sup>*

Doch genug nun, mein Freund Spartacus. Lass diese grundlegende Überlegung tief in deinen Kopf und dein Herz dringen. Eine genauere Antwort auf deine Frage wird sich dann im Gespräch mit den anderen Beteiligten ergeben.

Und nun, ihr Genossen der beiden sozialistischen Richtungen, der gemäßigten und der unabhängigen![12]

Ich kann mir nicht vorstellen, dass ernsthafte Widersprüche oder Einwände gegen die Abschaffung der Zinsknechtschaft von Ihrer Seite kämen, und dennoch muss ich mich kategorisch mit Ihnen auseinandersetzen, ebenso wie mit der gesamten sozialistischen Ideenwelt, von Marx bis hin zu den heutigen Führern Ebert, Scheidemann, Kautsky und so weiter.

1. Der sozialistische Wille: *Die Erhebung der Arbeiterklasse* ist eine Idee, die sich unbedingt durchsetzen muss; *soweit sind wir uns einig.*

---

11 „Das Ende des Menschen“ stammt aus dem Buch Ezechiel. Dort bezeichnet es den Sinn des menschlichen Daseins, hier könnte es jedoch eine doppelte Bedeutung haben. Der Sinn des Menschen im Kommunismus wird zur sinnlosen Versklavung, was die Zerstörung des Menschen bedeutet.

12 Mit Feder ist hier die Sozialdemokratische Partei und ihr pazifistischer Ableger, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, gemeint.

Machine Translated by Google

2. Die Wege, die zur Erreichung dieses großen Ziels beschritten wurden, sind fast durchweg falsch. weil sie

3. basieren auf falschen Annahmen.

4. Die [marxistische] sozialistische Staatsidee führt notwendigerweise zum Kommunismus und somit zu Abfall.

5. Da die Sozialdemokratie jedoch ein anderes Ziel verfolgt, nämlich die Erhebung der Arbeiterklasse, ja aller Werktätigen im Allgemeinen, steht sie vor einem schrecklichen inneren Konflikt, denn die logischen Konsequenzen des Marxismus führen zum direkten Gegenteil des praktischen Ziels der Arbeiterbewegung.

6. Aus dieser inneren Teilung ergibt sich die offenkundige Unsicherheit hinsichtlich der Richtung der Regierung.

7. Im Hinblick auf das große praktische Ziel (die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse) muss eine schärfere Linie gegen Spartacus und den bolschewistischen Kommunismus gezogen und ihre Methoden mit aller Kraft bekämpft werden. Doch die Sozialdemokratie, organisiert durch Gewerkschaften, fühlt sich heute gegenüber diesen radikalen Gruppen schwach, weil sie marxistisches Gedankengut zu ihrem grundlegenden Bildungsprinzip gemacht hat und weil alle marxistischen Denkweisen logisch zum Kommunismus führen.

Und nun der Beweis: Punkt 2 besagt, dass die von der Sozialdemokratie eingeschlagenen Wege fast gänzlich falsch sind.

Die gesamte landesweite Agitation hat zu einer tiefen Spaltung der Bevölkerung unseres Landes geführt. Die ständigen Verleumdungen gegen Arbeitgeber jeglicher Art, ja gegen jeden bürgerlichen Beruf, als Ausbeuter und Blutsauger des scheinbar unbegleiteten Arbeiters haben zu einer ungerechtfertigten Verbitterung und einem Hochmut der Arbeiterschaft geführt, der sich heute zwangsläufig in der Forderung nach der „Diktatur des Proletariats“ (Kommunistisches Manifest) äußert. Die Kernforderung des Erfurter Programms – die Überführung der Produktionsmittel vom Privateigentum in das Eigentum und die Bewirtschaftung durch die Gemeinschaft – ist heute im Ruf nach „Vergesellschaftung“ versunken.

Jedem ernsthaften Politiker ist völlig klar, dass die vollständige Verstaatlichung unseres wirtschaftlichen Ruins den kompletten Staatsbankrott bedeuten würde. Doch man wagt es nicht, dies dem Volk offen und frei zu gestehen.

Nicht Vergesellschaftung, sondern Entsozialisierung müsste nun das Motto sein. So versucht man, das eklatante Versagen jeder Vergesellschaftung durch wahnhafte Steuerprojekte zu kompensieren und auf diesem Weg die „Enteigner“ zum zweiten Mal zu „enteignen“. All das bedeutet nichts anderes, als die gesamte Volkswirtschaft dem Ruin preiszugeben. Statt Wachstum (eine Verdopplung der Produktion, wie sie die gesamte sozialistische Literatur für die Zeit nach der Revolution versprochen hatte, ist ausgeschlossen) ist genau das Gegenteil eingetreten.

Das Schlimmste wäre jedoch, wenn die gegenwärtige sozialistische Regierung auch nur daran denken würde, hohe Auslandskredite aufzunehmen. Damit wäre nicht nur unser wirtschaftlicher Niedergang besiegelt, sondern wir würden uns darüber hinaus vollständig der Zinsknechtschaft der Entente ausliefern, aus der es kein Zurück mehr gäbe.

Das grundlegende Versagen, der fundamentale Irrtum, auf dem diese ganze verfehlte Kette von Verträgen, Forderungen und Versprechen an das Volk beruht, ist eine völlig falsche Haltung gegenüber Industriekapital und Fremdkapital. Das Kommunistische Manifest, das Erfurter Programm, Marx,

Machine Translated by Google

Engels, Lasalle und Kautsky haben den radikalen Unterschied zwischen Industriekapital und Fremdkapital nicht erkannt.

In diesem Punkt muss die gesamte Sozialdemokratie umlernen; dieser grundlegende Irrtum muss klar erkannt und unumwunden eingestanden werden. Dann aber muss man auch unerbittlich die einzig möglichen Schlüsse ziehen. Diese bedeuten jedoch eine radikale Abkehr vom Sinnlosen, weil völlig Irrtum, vom Zorn gegen die Industrie, gegen den Arbeitgeber. *Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehören zusammen;* sie haben dasselbe Ziel – Arbeit, Produktion; denn ohne Produktion, ohne Arbeit kann es kein Leben, keine Kultur, keinen Fortschritt und keinen Aufstieg geben. Die offenkundigen und unvermeidlichen Gegensätze, die zwischen Menschen bestehen, einfach weil sie Menschen sind, sind weit weniger wichtig als das große gemeinsame Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Gegensätze sind und waren durch Lohnverträge und Gewerkschaften zur beiderseitigen Zufriedenheit überbrückbar.

Doch lassen wir diese Fragen, die im Rahmen unserer Abhandlung über die größten politischen Kräfteverhältnisse trivial sind, beiseite und betonen wir stattdessen, dass das kollektive Interesse der Arbeitnehmer perfekt mit unserer nationalen Industrie, mit der nationalen Wirtschaft unseres Volkes, übereinstimmt.

Wer etwas anderes lehrt und die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als wichtiger darstellt, erweist sich gerade gegenüber den Arbeitern als unverantwortlich; denn damit legt er die Axt an die Wurzeln des Baumes, der den Arbeiter nährt und erhält.

Die Sozialdemokratie hat dies jedoch getan und sich damit vor der deutschen Arbeiterschaft ewige Schuld auferlegt; damit hat sie unsägliches Elend über unser Volk gebracht, weil sie nicht alle ihre Versprechen halten kann, *weil sie uns den Frieden der gegenseitigen Verständigung nicht bringen kann, weil sie keine Arbeit für uns schaffen kann, weil sie sogar eine bewaffnete Streitmacht gegen uns aufstellen muss, weil sie ohne den öffentlichen Dienst nicht auskommt, weil sie die Arbeitspflicht fordern muss, weil das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahren niemandem hilft, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, weil ohne die staatliche Garantie der Sicherheit von Person und Eigentum chaotische Zustände eintreten müssen, weil ohne die Integration und Unterordnung des Einzelnen in die Gesellschaft keine Vitalität des Staates möglich ist.*

So erfasst eine tiefe, von Verzweiflung erfüllte Welle der Enttäuschung das gesamte Volk. Sollten die Einzelnen dies immer noch nicht begreifen, so belügen sich Minister, Parlamentsabgeordnete und Volksvertreter weiterhin fröhlich gegenseitig, dass die „Errungenschaften der Revolution“ gegen die „Reaktion“ verteidigt werden müssten: Was diese beiden Begriffe bedeuten, wenn überhaupt, kann kein aufrichtiger Staatsmann dem Volk klar erklären.

Die negativen Folgen der Revolution, *die Absetzung einer Reihe veralteter Dynastien, die Entlassung von Offizieren, die Abschaffung des Adels, die Auflösung der Armee,* kurzum die „Große Zerstörung“, sind in der Tat kein „Gewinn“.

Und Reaktion?! Die längst widerlegte, verrottete Lehre vom Gottesgnadentum findet im gesamten Volk nirgends genügend moralische Unterstützung, um zu einer energischen Aktion zu führen; die Bourgeoisie, was die wahre Bourgeoisie betrifft, ist viel zu feige, viel zu moralisch verkommen, um sich gegen klassenbewusste Arbeiterschaft zu stellen: daher ist es für die herrschende Klasse der Arbeiter nicht nötig, sich vor einer dynastischen oder bürgerlichen Reaktion zu fürchten.

Doch die tiefe Enttäuschung der Bevölkerung über die vermeintlichen Errungenschaften der Revolution, also über das Ausbleiben einer wirklichen Verbesserung ihrer Lage, birgt die große Gefahr. Diese Enttäuschung treibt große Massen immer weiter nach links, wo die bereits gemachten Versprechen längst nicht mehr erfüllt werden.

Machine Translated by Google

Letztlich kann man keine Versprechen mehr geben wie „Alles für alle“. Das ist blanker Wahnsinn, doch jede Idee, jedes Phänomen, jede Aktivität, die bis zum Äußersten getrieben und übertrieben wird, mündet schließlich in Wahnsinn und schlägt dann in ihr Gegenteil um. So verhält es sich auch mit der kommunistischen Idee, dass alles allen gehören soll, denn auch diese Idee scheitert letztlich und führt dazu, dass alle nichts mehr besitzen. Hunger, Verzweiflung, Elend, Krankheit und Not haben Russland erreicht; die Menschen haben den letzten Rest Mut und Lebensfreude verloren.

Ich wiederhole: Der gewaltige fundamentale Irrtum der sozialistischen Ideenwelt lässt sich letztlich auf das Versäumnis zurückführen, den tiefgreifenden Unterschied zwischen Industriekapital und Fremdkapital zu erkennen. *Zinsfressendes Fremdkapital ist die Geißel der Menschheit.* Es ist das ewige, mühelose und endlose Wachstum des großen Fremdkapitals, nicht das produktive, güterproduzierende Industriekapital, das zur Ausbeutung der Völker führt.

Ich kann hier nicht umhin, der Frage nachzugehen, warum dieser wesentliche Unterschied nicht erkannt wurde; ob er tatsächlich nicht erkannt wurde oder ob er vielleicht zum Vorteil des Großkapitals verschleiert wurde; ob die Führer und Anführer im Kampf gegen den Kapitalismus, die Verfasser des Kommunistischen Manifests, des Erfurter Programms und die gegenwärtigen Führer stets mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit vorgegangen sind.

Es ist das Schwerste und Schrecklichste, wenn man den absoluten Ernst und die feste Überzeugung eines anderen in Zweifel zieht; umso schwerwiegender erscheint es, je genauer man die Ursachen und Zusammenhänge der Ereignisse des Lebens erforscht. Ich möchte daher auch diese Frage selbst gar nicht beantworten, sondern lediglich auf große, schwer fassbare Zusammenhänge anspielen, indem ich eine Äußerung Disraelis, des größten englischen Premierministers, Lord Beaconsfield, zitiere. Dieser schreibt in seinem Roman Endymion:

„Kein Mensch wird das Prinzip der Rasse gleichgültig behandeln. Es ist der Schlüssel der Geschichte, und der Grund, warum die Geschichte oft so verworren ist, liegt darin, dass sie von Männern geschrieben wurde, die dieses Prinzip und all das damit verbundene Wissen nicht kannten.“ [Baron Sergius zu Endymion]

Der Bürger.

Der Bourgeois, dem Ruhe als bürgerliche Pflicht erscheint, ist gewiss von jeder neuen revolutionären Forderung beunruhigt, wie von jeder neuen Idee. Sie bedeutet Unruhe für ihn; denn vielleicht müsste er sich sogar damit auseinandersetzen. Jede Veränderung ist ihm ein Gräuel; er will seine Ruhe, und wehe dem, der es auf sein Geld abgesehen hat! Nun will man ihm in der Tat seine Zinszahlungen abverlangen, seine Mieteinnahmen, die Zinsen seiner gedeckten Schuldverschreibungen, die Hypothekenzinsen; kurzum, das, was seine Ruhe, seine Zufriedenheit und sein Glück ausmacht.

Dennoch müssen wir die Angehörigen der Klassen, die über Fremdkapital verfügen, befragen. Sie bilden, abgesehen von der wahren Bourgeoisie… Bourgeoisie ist ein Menschentypus, mit dem nichts weiter zu tun ist; die Bourgeoisie ist ein Zweig am Baum der Menschheit, der abgehackt werden sollte, je eher desto besser. Das sind die selbstgefälligen, zufriedenen Wichtigtuer mit ihrem beklagenswert engen Horizont, die zu keinerlei Begeisterung fähig sind. Sie vergeuden ihre Tage in ewiger Monotonie mit Kaffee, Morgenzeitung, Morgengetränk, Mittagszeitung, Mittagessen, Mittagsschlaf, Coupon-Ausschneiden, Nachmittagsgetränk, Freunden im Pub und gelegentlich im Kino. Da ihnen das Verständnis für all das fehlt, was die Welt bewegt, nach dem sich die Jugend sehnt, für all das, was Volk, Staat und Gesellschaft bedrückt, unbeeindruckt von Krieg und Sieg, verkümmern sie, arrogant und unterwürfig zugleich – doch die Bourgeoisie ist eine so breite Klasse, dass sie nicht ignoriert werden kann.

Machine Translated by Google

Durch die Abschaffung der Zinsknechtschaft wird somit die Sparsamkeit zerstört; die Menschen landen im Armenhaus.

Dass die Abschaffung der Zinsabhängigkeit generell Einfluss auf Sparsamkeit haben könnte, muss entschieden zurückgewiesen werden. Sparsamkeit hat ebenso wenig mit den vorherrschenden wirtschaftlichen Ansichten zu tun wie beispielsweise Verschwendung. Sparsamkeit und Verschwendung sind menschliche Eigenschaften, die entweder vorhanden sind oder nicht, unabhängig davon, ob eine Epoche die Idee des Zinses befürwortet oder ablehnt.

In Zeiten des Wandels mag eine Steigerung oder Verringerung der Sparsamkeit gefördert werden. Im vorliegenden Fall neige ich jedoch eher zu der Ansicht, dass ein rationaler, wirtschaftlich denkender Mensch sich Folgendes sagen wird: „Ich kann in Zukunft nicht mehr allein von meinen Zinsen leben. Ich möchte aber auch im Alter noch etwas leben und meinen Kindern etwas hinterlassen; deshalb muss ich jetzt mehr sparen.“ Die Abschaffung der Zinsabhängigkeit muss meiner Meinung nach diese Wirkung auf die Mehrheit der Menschen haben. Ältere Menschen werden selbstverständlich staatliche Unterstützung erhalten.

Auch hier muss ich nochmals nachdrücklich betonen, dass angesichts der aktuellen Belastung durch direkte Grundsteuern und indirekte Steuern auf jeden Lebensstil von den erfreulichen Zinszahlungen nichts mehr übrig bleibt – außer im Falle jener Person, deren gesamtes Einkommen ausschließlich aus ewigen Zinszahlungen stammt. Und das ist wahrlich eine Ungerechtigkeit, die bekämpft werden muss. Daher ist ein Rückgang der Sparsamkeit wohl nicht zu befürchten.

Ist das (verabscheuungswürdige) Großkapital wirklich so völlig unfruchtbar? Hat es nicht auch die Mittel für einen umfassenden Fortschritt geschaffen, der der Menschheit größere Früchte bringt, als die Zinsen auf Fremdkapital vernichten?

Nein! Die Frage selbst beweist nur, dass mammonistische Rhetorik unseren klaren Blick getrübt hat.

Das große Kapital hat nicht die Mittel für umfassenden Fortschritt geschaffen; vielmehr ist es aus Arbeit entstanden! Alles Kapital ist akkumulierte Arbeit. Großes Kapital ist an sich unproduktiv, denn Geld an sich ist völlig unfruchtbar. Aus Geist, Arbeit und verfügbaren oder bereits erschlossenen Rohstoffen oder Bodenschätzen werden Werte geschaffen und Güter hergestellt – durch Arbeit und nur durch Arbeit.

Denn selbst wenn man so viel Geld auf das fruchtbarste Ackerland und in die ergiebigste Kohlemine investiert, trägt das Ackerland deshalb nicht von selbst Getreide, und die Kohlemine spuckt von selbst Kohle aus! Das wollen wir mit Bestimmtheit festhalten.

Wenn die Menschen das Geld erfunden haben, ist es demnach durchaus nützlich und vernünftig; denn in jedem In einer komplexen Wirtschaft braucht man diesen (allgemein anerkannten) „Gutschein für geleistete Arbeit“. Doch dass diesen „Geldimperien“ das Potenzial innewohnt, ewig von selbst zu wachsen – und Geld tut dies, wenn es Zinsen abwirft –, dagegen sträubt sich unser tiefstes Wesen; es ist das, was Geld weit über alle anderen irdischen Dinge erhebt; es ist das, was Geld zum Götzen macht. Und all das ist in Wahrheit nichts anderes als der größte Selbstbetrug der Menschheit!

Nichts, absolut gar nichts, kann man allein mit Geld erreichen. Tisch, Schrank, Kleidung, Haus, Werkzeug, kurzum alles um uns herum hat einen Wert; am Ende kann man ein kaputtes Möbelstück immer noch als Brennholz verwenden, um sich zu wärmen, aber mit einem Zwanzig-Mark-Schein kann man nichts anfangen;
Ich kann darin nicht einmal ein Stück Käse einwickeln. Erst wenn man sich vernünftigerweise auf die Erleichterung des Warenaustauschs zum Zwecke der Bezahlung geeinigt hat, also auf das Ausstellen von Belegen für geleistete Arbeit, erst dann erhält der Zettel Sinn und Zweck, und es ist durchaus vernünftig, dass der Bauer für sein Getreide von der Kohlebergbaugesellschaft nicht Kohle, sondern Geld erhält; somit ein

Machine Translated by Google

Gutschein für andere geleistete Arbeit, z. B. für Mistgabeln, Geschirr, Pflug und Sense. Damit sollte aber die Macht des Geldes enden.

Der große Fortschritt der Menschheit wurde also nicht durch Geld, sondern durch die Menschen selbst erzielt – durch ihren kühnen Geist, ihren stolzen Wagemut, ihren klugen Verstand, die Kraft ihrer Hände und ihre gemeinsame, also soziale, fleißige Arbeit. So deutlich und mit Stolz müssen wir erkennen: Die Menschen waren es, die den Fortschritt ermöglichten, ganz gewiss nicht die armseligen Papierstücke, die man zur Vereinfachung des Handels erfunden hat.

Weiteres Programm

Obwohl die Abschaffung der Zinsknechtschaft nicht das Endziel der neuen Staatskunst ist, stellt sie doch die wirkungsvollste Maßnahme dar, die einzige, die alle Völker in einem wahren Völkerbund gegen die alle Völker umfassende Tyrannei des Mammonismus vereinen kann. Aber sie ist nicht das Ende.
Im Gegenteil, die Abschaffung der Zinsknechtschaft muss zu weiteren Schritten führen, denn, wie wir gesehen haben, packt sie das globale Übel an der Wurzel, ja sogar an der Hauptwurzel.

Erst wenn die grundlegende Forderung nach der Abschaffung der Zinsknechtschaft erfüllt ist, wird der Weg für den Sozialstaat zum ersten Mal überhaupt frei. Dies muss klar erkannt und trotz aller mammonistischen Mächte erreicht werden. Der Ruf nach Vergesellschaftung [während die Zinsknechtschaft fortbesteht] ist nichts anderes als der Versuch, einen Trust aller Branchen zu errichten und überall gigantische Konglomerate zu schaffen, über die das große Kreditkapital trotz aller Vermögenssteuern auch in Zukunft wieder den entscheidenden Einfluss ausüben wird. Ein sozialistischer Staat auf mammonistischer Grundlage ist absurd und führt zwangsläufig zu einem Kompromiss zwischen der bereits stark vom Mammonismus durchdrungenen Sozialdemokratie und dem Großkapital.

Wir hingegen fordern die radikale Ablehnung des mammonistischen Staates und einen Wiederaufbau des Staates nach dem wahren Geist des Sozialismus, in dem die grundlegende Idee die Pflicht zur Ernährung ist – in der eine alte Grundforderung des Kommunismus ihre rationale und nützliche Befriedigung finden kann –, und zwar in Form der Tatsache, dass jedes Mitglied des Volkes seinen ihm zustehenden Anspruch auf den Boden des Vaterlandes durch die staatliche Zuteilung der wichtigsten Nahrungsmittel erhält.

Wir fordern ferner als Grundgerüst für den neuen Staat eine Vertretung des Volkes durch die Kammer der Volksvertreter, die auf der breitesten Basis gewählt werden soll, und daneben eine ständige Arbeiterkammer, den zentralen Rat, in dem die Arbeiter des Landes im Verhältnis zu ihrer Verteilung nach Beruf und Wirtschaftsklasse eine Stimme haben.
Abschließend fordern wir die größtmögliche Rechenschaftspflicht der Staatsverantwortlichen. Diese Neugestaltung des Staates auf sozialistisch-aristokratischer Grundlage wird in einer separaten Arbeit behandelt.

Das erscheint demnächst beim selben Verlag. Voraussetzung für all diese Vorhaben bleibt jedoch die Abschaffung der Zinsknechtschaft.

Mein unerschütterlicher Glaube, ja mehr noch, mein Wissen lässt mich klar erkennen, dass die Abschaffung der Zinsknechtschaft nicht nur durchsetzbar ist, sondern überall mit unbeschreiblicher Begeisterung aufgenommen werden muss. Denn bedenken Sie: Im Gegensatz zu allen anderen Ideen, Bewegungen und Bestrebungen, so gut gemeint sie auch sein mögen, die auf die Verbesserung der Menschheit abzielen, will mein Vorschlag nicht die menschliche Natur verbessern; vielmehr wendet er sich gegen eine giftige Substanz, gegen ein Phänomen, das kunstvoll – nein, teuflisch – erfunden wurde, völlig entgegen dem tiefsten Empfinden des Menschen, um die Menschheit krank zu machen, um sie im Materialismus zu verstricken, um ihr das Wertvollste zu rauben, was sie besitzt: die Seele. Hand in Hand mit ihr

Machine Translated by Google

So lautet die furchtbare, erbarmungslose Tyrannei der Geldmächte, für die die Menschen nur Zinssklaven sind, die nur existieren, um für die Dividende, für die Zinsen zu arbeiten.

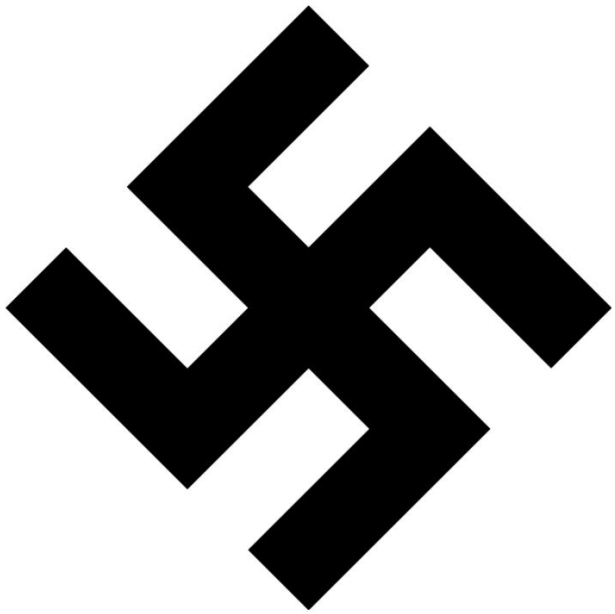
Tief beunruhigt erkennen wir die erschreckende Klarheit und Wahrheit der alten biblischen Sprichwörter, nach denen der Gott der Juden, Jahwe, seinem auserwählten Volk verheißt: „Ich will dir alle Schätze der Welt zum Eigentum geben; zu deinen Füßen sollen alle Völker der Erde liegen, und du sollst über sie herrschen.“

Diese globale Frage liegt nun vor Ihnen allen. Globale Fragen lassen sich nicht im Handumdrehen lösen, doch die Idee ist sonnenklar. Und die Tat muss fleißig verbreitet werden; wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir dem gewaltigsten Feind gegenüberstehen: den weltbeherrschenden Finanzmächten. Auf der anderen Seite herrscht Gewalt, auf unserer Seite nur Gerechtigkeit, die ewige Gerechtigkeit produktiver Arbeit.

Reicht mir eure Hände, ihr Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

Machine Translated by Google

Der deutsche Staat auf einer nationalen Sozialistische Stiftung



Machine Translated by Google

Vorwort

von
Adolf Hitler

Jede große Idee braucht zwei Dinge: den Willen zur Macht und klare Ziele. Der Wille zur Macht, zur Befreiung, brennt stark und kräftig in unseren Herzen. Gottfried Feder hat in seinem Buch „Der deutsche Staat auf nationalsozialistischer Grundlage“ unsere Ziele klar, einfach und allgemein verständlich dargelegt. Darin haben die Hoffnung und Sehnsucht von Millionen Form und kraftvollen Ausdruck gefunden. Die Literatur unserer Bewegung hat darin ihren Katechismus erhalten.

München, 8. November 1923 Adolf Hitler

Machine Translated by Google

Vorwort
bis zur fünften Auflage

Hier erscheint mein Werk „ Der *deutsche Staat auf nationalsozialistischer Grundlage“* in der Reihe der „Nationalsozialistischen Bibliothek“. Der Text ist im Wesentlichen unverändert geblieben, jedoch wurden die Passagen, die sich auf die Umstände der Entstehungszeit (1923) bezogen und Beispiele daraus entlehnten, gestrichen, und die Erläuterungen zur Judenfrage wurden gekürzt, da dieser ein gesondertes Werk gewidmet sein wird.

Die Neuauflage sollte insbesondere den Beweis erbringen, dass am Grundprogramm nichts im Geringsten geändert wurde.

Murnau, Oktober 1931 Gottfried Feder

Machine Translated by Google

'Gesegnet sind die Menschen, denen eine bittere Notwendigkeit

setzt eine hochtrabende politische Idee voraus,

großartig und einfach sein,

zwingt jede andere Idee der Zeit in ihren Dienst.

Heinrich von Treitschke

Machine Translated by Google

Einführung
zur ersten Ausgabe

Wir blicken voller Hoffnung und Sehnsucht in die Zukunft. Deutschland wird leben, Deutschland kann nicht untergehen. Deutschland wird erschüttert wie von den gewaltigen Geburtswehen eines neuen Zeitalters. Die schrecklichen Fesseln der Selbstvorwürfe und die fremden Peiniger werden abfallen und mit einem kraftvollen Achselzucken abgeschüttelt werden, und Deutschland wird an der Spitze der Nationen marschieren.

Wären nicht so viel Leid und Elend mit dem Zusammenbruch und Niedergang verbunden, könnten wir mit einem gewissen Glücksgefühl an den Tagen der Entstehung eines neuen Zeitalters teilhaben. Blicken wir auf die Erniedrigungen der Gegenwart, auf das Chaos der Gegenwart, so sehen wir überall einen starken Willen, ernsthaftes Wirken, inspirierte Intuition. Die deutsche Seele breitet ihre Flügel zu neuen Höhenflügen aus.

Die Aufgaben heute sind gewaltig, größer und schwieriger als je zuvor in der so schmerzhaften Geschichte der Deutschen.

Es gilt also, die zweifache Aufgabe zu lösen – nicht nur den Staat und die Wirtschaft „wiederaufzubauen“ – sondern um ihnen eine neue Form zu geben. Und dadurch auch eine neue Form für das kulturelle und intellektuelle Leben unseres Volkes.

Die alte deutsche Sehnsucht nach einem vereinten Deutschland muss endlich Wirklichkeit werden, ein neues Wirtschaftsgesetz wird entstehen und die alptraumhafte Form der zinskapitalistischen Wirtschaft hinwegfegen.

So umfassend und gewaltig sind die Aufgaben, die uns erwarten. Ernst und mahnend steht der Geist der Vergangenheit hinter uns; erfüllt von Ehrfurcht vor dem, was historisch geschehen ist, müssen auf dem festen Boden bester deutscher Tradition, gegründet auf uralter arischer Weisheit, Volk und Staat, Wirtschaft und Kultur neu geschaffen werden.

Hier müssen sich die Arbeiter ihrer enormen Verantwortung bewusst sein, denn sie tragen die Hoffnung der gesamten Nation – auf die Freiheit!

Doch die nationalsozialistische Idee ist weit mehr als nur eine Rückkehr oder ein Umweg zu alten angestammten Gebräuchen; sie sprengt die Ketten des marxistischen Staates und der marxistischen Wirtschaftsform; sie führt als erste und entschlossenste Idee bewusst den härtesten Kampf gegen die mammonistischen Mächte, gegen die weltumfassende Macht des alljüdischen Imperialismus, gegen den Geist der Habgier, des Egoismus und der Gleichgültigkeit.

Diese umfassende und große deutsche Freiheitsbewegung findet ihren stärksten, willensstärksten und zielstrebigsten Kämpfer in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Partei hat ihre Ziele in einem Kurzprogramm dargelegt, das die grundlegenden Forderungen der Bewegung in 25 Punkten prägnant zusammenfasst. Alfred Rosenberg, Chefredakteur des „Nationalistischen Beobachters“¹³, des Streitschriftstellers der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, hat die einzelnen Programmpunkte in einer kurzen Abhandlung¹⁴ lobenswerterweise erläutert .

13Der Völkische Beobachter wurde 1920 von der NSDAP als Parteiorgan gekauft und von Dietrich Eckart herausgegeben.
bis zu seinem Tod im Jahr 1923, als Alfred Rosenberg die Leitung übernahm.

14Rosenberg veröffentlichte erstmals sein Wesen, Grundgründe und Ziele der Nationatsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das Programm der Bewegung im Jahr 1923.

Machine Translated by Google

Auf Grundlage dieser Arbeit lässt sich zumindest Freunden wie Feinden darlegen, was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) anstrebt. Andererseits fehlt in der Literatur zum Nationalsozialismus ein umfassendes Werk, das die politischen und ökonomischen Ideen des Nationalsozialismus darlegt und aufzeigt, welche Wege er in der nationalen Politik beschreiten will, um sein Endziel – den nationalsozialistischen deutschen Staat, den Arbeits- und Leistungsstaat – zu erreichen. Die vorliegende Arbeit möchte diese Aufgabe erfüllen.

Wir müssen daher den Ausgangspunkt, den Weg und das Ziel des Nationalsozialismus beleuchten; wir werden aufzeigen, worin sich der deutsche nationalsozialistische Staat wesentlich vom bestehenden Staat unterscheiden wird, welche Bereiche im Wesentlichen unberührt bleiben, auf welchen Bereichen es substanzielle Reformen geben wird und wo im Wesentlichen neue Wege beschritten werden müssen.

Wir müssen neue Wege für das öffentliche Leben suchen und aufzeigen, insbesondere für die nationale Finanzpolitik, für den Umgang mit der Rassenfrage und den damit verbundenen Fragen. Wir müssen uns ferner grundlegend mit den feindseligen Einwänden, Verzerrungen und Lügen auseinandersetzen, die bereits lautstark zutage treten.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist außerordentlich groß und stellt doch nur einen kleinen Teil des gesamten Umfangs der Erneuerung Deutschlands dar.

Alle Anstrengungen wären vergeblich, wenn eine Entschlossenheit bis zum Tod und der ungezügelte Wille eines Der Leiter hat nicht für die Wirksamkeit der Ideen gearbeitet.

Der stärkste Wille wäre vergeblich, wenn wir nicht unerschütterlich in unseren Herzen ein klares Bild davon trügen, wie dieser deutsche Staat – Deutschland, das Land unserer Väter und Kinder – *nach unserem Sieg gemäß unserem Willen aussehen solle!*

Machine Translated by Google

1. Die Grundlagen

Die moralischen Grundlagen

Grundlage der nationalsozialistischen Staatskunst ist die uneingeschränkte Verantwortung gegenüber dem Volk und gegenüber sich selbst.

„Gemeinwohl vor Eigeninteresse“ ist das erste Gesetz des Nationalsozialismus.

Es mag seltsam anmuten, dass ein solches Prinzip allgemein für einen Staat aufgestellt werden muss, denn die Geschichte kennt Epochen, in denen das Wohl der gesamten Bevölkerung im Mittelpunkt der Staatsführung stand. Wenn es heute notwendig ist, dieses Prinzip über alle anderen Erwägungen zu stellen, so zeigt dies lediglich, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse alles andere als Ausdruck dieser einzig richtigen politischen Überzeugung sind. Wir erkennen in diesem ersten Prinzip gleichermaßen, wie eng Moral und Ökonomie miteinander verknüpft sind.

Das Gemeinwohl steht vor dem Eigeninteresse und ist in erster Linie eine moralische Forderung. Gleichzeitig bringt es aber mit ausgesprochener sprachlicher Klarheit die hierarchische Ordnung zwischen dem Wohl der Allgemeinheit und dem berechtigten Streben des Einzelnen nach persönlichem Erwerb und Eigentum zum Ausdruck. Dieses nationalsozialistische Prinzip schließt daher Privateigentum keineswegs aus. Im Gegenteil: Der Nationalsozialismus erkennt die Bedeutung des Eigentums vollumfänglich an. Er weiß, dass persönliches Eigentum und das Recht, frei über einen Erwerb zu verfügen, die Grundlage jeder Ökonomie und darüber hinaus jeder höheren Kultur bilden; doch der Nationalsozialismus hat ebenso erkannt, dass für die Anerkennung des Privateigentums klare Grenzen gezogen werden müssen, nämlich dort, wo Eigentum zu einem bloßen Machtinstrument wird und ausbeuterisch gegen das Wohl der Allgemeinheit eingesetzt wird.

Es dürfte wohl kaum einen ernsthaft denkenden Menschen geben, der diesem ersten Prinzip in dieser allgemeinen Form widersprechen möchte. Die Schwierigkeit liegt in der richtigen Abwägung der öffentlichen Interessen gegenüber den Interessen des Einzelnen. Trotz der zweifellos bestehenden
Obwohl Einigkeit darüber besteht, dass das öffentliche Interesse Vorrang vor dem privaten Interesse haben muss, gibt es bemerkenswerterweise – nach den bei uns geltenden Rechtsvorstellungen – gerade hinsichtlich der Form der Eigentumsnutzung keine moralische Beschränkung, die über das Strafrecht hinausgeht. Es ist selbstverständlich verboten, Gewalt gegen seine Mitmenschen anzuwenden (Erpressung, Mord usw.).
Totschlag, Verrat und unrechtmäßige Bereicherung usw.), aber es war nie und nirgendwo verboten, unermessliches Vermögen anzuhäufen und die dabei oft recht zweifelhaften technischen Mittel des Bank- und Börsenwesens zu nutzen. Darüber hinaus gibt das Gesetz jedem Gläubiger das Recht, einen säumigen Schuldner unter widrigen Umständen rücksichtslos seines Hauses und Besitzes zu berauben.
Krankheit, Tod, Missbildungen, Missernten und Hungersnot – all dies macht die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen unmöglich. Jeder erfahrene Richter kann unzählige Fälle schildern, in denen unser starres Rechtssystem Existenzen zerstört hat, Fälle, in denen sich jedes gesunde Gerechtigkeitsempfinden dagegen sträubte, einen fleißigen, gewissenhaften Mann, der jedoch vorübergehend vom Pech verfolgt wurde, dem brutalen Druck und der Ausbeutung durch den Gläubiger auszuliefern.

Die grenzenlose Anerkennung des persönlichen Rechts auf Eigentum und Rechtsansprüche im Allgemeinen muss logischerweise zur Schädigung des öffentlichen Interesses durch die egoistische Ausnutzung dieser im Grunde verkehrten, antisozialen Rechtsidee führen, die unserem Staatsprinzip „Öffentliches Interesse vor Eigeninteresse“ widerspricht.

Machine Translated by Google

Im Gegensatz zu der unter uns herrschenden falschen, kapitalistischen Grundannahme steht das andere Extrem, die marxistische Staats- und Wirtschaftsidee. Der Grundgedanke dieser Wirtschaftsform ist die Leugnung des Privateigentums. Die marxistische Doktrin geht sogar so weit, Eigentum direkt als „Diebstahl“ zu erklären (Proudhon)15. Sie fordert, in dem insbesondere für deutsche Proletarier so unverständlichen Fremdwortschatz, die „Enteignung der Enteigner“16 – mit anderen Worten die Enteignung des Eigentums! Diese staats-, volks-, kultur- und wirtschaftszerstörende Doktrin hat im russischen Bolschewismus ihre extreme, aber logische Verwirklichung gefunden. In ihrer ökonomischen Dimension lässt sich diese extreme Auffassung wie folgt zusammenfassen:

„Alles gehört allen.“

Hier geht es um die Entpersonalisierung des Eigentums, um die Übertragung des gesamten Eigentums auf das anonyme Eigentum des Ganzen.

Das unter uns immer noch herrschende Extrem eines uneingeschränkten Eigentumsrechts hat uns hingegen bereits an den Rand des Tempels des Gottes Mammon geführt, an dessen Tür in goldenen Lettern prangt: „Alles gehört dem Einen“. Auch diese erschreckende Wirtschaftsform muss zwangsläufig zu einer Entpersonalisierung des Eigentums führen – nur auf anderem Wege –, indem letztlich die gesamte arbeitende Menschheit in eine furchtbare Schuldknechtschaft gegenüber einer anonymen Finanzmacht gezwungen wird.

Im deutlichsten Gegensatz zu den eben beschriebenen wirtschaftlichen Extremen des marxistischen Sozialismus und des hochkapitalistischen Mammonismus der westlichen Demokraten verlangt das ökonomische Ideal des Nationalsozialismus die Verwirklichung des Prinzips „Jedem das Seine“.

Genau in diesem Prinzip sind Moral und Ökonomie aufs Neue eng miteinander verknüpft. Die Verdrängung moralischer Prinzipien aus dem Geschäftsleben ist in der Tat so charakteristisch für die heutige Wirtschaft, in der allein die überlegene Macht durch größeren Besitz, größere List und die Kunst, die staatliche Autorität selbst in den riskantesten Geschäften zu umgehen, den Ausschlag gibt. Ein Blick auf die Tausenden zumeist zwielichtigen Gestalten, die in allen Großstädten ihr Unwesen treiben und über fantastische Summen verfügen, ein Blick auf die zahlreichen Prozesse, die trotz des Widerstands aller Beteiligten vor Gericht landen, zeigt uns, wie erschreckend verkommen die heutige Geschäftsmoral ist. Betrachten wir im Gegensatz dazu das entsetzliche Elend in den Kreisen der Mittelschicht und der verheirateten Arbeiter, die sich nicht einmal mehr Milch und Brot für ihre Säuglinge und heranwachsenden Kinder leisten können. Es sei klargestellt, dass sich in vielen Fällen mit ehrbarer Arbeit kaum noch die grundlegendsten Lebensnotwendigkeiten verdienen lassen.

Wenn Kinder zu versorgen und zu erziehen sind, ist die Not der Geisteswissenschaftler und Freiberufler unermesslich; Künstler ersten Ranges, insbesondere wenn ihre Ausrichtung nicht dem heute herrschenden jüdischen Geschmack entspricht, werden dem Hungertod preisgegeben; echte deutsche Gedichte finden keine öffentliche Aufführung. Doch unbeschreiblich ist die Not derer, die durch die Misswirtschaft des Staates in der Finanzpolitik um ihre Ersparnisse betrogen wurden: die Kleinrentner und Pensionäre, die Kriegsversehrten, die Bedürftigen sowie all jene, die auf die Sicherheit von Staatsanleihen, die Stabilität unserer Landeswährung und die Golddeckung der Mark vertraut haben. Ein solcher Zustand ist ein Zerfall der Wirtschaft – Anarchie. Fleiß wird unzureichend entlohnt, Faulheit belohnt, ehrlicher Handel leidet, ungesunder Handel, Zwischenhandel und Profitgier florieren am besten. Je höher der kulturelle Wert einer Produktion ist, desto geringer fällt die erzielbare Vergütung aus. Vertrauen wird mit ...

15 Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) erklärte 1840 in seinem Werk Qu 'est-ce que la proriete? dass „la propriete c'est le.“ Bd.

16 Dieser Ausdruck, entlehnt dem französischen „Texpropriation des expropriates“, wird von Marx in Das Kapital, I, Kap. 24 verwendet: „In der letzten Stunde des Streiks gegen Privateigentum werden die Enteigner enteignet.“

Machine Translated by Google

Verrat, und zwar vom Staat selbst, der eigentlich der Beschützer von Recht und Gerechtigkeit, der Anwalt der öffentlichen Moral sein sollte.

Wir brauchen keine weiteren Hinweise auf die Korruption im öffentlichen Leben, die Judaisierung und Verarmung der Presse sowie die kläglich machtlose und unwürdige Führung unserer Außenpolitik, um die extreme Erniedrigung unseres öffentlichen Lebens und unserer Wirtschaftsmoral aufzuzeigen.

Dieser materialistischen Verarmung und Verunreinigung des öffentlichen Lebens stellt die nationalsozialistische Staatsidee den bewährten Grundsatz von Staat und Wirtschaft entgegen: *„Jedem das Seine* “, vor allem aber *„Gemeinwohl vor Eigeninteresse“.* Indem der Nationalsozialismus diesen Grundsatz zum Leitprinzip des nationalsozialistischen Staates erhebt, knüpft er an die besten und ruhmreichsten Epochen der deutschen Geschichte an.

„Suum cuique“[1]ÿ war bereits das ökonomische Prinzip des gesunden deutschen Frühmittelalters, doch insbesondere über lange Zeit wurde durch die Zünfteordnung sichergestellt, dass jedem sein eigener Anteil zugeteilt war. Die gemeinsame Arbeit zwischen Meister und Lehrling für einen halben oder ein Drittel eines Denars sicherte dem Arbeiter zumindest sein Einkommen, bessere Arbeit und Leistung wurden anerkannt und belohnt, und im Falle herausragender Leistungen brachten sie Ruhm und hohe Einkünfte.

„Suum cuique“ ziert auch den höchsten preußischen Orden, den Orden vom Schwarzen Adler, allerdings hier in dem besonderen Sinne, dass seine Krone besonderer Verdienstlichkeit gebührt. Genau diese Interpretation entspricht in besonderem Maße dem Nationalsozialismus – nicht so sehr, weil es hier um höfische Auszeichnungen oder die einseitige Ehrung des Militärdienstes geht, sondern weil darin der moralische Gehalt der belohnten Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk seinen Ausdruck findet: eine Pflichterfüllung, die selbstlos, ohne Hintergedanken und ohne vorheriges Streben nach Lohn, mit der Zurückstellung persönlicher Interessen in den Hintergrund, entspringt einem inneren, drängenden Verantwortungsgefühl gegenüber Staat und Volk.

Wir Nationalsozialisten dehnen diesen Grundsatz auch in die andere Richtung aus, indem wir dem mittelalterlichen „Jedem das Seine“ und dem Gedanken des Staates Friedrichs „Verdiente Krone“ mit größter Nachdrücklichkeit hinzufügen: *„Dem Verbrecher seine Strafe!“* Jedem das Seine, Verdiente seine Krone, jede ordentliche und ehrenhafte Arbeit ihren angemessenen Lohn, jede besondere Leistung ihre höhere Vergütung, jedem Armen und jedem, der unverschuldet in Not geraten ist, ausreichende Hilfe aus öffentlichen Mitteln, aber gleichermaßen allen, die gegen die öffentliche Moral und die wirtschaftliche Anständigkeit verstoßen – die verdiente Strafe.

Wir betonen jedoch, dass es in keiner Weise zu den Aufgaben des nationalsozialistischen Staates gehört, den einzelnen Staatsbürger in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu überwachen, und dass die Wirtschaft am besten möglichst frei von bürokratischer Bevormundung gedeiht. Wir wissen auch, dass eine Risikominderung für jeden einzelnen Staatsbürger durch den Staat – eher im Sinne von Naumanns „risikofreiem Menschen“, also eines Menschen, dessen Existenz der Staat sichern soll – genau das Gegenteil dessen bewirken würde, was Naumann von ihm erwartete.¹⁸ *Die Aufgabe des Staates muss sich darauf beschränken, die Voraussetzungen für eine Wirtschaft zu schaffen, die sich selbst trägt.*

[17] Jedem das Seine

18 Friedrich Naumann (1860–1919) war ein protestantischer Theologe und liberaler Politiker, der 1896 die Theologische Vereinigung gründete und durch seine Zeitschrift „Die Hilfe“ eine Form des Sozialliberalismus propagierte. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Naumann der erste Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

Machine Translated by Google

so frei wie möglich von den erschreckenden Wuchererscheinungen, die wir im heutigen zinskapitalistischen Staat kennen.

Das Wohl des Staates muss daher wieder oberstes Gesetz werden, die Effizienz des Staates muss den Grundsatz „Öffentliches Interesse vor Eigeninteresse“ über alle anderen Erwägungen stellen.

Dieses Prinzip erfordert jedoch von den Staatsmännern, den Staatsbediensteten und denjenigen, die herausragende Positionen im öffentlichen Leben bekleiden, eine Eigenschaft, die heute in Regierung und öffentlichem Leben fast völlig verschwunden ist – Verantwortungsbewusstsein.

Unser gesamtes öffentliches Leben steht heute im Zeichen der Verantwortungslosigkeit. Die Abgeordneten sind nicht verantwortlich für – man sagt sogar, sie seien „immun dagegen“ – für das, was sie im Parlament tun und sagen. Ein verzweifelter Ausdruck, wenn man bedenkt, dass er aus der Medizin stammt. Dort heißt es, ein Körper sei bereits so mit Giften gesättigt, dass neu zugeführte Gifte ihm kaum oder gar nicht schaden, während ein gesunder Körper daran sterben würde. Die Fraktionen sind nicht für die Entscheidungen der Mehrheit verantwortlich, die Minister nicht für die Ausübung ihres Amtes, denn sie sind lediglich Funktionäre der Parteien, die an der Regierungsbildung beteiligt sind. Wenn etwas schiefgeht, trägt das Volk die Hauptlast, doch der vermeintlich verantwortliche Minister wird einfach durch einen anderen, ebenso unverantwortlichen Parteifunktionär ersetzt. Von wirklicher Verantwortung ist keine Rede.

Schon im Zeitalter des Gottesgnadentums war der Appell an den Allmächtigen leider allzu oft eine ganz besondere Form der Verantwortungslosigkeit der herrschenden Herren – (seltene Ausnahmen, für die die Verantwortung gegenüber ihrem Gott gleichbedeutend mit ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Volk war, werden ausdrücklich anerkannt). Im Allgemeinen war dieser geliebte Gott jedoch letztlich immer nur ein bequemer Schutzschild, hinter dem sich auf der Leiter des Beamten, der nur seinem Vorgesetzten, des Ministers, der nur seinem König, und des Herrschers, der nur seinem Gott verantwortlich war, die unglaublichste Verantwortungslosigkeit der herrschenden Klasse und ihrer Vertreter gegenüber den tatsächlichen Lebensnotwendigkeiten des Volkes verbergen konnte.

Der Nationalsozialismus wird diese staatlich sanktionierte Verantwortungslosigkeit radikal beseitigen müssen.

„Höchste Verantwortung“ wird in eisernen Lettern über dem Eingangstor zum nationalsozialistischen Staat prangen. Wer die Ehre hat, in führender Position für die Interessen eines großen Volkes einzutreten, kann seiner Verantwortung nicht eindringlich genug bewusst gemacht werden. Nur wer dieses tiefste Verantwortungsgefühl im Herzen trägt, kann ein wahrer Führer sein. Allen Staatsbediensteten und allen, die im öffentlichen Leben stehen, ist diese Verantwortung besonders zuzuschreiben und mit unerbittlicher Strenge zu erfüllen. Nur so kann eine tatsächliche Erholung, sozusagen, erzwungen werden.
Nur so kann das Wertvollste wiederbelebt und gestärkt werden, das es dem Führer und dem Volk ermöglicht, erneut eine echte nationale und historische Gemeinschaft zu bilden – das Vertrauen. Und aus Vertrauen kann dann der Glaube neu wachsen, der, in der Verantwortung des Führers, eine Erholung und Erneuerung Deutschlands, ein Wiedererwachen der deutschen Seele in einem nationalistischen Zustand des Wirkens und Handelns bewirken wird, in dem jeder seinen Platz findet.

Machine Translated by Google

Die wirtschaftlichen Grundlagen

In einem gesunden Wirtschaftssystem lassen sich Moral und Volkswirtschaft nicht trennen. Andernfalls leidet die Wirtschaft schwer, insbesondere im Hinblick auf die wichtigste Aufgabe jeder Volkswirtschaft – *die Befriedigung der Nachfrage.* Ohne Vertrauen in den Handel, ohne Fleiß, ohne die Loyalität der Beamten und Arbeiter kann kein Werk gedeihen.
Effizienz, Gerechtigkeit, Unternehmergeist, Tatkraft und gegenseitiges Vertrauen zwischen allen Beteiligten an einer wirtschaftlichen Aufgabe sind die unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg jeder Volkswirtschaft. All dies muss nur erwähnt werden, um seine außerordentliche Bedeutung vollends zu er
Jeder, der in der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit wirtschaftlich aktiv sein musste, weiß, wie sehr diese Annehmlichkeiten heute fehlen. Und wer trägt letztlich die Folgen der Heilslehren des Marxismus und seiner Methoden – Streiks, Sabotage und schlampige Arbeit? – Am Ende nur die Bevölkerung selbst, die durch solche staats- und volkszerstörenden Lehren jedes Gemeinschaftsgefühl verloren hat und ihre wichtigste Aufgabe im Klassenkampf sieht. Daher müssen auch die Klagen, die insbesondere aus nationalistischen Lagern laut werden, dass wir kein Volk mehr seien, sondern erst wieder ein Volk werden müssten, wenn wir unsere verlorene Machtposition und unser internationales Ansehen zurückgewinnen wollten, an diese Stelle gerichtet werden.

Diese Klagen sind berechtigt, doch mit Klagen kommt man nicht voran. Der Marxismus zögerte nicht, sein ökonomisches und politisches Ideal zu verwirklichen, sobald er die Macht dazu hatte; er schreckte nicht vor der brutalen Unterdrückung von Dissidenten zurück: In Russland brachte er seine Feinde endgültig zum Schweigen, indem er die gesamte bürgerliche Intelligenz auslöschte, unter uns durch Gesetze zum Schutz der Republik .¹⁹ Der Erwerb politischer Macht ist offenkundig die Voraussetzung jeder ökonomischen oder nationalpolitischen Reform. Das wissen wir ebenso gut wie die Kommunisten und die Sozialdemokraten, doch wir wollen politische Macht nicht um ihrer selbst willen, nicht um die erlangte Machtposition gegen eine bestimmte Klasse auszunutzen, sondern um die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Frieden unter den nationalen Genossen zu schaffen, die in einer Arbeitsgemeinschaft vereint sind. *Die Befriedigung der Nachfrage<sup>20</ sup>* ist Aufgabe der Volkswirtschaft – nicht die Profitabilität, die heute fast allein über die Güterproduktion entscheidet. Mit dieser grundlegenden Haltung des Nationalsozialismus stellen wir uns entschieden gegen die ökonomischen Grundideen des kapitalistischen Staates. Nicht das Notwendige wurde von Anfang an produziert, sondern das Profitable. Alles, was keine ausreichenden Zinsen und Dividenden versprach, wurde von vornherein nicht aufgenommen. Als besonders deutliches Beispiel für den Profitgierwahn der gegenwärtigen zinskapitalistischen Wirtschaft mag die Tatsache dienen, dass der Wohnungsbau trotz des erschreckenden Wohnungsbedarfs – und damit trotz des dringendsten Bedarfs – schlichtweg nicht betrieben wird, weil er nicht profitabel ist! Dass Wohnungsbau, nationalpolitisch betrachtet, durchaus profitabel wäre, bedarf hier keiner weiteren Erklärung, sondern ergibt sich unmittelbar aus dem Gesagten, insbesondere im Hinblick auf die sozialen Aufgaben des Staates. Wenn die Bevölkerung Hunger und Kälte leidet, sieht eine auf Profit ausgerichtete kapitalistische Wirtschaft es keineswegs als ihre Pflicht an, diesen Bedarf durch die Produktion von billigen und guten Schuhen, Kleidung, Unterwäsche usw. zu decken, denn angesichts der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung ist dies nicht „profitabel“. Die Luxusgüterindustrie hingegen boomt in allen Bereichen, denn nie zuvor war es so einfach, Reichtum zu erlang

[19] Das Nachkriegsdeutschland verfügt über ein ähnliches Gesetz, das Bundesgesetz zum Schutz der Verfassung. (Bundesverfassungsschutzgesetz), das 1950 verabschiedet wurde.

[20] Unter der Befriedigung der Nachfrage ist die Bereitstellung lebensnotwendiger Güter durch erschwingliche Preise zu verstehen. Die Gesamtheit all jener, die zu einer nationalen Gemeinschaft verbunden sind.

Machine Translated by Google

Begierig darauf, sich wie heute mit purem Luxus zu umgeben. Doch die kapitalistische Idee der Profitabilität erweist sich in den heute alles beherrschenden Wirtschaftszweigen, dem Banken- und Börsenwesen, als ökonomischer Unsinn. Die beherrschende Stellung der Banken beweist die ökonomische Sinnlosigkeit des Kapitalismus auf eindrucksvolle Weise. Mit den „Produkten“ der Banken und Börsen konnte noch nie ein Kind ernährt, noch nie ein frierender Mensch bekleidet, ja, nicht einmal das Nötigste zum Leben wurde befriedigt. Diese Aussage ist keine demagogische Parole, sie stellt die Institutionen des Geldverkehrs nicht einmal infrage, sondern verdeutlicht lediglich den enormen Unterschied zwischen einer wirklich nationalen wirtschaftlichen Befriedigung der Nachfrage, wie sie die Nationalsozialisten anstrebten, und einer rein privatkapitalistisch orientierten, profitorientierten Wirtschaft.

Auch der nationalsozialistische Staat wird seine Banken und andere Finanzinstitutionen haben, aber diese werden nicht mehr die Herrscher der Volkswirtschaft sein, sondern ihre Diener; das Geld wird nicht mehr Herr über Staat und Volk sein, sondern nur noch das notwendige Hilfsmittel für den Warenaustausch.
Wir wissen genau, dass dieser Kampf gegen das Bank- und Börsenkapital der härteste Kampf für die nationalsozialistische Bewegung sein wird, weil heute die größte Machtfülle, die die Welt je hervorgebracht hat, im Bank- und Börsenkapital konzentriert ist.
Hier geht es um einen Kampf auf Leben und Tod um die Macht, und das weiß der Gegner besser als die meisten unserer Freunde und Anhänger. Dieser Kampf wird umso schwieriger sein, als ganze Bevölkerungsgruppen noch immer dem Profitwahn verfallen sind.

Eine grundlegende Frage, die an dieser Stelle noch einmal unmissverständlich beantwortet werden muss, ist die nach dem Verhältnis des Nationalsozialismus zum Eigentum. Aus den grundlegenden Beobachtungen des ersten Kapitels und insbesondere aus der dort beschriebenen fundamentalen Gegenüberstellung zum marxistischen Sozialismus ergibt sich zwangsläufig für den Nationalsozialismus die *fundamentale Anerkennung des Eigentums.* Diese Anerkennung des Privateigentums ist zu tief im arischen Leben verwurzelt. Der schöpferische Geist, der die Umwelt erkennt, sie betrachtet, um daraus seine Welt zu erschaffen und zu formen, der schöpferische Mensch, der der Erde durch harte Arbeit ihre Früchte abnimmt, der sich niederlässt, sich Häuser und Städte baut, der, nachdem er sich im Kreis seiner Verwandten, seiner Rassengenossen, niedergelassen und verwurzelt hat, der Mensch, der auf dieser in der Erde verwurzelten Grundlage zu höherer Kultur aufsteigt und sich – die Welt – im höheren intellektuellen Sinne in den Bereichen Philosophie, Poesie, Musik, Kunst und Bildhauerei erschafft – dieser Mensch kann es sich unmöglich anders vorstellen, als dass die Werke seiner Hände, die aus seinem eigenen Wesen entstanden sind, auch sein Eigentum sind. Aus diesem Wissen über den schöpferischen Menschen erwächst unmittelbar der Respekt vor dem Eigentum anderer, und daraus entsteht das Recht.

Im fundamentalen und unversöhnlichen Gegensatz zum schöpferischen Geist steht der habgierige, diebische Geist anderer Menschen, die anders veranlagt sind und nie den Atem der Schöpfung gespürt haben. Sie ziehen rastlos von Ort zu Ort, konnten nirgends Wurzeln schlagen, erhoben sich nicht expansiv und aus dem Boden empor, in einer langen Entwicklung zu immer höherer Kultur, sondern zogen mit ihrem rastlosen Geist und ihrem Geld von Land zu Land, nachdem sie die einzelnen Städte oder Landstriche „beweidet“ hatten. Selbst auf den Feldern der schöpferischen Nationen stand der Jude im Wesentlichen weit entfernt von den eigentlichen Erzeugnissen. Wir kennen den Juden nicht als Bauern, nicht als Handwerker, nicht als Ingenieur oder Baumeister, nicht als Fabrik- und Lohnarbeiter, und wahres schöpferisches Genie ist ihm selbst in den schönen Künsten und Wissenschaften fremd. Der schöpferische Geist beginnt seine charakteristische Tätigkeit erst dort, wo ein Werk von einer schöpferischen Hand geschaffen, ein Gegenstand hergestellt wurde; dort weiß der habgierige Geist, wie er diese Güter beschaffen kann.

Machine Translated by Google

Es ging ihm nicht darum, die nationale Nachfrage zu befriedigen, sondern aus diesem Waren- und Warenverkehr den größtmöglichen Profit zu erzielen. So entstand der Händler, der sich zwischen Produzent und Konsument positionierte. Heute sind Händler und Geldwechsler zu Vorstandsmitgliedern und Bankiers geworden. Die Weltwirtschaft wurde auf sinnloseste Weise auf den Kopf gestellt. Der kluge, erfinderische, wagemutige, kreative und produktive Geist regiert nicht mehr; stattdessen herrscht der korrupte, ausbeuterische und habgierige Geist, unfähig, etwas Eigenes zu schaffen. Geld herrscht über Arbeit und Leben.

Der dynamische Geist der Juden hat alles mobilisiert, sogar Land durch Hypotheken, die größten, traditionsreichen Industrien durch Anonymisierung und Aktiengesellschaften, und durch die Staatsanleihenwirtschaft hat internationales Kapital die Regierungen sogar von ihren Völkern entfremdet. Heute sind die Regierungen allesamt von großen Krediten abhängig und gegenüber ihren Völkern nur noch die Zinseinnehmer ihrer anonymen Herren an der Wall Street, in der City of London und in Paris.

Diese kurzen Beobachtungen haben uns das tiefste Geheimnis des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen schöpferischen Völkern und dem habgierigen Juden offenbart. „Der Arier erschafft, der Jude reißt die Welt an sich."

Hier sei noch kurz hinzugefügt, dass ein feiner Unterschied zwischen Eigentum und Besitz besteht. Besitz ist nicht zwangsläufig Eigentum, Besitz kann nicht selbst geschaffen werden. Im Falle eines Besitzes wird dessen Ursprung nicht hinterfragt. Der Jude hat sich das Eigentum der arischen Völker angeeignet und herrscht nun durch seine Finanzmacht über die Schöpfer. Diese abstrahierte Form des Eigentums in Form von Rechtsansprüchen, Anleihen, Hypotheken usw. hat die heutige Welt *durch Zinsen dem Kapital unterworfen.* Die zinskapitalistische Wirtschaftsform kennt im Allgemeinen keine Besitzgrenzen; sie lässt ganze Nationen mit all ihrer Arbeit den Zinsen einer Handvoll Bank- und Börsenmagnaten ausgeliefert sein.

Demgegenüber setzt der nicht wenig beängstigende interessenkapitalistische Raubtierstaat Nationalsozialismus die *Beschränkung des Eigentumsrechts.* Das Prinzip dieser Beschränkung findet sich im Satz: „Gemeinwohl vor Eigeninteresse". Dass diese Eigentumsgrenze zudem sehr hoch angesetzt werden kann, zeigt sich darin, dass der Nationalsozialismus selbst die größten Industrieanlagen nicht verwirft, solange sie im Privatbesitz der Schöpfer bleiben (man denke an Krupp, Mannesmann, Thyssen usw.), da sie den Interessen des Gemeinwohls zuwiderlaufen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Eigentümer dieser Großanlagen ein Gespür für soziale Fragen haben und die richtigen Grenzen zwischen angemessenem Eigennutz aus der Produktion, einer angemessenen Preisgestaltung für den Absatz und die Befriedigung der volkswirtschaftlichen Nachfrage sowie einer entsprechenden und angemessenen Form der Beteiligung der Belegschaft am Gewinn der Anlagen finden können.

Hier kommen wir zu kurzen grundlegenden Bemerkungen über die äußeren Produktionsformen.
Die vor dem Krieg stark wachsende deutsche Wirtschaft zeichnete sich durch eine glückliche Mischung aus großen, mittleren und kleinen Unternehmen aus. Generell birgt die Tendenz zu Großunternehmen in der Tat eine Gefahr für die Volkswirtschaft, da die nächsthöhere Ebene nicht mehr der Nachfragebefriedigung, sondern den hohen kapitalistischen Interessen der Marktbeherrschung und der Preisdiktatur dient. Gleichwohl wird offen zugegeben, dass bestimmte Branchen nur als Großunternehmen funktionieren können. Dies gilt für jene Industriezweige, die wir gemeinhin als Schwerindustrie bezeichnen. Ohne an dieser Stelle ins Detail gehen zu wollen, lässt sich grundsätzlich festhalten, dass der nationalsozialistische Staat keinen Grund hatte, grundlegende Veränderungen dieser äußeren Wirtschaftsformen anzustreben. Der Nationalsozialismus lehnt jede Art von „Vergesellschaftung oder Verstaatlichung" im marxistischen Sinne ab. Unser ökonomisches Ideal verlangt, dass möglichst große Unternehmen …

Machine Translated by Google

Zahlreiche wirtschaftlich unabhängige Existenzen finden sich gerade im Mittelstand und in kleinen Unternehmen. Wir wissen, dass nur freie und unabhängige Menschen, die frei über ihre Arbeit und ihr Arbeitseinkommen verfügen können, ein ernsthaftes Verantwortungsgefühl für ihre Arbeit entwickeln, dass nur auf diesem Boden starke Persönlichkeiten entstehen und dass nur auf dem Boden der *Freiheit und Verantwortung* das Gemeinschaftsgefühl gedeiht, das die durch gemeinsame Arbeit Verbundenen zu einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft vereint und sie so zu einer freien, selbstbewussten Nation macht.
Nur auf einem solchen Boden kann das Wohl des Einzelnen mit dem Wohl des Ganzen vereint werden.

An den Grenzen von Staat und Wirtschaft

Manchesterism21 und der Staatssozialismus stehen sich diametral gegenüber, wenn es um die Festlegung der Grenzen staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft geht. Erstere Doktrin fordert größtmögliche Freiheit von jeglicher staatlicher Bevormundung; idealerweise würde sie den Staat auf die Rolle eines Nachtwächters beschränken. Der Staatssozialismus hingegen geht davon aus, dass die meisten Unternehmen am besten vom Staat selbst geführt und verwaltet werden. Die extremsten Formen der Vergesellschaftung oder Verstaatlichung – im Russischen die Übernahme der Betriebe durch alle – haben allen, die die sozialistischen Experimente unvoreingenommen beobachtet haben, unmissverständlich gezeigt, dass solche kommunistischen Produktionsformen langfristig nicht realisierbar sind.
Wer unsere Erläuterungen zu den Grundlagen der Wirtschaft verstanden hat, wird die inneren Gründe für dieses Phänomen ohne Weiteres erkennen. Einerseits die Unterdrückung unternehmerischer Initiative, das Fehlen eines Gewinnanreizes und die Beseitigung des Wettbewerbs, andererseits der von den Sowjets mit rücksichtsloser Härte durchgesetzte Arbeitszwang, der den Produktionsvorteil auf ein Minimum reduzierte.

Die aus dem deutschen Wirtschaftsleben bekannte, schrittweise und gemäßigte Form der „staatlichen Kontrolle“ von Unternehmen lässt sich nur in bestimmten Bereichen der öffentlichen Wirtschaft vorteilhaft anwenden. In den Bereichen, die im Wettbewerb mit der freien Marktwirtschaft stehen, insbesondere in der industriellen Großproduktion (Kohle), ist der wirtschaftliche Erfolg im Vergleich zur freien Marktwirtschaft, die alle wichtigen Entscheidungen schneller und unabhängiger treffen kann als Staatsbetriebe, stark eingeschränkt. Um beurteilen zu können, welche Unternehmen generell für eine staatliche Kontrolle geeignet sind, muss klar sein, welche Rolle der Staat im Gesamtbetrieb der Volkswirtschaft einnimmt.

Wir haben erläutert, dass der Nationalsozialismus die Aufgabe der Wirtschaft in der Befriedigung der Nachfrage sieht. Produzent und Konsument, Hersteller und Nutzer sind die beiden Hauptakteure jeder Wirtschaft. Wir wissen nun, dass der Gebrauch letztlich immer und überall rein individuell ist, oder ganz klar ausgedrückt: Jedes Stück Brot kann tatsächlich nur von einer Person verzehrt werden, Kleidung ist ebenfalls nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt, ein Dekret bietet zu jeder Zeit nur einem kleinen, eng verbundenen Kreis ein Dach über dem Kopf, der Arbeitsplatz bietet zu jeder Zeit nur einer vielleicht größeren, aber dennoch begrenzten Anzahl von Arbeitsgenossen einen Arbeitsplatz. Daher können wir keinesfalls von einem gemeinsamen Konsum oder Gebrauch von Produkten sprechen. Wenn also der Konsum letztlich individuell ist, gilt dies auch für die Produktion, für die Herstellung von Gütern. Je wertvoller das Produkt produktiver Arbeit ist, desto deutlicher wird, dass es nur aus einer höchst persönlichen schöpferischen Kraft hervorgeht.
Für geistige Arbeiten auf den Gebieten der Wissenschaft und der bildenden Künste, auf dem Gebiet der technischen Erfindungen und Entdeckungen ist dies unmittelbar klar, aber auch im Falle von zusammengesetzten Werk

---

Der Manchesterismus war eine wirtschaftspolitische Schule, die im 19. Jahrhundert in Manchester als Reaktion auf die protektionistischen Cora-Gesetze von 1815 und 1846 entstand. Sie befürwortete den Freihandel und unterstützte die Industriellen gegen die agrarischen Interessen des Landadels. Die Hauptvertreter dieser Bewegung waren Richard Cobden (1804–1865) und John Bright (1811–1889).

Machine Translated by Google

In fabrikähnlichen Betrieben, in denen die Mechanisierung durch Maschinen die menschliche Arbeit fast vollständig verdrängt, gilt letztlich immer noch: Das Paar Schuhe, das dieser Arbeiter fertigt, kann nur von ihm und nicht von einem anderen hergestellt werden. Die Produktqualität sinkt jedoch mit zunehmender Mechanisierung. Schon in der Landwirtschaft gilt die alte Regel: „Das Auge des Herrn mästet das Vieh“, das heißt, nur die persönliche Fürsorge des Landwirts führt zu den besten Ergebnissen.

Alle Versuche der kommunistischen Wirtschaft endeten jedes Mal in einem kompletten Fehlschlag. Wir müssen daher grundsätzlich feststellen, dass sowohl Konsum als auch Produktion der Vergesellschaftung entgegenwirken. Sobald die Menschheit die ursprünglichen Wirtschaftsformen der individuellen, familiären Wirtschaft aufgegeben und sich durch Arbeitsteilung komplexeren Wirtschaftsformen zugewandt und große Staatengemeinschaften gebildet hatte, trat etwas Neues zwischen Produktion und Konsum – *Handel, Gewerbe und das Finanzsystem.*

Diese ganz einfache wirtschaftsphilosophische Beobachtung liefert uns den deutlichsten Beweis für die Bereiche, in denen der Staat seine wirtschaftliche Tätigkeit beschränken muss. Es ist unmittelbar ersichtlich, dass es sich hier um Angelegenheiten handelt, an denen jeder Einzelne gleichermaßen interessiert ist. Und es ist nur logisch, dass der Staat hier seine Aufgaben als Verkörperung der Gemeinwohlinteressen sieht.

Wenn unsere Wirtschaftsphilosophie zutrifft, muss der Staat in einem dieser Bereiche, sofern er sich bereits daran versucht hat, etwas Vorbildliches geleistet haben. Dies hat er auch im *Transportwesen getan.* Die Leistungen der deutschen Eisenbahnbehörden vor dem Krieg waren geradezu vorbildlich, und sie sind es bis heute, da die alte Pflichterfüllung und Gewissenhaftigkeit weiterhin gelten. Auch dem nichtstaatlichen Eisenbahnsystem in Amerika wird oft besondere Perfektion zugeschrieben; dies trifft in gewisser Hinsicht ebenfalls zu, da der Verkehr dort deutlich freier abläuft und viele kleine Schwierigkeiten, die uns aufgrund des bürokratischen Systems plagen, kaum hätten vermieden werden können. Selbst der Bau von Lokomotiven großer Dimensionen in Amerika rief bei uns früher Erstaunen hervor, was aber hauptsächlich daran lag, dass die breitere Spurweite des amerikanischen Eisenbahnnetzes dies technisch tatsächlich erleichterte. Dies ist jedoch kein Aspekt des Transportwesens, sondern eine technische Tatsache, die nicht in den Rahmen unserer Betrachtungen fällt. Viel wichtiger für unsere Fragestellung ist hingegen die Sicherheit des Schienenverkehrs. Auf diesem Gebiet waren sich die deutschen Eisenbahnen ihrer obersten Aufgabe im staatlichen Verkehr stets bewusst und können sich den Ruf rühmen, technisch und organisatorisch alles Mögliche getan zu haben. Mit welcher verantwortungslosen Rücksichtslosigkeit gerade bei den amerikanischen und französischen Eisenbahnen das Leben der Fahrgäste gefährdet wurde, zeigt die Geschichte der Eisenbahnunglücke bei den amerikanischen und französischen Eisenbahnen vor der Verstaatlichung, solange diese dem rücksichtslosen Profitstreben der Pariser Rothschilds dienten. – Auch hier sehen wir also einmal mehr den fundamentalen Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Profitgedanken und dem Pflichtgedanken der Nachfragewirtschaft.

Die Aufgabe des Handels besteht in erster Linie darin, der Volkswirtschaft durch den sicheren, schnellen und kostengünstigen Transport von Gütern und Personen zu ihren Verwendungs- oder Arbeitsorten zu dienen. Die Frage der Rentabilität tritt in einem Staatsunternehmen erst an zweiter Stelle oder ist lediglich eine Frage der Zollpolitik. Zum Handel gehört selbstverständlich auch das Post- und Telegrafenwesen. Auch hier genügt ein Blick auf die ehrenvolle Geschichte der deutschen Post- und Telegrafenverwaltung, um zu zeigen, wie sicher, schnell und zuverlässig diese wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe vom Staat erfüllt wurde.

Machine Translated by Google

Der Handel hingegen galt stets als ausschließliche Aufgabe privater Unternehmer. Heute lässt sich der Handel nicht mehr so eindeutig definieren wie das Transportsystem. Für eine staatliche Regulierung kommen von vornherein nur bestimmte Güter infrage, nämlich Massenkonsumgüter. So wenig Verständnis man vor dem Krieg für eine staatliche Regulierung des Handels mit den wichtigsten Nahrungsmitteln erwarten konnte – da die Doktrin des Freihandels unser nationales wirtschaftliches Denken prägte –, so wenig kann man heute angesichts des schamlosen Wuchers bei den wichtigsten Nahrungsmitteln in der noch immer unvergessenen Nachkriegszeit erwarten, dass die Idee, es sei Aufgabe des Staates, für die Aufbereitung, den Transport und den Vertrieb der wichtigsten Nahrungsmittel zu sorgen, auf fruchtbaren Boden fällt. Ausnahmsweise finden sich sogar bei unseren wirtschaftlichen Gegenspielern, den Bolschewiki, Versuche, dieses Problem zu lösen, nämlich durch die staatliche Kontrolle von Produktion und Vertrieb. Das Problem dabei ist, wie wir bereits gezeigt haben, der Versuch, die Produktion stets staatlich zu steuern oder zu verstehen. Andererseits ist die gerechte Verteilung der Produktion zweifellos eine besonders wichtige staatliche Aufgabe. Bemerkenswert ist, dass in Russland die einzigen bürgerlichen Organisationen, die erhalten geblieben sind, die landwirtschaftlichen Produktions- und Konsumgenossenschaften waren, also jene Organisationen, die sich die Aufgabe gestellt hatten, die wichtigsten Nahrungsmittel im gemeinsamen Interesse zu lagern und zu sammeln und andererseits die Verbraucher im gemeinsamen Interesse zu versorgen. Eine Untersuchung unserer deutschen

Das Wirtschaftsleben zeigt uns heute, dass diese Idee auch unter uns nicht völlig neu ist, sondern dass sich der Genossenschaftsgedanke zunehmend durchsetzt und damit die Voraussetzungen schafft, die der Nationalsozialismus für die Regelung dieser außerordentlich wichtigen Frage vorsieht. Die genossenschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Produkte sichert dem Landwirt einerseits den Absatz seiner Erzeugnisse zu angemessenen Preisen, sichert den genossenschaftlichen Einkauf von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten usw. und versucht insbesondere durch die Einrichtung von Agrarlagern die Bedarfsdeckung zu gewährleisten. Andererseits haben die Verbraucherverbände ihrerseits ganz praktische Schritte unternommen, um die Produkte so direkt wie möglich an die Verbraucher zu liefern und vor allem den Zwischenhandel auszuschalten. Eine Fusion der Produktions- und Konsumgenossenschaften unter staatlicher Aufsicht soll diese Frage lösen.

Auch hier lautet der Kern der Frage wieder einmal: *Nicht die Rentabilität, sondern die Befriedigung der Nachfrage ist die erste Aufgabe der Wirtschaft.*

Für den Handel gibt es noch mehr als genug zu tun, insbesondere in all jenen Bereichen, in denen das persönliche Risiko eine Rolle spielt. Bei einem Lebensmittel, das stets und unter allen Verkaufsbedingungen sicher ist, entfallen die Faktoren, die den Unternehmer kennzeichnen, von vornherein.

Das Finanzsystem ist der dritte und wichtigste Bereich, der staatlicher Regulierung unterworfen werden muss. Viele Finanztheoretiker erklären Geld als Tauschmittel für den Warenaustausch; diese Erklärung ist zwar nicht falsch, aber auch nicht umfassend und eindeutig. Dennoch bringt diese Definition das richtige Verständnis zum Ausdruck, dass Geld den Warenverkehr unterstützt. Allein die Tatsache, dass der Staat das Münzrecht für sich beansprucht, beweist, dass er Geld als besonders wichtigen Bereich des öffentlichen Lebens betrachtet. Ebenso belegt die Tatsache, dass der Staat im Strafgesetzbuch eine ganze Reihe von Paragraphen zur Geldfälschung erlassen hat, dass es sich um eine Angelegenheit von höchster öffentlicher Bedeutung handelt. Tatsächlich bestimmt der Staat seit Langem durch seine Autorität, was im öffentlichen Raum als Geld gültig ist.

Machine Translated by Google

Im Handel. Eine spezielle Strömung der Finanztheoretiker – die Chartalisten²² – vertritt die Staatstheorie des Geldes, die kurz und bündig besagt: „Geld ist das, was der Staat als Geld deklariert.“ Damit ist Geld gänzlich von seiner Substanz getrennt, und das Siegel der Staatshoheit genügt, um aus Eisen, Aluminium, Porzellan und vor allem Papier „Geld“ herzustellen. Die Gegenwart lehrt uns, dass diese Theorie tatsächlich Realität geworden ist. Die Gegner dieser Finanztheoretiker – die Metallisten²³ – halten an der alten Vorstellung fest, Geld müsse einen inneren Wert besitzen und somit aus Edelmetallen (Gold und Silber) bestehen. Die gegenwärtigen Verhältnisse bestätigen diese Auffassung nicht, denn der Staat stellt Geld sogar aus Papier her, und zwar Geld, mit dem man tatsächlich etwas kaufen kann, selbst wenn die Banknoten aus völlig wertlosem Papier bestehen. Die Frage der Kaufkraft dieses Geldes ist jedoch eine andere. Hier scheint die sinkende Kaufkraft des Geldes, die im umgekehrten Verhältnis zur wachsenden Menge an Papiergeld steht, den Metallisten Recht zu geben, denn tatsächlich haben die Gold- und Silbermünzen den Kaufkraftverlust des Papiergeldes nicht verursacht. Dies liegt jedoch an einem anderen Grund, nämlich dem Warencharakter des Goldgeldes. Nicht weil das Goldgeld aus echtem Gold besteht, behält es seine Kaufkraft, sondern weil Goldgeld auch eine Ware ist. Die Zwanzig-Mark-Münze bezieht ihre Kaufkraft heute nicht etwa vom eingeprägten Staatswährungszeichen „20 Mark“, sondern von ihrem Gehalt an raffiniertem Gold. Wir können uns hier jedoch nicht länger mit diesen finanztheoretischen Kontroversen aufhalten; wir werden diese Fragen ausführlicher im Kontext der Darstellung des staatlichen Finanzsystems gemäß der Argumentation der nationalsozialistischen Reform erörtern müssen. Hierbei geht es darum zu erkennen, dass das Finanzsystem im Hinblick auf die uns derzeit beschäftigende Frage nach den Grenzen von Staat und Wirtschaft in jedem Fall zu den Bereichen gehört, die als überaus wichtiger Aspekt des gesamten Wirtschaftslebens, genau wie der Handel mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, unbedingt einer besonders sorgfältigen treuhänderischen Regulierung seitens des St

Die Bedeutung des Finanzproblems an sich bedarf heute keiner besonderen Erklärung. Die Macht der großen Finanzmächte, die alles beherrschen, ist für jeden, der sie sehen will, offensichtlich. Der scharfsinnige Beobachter hat längst erkannt, dass die inkompetente und verfehlte Haltung des Staates gegenüber dem Finanzsystem die Hauptursache für die gegenwärtige katastrophale Lage der Staatsfinanzen ist. Die Tatsache, dass die meisten sogenannten Zentralbanken keine rein staatlichen Institutionen, sondern Aktiengesellschaften sind, in denen sich die Regierungen lediglich bestimmte Aufsichtsrechte vorbehalten haben, verdeutlicht bereits die verworrenen Zustände im Bereich des öffentlichen Finanzsystems.

Die nationalen politischen Grundlagen

Kein Staat ohne Macht und keine Regierung ohne Autorität. Nichts ist selbstverständlicher und dem gesunden Menschenverstand unmittelbarer. Es zeugt von völliger Vernachlässigung unseres öffentlichen Denkens, wenn heute noch jemand in Regierungskreisen glaubt, man könne ohne jegliche militärische und politische Macht regieren.

Macht ohne Machtinstrument ist undenkbar; politische Macht und militärische Machtmittel bedingen einander ebenso eng wie Wirtschaft und Moral. Um verlorene Macht zurückzuerlangen, bleibt nur die Schaffung eines militärischen Machtinstruments.

22 Chartalisten befürworten die Verwendung von Fiatgeld oder staatlich ausgegebenen Token (lateinisch: charta) als nationale Währung.
23 Metallisten vertreten die Ansicht, dass Geld seinen Wert von Edelmetallen ableitet und lehnen Fiatgeld als wertlos ab.

Machine Translated by Google

Wie furchtbar wurde unser armes Vaterland bestraft, weil es dem Machtgedanken abgeschworen und sich dem pazifistischen Getue hingegeben hat, das wir nun täglich und stündlich erleben. „Um Schlimmeres zu verhindern“ haben wir kapituliert und unsere Waffen vernichtet, „um Schlimmeres zu verhindern“ haben wir das Versailler Diktat unterzeichnet, „um Schlimmeres zu verhindern“ hat die Berliner Regierung allem zugestimmt, was von uns verlangt wurde, „um Schlimmeres zu verhindern“ haben wir zugelassen, dass jede Bosheit, jede Demütigung, jede Ausbeutung gegen uns verübt wird. Mit diesem schamlosen Schlagwort der Feigheit und Erbärmlichkeit wurde das deutsche Volk in immer tieferes Elend geführt. Wir haben erfüllt, was von uns verlangt wurde, und ein

Der Minister, der sich selbst als Deutscher bezeichnete, Dr. Rathenau24, wagte es, öffentlich zu erklären: Es gibt keine absolute Unfähigkeit zu erfüllen, es ist nur eine Frage, wie tief ein Volk in Not geraten darf! Das bedeutet – obwohl Rathenaus Worte bereits deutlich genug sind – mit anderen Worten: Die deutsche Nation ist völlig wehrlos, politisch völlig machtlos, intellektuell beinahe verkümmert, sie kann nur noch weiterarbeiten. Sie hat sich eine so gigantische Schuldlast aufgebürdet, dass die Angehörigen des auserwählten Volkes mit diesen Reparationen auf Kosten deutscher Arbeit in allen Ländern der Welt ein glamouröses, arbeitsfreies Leben führen können. Doch nun besteht die Gefahr, dass selbst die enorme Arbeitskraft der Deutschen unter dieser ungeheuren Last zusammenbricht. Deshalb müssen die Deutschen ständig mit Aufputschmitteln am Leben erhalten und gerade so an der Grenze ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit gehalten werden, damit sie mit aller Kraft arbeiten können, stets in der trügerischen Hoffnung, sich eines Tages von ihrer Last zu befreien. „Es ist nur eine Frage der Zeit, wie tief ein Volk in Not geraten darf!“ Dies war die politische Haltung des Ministers Rathenau, die von allen Republikanern so hoch gelobt wurde.

Wenn wir dieses Paradigma moderner deutscher Staatskunst in Erinnerung gerufen haben, dann nur, um dieses erschreckende Beispiel einer uns so naheliegenden, wehrlosen und waffenlosen Nation zu bekräftigen, die alles, selbst jeden Spott, einfach ertragen muss. Demgegenüber steht für uns der Glaube an einen nach außen starken Staat, der allein Frieden und Freiheit garantieren kann. Wir verzichten auf historische Begründungen; dies ist nicht Aufgabe eines Manifests, sondern des Historikers.

Das Gegenstück zur Idee einer nach außen gerichteten Machtpolitik ist der nach innen gerichtete, starre Verfassungsstaat. Diesem Idealzustand kamen wir im Bismarckschen Machtstaat recht nahe, doch in den Bereichen, die das Finanzsystem und die uneingeschränkte Anerkennung des Privateigentums sowie die daraus abgeleiteten Forderungen betrafen, standen unsere Rechtsvorstellungen vollständig unter dem Dach des Kapitalismus.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, dass der Nationalsozialismus innenpolitisch bedingungslos auf dem Standpunkt des Rechts steht, insofern alle vor dem Gesetz gleich sein und es keine Unterschiede in der Gesellschaftsordnung geben sollte. Aber eine grundlegende Umgestaltung ist erforderlich.

Die Verwirklichung des Grundgedankens des Rechts, der für den Deutschen ein inneres Bedürfnis, eine freiwillige Unterordnung unter das höhere Interesse des Ganzen bedeutet, wohingegen die heute bei uns geltenden Rechtsvorschriften lediglich als Gebot der Macht erscheinen, ja als Gebote einer Macht, die nicht im Dienste des Ganzen steht, sondern gerade in Bezug auf Eigentumsfragen den Schutz des Eigentums über den Schutz des Gemeinwohls gestellt hat.

24 Walther Rathenau (1867–1922) war ein jüdischer Industrieller und Politiker, der 1920 als Wiederaufbauminister und 1922 als Außenminister amtierte. Sein Beharren darauf, dass Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nachkommen müsse, rief die Feindseligkeit deutscher Nationalisten hervor, und er wurde im Juni 1922 ermordet. Die Reaktion der Weimarer Regierung auf dieses Attentat war die Verkündung des Republikschutzgesetzes im Juli 1922, auf das Feder oft Bezug nimmt.

Machine Translated by Google

der Person. Die Frage der neuen Ordnung des öffentlichen Rechts muss in einem anderen Abschnitt ausführlicher erörtert werden.

Nun wenden wir uns kurz den Fragen der äußeren Staatsform zu. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage ist keineswegs dringlich. Sie kann im Allgemeinen erst nach einer grundlegenden Säuberung unserer innenpolitischen Verhältnisse gelöst werden. Der einzig mögliche Weg zu dieser innenpolitischen Säuberung scheint uns ausschließlich eine Diktatur zu sein, die mit absoluter Entschlossenheit die Quellen des Verfalls und der Krankheit in unserem nationalen Körper ausmerzt.

Die Anforderungen an eine solche Führungspersönlichkeit sind außerordentlich hoch; leidenschaftliche Liebe zu seinem Volk, unbeugsamer Wille und eine beinahe schlafwandlerische Gewissheit in all seinen Entscheidungen müssen ihn auszeichnen. Dass seine intellektuellen Fähigkeiten überdurchschnittlich sein müssen, versteht sich von selbst, doch Wissen und Fähigkeiten in den verschiedenen Bereichen sind nicht der entscheidende Faktor. Wissen und Bildung können auch von anderen erworben werden – wie viele Menschen gibt es mit hohem Wissen, großer Klarheit im Denken, großer Intuition und feinstem künstlerischem Talent –, aber wenn ihnen das Letzte fehlt, der leidenschaftliche Wille, der unerschütterliche Impuls, der auf tiefster moralischer Überzeugung beruht, dann werden sie niemals als Wegbereiter und Anführer an der Spitze von Nationen zu neuen Höhen aufsteigen. Wir denken an religiöse Genies wie Christus und Luther, Savonarola²⁵ und Mohammed, Staatsmänner wie Bismarck und Cromwell, Feldherren wie Friedrich den Großen und Yorck²⁶ usw. Der Diktator muss völlig frei von unnötigen Einschränkungen und Zögern sein; für ihn darf es keine Unausweichlichkeiten geben, denn er muss Geschichte schreiben und mit kühner, entschlossener Hand die Gunst der Stunde ergreifen, wenn sie gekommen ist. Er verkörpert die Sehnsucht der Nation und irrt daher nie; getragen wird er von der fanatischen Liebe derer, denen seine Tat Befreiung bringt. Er muss so stark und rücksichtslos hassen können, wie er sein Volk und seine heilige Aufgabe liebt. Im Verhältnis zu seinen Assistenten und Kollegen steht er als Erster *unter freien und gleichen Menschen.*

Diese alte deutsche Idee bildet das Fundament dieser eisernen Verbindung zwischen dem Führer und seine Freunde der Sache zuliebe.

Er ist der Anführer, weil er sich bewährt hat, und solange er sich bewährt.

Jede Kraft scheint durch seine Anwesenheit verdoppelt zu werden.
Er entfesselt jede verborgene Energie.
Jeder konnte so sein eigenes, besonderes Talent unter Beweis stellen.
Doch alles so zu lassen, wie die Natur es geschaffen hat.
Und nur darauf achten, dass sie nichts anderes tun.
Am richtigen Ort und zur richtigen Zeit.

(Schiller, Wallenstein)27

Er ist streng und hart mit sich selbst und richtet sich nach seinen eigenen Gesetzen. Er hat Zeit für jeden und hört jedem zu, kann aber sehr wohl zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden. Um sein Ziel zu erreichen, schreckt er vor nichts zurück.

---

25 Girolamo Savonarola (1452–1498) war ein Dominikanerbruder, der gegen die Korruption von Staat und Klerus predigte und prophezeite, Florenz werde zu einem mächtigen Neuen Jerusalem werden, wenn es seine moralischen Laster behebe. Seine weitere Weigerung, Seine Unterstützung der Heiligen Liga von Papst Alexander VI. gegen Frankreich führte 1497 zu seiner Exkommunikation und Hinrichtung. Jahr.

26 Ludwig Graf Yorck von Wartenburg (1759-1830) war ein preußischer Feldmarschall, der sich der Zusammenarbeit des preußischen Generals Julius von Grawert mit den Franzosen während Napoleons Russlandfeldzug im Jahr 1812 widersetzte und somit maßgeblich an der Bildung der Sechsten Koalition gegen Napoleon beteiligt war, die 1814 mit Napoleons Verbannung nach Elba endete.

27 Friedrich Schiller, Die Piccolomini, das erste Stück seiner Wallenstein-Trilogie (1799). Die Übersetzung stammt von Samuel Taylor Coleridge.

Machine Translated by Google

Blut und Krieg – er ruht nicht, bis sein Ziel erreicht ist. Dann sichert er sein Werk so weit wie menschlich möglich. Doch er kann sich auch zurückziehen, wie einst Diktator Sulla, und so sein Werk auf zweifache Weise sichern: Er agiert zwar aus der Distanz, zwingt aber nicht alles durch seine starke Persönlichkeit zu außergewöhnlichen Maßstäben. Andererseits kann sich eine freiere und unabhängigere Anhängerschaft entwickeln, wenn der Titan nicht ständig das politische Tagesgeschäft bestimmt, sondern im geistigen Sinne Führer bleibt. Solche Brillanz im Handeln zeichnet den Diktator aus, der Deutschland zu neuem Glanz führen wird. Wenn dann durch die Leistung eines außergewöhnlichen Führers der Ausweg aus dem Sumpf gefunden wird und die inneren und äußeren Voraussetzungen für ein unabhängiges nationales Leben wiederhergestellt sind, kann die Nation erneut über die äußere Form des Staates entscheiden.

Unsere Vorstellung von der künftigen Staatsform wird maßgeblich davon beeinflusst werden, wie bestimmte Formen des öffentlichen Lebens, insbesondere das Wahlrecht und die daraus resultierende Volksvertretung, gestaltet werden. Man könnte durchaus an die Möglichkeit einer gesunden republikanischen Staatsform denken, ähnlich wie im antiken Rom. Tatsächlich weisen fast alle historischen Erinnerungen in Deutschland auf die monarchische Staatsform hin. Mit der monarchischen Staatsform ist jedoch keineswegs untrennbar die dynastische Idee verbunden. Im Gegenteil, es scheint, dass sich dynastische Interessen nur allzu oft zum großen Schaden der Nationen entwickelt haben. Ein weiterer Faktor mahnt uns zu äußerster Vorsicht in der Frage einer möglichen Wiedereinführung der monarchischen Staatsform – die Vererbbarkeit innerhalb von Dynastien. In der leidvollen Geschichte des deutschen Volkes findet man immer wieder, dass die dritte Generation nach einem bedeutenden Herrscher das Erbe ihrer Vorfahren verschwendet, die Ehre und Würde der Nation beschädigt, die Machtposition des Reiches verloren und den Frieden und das Wohlergehen der Bürger zerstört hat. Wenn der Deutsche von den Vorzügen der Monarchie, insbesondere unter einem erblichen Herrscherhaus, spricht, denkt er stets an jene, denen die Geschichte den Beinamen „der Große“ verliehen hat. Wir denken dabei an Karl den Großen, Otto den Großen²⁸, Friedrich den Großen²⁹ und die wenigen, die diesen realen Herrschern ebenbürtig sind; doch bleibt nur eine flüchtige Erinnerung an die Galerie der Unfähigkeit, Trägheit, Selbstsucht, Verschwendungssucht, Fantastereien, Volksferne und anderer gefährlicher Eigenschaften, die mit den Namen Ludwigs des Frommen³⁰, Otto III.³¹, Wenzel³² und Karl VI. <su

[28] Karl der Große (ca. 742–814) wurde 768 König der Franken und dehnte seine Herrschaft über das Frankenreich hinaus in das Karolingerreich aus. Ein Reich, das den größten Teil Westeuropas umfasste.

29 Otto der Große (912–973) war Herzog von Sachsen, der 936 König der Deutschen wurde, 955 die Magyaren besiegte und 961 das Königreich Italien eroberte. 962 wurde er von Papst Johannes XII. zum Kaiser gekrönt und regierte von Rom aus als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches.

30 Ludwig der Piet (778–840) war der Sohn Karls des Großen, mit dem er ab 813 als Mitkaiser regierte. 817 teilte er sein Reich unter seinen drei Söhnen und seinem Neffen Bernhard auf, der als König von Italien herrschte. Bernhard rebellierte jedoch gegen seinen Onkel und wurde mit der Blendung bestraft, woraufhin er starb. Ludwig büßte öffentlich für seine Grausamkeit und verlor dadurch einen Großteil seines Ansehens als Herrscher. Das Frankenreich war während des restlichen Teils seiner Regierungszeit von Bürgerkriegen geprägt.

[31] Otto III. (980–1002) war ab 996 Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches und sah sich während seiner Herrschaft mit großem Widerstand seitens der slawischen Völker konfrontiert, sodass er gezwungen war, die östlich der Elbe gelegenen Reichsgebiete aufzugeben. Dennoch gelang es ihm, den Einfluss des Christentums in Polen und Ungarn zu festigen.

[32] Václav I. (ca. 907–935) aus dem Geschlecht der Pÿemysliden war ab 921 Herzog von Böhmen. 929 wurde Böhmen vom ostfränkischen König Heinrich dem Vogler angegriffen und gezwungen, die Tributzahlungen an diesen wieder aufzunehmen. Václav wurde von einer Gruppe Adliger ermordet, die mit seinem Bruder Boleslav, dem nachfolgenden Herzog von Böhmen, verbündet waren.

33 Karl VI. (1368–1422) wurde sowohl „le bien-aime“ (der Geliebte) als auch „le fou“ (der Wahnsinnige) genannt. Er litt unter Anfällen von Wahnsinn, und seine Regierungszeit war von den andauernden Konflikten des sogenannten Hundertjährigen Krieges geprägt. Karls andauernde Fehde mit Burgund nutzte Heinrich V. von England aus, der die Franzosen 1415 in der Schlacht von Azincourt besiegte.
Mit dem im Jahr 1420 unterzeichneten Vertrag von Troyes erhielt Heinrich VIII. die Tochter Karls VI., Katharina, zur Frau sowie die Thronfolge in Frankreich.

Machine Translated by Google

Friedrich Wilhelm III.34, Wilhelm II.35 genügt, um klar zu erkennen, dass die dynastische Staatsform in keiner Weise eine Garantie für das Wohl der Nation beinhaltet.

Was die Neigung des Deutschen zur Monarchie zum Ausdruck bringt, ist sein Bedürfnis nach einem Führer und seine Bereitschaft, sich diesem unterzuordnen. Gerade diese letzte Eigenschaft ist vielleicht besonders typisch für den Deutschen; wir kennen diesen Charakterzug in seinen guten wie schlechten Seiten nur allzu gut. Die Treue bis in den Tod ermöglichte es ihm, für die mächtigsten Mächte zu kämpfen und zu siegen, sie erlaubte es ihm sogar, fremden Flaggen zu folgen; doch sie beinhaltet auch einen ausgeprägten Mangel an Unabhängigkeit bei den Schwächeren bis hin zu Wertlosigkeit und Unterwürfigkeit, eine Vorliebe für das Fremde und mangelndes Urteilsvermögen.

Die Frage der Thronfolge ist daher auch in Deutschland selbst nicht schwer zu lösen.
Die weitaus schwierigere Frage liegt im Problem des Führers.

Die Wahl des Anführers wurde bisher mehr oder weniger immer dem reinen Zufall überlassen. Das fürstliche Ehebett ist in der Tat keine Garantie für die intellektuellen Fähigkeiten und die notwendigen Charaktereigenschaften, die von einem Monarchen unbedingt erwartet werden. Und wenn wir die moderne deutsche Wirtschaft betrachten, in der die bloße Parteizugehörigkeit über die Qualifikation für höchste Ämter entscheidet, müssen wir dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Schwierigkeit liegt jedenfalls darin, die moralischen und charakterlichen Qualitäten dessen zu wahren, dem das Schicksal des Volkes anvertraut werden soll. Während ein Diktator die Führung aus sich selbst heraus übernimmt, muss ein zukünftiger Führer, als Träger der nationalen Sehnsucht, tatsächlich aus dem bewussten Willen der Nation als der beste und geeignetste hervorgehen.
Es bleibt somit völlig offen, ob die höchste Würde in einer Person vereint sein soll oder ob die Staatsführung aus zwei oder mehr Personen bestehen soll. Fest steht für uns jedoch, dass die mit der Leitung der höchsten Staatsgeschäfte betraute Person, seien es gekrönte Häupter oder ein konsularisches Zweiergespann, im besten Fall die höchste Verantwortung in der Verfassung verankert haben muss. Diese höchste Verantwortung bildet somit das wesentlichste nationalpolitische Fundament, das den nationalsozialistischen Staat von früheren Herrschaftsformen unterscheidet.

Ein besonderer Aspekt der nationalpolitischen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates ist die Forderung nach einem nationalistischen Staat, in dem Angehörige fremder Länder und Rassen sowohl von der Führung der Staatsgeschäfte als auch von der Übernahme öffentlicher Ämter ausgeschlossen sind.

Die wichtigste Lehre der gesamten deutschen Geschichte lässt sich darin zusammenfassen, dass Deutschland stets arm, schwach und elend war, wenn seine Herrscher fremde Interessen verfolgten und die engen Belange der einzelnen Provinzen und Städte über die gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches gestellt wurden; und ebenso war Deutschland stets stark und mächtig, wenn es geeint war, seine Herrscher deutsch dachten und fühlten und die Provinzen und Städte sich als Glieder des großen gemeinsamen Vaterlandes verstanden. Die Abschottung der Nation nach außen bei gleichzeitiger Freiheit und Vielfalt nach innen – das ist die richtige Vorstellung eines deutschen Staates. Das Bismarckreiche bereits

34 Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) war ab 1797 König von Preußen. Obwohl er in den Napoleonischen Kriegen eine Politik der Neutralität verfolgte und der Dritten Koalition nicht beitrat, wurde er von der kriegsbefürwortenden Partei, die seine Königin Luise unterstützte, gezwungen, der Vierten Koalition von 1806 beizutreten, was zur Schlacht bei Jena führte, in der Preußen von Napoleon besiegt wurde.

35 Wilhelm II. (1859–1941) war der letzte deutsche Kaiser und regierte von 1888 bis November 1918. Wilhelm unterstützte Bismarcks strenge antisozialistische Gesetze nicht und entließ den Reichskanzler 1890. Als Österreich nach dem Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo gezwungen war, Serbien anzugreifen, entschied er sich, Österreich-Ungarn zu unterstützen, obwohl er sich der Gefahren eines Krieges bewusst war, in den Russland, Frankreich und England verwickelt sein könnten.

Machine Translated by Google

Wir kamen diesem Ideal des deutschen Staates sehr nahe, nur dass unsere Rassenbrüder im deutschen Österreich36 noch außerhalb des Reiches blieben.

Die Vereinigung aller deutschen Stämme in einem geschlossenen Nationalstaat ist daher unser vorrangiges nationalpolitisches Ziel. Innenpolitisch ist der föderative und föderale Charakter der größeren Länder in seiner historisch gewachsenen Form zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die nationalpolitischen Grundlagen hierfür sind folgende: Alle Reichsfunktionen, bei denen es um die Machtstellung des Deutschen Reiches gegenüber dem Ausland geht, sind Reichsangelegenheiten. Dies sind das Auswärtige Amt, die Botschaften und Konsulate, das Passwesen, die Außenhandelskontrolle, das Zollwesen und insbesondere das Heer und die Marine.

Innenpolitisch hingegen soll die Idee einer möglichst weitreichenden Unabhängigkeit der einzelnen Provinzen oder Bundesstaaten gefördert werden. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Voraussetzung für die unabhängige Existenz der Nation, daher muss die Steuergesetzgebung weitgehend den Provinzen übertragen werden.

Die Gesetzgebung für das Zivil-, Handels- und Strafrecht wird durch das Gesetz des/der [Name des Gesetzes/der Verordnung] geregelt. Reich, war aber in der Praxis den provinziellen Justiz- und Polizeibehörden untergeordnet.

In ähnlicher Weise werden die Verkehrsbetriebe zwar gemäß den Richtlinien des Reichsrechts geregelt, bleiben aber in ihren Finanzen sowie in Verwaltung und Betrieb der provinziellen Souveränität unterworfen.

Dass die Religionsfreiheit durch die Verfassung uneingeschränkt gewahrt bleibt, bedarf keiner besonderen Erwähnung; andererseits genießen Religionen, deren Schriften nicht vollständig in deutscher Sprache verfasst und für alle zugänglich sind und deren Inhalt für den Staat gefährliche Lehren enthält, diesen Schutz nicht.

Die verfassungsrechtliche Form des sozialistischen Grundcharakters des Reiches wird insbesondere im Bereich des Arbeitsrechts sowie in den Bereichen der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung betont und soll besser umgesetzt werden als heute.

Erkenntnisse und Zielsetzung

Wenn jede gründliche Auseinandersetzung mit zeitbezogenen Fragen die Beantwortung der drei Fragen erfordert: Wie ist es jetzt? Wie kam es dazu? Und wie geht es jetzt weiter? – denn ohne diese grundlegende Untersuchung ist keine vollständige und gewissenhafte Arbeit zu erwarten –, gilt dies in höherem Sinne, wenn es um den Aufbau eines neuen Staates geht. Eine Beschreibung der gegenwärtigen Situation im Rahmen dieser Arbeit hat naturgemäß nur dann ihren Platz, wenn es darum geht, die wesentlichen Merkmale der gegenwärtigen kritischen Bedingungen von Staat und Wirtschaft herauszuarbeiten. Bei einer solchen Aufgabe muss man insbesondere vermeiden, Symptome mit Ursachen zu verwechseln. Genau darin liegt die Kunst jeder Diagnose, die sich nicht von Äußerlichkeiten oder Auswüchsen täuschen lässt, sondern tiefer nach dem Grund der Dinge blickt. Dies wird am deutlichsten am Beispiel der Medizin oder am Beispiel eines lebenden Menschen. Wenn irgendwo im Körper eine Schwellung auftritt, ist die Ursache zunächst in der Erkrankung des betroffenen Körperteils zu suchen; die Tatsache, dass dieser Körperteil erkrankt ist, hat ihre Ursache in einem schlechten Zustand des Blutes; Doch auch dieses Wissen ist nicht die alleinige Ursache, sondern der schlechte Zustand des Blutes ist wiederum die Folge mangelhafter oder unzureichender Ernährung. Eine Heilung kann daher nicht gelingen, wenn der Arzt dagegen ankämpft.

36 Die Republik Deutschösterreich war der Name des Staates, der 1918 nach dem Ersten Weltkrieg aus den deutschsprachigen Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie gegründet wurde. Sie umfasste neben den heutigen österreichischen Gebieten Südtirol und Tarvisio (heute in Italien), Südkärnten und die Südsteiermark (heute in Slowenien) sowie das Sudetenland und Deutschböhmen (heute in Tschechien).

Machine Translated by Google

Es handelt sich lediglich um ein äußeres Phänomen; dadurch würde bestenfalls eine vorübergehende Linderung eintreten, eine Beruhigung der Schmerzen, doch die Krankheit bliebe bestehen. Selbst der Versuch einer Heilung durch eine Blutreinigungskur könnte keine dauerhafte Heilung bringen, wenn die Grundursache, nämlich die mangelhafte oder schlechte Ernährung oder die anderen schädlichen Umstände, nicht beseitigt würde. Nur eine solche Behandlung von innen heraus kann eine wirkliche Heilung bewirken. Das ist jedem klar. Genau so muss die Untersuchung durchgeführt werden, wenn es um einen kranken Staat geht. Auch hier ist es wenig hilfreich, nur die äußeren Symptome der Krankheit zu bekämpfen. Man spürt nur allzu gut die traurige Wahrheit des bekannten Sprichworts: „Die kleinen Schurken werden gehängt, die großen kommen frei davon.“ Die Häufigkeit von Verstößen gegen das Gemeinwohl ist nur das äußere Zeichen dafür, dass hinter den Kulissen Dinge geschehen, die dem Gemeinwohl erheblich schaden. Denn nur wenn etwas im Staat faul ist, können solch große Schäden bestehen bleiben und zu einer dauerhaften Gefahr für den Fortbestand des Staates selbst werden. Wenn der Staat selbst also krank ist, liegt die Ursache höchstwahrscheinlich in einer falschen intellektuellen Haltung gegenüber den Belangen der Bevölkerung und den tatsächlichen Aufgaben und der Autorität des Staates selbst. Eine Heilung ist daher letztlich von einer neuen, gesunden Staatsidee zu erwarten, durch die Schaffung einer gesunden, starken und völlig unabhängigen Staatsführung, die nicht mit den Sünden der Vergangenheit belastet ist. Jede Lösung, die von einem Kompromiss mit den bestehenden Mächten ausgeht oder sich an gescheiterte Formen des früheren Staates bindet, trägt den Keim ihres eigenen Verfalls in sich. In diesem Zusammenhang ist auch davor zu warnen, sich an historische Staatsformen zu binden, die zwar an sich nicht schlecht waren, aber dennoch sehr schnell zusammenbrachen.

Was sind die auffälligsten Merkmale der gegenwärtigen Krise?

Äußerlich und oberflächlich betrachtet – wie im Falle von Fieber – äußert sich dies in erhöhter Temperatur oder, wirtschaftlich-politisch ausgedrückt: in ständiger Anspannung, Unruhe und Chaos. Es ist bezeichnend, dass jeder Faulpelz, aber auch die gesamte Schar der Schuldner, stets mit lautester Stimme „Ruhe und Ordnung“ als Allheilmittel gepriesen hat. Ruhe und Ordnung sind natürlich kein politisches Ziel an sich, sondern lediglich ein Zustand, der gesunde Verhältnisse im Staatskörper anzeigt. Ist eine Nation jedoch krank, so ist es ganz natürlich und selbstverständlich, dass sich dies in Unruhe und Chaos äußert. Eine politische Haltung, die lediglich „Ruhe und Ordnung“ predigt und anstrebt, ist daher völlig fehlgeleitet; sie trägt vielmehr dazu bei, dass die Krankheit immer tiefer in den Körper eindringt, bis der Tod mit qualvollsten Krämpfen eintritt.
Selbst Geschwüre und Eiterungen, die man sich personifiziert vorstellt, wünschen sich natürlich, dass der Kranke möglichst ruhig bleibt, denn dann können sich die Bakterien so wunderbar schnell vermehren, sich über den ganzen Körper ausbreiten und ihn auch innerlich vollständig zersetzen. Nein, ganz im Gegenteil: Weg mit den Eiterungen! Sie müssen herausgeschnitten werden, die Schmerzen des operativen Anfalls können nicht als Gegengrund angeführt werden; der Patient muss aus seinem schlechten Umfeld herausgeholt werden und vor allem eine gesunde und kräftige Ernährung erhalten.

Weitere Symptome sind die Besetzung von Staatsämtern mit ungeeigneten Personen, die Erledigung von Staatsangelegenheiten durch Mehrheitsbeschlüsse, das Auftreten solcher Mehrheitsbeschlüsse im Parlament, die keinerlei Verantwortung tragen, und die Wahl solcher Parlamente nach einem Wahlverfahren, das zwar nach außen hin das freieste und allgemeinste ist, intern aber auf ...
Der Mangel an Urteilsvermögen der Massen unterdrückt schlichtweg bessere Einsichten und ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl. Eine Regierung, die von parlamentarischen Mehrheiten abhängig ist – die rein zufällig zustande kommen und für die allein parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend sind –, kann naturgemäß nicht mehr der objektive Hüter des Gemeinwohls sein, sondern ist vielmehr dessen Verfechter.

Machine Translated by Google

Ein Tummelplatz für ehrgeizige Parteipolitiker und eigensinnige Doktrinäre. All diese Symptome lassen sich unter dem Begriff „Parlamentarismus“ zusammenfassen.

Dieser *Parlamentarismus* ist die große demokratische Lüge über die Fähigkeit des Volkes zur Selbstregierung. Natürlich mag man meinen, dass verantwortungsbewusste Staatsbürger durchaus in der Lage sind, in öffentlichen Angelegenheiten autoritativ zu urteilen und das Schicksal ihrer Gemeinschaft oder ihres Landes zu lenken, doch ein Wahlrecht wie das allgemeine, direkte und geheime für Personen über 21 Jahren beiderlei Geschlechts trägt zwangsläufig den Keim der niederträchtigen Herrschaft der Minderwertigen und Skrupellosen in sich.

Neben der verwerflichen Herrschaft der Parlamente und der von ihnen abhängigen Regierungen herrscht heute, trotz aller antikapitalistischen Parolen der Marxisten, in der Realität *das große Kreditkapital.* Die Hochfinanz ist der uneingeschränkte Herrscher über Staat und Wirtschaft. Keine Regierung wagt es, drastische Maßnahmen gegen die Profitinteressen der Banken- und Börsenwelt zu ergreifen. Alle Nationen sind durch gigantische Staatsschulden an diese supranationale Weltmacht gebunden und müssen Zinsen und Gebühren zahlen. Die Folgen dieser Zinsknechtschaft sind enorm; sie erschüttern die gesamte Welt in ihren wirtschaftlichen und nationalen politischen Beziehungen bis ins Mark. Die Eintreibung von Zinsen ist zur Hauptaufgabe der Regierungen geworden. Dies bedeutet für die Nationen eine erschreckende Steuerausbeutung und -entnahme durch vielfältige direkte und insbesondere indirekte Steuern, durch eine unaufhaltsam fortschreitende Inflation, die in ihrem Höhepunkt dazu geführt hat, dass die gesamte Mittelschicht ihrer Ersparnisse beraubt wurde. Diese uneingeschränkte Herrschaft des Geldes übt hinter der Maske des legalen Zinsanspruchs die brutalste Herrschaft aus, die die Welt je beherrscht hat. Dies führt zur Verarmung der Massen, insbesondere jener Kreise, für die der Gelderwerb kein Selbstzweck und somit nicht der Mittelpunkt ihres Denkens ist. Daraus erwächst die schrecklichste Folge dieser absoluten Finanzherrschaft: der moralische Verfall der ihr unterworfenen Völker. Alle Instinkte richten sich auf Erwerb und Besitz, alle Vorstellungen von Loyalität und Treue versinken im rücksichtslosen Streben nach Gewinn. Der ehrbare Mann muss erfahren, dass er als Lohn für seine Würde immer tiefer sinken muss, während Skrupellosigkeit in allen möglichen und unmöglichen Geschäften gigantische Gewinne einbringt. Verzweifelt große Kreise kämpfen ums Überleben, ein erträgliches Einkommen allein durch Arbeit wird immer schwieriger.

In geschlossenen Fronten versuchen die Arbeiter, immer höhere Löhne zu erpressen, Streiks erschüttern die wirtschaftlichen Arbeitsstätten, lähmen ihre Produktion und schaden damit indirekt vor allem denen, die auf eine möglichst große Warenproduktion für die Volkswirtschaft angewiesen sind, nämlich den Arbeitern selbst.

Als Gesamtphänomen können wir diese Zustände unter dem Begriff *„Mammonismus“ zusammenfassen.*

Die Kehrseite dieses *Mammonismus* ist die *marxistische Weltanschauung,* die aus der intellektuellen Stimmung der Opfer mammonistischer Ausbeutung hervorgegangen ist. Wir wissen sehr wohl, dass die Drahtzieher der Marxisten diese intellektuelle Stimmung geschickt für sich genutzt haben, um als Handlanger des internationalen Kapitals zu agieren und gleichzeitig den Hass der Ausgebeuteten von sich abzulenken. Doch wir haben es hier mit einer intellektuellen Disposition zu tun, die der Wiederherstellung einer gesunden nationalen Ordnung nicht nur im Wege steht, sondern ihr auf höchst feindselige Weise entgegenwirkt.

Zustand.

Das Wesen des *Marxismus* müssen wir darin erkennen, dass er das Privateigentum leugnet und damit jeder Wirtschaft und darüber hinaus jeder höheren Kultur die Grundlage entzieht; ferner darin, dass er die Idee des Klassenkampfes gefördert und damit die Völker gespalten hat.

Machine Translated by Google

Unterschiedliche Klassen bekämpfen sich gegenseitig. Es genügt, auf das namenlose Elend des russischen Volkes hinzuweisen, wo im Sowjetstaat diese irrtümliche, Nation und Wirtschaft zerstörende Doktrin in höchstem Maße in die Realität umgesetzt wurde.

Und wenn wir nun nach den eigentlichen Krankheitserregern suchen, stoßen wir seltsamerweise überall auf Juden als Anführer und Hauptnutznießer.

Die Judenfrage entwickelt sich zu einer Weltfrage, deren Lösung das Wohlfahrts- und
Das Leid der Nationen wird davon abhängen.

Dieser Frage wird in dieser Reihe „Bibliothek“ ein besonderer Beitrag gewidmet sein.37

Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass die verzweifelten Nationen immer wieder versucht haben, sich von diesem Übel durch blutige Unterdrückung und Ausrottung einzelner Juden zu befreien – doch nach einigen Generationen kehrten die Juden nach solchen Pogromen wieder stärker und finanziell mächtiger zurück.

Wir müssen daher unbedingt vermeiden, die Lösung der Judenfrage auf diese primitive Weise zu suchen – denn man kann den Pesterreger nicht einzeln abtöten, man kann ihn nur ausrotten, indem man ihm die Lebensgrundlagen entzieht.

Der in der ganzen Welt aufflammende Antisemitismus ist das Signal dafür, dass die Nationen ihren größten und tödlichsten Feind erkannt haben, aber es ist nun unsere Aufgabe, dieses richtige emotionale Wissen auf die richtige und vernünftige Weise zu lenken.

Der Kampf gegen *den Marxismus* und damit gegen die Juden gelingt durch unermüdliche Aufklärung der vergifteten Massen. Das ist die erste Phase unseres Kampfes.

Die Überwindung der Zinssklaverei ist der letzte und härteste Kampf im Wirtschaftsbereich für die Befreiung von Volk und Staat aus dem goldenen Netz der supranationalen Finanzinstitutionen.
Leistung.

Erst nachdem diese Etappen durchgestanden und der Sieg vollständig errungen und gesichert ist, wird es an der Zeit sein, all die weiteren Reformen durchzuführen, die dem geschwächten und kranken nationalen Körper einen neuen Lebenswillen und eine neue Lebenskraft verleihen, die als erstes das verwirklichen wird, was in unseren Köpfen ist, woran wir alle mit leuchtenden Herzen glauben und wonach wir mit unnachgiebigem Willen streben:

Deutschlands Wiedergeburt.
Ein neues, freies, vereintes Großdeutschland in einem gesunden, festen und leistungsfähigen Zustand.

37 Feders Werk über die Juden, Die Juden, erschien 1933 als Band 45 der Nationalsozialistischen Bibliothek

Machine Translated by Google

2. Das Programm

Der Ursprung des Programms

Jedes Werk erfordert einen Plan, jede Verwirklichung muss einer intellektuellen Schöpfung vorausgehen. Je klarer und besser ausgearbeitet die Baupläne sind, desto schöner und schneller wird das Gebäude errichtet. Auch neue politische Strukturen benötigen einen klaren Bauplan; hierzulande wird dies als politisches Programm bezeichnet.

Die Anforderungen an ein politisches Programm sind sehr hoch und vielfältig. Es handelt sich um eine Aufgabe von höchster Verantwortung, denn das Wohlergehen oder Leid des eigenen Volkes hängt davon ab, ob der Plan gut ist. Ein Programm muss zudem alle wichtigen Bereiche des öffentlichen Lebens in prägnanter Form behandeln, jeder Kritik standhalten, sich nicht in Details verlieren, den Gegnern keine unnötigen Schwachstellen bieten und keine utopischen Hoffnungen wecken, die sich später nicht erfüllen lassen. Das Programm muss ein getreues Bild des künftigen Staates und der neuen Wirtschaft zeichnen. Es muss allen in Grundzügen die Skizze der angestrebten Staats- und Wirtschaftsordnung aufzeigen, darf aber die Umsetzung in ihren Details weder einschränken noch vorwegnehmen.

Jedes Programm hat seine Geschichte und Entwicklung, doch es ist zweifellos ein Prüfstein für die grundlegende Richtigkeit einer Bewegung, wenn nach so vielen Jahren an ihren Grundzügen nichts Wesentliches geändert und lediglich einige Unklarheiten beseitigt werden müssen. Lediglich der wichtigste und markanteste Programmpunkt des alten Programms vom 24. Februar 1923, Nr. 11, „Abschaffung des Einkommens ohne Arbeit und Anstrengung, Überwindung der Zinsknechtschaft“, bedarf dringend einer gründlichen programmatischen Bearbeitung in national-, finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die detaillierte Behandlung dieses Punktes war damals nicht unbedingt notwendig, da die ausführlicheren Schriften dazu – das Manifest zur Überwindung der Zinsknechtschaft und des Staatsbankrotts als Lösung – zu jener Zeit nahezu die einzigen existierenden Schriften waren und den Gründern und ersten Anhängern der Bewegung bestens bekannt waren. In gewisser Weise war es der intellektuelle Gehalt dieser Schriften, der den sozialistischen Handlungsspielraum erweiterte.

mit Plänen, die zu diesem Zeitpunkt bereits in ihren Grundzügen feststanden – dem Erneuerungswillen, der einen kleinen Kreis um Anton Drexler38 und Adolf Hitler zusammengeführt hatte, dem Kreis nationalistischer und populistischer Ideen.

Es sind genau diese Programmpunkte und Forderungen, durch die sich die deutsche Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus wesentlich und fundamental von allen anderen populistischen und nationalistischen Gruppen, Bewegungen und Parteien unterscheidet und durch die sie sich insbesondere von allen sogenannten Parlamentsparteien abgrenzt, die ihrerseits nur eine Manifestation der mammonistisch-plutokratischen Herrschaft sind.

Eine weitere Notwendigkeit bei der Neuformulierung des Programms war es, eine klarere Form und eine klare Strukturierung der einzelnen Bereiche des öffentlichen Lebens. Dies ist geschehen.

Es ist meine Pflicht, hier an ein weiteres bahnbrechendes Werk zu denken, das seinen Ursprung in einer parallelen Ausprägung des Nationalsozialismus in Österreich und Böhmen hat, ich meine das Buch von

38 Anton Drexler (1884–1942) war zusammen mit Dietrich Eckart und Feder einer der Gründer der deutschen Entsprechung der ursprünglich österreichischen Deutschen Arbeiterpartei in München. Drexler fungierte als Ehrenpräsident der Partei, deren unbestrittener Führer Hitler bereits 1921 geworden war. Drexler verließ die Partei 1923 und trat ihr nach Hitlers Machtergreifung 1933 wieder bei.

Machine Translated by Google

der Ingenieur Jung39, Vertreter der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei im Prager Parlament.

Der österreichische Nationalsozialismus hat seine Anfänge weit vor dem Krieg. Sein Ideenspektrum beruhte eher auf dem Versuch, die sozialistische Ideenwelt mit der nationalistischen Idee in Einklang zu bringen, wohingegen der deutsche Nationalsozialismus des Reiches, der erst nach dem Zusammenbruch – und tatsächlich ohne Kenntnis der Existenz dieses österreichischen Nationalsozialismus – entstand, von Anfang an eine fundamentale Kampfhaltung gegen den Marxismus einnahm.

Heute haben sich die beiden Bewegungen in ihren gemeinsamen Zielen vereint.

[39] Ingenieur Rudolf Jung, ein Delegierter aus Troppau

Machine Translated by Google

Das nationale und wirtschaftliche Programm der NSDAP

Unser Ziel ist – Deutschlands Wiedergeburt im deutschen Geist hin zu deutscher Freiheit.[40]

Der Weg zu diesem Hauptziel ist:

I. Der nationalpolitische Grundsatz: Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.

1. In der Außenpolitik:

1. Die Errichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle Deutschen umfasst.

2. Die starke Vertretung deutscher Interessen im Ausland.

2. In der Rassenpolitik:

3. Die Entfernung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortungsvollen Positionen in öffentliches Leben.

4. Verbot der Einwanderung von Ostjuden und anderen parasitären Ausländern. Unangenehme Ausländer und Juden können deportiert werden.

3. In der Bürgerpolitik:

5. Nur der Deutsche, der sich zur deutschen Kultur und Gemeinschaft bekennt, kann Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte.

6. Wer kein Deutscher ist, kann sich im deutschen Staat nur als Gast aufhalten und unterliegt ausländischem Recht.

7. Die Rechte und Interessen der Deutschen haben Vorrang vor denen der ausländischen Staatsangehörigen. Nationen.

II. Das wirtschaftspolitische Prinzip: *Die Aufgabe der Volkswirtschaft besteht in der Befriedigung der Nachfrage und nicht in einer möglichst hohen Rentabilität des Fremdkapitals.*

8. Der Nationalsozialismus erkennt Privateigentum grundsätzlich an und unterstellt es der staatlicher Schutz.

9. Das Wohl des Volkes setzt jedoch der maßlosen Anhäufung von Reichtum in den Händen Einzelner eine Grenze.

10. Alle Deutschen bilden eine Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Gemeinwohls und Kultur.

11. Im Rahmen dieser allgemeinen Arbeitspflicht eines jeden Deutschen und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums steht jedem Deutschen die freie Möglichkeit des Erwerbs und der freien Verfügung über sein Arbeitseinkommen zu.

12. Die gesunde Kombination aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt erhalten.

13. Gigantische Unternehmen (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft.

14. Wucher und Erpressung sowie rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes werden mit dem Tode bestraft. 15. Einführung eines Jahres Pflichtarbeit für jeden Deutschen.

[40] Für eine ausführliche Diskussion dieser Punkte siehe Feders „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen“, München, 1927; tr. ETS Dugdale, Das Programm der NSDAP und seine allgemeinen Vorstellungen, München, 1932

Machine Translated by Google

III. Das finanzpolitische Prinzip: *Das Finanzsystem steht im Dienste des Staates; die Finanzmächte dürfen keinen Staat im Staat bilden. Daher unser Ziel: Die Überwindung der Zinsknechtschaft durch:*

16. Befreiung des Staates und damit des Volkes von seinen zinsgebundenen Schulden gegenüber großen Gläubigern Fremdkapital.
17. Verstaatlichung der Reichsbank GmbH und der Zentralbanken.
18. Die Finanzierung aller großen öffentlichen Vorhaben (Entwicklung der Wasserkraft, Straßenbau usw.) unter Vermeidung von Krediten durch die Ausgabe zinsloser Staatsschatzscheine oder durch eine bargeldlose Methode.
19. Die Einführung einer stabilen Währung auf gedeckter Basis.
20. Die Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank (Währungsreform) zur Gewährung zinsloser Kredite.
21. Gründliche Umstrukturierung des Steuersystems nach sozialistischen, nationalwirtschaftlichen Prinzipien. Befreiung des Konsums von der Last indirekter Steuern und der Produktion von einschränkenden Steuern (Steuerreform und Steuerbefreiung).

IV. Das sozialpolitische Prinzip: *Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz.*

22. Großzügiger Ausbau der Altersvorsorge durch Verstaatlichung des Rentensystems. Jedem bedürftigen deutschen Staatsbürger wird ab einem bestimmten Alter oder im Falle vorzeitiger dauerhafter Erwerbsunfähigkeit eine angemessene Rente garantiert.
23. Die Verteilung aller in produktiven Betrieben Beschäftigten nach Leistung und Alter an den Erträgen der Arbeit sowie eine damit einhergehende Beteiligung an der Verantwortung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Arbeit.
24. Die Einziehung aller Kriegs- und Revolutionsgewinne, die nicht auf ehrlicher Arbeit beruhen, sowie aller durch Horten und Wucher erworbenen Vermögenswerte und deren Verwendung für den Aufbau einer Sozialversicherung.
25. Beseitigung der Wohnungsnot durch umfassende neue Wohnungsbauten im ganzen Reich mittels der nach Art. 21 zu gründenden neuen gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank.

V. In der Kulturpolitik: *Die Blüte aller Wissenschaften und schönen Künste auf der Grundlage eines politisch freien und wirtschaftlich gesunden Staates ist unser wichtigstes kulturelles Ziel.*

Dies sollte erreicht werden durch:

26. Die Erziehung der Jugend zu körperlich gesunden und geistig freien Männern in der großen Tradition des deutschen Geisteslebens.
27. Volle Religions- und Gewissensfreiheit.
28. Besonderer Schutz des christlichen Glaubens.
29. Unterdrückung und Ausschluss religiöser Lehren, die gegen das deutsche Moralempfinden verstoßen und deren Inhalt staats- und völkerzerstörerischen Charakter hat.
30. Unterdrückung aller schädlichen Einflüsse in Literatur und Presse, Bühne, Kunst und Kino.
31. Unterrichtsfreiheit an den deutschen Universitäten, Herausbildung einer herrschenden Klasse von charakterstarken Männern.

Machine Translated by Google

VI. Militärisch:

32. Die Verteidigungsfähigkeit der Nation durch die Einführung des Militärrechts für jeden freien Mann sicherstellen. Deutsch.

33. Abschaffung der Söldnertruppen.

34. Die Schaffung einer Milizarmee zur Verteidigung des Vaterlandes unter einem professionellen Offizierskorps, das durch eine strenge hierarchische Disziplin aufgebaut werden soll.

VII. Weitere Reformen:

35. Reform des Pressesystems. Unterdrückung aller Presseorgane, die den Interessen des deutschen Volkes zuwiderlaufen. Strengste Verantwortung für alle Nachrichten, die fälschlich oder tendenziös verzerrt.

36. Reform des Wahlrechts mit der Abschaffung der gegenwärtigen korrumpierenden Formen des Wahlkampfes und der Immunität der Gewählten.

37. Entwicklung von Berufskammern.

38. Reform der Justiz im Bereich

Grundstücksrecht – (grundlegende Anerkennung des Eigentumsrechts an Grundstücken, Nichtverpachtung von Grundstücken durch privates Kapital, Vorkaufsrecht des Staates und Rückfall des Grundstücks an den Staat im Falle fahrlässiger Bewirtschaftung).

Zivilrecht – (weitaus strengerer Schutz der persönlichen Ehre und der Gesundheit im Gegensatz zum heute geltenden einseitigen Rechtsschutz des Eigentums).

39. Verfassungsreformen:

Verfassung: Die dem deutschen Charakter entsprechende Verfassung sieht eine souveräne Staatsführung mit einer zentralen Position vor. – Ob diese höchste Position von einem vom Volk gewählten Monarchen oder von zwei oder drei verantwortlichen Reichsbeamten besetzt wird, muss dem Volk zur späteren Entscheidung überlassen werden.

Föderaler Charakter des Reiches: Die Zusammensetzung des deutschen Volkes aus verschiedenen Provinzen, die innerlich durch Stämme und Geschichte verbunden sind, bedingt die umfassende Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten in Bezug auf ihre inneren Angelegenheiten.

Das Anliegen des Reiches ist die Vertretung des deutschen Volkes im Ausland, Pässe und Zölle sowie darüber hinaus Heer und Marine.

Drei Hauptgegner stehen der Verwirklichung dieses nationalen und wirtschaftlichen Programms des Nationalsozialismus im Wege: der Marxismus, der Parlamentarismus und, über beiden stehend, das große Fremdkapital.

Unser Kampf gegen den Marxismus richtet sich gegen die staatszerstörende Doktrin des Juden Karl Marx, gegen die volkszerstörende Doktrin des Klassenkampfes, gegen die wirtschaftszerstörende Doktrin der Leugnung des Privateigentums und gegen die rein ökonomisch-materialistische Geschichtsauffassung.

2. Unser Kampf gegen das Parlament richtet sich gegen die Verantwortungslosigkeit der sogenannten Volksvertreter, die – immun – niemals die Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen übernehmen müssen, sowie gegen alle daraus entstehenden Schäden (Korruption, Vetternwirtschaft, Bestechlichkeit) und, als schlimmste Folge, gegen eine Regierung, die von einem solchen Parlament abhängig ist.

Machine Translated by Google

3. Unser Kampf gegen den Mammonismus, der über den beiden anderen Fronten steht, richtet sich gegen die weltumspannende Finanzmacht, das heißt gegen die permanente finanzielle und wirtschaftliche Ausbeutung unseres Volkes durch große Kredite.

Dieser Kampf ist jedoch andererseits auch ein kraftvoller intellektueller Kampf gegen den seelenzerstörenden materialistischen Geist des Egoismus und der Habgier mit all seinen damit einhergehenden korrumpierenden Erscheinungsformen in allen Bereichen unseres öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Letztendlich und in tiefster Analyse handelt es sich um den Kampf zweier Weltanschauungen, die sich in zwei grundverschiedenen intellektuellen Strukturen ausdrücken: dem produktiven und schöpferischen Geist und dem mobilen, habgierigen Geist. Der schöpferische Geist, der in der Erde wurzelt und die Welt in metaphysischer Erfahrung erneut überwindet, findet seine Hauptrepräsentanten im arischen Menschen – der habgierige, wurzellose, rein auf das Diesseitige gerichtete, kommerzielle und materialistische Geist findet seine Hauptrepräsentanten im Juden.

Der Nationalsozialismus sieht wie der Antisemitismus im jüdischen materialistischen Geist die Wurzel des Übels, weiß aber auch, dass dieser gewaltigste Kampf der Weltgeschichte nicht auf rein negativen antisemitischen Forderungen beruhen kann. Deshalb erhebt sich das gesamte nationale und wirtschaftliche Programm des Nationalsozialismus weit über den zwar bahnbrechenden, aber negativen antisemitischen Kampf, indem es ein positives, kreatives und konstruktives Bild davon vermittelt, wie der nationalsozialistische Arbeits- und Leistungsstaat aussehen sollte.

Wird dieses Hauptziel erreicht, wird die Nationalsozialistische Partei aufgelöst. *Der Nationalsozialismus wird dann zum Lebensinhalt des gesamten deutschen Volkes geworden sein.* Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist in der Tat keine Parlamentspartei im üblichen Sinne, sondern lediglich der entschlossene, zukunftsorientierte Teil der Bevölkerung, der sich um einen willensstarken und entschlossenen Führer geschart hat, um Deutschland aus der äußeren Schande und Ohnmacht, aus der inneren Zerstörung und Korruption zu einer starken und einflussreichen Position nach außen und zu einer wirtschaftlich gesunden, kulturell blühenden, intellektuell und moralisch hochstehenden nationalen Gemeinschaft zu führen.

Wir möchten das Reich der deutschen Sehnsucht errichten, wie Geibel41 es besingt:

Einer von außen, mit einem mächtigen Schwert,
Sie versammelten sich um ein hohes Banner,
Innerlich reichhaltig und vielfältig,
Jeder Stamm auf seine eigene Art!

41 Emanuel Geibel (1815–1884) war ein deutscher Dichter und Dramatiker, der mehrere patriotische Gedichte verfasste, die vom zeitgenössischen liberalen literarischen Zirkel der „Jungdeutschen“ um die jüdischen Schriftsteller Heinrich Heine und Ludwig Borne angegriffen, später aber von den Nationalsozialisten verteidigt wurden.

Machine Translated by Google

3. Die Staatsstruktur der nationalen Sozialistischer Staat

Die nationalsozialistische Idee des deutschen Staates

Bereits im Kapitel über die machtpolitischen Grundlagen haben wir darauf hingewiesen, dass jede Abweichung der deutschen Herrscher von ihren rein deutschen Aufgaben die verhängnisvollsten Folgen für das deutsche Volk nach sich zog. Betrachtet man die deutsche Geschichte, so findet man immer wieder die deutsche Sehnsucht nach einem geschlossenen Nationalstaat, die sich nur in kurzen historischen Perioden erfüllte. Immer wieder verblasste dieser deutsche Traum, und immer wieder versank Deutschland in Machtlosigkeit und Zerfall. Daraus lässt sich aus der gesamten deutschen Geschichte eine Lehre ziehen: Nur die Abgrenzung der Nation in einem mächtig geführten Staat ermöglicht es Deutschland, den enormen Gefahren zu widerstehen, die ihm allein aufgrund seiner ungünstigen geopolitischen Lage entstehen. Fast nirgends besitzt Deutschland natürliche Grenzen, fast überall liegt es frei und ungeschützt vor feindlichen Übergriffen. Weder das Meer, das England umgibt, noch die hohen Berge, die Spanien und Italien von ihren Nachbarn trennen, bieten Deutschland einen natürlichen Schutz. Frankreich hat nur eine offene Seite gegen uns, Russland ebenso. Nur Deutschland liegt in der Mitte zwischen den anderen Nationen – als Herz und als Schlachtfeld Europas. Auf deutschem Boden kämpften spanische, französische, englische, schwedische, russische und mongolische Armeen, auf deutschem Boden wurden die furchtbaren Religionskriege des Dreißigjährigen Krieges geführt, und umgekehrt bluteten Deutsche im Dienst fremder Mächte für fremde Interessen in allen Ländern. Mutter Germanien blutete aus tausend Wunden, die ihr von fremden Armeen und durch die Kämpfe ihrer eigenen Söhne zugefügt wurden. Unendlich tragisch ist die deutsche Geschichte, so tragisch, dass die deutsche Sehnsucht nach einem geeinten, geschlossenen Deutschen Reich Eingang in Märchen fand, in die Sagen des alten Barbarossa im Kyffhäuser. Jahrhundertelang blieb die Verwirklichung der Idee des deutschen Staates bestehen – eine Sehnsucht und Hoffnung der besten Menschen der Nation, bis 1871 ein mächtiger Schmied die deutsche Einheit schmiedete. Vieles blieb jedoch zu wünschen übrig in der Verwirklichung des großen deutschen Staates, der alle Deutschen umfassen sollte, die in territorialer Verbindung mit dem Mutterland lebten. Doch schon diese teilweise Verwirklichung der deutschen Sehnsucht bescherte uns eine Blütezeit der deutschen Geschichte, wie sie selten zuvor stattgefunden hatte.

Wir müssen uns aber nicht mit „Wenns“ und „Abers“ herumschlagen, sondern vielmehr aus der Geschichte lernen. Politik ist Geschichte im Werden, und wenn aus der „Geschichtsgestaltung“ die Erlösung für unser Volk erwachsen soll, dann muss unsere Staatskunst, unsere nationale Politik, im Respekt vor dem, was in der Geschichte geschehen ist, die Fehler vergangener Zeiten vermeiden und sich an die besten Traditionen binden. Der geschichtsvergessene Politiker, der dogmatisch vom Sessel aus Geschichte schreibt, wird dem Volk nur Unheil bringen, wie wir es in den letzten Jahren durch die neue deutsche marxistische Regierung und ihre Schausteller erlebt haben. So verhängnisvoll und schädlich der vollständige Zusammenbruch der alten Gesellschaftsform ist, insbesondere wenn diese Zerstörung mit der Kraft der marxistischen Bewegung einhergeht, so wenig darf das Alte allein deshalb bewahrt werden, weil es alt ist.

Hierin liegt einmal mehr die Tragödie des konservativen Geistes, der kreativ unfruchtbar ist und

42 Das Kyffhäusergebirge zwischen den Staaten Thüringen und Sachsen-Anhalt gilt als die Ruhestätte des Heiligen Römischen Kaisers Friedrich Barbarossa (1122–1190), der während des Dritten Kreuzzugs im Fluss Saleph in der Türkei ertrank.

Machine Translated by Google

Ohne Vorstellungskraft lehnt es alles Neue ab, nur weil es neu ist, und hält hartnäckig an überholten Formen fest, die längst ihre Substanz verloren haben. Menschen und Staat sind keine Mumien oder Konstrukte, sondern lebendige Wesen; was einmal zugeschnitten ist, passt nicht ewig.
Nur einige wenige, grundlegende Charakterzüge prägen das Schicksal der Nationen, und die Vernachlässigung dieses grundlegenden Wissens hat sich stets bitter an den Nationen gerächt. Für uns Deutsche lautet die grundlegende historische nationalpolitische Doktrin: „Seid einig!“

Das Wort „vereint“43 bedeutet jedoch nicht „Einheit“44 , sondern „Übereinstimmung“45. Nur aus der Übereinstimmung der germanischen Stämme über die Grundsätze der Außen- und Innenpolitik kann als ihre schönste Blüte ein innerlich freier Staat hervorgehen, der äußerlich mächtig ist und internationales Gewicht besitzt.

Für den deutschen Staat darf es daher keine europäischen oder internationalen wirtschaftlichen, kirchlichen oder humanitären Motive geben, sondern ausschließlich das Wohl der gesamten deutschen Nation. Ich meine damit die „Motive“ für politisches Handeln. Natürlich spielen auch kirchliche, wirtschaftliche und allgemein menschliche Einflüsse eine Rolle, die angemessen gewürdigt und berücksichtigt werden müssen. Der Grundsatz muss aber sein und bleiben, dass der deutsche Nationalstaat ausschließlich die Deutschen vertreten darf, und zwar sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik.

Unser nationales politisches Ziel ist daher:

1. Die Errichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle Deutschen umfasst.

2. Die starke Vertretung aller deutschen Interessen im Ausland.

Die nationalistische Idee

Die Voraussetzung für das Erwachen oder besser gesagt für das Wiedererwachen eines starken Nationalbewusstseins ist

die Entfernung aller Juden und Nichtdeutschen aus allen verantwortungsvollen Positionen im öffentlichen Leben.

Den entschlossenen Abwehrkampf gegen die Invasion der Juden in nahezu allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens führt nur der Nationalsozialismus mit voller Kraft. Der Kampf gegen das Judentum ist der bewusste Kampf für den deutschen Geist und für die deutsche Freiheit.

Der Einfluss der Juden auf die Völker, in denen sie leben, lässt sich keinesfalls mit den Machtverhältnissen und Kriegen anderer Völker vergleichen, sondern nur mit dem Kampf um Leben und Tod zwischen einem gesunden Körper und tödlichen, giftigen Keimen, die ihn befallen haben. Wenn ein lebender Organismus von giftigen Bakterien angegriffen wird, stellt sich nur die Frage: Entweder die gesunde Kraft des Körpers wird die fremden Eindringlinge besiegen – und sie werden ausgemerzt – oder sie wird sie nicht mehr besiegen und stirbt an ihnen. So ist es auch für die Völker, in denen die Juden leben, überall auf der Welt: Entweder sie trennen die Juden aus ihrem nationalen Gefüge – oder sie sterben an den Juden.

Gerade der Vergleich mit dem menschlichen Körper und den Krankheitserregern zeigt uns sehr anschaulich, wie einseitig die weit verbreitete, irreführende Meinung ist, dass die Juden ihren Aufstieg nur ihrer größeren Leistungsfähigkeit zu verdanken hätten und es deshalb höchst falsch und ungerecht sei, sie anzugreifen und zu verfolgen. Man kann nicht einfach behaupten, dass der Choleraerreger ebenso viel stärker und leistungsfähiger sei als der Mensch und deshalb den gesunden Menschen befallen habe – nein,

---

43 'einig'

44 'Einheit'

45 'Einigkeit'

Machine Translated by Google

Es ist Gift für den Menschen. Und genau wie in diesem Kampf des lebenden Organismus gegen eindringende Gifte besondere Vergiftungssymptome auftreten, begleitet von Fieber, Krämpfen, Lähmungserscheinungen usw., so äußert sich der Kampf der vom Juden angegriffenen Nationen in ganz ähnlichen Krankheitssymptomen – Unruhe und Agitation im bürgerlichen und politischen Leben, heftige Erschütterungen im nationalen Körper, Aufruhr, Terror, Bürgerkrieg, abwechselnd mit ganz typischen Lähmungserscheinungen, insbesondere in den intellektuellen Kreisen der Nationen – in den Regierungen. Dann stellt sich nur noch die Frage: Gelingt es den nationalbewussten Kreisen, die den Feind erkennen, die Regierungen zu warnen und aufzuklären oder gar selbst eine Regierung zu bilden und die Juden zu neutralisieren? Dann tritt die Heilung mit Gewissheit ein; gelingt dies nicht, so tritt ebenso gewiss der nationale Untergang ein. Es gibt keinen dritten Weg. Eine vorübergehende Isolation – um bei der medizinischen Bildsprache zu bleiben – bringt nur scheinbare Linderung: Früher oder später brechen die Bakterien erneut in die Blutgefäße des Körpers aus, das Ende dieses zweiten Kampfes ist dann tödlich für den Patienten.

Entscheidend für den endgültigen Erfolg – wie im Leben allgemein – ist der Wille zur Macht. Ohne diesen Willen zur Macht – ohne diesen Willen zum Erhalt der Nation – ist die Nation dem Untergang hilflos ausgeliefert. Was nicht buchstäblich untergeht, wird zum Sklaven, Fellachen, Leibeigenen und Diener der gesamtjüdischen Weltmacht.

Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. Viele fähige Kämpfer sind bereits aufgebrochen – doch die Mehrheit unserer nationalen Genossen schläft noch. Immer wieder, unermüdlich, Aufklärung ist die Lösung. Was diese Aufklärung so besonders schwierig macht, ist die Naivität und Nachgiebigkeit der Arier gerade in diesen entscheidenden Rassenfragen.

Die starke Vermischung der Rassen innerhalb unseres deutschen Volkes hat zweifellos bei vielen das klare und hohe Rassebewusstsein beinahe vollständig verdrängt, sodass anstelle einer genauen Kenntnis der Rassengesetze nur noch ein unbestimmtes Gefühl der Abneigung gegen die rassisch fremden Juden übrig geblieben ist. Der Jude seinerseits hat seine Rassengesetze seit über zweitausend Jahren am strengsten befolgt, im klaren Bewusstsein der überragenden Bedeutung der Erhaltung der Blutreinheit für Charakter und Nation . ⁴⁶

Andererseits gelang es ihm, die Rassenhetze als überholten Unsinn darzustellen, was ihm im Hinblick auf die Rassenmischung in Deutschland leider mit einer gewissen Berechtigung gelang. Anstatt der jüdischen Verachtung der Deutschen für die Rassenlehre mit der Forderung „Deutsche, haltet euer Blut rein!“ entschieden entgegenzutreten, galten die Deutschen selbst in diesem Bereich den psychologisch-klugen Künsten der Juden als unterlegen.⁴⁷ Das Jahrhundert der Aufklärung mit seinen humanitären Idealen brachte den Juden zwar die Befreiung von den Ketten, die unsere Vorfahren in ihrer höheren Weisheit gegen den angeblichen jüdischen Geist des Raubes und Wuchers geschmiedet hatten, uns aber nur Verwirrung und Unsicherheit in dieser grundlegenden Frage. Mit dem Satz: „Auch Juden sind Menschen“ – ein Satz, der nie bestritten wurde und wird – wurde den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung gewährt. Der nationalrassische Widerstand gegen das jüdische Fremdvolk mit einer völlig anderen intellektuellen Struktur wurde dadurch besänftigt und der Kampf gegen die bürgerliche Emanzipation von vornherein geschwächt.

Von dieser Plattform aus erfolgte die Eroberung unseres gesamten Wirtschafts- und Finanzwesens. Das öffentliche Leben bis hin zur gegenwärtigen Situation der uneingeschränkten Herrschaft der Juden.

---

46 Vgl. die Bände der Nationalsozialistischen Bibliothek über Rasse und Juden!

47 Kunst der Überzeugung.

Machine Translated by Google

Eine ganze Reihe von Zeugenaussagen der Juden selbst offenbart, dass sie sich als Staat im Staate fühlen, dass sie sich ihren Rassengenossen in anderen Ländern enger verbunden fühlen als den Völkern, in denen sie leben.

Aus diesem jüdischen Zugehörigkeitsgefühl unter den Völkern entstehen unmittelbar Gefahren für die einheimischen Völker im Bereich der außenpolitischen Beziehungen der Nationen in Krieg und Frieden.

Zunächst richtete sich die Aufmerksamkeit der Juden jedoch auf die Forderung nach wirtschaftlichen Vorteilen. Auch hier erwies sich ihr uneingeschränktes Streben nach Profit, ungetrübt von jeglichem sozialen Mitgefühl für die Völker ihres Gastlandes, als vorteilhaft.

Als Erfinder und Träger des modernen Kreditsystems war es für sie bald ein Leichtes, die gesamte Finanzwirtschaft der Staaten und, über Banken und Börsen, größtenteils auch den privaten Sektor unter ihren Einfluss zu bringen.

Von hier aus, nachdem sie ihre finanzielle Position geschaffen hatten, streckte das Judentum seine Finger auch auf die intellektuell-kulturellen Produkte der Nation aus; hier kamen ihnen ihr bewegender Geist, ihr schneller Verstand, ihr kritisches Verständnis – Eigenschaften, die oft als klare Vorteile gegenüber dem ernsten, schwerfälligen, bodenständigen arischen Geist erscheinen mögen – zu Hilfe.

Doch in Wirklichkeit waren es nur der Diebestrieb, ihr fehlendes Gewissen und ihre Skrupellosigkeit – die bereits in ihren religiösen Lehren verankert sind. Für den Juden ist, gemäß den Lehren des Schulchan Aruch48, das Eigentum des Nichtjuden wie herrenloses Eigentum – es ist nur dazu da, dass der Jude es sich aneignen kann! Der Jude stellte alle Mittel der Bank- und Börsentechnik in seinen Dienst. Die Anonymisierung – die Entpersonalisierung unserer Wirtschaft durch die börsennotierte Form der Aktiengesellschaft – hat Kapital und Arbeit bis zu einem gewissen Grad getrennt; der Aktionär weiß in den seltensten Fällen etwas über sein Unternehmen, er hat nur einseitiges Interesse an der *Rentabilität seines Geldes.*

Wenn er es in Form von Aktien investiert hat. Dieses Phänomen muss an dieser Stelle erwähnt werden, denn mit dieser Entpersonalisierung unserer Wirtschaft geht auch ihr Niedergang einher. Der Unternehmer und Hersteller, der sein Unternehmen von Grund auf aufgebaut hat, der die Bedürfnisse seiner Kunden kennt, der noch die alte Geschäftsethik besitzt und es als seine Pflicht ansieht, ein solides, gutes und langlebiges Produkt herzustellen, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht – dieser wirklich solide Unternehmer unterscheidet sich grundlegend vom modernen Großaktionär, der mit dem rein kapitalistischen Besitz eines großen Aktienpakets nur ein Interesse kennt: die höchstmögliche Rendite. Ob in den Unternehmen gute und günstige Güter hergestellt werden, ob generell durch eine Aktiengesellschaft produktive Werte geschaffen werden oder, wie im Falle der Kreditunternehmen (Banken) im Allgemeinen, keine Werte geschaffen werden, ist dem Kapitalisten – dem Aktionär – völlig gleichgültig. Dies hat zur Folge, dass die Produktion weniger auf die Bedürfnisse ausgerichtet ist, sondern vielmehr durch massive Werbung ein scheinbares Bedürfnis geschürt werden muss. Früher war es im Ehrenkodex der Unternehmer strengstens verboten, die eigenen Produkte anzupreisen; wer dies tat, galt als Marktschreier, und solch ein marktschreierisches Anpreisen der Waren wurde vom seriösen Geschäftsmann als unlauterer Wettbewerb angesehen. Der jüdische Händler hingegen betrieb genau diese Art von Marktschreierei mit unermüdlichem Einsatz, wobei ihm seine *Überredungskunst* sehr zugutekam. Heute ist anstelle des aufdringlichen jüdischen Ausrufers die jüdische Werbung aufgetaucht.

48 Der Schulchan Aruch ist der maßgebliche Kodex des jüdischen Rechts und wurde 1563 in Nordpalästina von Yosef Karo verfasst.

Machine Translated by Google

Im Bereich der Wissenschaft vollzog sich eine ähnliche Entwicklung, insbesondere in der Wirtschaftswissenschaft – der sogenannten Volkswirtschaftslehre. Allmählich wurde die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre nicht mehr in der Untersuchung der volkswirtschaftlichen Legitimitäten und Bedürfnisse und der Ableitung von Leitlinien für die Wirtschaftsführung aus den Untersuchungsergebnissen gesehen, sondern zunehmend beschränkte sich auf die Beschreibung der Situation, ohne zu prüfen, ob die festgestellten wirtschaftlichen Phänomene und Formen auch gut, geeignet und auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Volkswirtschaft anwendbar waren. Auf diese Weise gelang es, und gelingt es heute mehr denn je, der Wirtschaft und damit der nationalen Gemeinschaft – wissenschaftlich betrachtet – furchtbaren Schaden zuzufügen, und zwar unwiderruflich. In diesen Bereich fällt insbesondere die Doktrin des staatlichen und privaten Kreditwesens, vor allem aber die Zinslehre. Wir haben diese Frage an anderer Stelle ausführlich behandelt; hier genügt es vielleicht darauf hinzuweisen, dass das, was wir heute Volkswirtschaft nennen, im Grunde nur eine private kapitalistische Anleitung zur persönlichen Bereicherung und ein gut organisierter Versuch ist, den wucherischen kapitalistischen Raub der Arbeitskräfte produktiver Nationen zu rechtfertigen.

Es ist bemerkenswert, dass es unter den Dozenten für Volkswirtschaftslehre eine sehr große Gruppe gibt. Prozentsatz der Juden.

Für den Laien ist der Einfluss der Juden auf Literatur und Kunst weitaus auffälliger. Feld.

Wer unser heutiges Theater betrachtet, wird über die dort grassierende Niedertracht und den Zynismus entsetzt sein. Dies gilt insbesondere für das moderne Phänomen Kino. Das Drama der Wüstlinge und Lebemänner beherrscht unsere Bühnen; mit subversiver und geistreicher Dialektik wird dem braven Deutschen eingetrichtert, Moral und Ethik, Ehre und Gewissenhaftigkeit seien im Grunde blanker Unsinn, ohne den man nicht weiterkomme. Diese Angriffe auf das Publikum gehen einher mit dem lästigen Treiben jüdischer Theateragenturen, in denen das Wissen der Kunstinteressierten weniger zählt als die Dankbarkeit derjenigen, die eine Position anstreben, gegenüber den Theater- und Konzertagenten.

Doch dann folgte in großem Umfang die Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Tagespresse. Fast alle großen Zeitungen gingen nach und nach in jüdischen Besitz über.

Damit schloss sich der Kreis um das deutsche Volk. Zur wirtschaftlichen Herrschaft gesellte sich die intellektuelle. Alles, was den jüdischen Interessen schadete, wurde so lange wie möglich vor der Öffentlichkeit verborgen und unterdrückt; wenn sich dennoch Ideen oder Darbietungen durchsetzten, begann die eigentliche Hexenjagd, zunächst durch den Versuch, diese Bestrebungen lächerlich zu machen, und wenn auch das nicht half, mussten Lügen, Verleumdungen und persönliche Herabwürdigungen zum Einsatz kommen. Bestechung und Drohungen wurden eingesetzt, und schließlich schreckte man nicht einmal davor zurück, den unbequemen Gegner oder Kritiker wirtschaftlich auszubeuten oder ihn gar zu töten.

Diese letzte, furchtbare Waffe wurde im Allgemeinen nicht oder nur selten gegen Privatpersonen eingesetzt, denn kaum jemals erreichte die Reaktion eines wahren Freundes des Volkes ohne politische oder staatliche Machtposition einen gewissen Grad an Wirksamkeit, bevor er nicht bereits durch die Flut von Lügen und Verleumdungen in den öffentlichen Organen der Juden gebrochen war.

In den Parteien wurde die Unzufriedenheit der Massen durch extreme Übertreibung angeheizt und der Klassenhass gegen die Besitzenden und ihre vermeintlichen Beschützer, die Staatsgewalt und das Militär, entfacht. Auch hier – wie überall bei diesen Angriffen auf den Nationalstaat – waren es vor allem Juden, die agitierten und die Unruhen schürten. Man muss sich nur daran erinnern, dass Karl Marx, der Begründer der marxistischen Lehre vom Klassenkampf, tatsächlich Jude war (Mardochai).

Machine Translated by Google

(das war sein richtiger Name). Sein Herold in Deutschland, Ferdinand Lassalle49, ursprünglich Feist Lasal, war ebenfalls Jude.

Im Krieg und in der Revolution wurde dann das jüdische Zerstörungswerk gegen den deutschen Staat vollendet. Die Fürsten wurden vertrieben, den Offizieren die Schulterstücke abgerissen, die Beamten durch Hunger gefügig gemacht, damit sie ihre Arbeitskraft – selbst für den sozialistisch-hochkapitalistischen Staat des modernen Deutschlands unverzichtbar – zur Verfügung stellten. So wurde die deutsche Nation entwaffnet, entmannt, ihrer Führer beraubt, enteignet und geschändet, demoralisiert und geschwächt, während sich die Juden überall im öffentlichen Leben, in Wirtschaft und Politik, in Kunst und Theater eine unbestrittene Hegemonie anmaßten.

Die Grundlage ihrer Herrschaft ist ihr enormer Reichtum.

Trotz ihrer geringen Zahl im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung ist es ihnen gelungen, alle wichtigen Ämter des öffentlichen Lebens in die Hände ihrer jüdischen Volksgenossen oder von Deutschen mit engen jüdischen Wurzeln zu bringen. Dennoch ist eine Verdrängung der Juden aus dem deutschen Volkskörper durchaus möglich – zumal die wirklich lebenswichtige Produktivität in Industrie und Landwirtschaft, in den freien Berufen und in der Verwaltung nahezu gänzlich frei von Juden ist.

Eine Entfernung der Juden aus unserer Gesellschaft würde weder die landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigen – ich habe noch nie einen Juden hinter dem Pflug gesehen – noch müssten die Fabriken wegen Arbeitskräftemangels stillstehen – die Arbeiter wüssten ja, dass kein Jude Kohle schleppt oder am Schmiedefeuer steht – unsere Werkstätten der Schmiede, Metallarbeiter, Zimmerleute und Schuster wären nicht verwaist – die Häuser müssten nach der Vertreibung der Juden keinesfalls in Trümmern liegen, die Statistiken erwähnen keine jüdischen Maurer, Zimmerleute, Dachdecker oder Glaser. Aber auch im Handel und Gewerbe würde es nicht zu einer Stagnation kommen, wenn die Juden nicht mehr da wären. Im Bereich des Transportwesens hat der Staat den Personen- und Güterverkehr bisher vorbildlich geregelt, und wer hat schon Juden als Zugbegleiter oder Lokführer gesehen?

oder als Straßenbahnfahrer, Fuhrleute oder Transportarbeiter?

Aber selbst im Bereich der für die Juden typischen Neigung zum Handel und Finanzwesen haben die militärischen Verwaltungsposten vor dem Krieg gezeigt, dass sie in der Lage waren, einen sorgfältigen Lager- und Versorgungsdienst zu leisten; im Handel selbst sind Hunderttausende von Kaufleuten und deutschen Geschäftsleuten tätig, die die realen Aspekte und Notwendigkeiten des Handels verstehen; und in der Staatsbank und der Postbank verfügen wir über Institutionen, die die Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft bilden könnten, die von der jüdischen Räuberwirtschaft befreit ist.

Wenn wir in dieser recht kurzen Untersuchung gesehen haben, dass die Juden in keiner Weise eine unersetzliche Funktion in unserem Staat und unserem nationalen Leben ausüben, dass sie im Gegenteil ihre Vormachtstellung auf rücksichtsloseste Weise zum Schaden ihrer Gastvölker missbrauchen, dann ergibt sich als offensichtliche und logische Konsequenz die Forderung nach der Vertreibung der Juden aus unserer Nation.
Nur wer sich zur deutschen Volksgemeinschaft bekennt , *kann Staatsbürger werden.50*

---

49 Ferdinand Lassalle (1825–1864) war ein deutsch-jüdischer Sozialist, der mit Marx bekannt war. Dieser hielt Lassalle jedoch aufgrund seiner Kompromissbereitschaft gegenüber dem konservativen Bismarck für einen Opportunisten. Daher unterstützte Marx Lassalle nicht, als dieser den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründete.
Die 1863 gegründete Vereinigung hatte vor allem das Ziel, das allgemeine direkte Wahlrecht zu erlangen.

50 Diese Bestimmung war bereits im zweiten Teil der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, dem „Reichsbürgergesetz“, Art. 2, enthalten: „Reichsbürger ist nur derjenige, der deutschen oder verwandten Blutes ist und der durch sein Verhalten zeigt, dass er willens und geeignet ist, dem deutschen Volk und dem Reich treu zu dienen.“ Die vollständige Trennung der Juden von der deutschen Gesellschaft wurde im ersten Teil dieser Gesetze, den „Gesetzen zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, beschlossen.

Machine Translated by Google

Aus dieser Betrachtung der Rassenfrage ergeben sich naturgemäß und zwangsläufig auch die weiteren Konsequenzen des Einwanderungsverbots für ostjüdische Einwanderer. Es zeugt von völligem Unverständnis der Judenfrage, zu glauben, ein Einwanderungsverbot genüge, um die ostjüdischen Einwanderer fernzuhalten. Es ist absolut notwendig, gleichzeitig die unserem Volk feindlich gesinnten, unter uns lebenden Juden einem Ausländergesetz zu unterwerfen. Die ostjüdischen Einwanderer bilden selbstverständlich das große Reservoir, aus dem sich die Juden stetig rekrutieren. Die große Gefahr, die diese Einwanderung birgt, hat sich in den Erfahrungen der letzten Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt. Innerhalb weniger Jahre ist es diesen ostjüdischen Einwanderern durch alle möglichen Geschäftstricks und Machenschaften gelungen, enorme Reichtümer anzuhäufen. Unsere Gerichte sind voll von Betrügereien, die von solchen Fremden begangen wurden. Der Staat hat kein Interesse an der Einwanderung solcher Menschen, die sich in keiner Weise produktiv und nützlich machen.

Diese Haltung des nationalsozialistischen Staates gegenüber den östlichen Juden schließt nicht aus, dass Sogar Angehörige anderer Nationen, die als Parasiten des nationalen Körpers fungieren, können ausgewiesen werden.

Die Erörterung dieser Fragen führt uns nun zum dritten Abschnitt der Staatspolitik von Nationalsozialismus: zum Bürgerrecht.

Das Bürgerrecht

Das Staatsbürgerrecht muss erworben werden. In diesem Prinzip unterscheidet sich der Nationalsozialismus wesentlich von dem heute geltenden Recht, nach dem jeder volljährige Deutsche über 20 Jahre, unabhängig vom Geschlecht, die staatlichen Staatsbürgerrechte ausüben kann. Auch heute noch steht diese Möglichkeit gemäß der Weimarer Verfassung den Angehörigen der jüdischen Bevölkerung offen. Ebenso kann jeder Ausländer diese Staatsbürgerschaft durch die Erfüllung einiger oberflächlicher Formalitäten erwerben.

Die Weimarer Verfassung kennt den Begriff des Staatsbürgers im Allgemeinen nicht, sondern spricht in Art. 110 von der Staatszugehörigkeit und in Art. 109 von der Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen, gleichgeschlechtlichen Geschlechts, vor dem Gesetz. Die Unbestimmtheit dieses Begriffs schließt naturgemäß die Forderung nach moralischen und rassischen Voraussetzungen für den Erwerb des Staatsbürgerrechts aus. Im Gegensatz dazu stellt Art. 113 der Reichsverfassung die fremdsprachigen „Teile der Nation“ (!) unter besonderen Schutz; sie „dürfen in ihrer freien traditionellen Entwicklung, insbesondere im Gebrauch ihrer Muttersprache in der Erziehung sowie in der inneren Verwaltung und der Rechtsprechung, nicht benachteiligt werden“.

Vergleicht man diese überaus umfassende Betrachtung von Ausländern mit der Praxis unseres Gesetzes zum Schutz der Republik gegenüber den eigenen Landsleuten, der Verpflichtung, die sogenannten Kriegsverbrecher dem Feind auszuliefern, mit der in Art. 112 garantierten Gewissheit, dass „kein Deutscher einer ausländischen Regierung der Verfolgung oder Bestrafung ausgeliefert werden darf“, und vergleicht man gerade diesen letztgenannten Artikel mit den berüchtigten Urteilen der Franzosen gegen Krupp51 und seine Direktoren, so genügt vielleicht der Hinweis darauf, dass der Verfasser dieser Verfassung der Jude Preuß52 war, um all diese Ereignisse in ein klares Licht zu rücken.

---

51 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950) leitete die Friedrich Krupp AG von 1909 bis 1941. In Zusammenarbeit mit der Reichswehr unter Hans von Seeckt (1866–1936) führte Krupp die geheime Wiederbewaffnung Deutschlands durch und verstieß damit gegen den Versailler Vertrag. 1923, als Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet besetzten, wurde Krupp wegen der Beteiligung an der geheimen Wiederbewaffnung Deutschlands mit einer Geldstrafe belegt.
große öffentliche Trauerfeier für die dreizehn Arbeiter des Krupp-Werks in Essen, die während der Besatzung von den Franzosen erschossen wurden.

52 Hugo Preuß (1860–1925) war der deutsch-jüdische Innenminister der Weimarer Republik und spielte eine entscheidende Rolle bei bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung von 1919.

Machine Translated by Google

Nicht „die bessere Zukunft der Polen“, wie Betthmann-Hollweg53 in einer seiner unglücklichen Parlamentsreden sagte, und auch nicht die Verbesserung der Lage der Juden in Rumänien (nach Kuhlmann)54 kann die Leitidee eines deutschen Staates sein, sondern allein das Wohl des deutschen Volkes. Dieses Leitmotiv findet sich im volkswirtschaftlichen Programm der NSDAP (Das Programm, S. 35) unter Nr. 7: *„Die Rechte und Interessen der Deutschen haben Vorrang vor denen der Angehörigen fremder Nationen“ und unter Nr. 6: „Wer kein Deutscher ist, kann in Deutschland nur als Gast leben und unterliegt dem Ausländergesetz“.*

Demnach muss das Recht auf Staatsbürgerschaft erworben werden. Es kann auch durch Unwürdigkeit wieder verloren gehen. Es ist ein Recht, von dem Juden grundsätzlich ausgeschlossen sind, von dem aber auch Angehörige anderer Nationen ausgeschlossen werden können.

Die innere Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist das Bekenntnis zur deutschen Kultur und Gesellschaft. Wer sich nicht auf diese Weise zur deutschen Nation bekennt, wer sich zum Feind des deutschen Staates erklärt, wer sich Angehörigen anderer Nationen näher fühlt als seinem eigenen Volk, kann keine Rechte der deutschen Staatsbürgerschaft erlangen, denn er wünscht in Wahrheit nichts mit der deutschen Gemeinschaft zu tun zu haben.

Es erscheint in der Tat verrückt, wenn Leute, die ganz öffentlich erklären, dass sie kein Vaterland namens Deutschland kennen, wie Crispien55 und andere es taten, dennoch über das Schicksal dieses Landes beraten wollen, wenn sie als Volksvertreter, als Delegierte, behaupten, immer noch besondere Privilegien zu genießen und wenn sie immer noch den Schutz besonders strenger Gesetze (den Schutz der Republik) genießen, falls sie aus diesem Parlament in Regierungsämter befördert werden.

Der nationalsozialistische deutsche Staat wird gerade von solchen Männern die härteste Abrechnung fordern, und die Mitglieder der revolutionären Regierungen und Parlamente werden rückwirkend für ihr Handeln oder Unterlassen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Die Gesetze zur Verantwortung aller Personen des öffentlichen Lebens müssen daher mit rückwirkender Kraft ausgestattet sein.

Hier geht es nicht, wie im Falle des Irrtums der deutschen Revolution, um den Kampf der hungernden „Proletarier“ gegen die satten und unersättlichen Kapitalisten um ihren Lohn, also nicht um die Irreführung der gesunden und richtigen Gefühle des arbeitenden Volkes durch die Idee des Klassenkampfes, sondern hier geht es um die moralische Forderung, dass die Verantwortungslosigkeit der gegenwärtigen Nutznießer des gegenwärtigen parlamentarischen und staatlichen Systems ein Ende haben muss und dass diejenigen, die sich auf Kosten der Not des Volkes maßlos bereichert haben oder die Machenschaften anderer Kreise unterstützt haben, ihrer verdienten Strafe zugeführt werden.

Der Slogan „Die kleinen Schurken werden gehängt, die großen kommen frei herum“ dürfte sich als falsch erweisen. Im Gegenteil, der nationalsozialistische Staat wird bei der Festlegung des Strafmaßes die Verführung der kleinen Schurken als mildernden Umstand berücksichtigen und die großen Verbrecher gegen das deutsche Volk mit aller Härte des Gesetzes zur Rechenschaft ziehen.

---

53 Theodor von Betthmann-Hollweg (1856–1921) war von 1909 bis 1917 deutscher Reichskanzler. Während des Krieges Betthman-Hollweg schien gemäßigtere politische Ansichten zu bevorzugen als die der Militärführung.

54 Richard von Kuhlmann (1873–1948) war von August 1917 bis 1948 deutscher Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Juli 1918. Im Mai 1918 handelte er den Frieden von Bukarest mit Rumänien aus.

55 Arthur Crispien (1875–1946) wurde 1920 als sozialdemokratischer Abgeordneter ins Parlament gewählt und wurde 1922 Ko-Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (SPD).

Machine Translated by Google

Die reinigende Arbeit dieses Staatsgerichts darf nun keinesfalls bei jenen enden, die mit der Revolution an die Macht kamen. Sie muss sich auch gegen jene in der kaiserlichen Regierung richten, die durch ihre Nachlässigkeit diesen deutschen Untergang ermöglichten. Der Hauptverantwortliche – Bethmann-Hollweg – ist seinen irdischen Richtern entrissen worden, ebenso der nächstschuldigste – Erzberger56, der als Vater der verhängnisvollen Parlamentsrevolution vom Juli 1917 den schwindenden Siegeswillen der Feinde neu entfachte. Selbst Eisner57

Rathenau wurde zwar auf illegale Weise, aber nach den ehernen Gesetzen der Geschichte, vom Schauplatz ihrer nationalzerstörenden Aktivitäten entfernt. Doch viele jener, die durch die Organisation des Munitionsstreiks im Januar 1918 der kämpfenden Armee einen Dolchstoß versetzten, leben noch immer; jene, die durch Reden und Schriften den Siegeswillen brachen, jene, die einen „Frieden ohne Sieger und Verlierer“ predigten, jene, die es als Recht ansehen, die das Leid der Bevölkerung in Krieg und Revolution für ihre eigene maßlose Bereicherung ausnutzten, leben noch immer.

Gewiss wird eine solche nationale politische Forderung Angst und Schrecken verbreiten, und Zehntausende werden um ihr Leben fürchten, weil sie nicht reinen Herzens sind. Doch für den Nationalsozialismus steht und fällt mit dieser Forderung nach sozialer Gerechtigkeit die Frage nach dem Schicksal des deutschen Volkes: ob das deutsche Volk den Weg zu einer edlen Nation finden kann oder ob es als Fellachenvolk ein elendes Dasein in Erniedrigung und Korruption fristet. Für die nationalsozialistische Bewegung entscheidet sich auch ihre Daseinsberechtigung an dieser Frage.

Das Staatsbürgerschaftsrecht ist demnach keine Gabe, die jedem in Deutschland Geborenen in die Wiege gelegt wird; vielmehr beinhaltet es auch höchste moralische Verpflichtungen gegenüber Staat und Nation. Die Erfüllung dieser Verantwortung muss jedoch auch durch die Möglichkeit geschützt werden, dass dieses Recht im Falle der Unwürdigkeit wieder verloren gehen kann.

Andererseits wird der Erwerb des staatlichen Staatsbürgerschaftsrechts kein Akt der Gnade sein, sondern ein Anspruch, den jeder fleißige Deutsche erheben kann, der sich der deutschen Gemeinschaft würdig erweist und sich zur deutschen rassischen und historischen Gemeinschaft bekennt.
Wer seine Wehr- und Arbeitspflicht erfüllt hat und in seinem Beruf als ehrenwerter Arbeitnehmer tätig ist, hat Anspruch auf den Erwerb des staatlichen Staatsbürgerrechts.

Mit diesem Staatsbürgerrecht ist aber auch die Pflicht verbunden, bei all seiner Arbeit das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren und sich auch bei seiner wirtschaftlichen Tätigkeit stets bewusst zu sein, dass er seine Arbeit in das Ganze einfügen muss, das heißt, selbst bei voller Freiheit in einzelnen Bereichen darf die Tätigkeit des deutschen Staatsbürgers nicht gegen das Wohl des Ganzen gerichtet sein.

Matthias Erzberger (1875–1921) war Mitglied der Deutschen Zentrumspartei und galt als Betthmann-Hollwegs engster Vertrauter. Mitte 1917, während des Krieges, drängte er auf eine Verhandlungslösung und untergrub das Vertrauen in die deutsche Wehrmacht. Erzberger unterzeichnete den Waffenstillstand, der den Ersten Weltkrieg beendete, und befürwortete als Finanzminister der Weimarer Republik den Versailler Vertrag. Er wurde 1921 von ultranationalistischen Mitgliedern der „Organisation Konsul“ ermordet, die vom Freikorps-Kommandeur Hermann Ehrhardt (1881–1971) gegründet worden war.

[57] Kurt Eisner (1867–1919) war ein deutscher jüdischer Sozialist, der die Revolution organisierte, die die Wittelsbacher Partei stürzte. Im November 1918 trat er in die bayerische Dynastie ein. Er wurde republikanischer Ministerpräsident Bayerns und griff auf der Berner Sozialistenkonferenz die gemäßigten Sozialisten an, weil sie Deutschlands Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht anerkannten. Im Februar 1919 wurde er vom nationalistischen Grafen Arco von Valley ermordet.

Machine Translated by Google

Volkswirtschaft

Die Aufgabe der Volkswirtschaft besteht in der Befriedigung der Nachfrage und nicht in der Erzielung eines möglichst hohen Zinsertrags für Fremdkapital.

Man sollte meinen, dieses Prinzip sei in jeder Volkswirtschaft selbstverständlich, und doch unterscheidet sich die nationalsozialistische Wirtschaft von der heutigen interessenkapitalistischen Wirtschaft gerade in diesem Leitprinzip. Es fällt dem unvoreingenommenen, produktiven Menschen schwer, sich eine Volkswirtschaft vorzustellen, die nicht der Befriedigung der Nachfrage dient; und doch muss klargestellt werden, dass für die gegenwärtigen Machthaber der Wirtschaft – das Bank- und Börsenkapital – die Befriedigung der Nachfrage im Grunde von sehr geringer Bedeutung ist. Internationales Kapital hat ein Interesse nur insofern, als diese Nachfrageerfüllung auf wucherische kapitalistische Weise ausgenutzt werden kann.

Tatsächlich haben wir es hier mit zwei grundverschiedenen Auffassungen zur Wirtschaft zu tun. Die einzige dringende Forderung der gesamten Bevölkerung an die Wirtschaft ist naturgemäß die Befriedigung des Nahrungsbedarfs, gefolgt von der Deckung des Bedarfs an Wohnraum und Kleidung. Erst danach reihen sich alle anderen Güter des täglichen Bedarfs bis hin zu Kunst und Kultur ein. Dazwischen liegen die unterstützenden Dienstleistungen, das gesamte Transportwesen und alles, was damit zusammenhängt, Handel und Finanzwesen. Die Warenproduktion hat in einer gesunden Wirtschaft das erstrebenswerteste Ziel, den Bedarf bestmöglich zu decken. Die Vergütung deckt die Produktionskosten und beinhaltet ein entsprechendes Arbeitseinkommen für den Unternehmer sowie eine angemessene Gewinnbeteiligung. Aus dieser Gewinnbeteiligung können sowohl unvermeidbare Verluste als auch Investitionen und Modernisierungen im Unternehmen finanziert werden.

Der gerechte Unternehmer strebt nicht nach übermäßigem Gewinn im Einzelfall, selbst wenn dies durch glückliche Umstände möglich wäre. Er ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgaben vollauf bewusst: die Produktion so zu gestalten, dass der Bedarf der Verbraucher mit möglichst geringen Kosten gedeckt wird, das Unternehmen gleichzeitig wächst und gedeiht und die Produktionskosten stetig sinken, ohne dass die Löhne gekürzt werden.

Das wohl aufschlussreichste Beispiel für solch wahrhaft unternehmerisches Denken ist Ernst Abbe58, Mitbegründer und Leiter des Zeiss-Werks in Jena. Dieser Mann hat die volkswirtschaftliche Aufgabe des Unternehmers in höchstem Maße verstanden und sie nach besten Kräften zu erfüllen gesucht.

Aber auch in dieser Hinsicht haben wir im Allgemeinen keinen Grund, uns über unsere Unternehmer vor dem Krieg besonders zu beschweren. Männer wie Alfred Krupp59, Mannesmann60, Werner Siemens61 , Thyssen62, Borsig63, Krauss, Maffei64 usw. haben sich auch gesellschaftlich einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert. Sie alle waren nicht von einseitigem Gewinnstreben geleitet,

---

[58] Ernst Abbe (1840–1905) war ein Physiker und Unternehmer, der von Carl Zeiss, dem Gründer des Jenaer Instituts für Physik und Physik, eingestellt wurde. Die Firma Carl Zeiss AG produzierte optische Instrumente und Systeme. Abbe wurde Miteigentümer des Unternehmens.

[59] Alfred Krupp (1812–1887) war der Sohn von Friedrich Krupp (1787–1826), der 1811 die Krupp Cast Steel Company gegründet hatte. Unter der Leitung von Alfred Krupp entwickelte sich das Unternehmen zum führenden Waffenhersteller seiner Zeit.

[60] Mannesmann wurde 1890 gegründet und produzierte ursprünglich nahtlose Stahlrohre.

[61] Werner Siemens (1816-1892) war Erfinder und Gründer der Telegraphen-Bauanstalt im Jahr 1847. Heute Die Siemens AG ist eines der größten elektrotechnologischen Unternehmen der Welt.

[62] August Thyssen (1842–1926) gründete 1867 das Eisenwerk Thyssen-Foussol und erwarb weitere Schwerindustrieunternehmen, die 1926 zu den Vereinigten Stahlwerken, dem größten Bergbau- und Stahlkartell der Welt vor dem Zweiten Weltkrieg, zusammengeführt wurden.

[63] Borsig war ein Lokomotivunternehmen, das 1837 von August Borsig (1804–1854) gegründet wurde.

64 Krauss-Maffei ist ein Maschinenbauunternehmen, das 1838 gegründet wurde.

Machine Translated by Google

Sie blieben alle für sich selbst einfach und bescheiden; der Erfolg ihrer Werke war ihr einziger Leitstern.

Die unermüdliche Produktivität und Innovationskraft der deutschen Industrie hat nicht nur dazu geführt, dass die enorm gewachsene Bevölkerung Arbeit und Nahrung fand, sondern dass trotz steigender Löhne und einer umfassenden Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten die wichtigsten Produkte dank ständiger Verbesserungen und Erfindungen günstiger hergestellt werden konnten. Der deutsche Facharbeiter sollte nie vergessen, dass er dies den Geistesarbeitern verdankt.

Und noch etwas muss hier mit Nachdruck betont werden: Die Grundlage und Voraussetzung für diese Blütezeit der deutschen Wirtschaft war das mächtig geführte Reich Bismarcks. Diese beiden Faktoren – die geeinte und damit starke politische Lage des Deutschen Reiches und der beispiellose Fleiß der deutschen Unternehmer und Arbeiter – ermöglichten eine umfassende Anhebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung, die Versorgung der enormen Bevölkerungszunahme in Deutschland mit Nahrung, Kleidung und Wohnraum sowie den drastischen Rückgang der Auswanderung aus Deutschland.

Die Zahlen der deutschen Migration in den Jahrzehnten nach 1870 umfassten nur den gesunden Überschuss an deutschem Unternehmergeist und Kaufmannsgeist, der als Vorreiter deutscher Fleißigkeit und deutscher Leistungsfähigkeit in die Welt hinausströmte.

Im Großen und Ganzen wurde die gesamte Volkswirtschaft des Deutschen Reiches den grundlegenden Anforderungen gerecht, die auch wir an eine gesunde Volkswirtschaft stellen.

Der Bedarf war vollauf gedeckt. Dennoch traten schon damals tiefe Bedenken auf .
Schäden in unserer Wirtschaft, die sich auf vielfältige Weise äußerten.

1. *Unsere Staatsfinanzen* gerieten in immer größere Schulden, während das deutsche Volk immer reicher und mächtiger wurde, die Produkte deutscher Industrie- und Handelsleistung die Absatzmärkte der Welt eroberten und unsere Binnenwirtschaft von Erfolg zu Erfolg schritt und sich die medizinischen und Lebensbedingungen von Jahr zu Jahr verbesserten.

Es ist natürlich kein gutes Zeichen, wenn die Schulden immer weiter steigen. Ein solches Phänomen deutet stets darauf hin, dass etwas nicht stimmt. Denn es muss in der Tat als völlig absurd und unsinnig gelten, wenn ein Staat, dessen Bürger zunehmenden Wohlstand genießen, nicht gleichzeitig über gesunde und florierende Staatsfinanzen verfügt. Dies ist umso erstaunlicher, als dem Deutschen Reich und den Bundesstaaten außerordentlich hohe Einnahmen aus ihren Eisenbahnen, Post- und Bergwerken sowie aus den Staatswäldern usw. flossen, ganz abgesehen davon, dass das Reich und die Bundesstaaten aufgrund ihrer Finanzhoheit auf die beträchtliche Steuerkraft ihrer Bürger zurückgreifen konnten.

2. Ein weiterer tiefgreifender wirtschaftlicher Schaden war die fortschreitende Verschuldung unserer landwirtschaftlichen und städtischen Immobilien. Die daraufhin angewandte Landreform erkannte zwar einen wichtigen Teil des Gesamtproblems, erreichte aber leider keine vollständige Lösung.

3. Die Inflation in unserer Industrie durch Kredite aller Art hätte aufmerksamen Beobachtern ebenfalls Sorgen bereiten müssen. Gewiss nehmen Handels- und Industrieunternehmen in Zeiten zunehmenden Wohlstands ausländisches Geld und die damit verbundenen Zinsverpflichtungen leichtfertig an, da die stark gestiegenen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten die Tragung dieser Lasten ermöglichen.

Machine Translated by Google

Doch wehe, wenn Wirtschaftskrisen einsetzen! Dann zeigt sich die ganze wirtschaftliche Schädlichkeit der Verwendung zinsgebundener Kredite.

Die in diesen Jahren entstandene Form der Aktiengesellschaft, bei der das Kapital tatsächlich von der daran gebundenen Arbeit getrennt wurde, d. h. die rein kapitalistischen Interessen der Gläubiger an der Rentabilität des Geldes von der gesunden Zusammenarbeit des einzelnen Unternehmers und von der völligen Identifikation seiner Existenz mit seinem Unternehmen getrennt wurden, legte gleichermaßen den Grundstein für tiefgreifende wirtschaftliche Schäden.

4. Die wachsende Machtstellung der Geldverleihinstitute, der Banken, hätte den ehrenwerten Freund der Nation mit Sorge erfüllen müssen. Aus Dienern der Wirtschaft wurden die Banken zu uneingeschränkten Herren der gesamten Volkswirtschaft. Bemerkenswerterweise ging diese wachsende Machtstellung der Banken keineswegs mit einem gleichzeitigen Aufschwung unserer Volkswirtschaft einher, sondern im Gegenteil: Je schlechter es um unsere Wirtschaft stand, desto mehr Macht bauten die Banken aus.

Wir möchten an dieser Stelle nicht weiter auf diese Entwicklung eingehen; dazu wird in der Diskussion über die rein finanzielle und monetäre Ökonomie noch viel gesagt werden. Die Erwähnung der vierfachen Ursache des großen nationalen Wirtschaftsschadens durch das Finanz- und Kreditsystem war von großer Bedeutung, da genau dieser Aspekt der Gesamtwirtschaft zum Gegenteil einer wahren Volkswirtschaft geworden ist, nämlich zu einer einseitigen Raubtierwirtschaft der Finanzmächte.

Wer nicht spontan an einen von Parasiten befallenen Körper denkt, muss entweder ein großes Interesse am Erhalt des Status quo haben oder von den Nutznießern dieser ausbeuterischen Wirtschaft abhängig sein. Leider trifft Letzteres auf sehr viele Menschen zu. Deshalb äußert sich auch kein entsprechender innerer Widerstand gegen dieses moderne Wirtschaftssystem der Raubritter.

Besonders bedenklich ist, dass selbst die Wissenschaft, und gerade jene, die sich pflichtgemäß mit diesen Dingen auseinandersetzen muss, bis auf wenige Ausnahmen (Othmar Spann65) immer noch im Bann der gegenwärtigen interessenorientierten kapitalistischen Wirtschaft steht und von ihr abhängig ist. Die heutige Volkswirtschaft ist kein Wegbereiter für Wahrheit und richtiges Wissen, sondern hat sich zum Sprachrohr nationaler Wirtschaftskriminalität entwickelt.

Alle großen Wahrheiten und Weisheiten können von jedem einfachen Menschen in ihrem Wesen verstanden und ergründet werden. Nicht zu verwechseln ist damit die Tatsache, dass es naturgemäß nicht so einfach ist, zu solch grundlegendem Wissen zu gelangen. Gewiss, das Wissen selbst, die Intuition, ist wie ein helles Licht, das in der ewig nach Wissen dürstenden Seele leuchtet. Schwierig ist jedoch die darauffolgende Arbeit des Verstandes, der mühsam Stein für Stein schichten muss, um mit sorgfältigster Materialauswahl das gesamte Gedankengebäude so aufzubauen, dass das fertige Werk jedem als selbstverständlich erscheint.

In solchen Fällen gibt es kein größeres Lob, als wenn man gelegentlich von selbst zu solchen Gedanken gelangt. So erging es mir, während ich an diesem Werk arbeitete (Sommer 1923),

65 Othmar Spann (1878–1950) war ein österreichischer antisozialistischer Ökonom und Soziologe, der von den Wirtschaftstheorien Adam Müllers (1779–1829) beeinflusst war – einem Gegner von Adam Smiths materialistischer liberaler Ökonomie. Von 1919 bis 1938 war er Professor an der Universität Wien, bis ihm die Nationalsozialisten nach dem Bürgerkrieg seine Professur entzogen. Anschluss Österreichs. Obwohl Spann mit der nationalistischen Ausrichtung der NSDAP sympathisierte, wurden seine Ansichten über einen korporatistischen Staat von den Nationalsozialisten nicht uneingeschränkt geteilt.

Machine Translated by Google

Die hervorragende Arbeit eines inzwischen betagten österreichischen Ingenieurs W. Schober66, in der die gesamte verhängnisvolle Entwicklung der österreichischen Finanz- und Kreditsituation bereits vor 30 Jahren mit beispielloser Klarheit vorhergesagt wurde.

Schober wies darauf hin, dass nur eine vollständige Abkehr von den grundlegend falschen nationalen Wirtschaftsdoktrinen die verheerende Entwicklung der Volkswirtschaft aufhalten könne – leider ohne den geringsten Erfolg.

Der Hauptgrund lag damals darin, dass sich Schobers Freunde von der Christlich-Sozialistischen Partei nach anfänglicher Begeisterung mit fadenscheinigen Ausreden von ihm abwandten: „Die Zeit ist noch nicht reif“, in Wirklichkeit aber, weil es der christlichen Hochfinanz nicht passte.

Die Bank hat längst aufgehört, der vertrauenswürdige Vermittler zwischen Sparkapital und den Bedürfnissen der Wirtschaft sowie dem Betriebskapital zu sein. Heute sitzen die Direktoren und Beauftragten der Großbanken in allen Aktiengesellschaften. Nichts geschieht ohne das Wissen der Bank. Und welches Interesse hat die Bank heute noch an der Wirtschaft? Ihr einziges Interesse gilt dem Kapital, das einen möglichst hohen Gewinn abwirft; wie genau, ist ihr völlig gleichgültig. Sie sieht ihre Aufgabe nicht darin, die Wirtschaft durch die Vergabe von Krediten zu günstigsten Konditionen zu nähren, gerade wenn die Volkswirtschaft von schwersten Krisen bedroht ist – dabei wäre dies ihre wichtigste Aufgabe. Die Großbanken neigen vielmehr dazu, genau dann mit Kreditpaketen und Kreditangeboten aufzutauchen, wenn die produzierende Industrie am dringendsten einen Vorschuss für ihre Produktion benötigt.

Man könnte sich weiterhin Folgendes fragen: Welchen Bedarf decken die Banken? – Man wird sagen: den Geldbedarf. Natürlich. Aber wie und unter welchen Bedingungen? Der Bäcker, der Schuster, der Fabrikbesitzer, der Geschäftsmann decken tatsächlich den realen Bedarf an Nahrung, Kleidung usw. und erhalten dafür den entsprechenden Gegenwert, den Preis, in Geld oder durch eine Geldüberweisung. Damit ist der Bedarf gedeckt, und der Fabrikbesitzer usw. verfügt wieder über Betriebskapital für Einkäufe, Lohnzahlungen und die weitere Produktion. Hier schließt sich der Wirtschaftskreislauf. Der Produzent befriedigt den Bedarf des Konsumenten, das Geld erfüllt seine Funktion als Tauschmittel und kurbelt die Wirtschaft in den Händen des Produzenten erneut an.

Ganz anders verhält es sich im Geldverleihgeschäft. Erstens besteht für Banken keine Verpflichtung, ihr Gut – Geld – zu verschenken, wie es beispielsweise für Händler der Fall ist. Sie können daher sicherstellen, dass sie nur an ihnen wohlgesonnene Personen Geld vergeben. Zweitens verlangt die Bank in den meisten Fällen Sicherheiten, die den Kreditbetrag bei Weitem übersteigen. Darüber hinaus verlangt sie eine Schuldurkunde, mit der sich der Schuldner zur Rückzahlung der Schulden mit seinem gesamten Vermögen und zukünftigen Einkommen verpflichtet. Mit anderen Worten: Für die Kreditvergabe greift die Bank auf Vermögenswerte zurück, die weit über die Kreditsumme hinausgehen; außerdem lässt sie eine Schuldurkunde ausstellen, die das Arbeitseinkommen des Schuldners ihrem Zugriff aussetzt. Doch das genügt nicht: Für diesen doppelt und mehrfach besicherten Kredit lässt sich die Bank zusätzlich in Form von Zinsen bezahlen, die im Laufe der Zeit enorm anwachsen. Wir haben es hier also mit einem Verfahren zu tun, das wirtschaftlich betrachtet überhaupt keine produktive Leistung darstellt; die Gegenleistung – Verpfändung, Schuldschein – erfolgt sofort, und darüber hinaus muss der Schuldner einer weiteren fortlaufenden Zahlung zustimmen, die in wenigen Jahren den Wert des erhaltenen Geldes übersteigt, ohne dass der Verpfänder

66 Wenzel Schober (1846–1928) war ein österreichischer Eisenbahningenieur, der – ähnlich wie der Wiener Professor Josef Schlesinger (1830–1901) – in seinen wirtschaftswissenschaftlichen Schriften die Abhängigkeit von jüdischen internationalen Finanzinstitutionen als Hauptursache der wirtschaftlichen Probleme Österreichs identifizierte. Zu seinen Hauptwerken zählen „Die Noth und ihre Ursachen“, 3 Bände, Wien, 1880–82, und „Die Valuta-Regalierung in Österreich“, 1892.

Machine Translated by Google

Freiheit erlangen oder die Schulden begleichen. Ein solches Finanzgeschäft ist natürlich aus nationalwirtschaftlicher Sicht absurd, es ist nichts anderes als Wucher.

Der wahre Sinn von Kredit, der Glaube an die größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines anderen, liegt darin, dass der Besitzer von Ersparnissen, der sein Geld nicht selbst gewinnbringend einsetzen kann, sich an jemanden wendet, dem er vertraut und der ihm die Garantie gibt, ihm seine Ersparnisse auf Verlangen vollständig und unvermindert zurückzuzahlen. Stärkt das Darlehen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schuldners, sodass er deutlich höhere Gewinne erzielen kann, so kann dies als Akt der Fairness oder Dankbarkeit gelten, wenn der Schuldner dem Gläubiger neben der Rückzahlung des Geldes auch einen Anteil an seinem Gewinn abgibt. *Diese Auffassung von privater Geld- und Kreditwirtschaft prägte das gesamte Mittelalter und bildete den Kern der kirchlichen Zinslehre. Die Forderung nach Zinsen galt als Wucher.* Heute ist der von der Kirche als Wucher verurteilte Zins tatsächlich zum Axiom unserer gesamten Wirtschaft geworden – das nationale wirtschaftliche Verständnis von Kredit ist zu einem nationalen wirtschaftlichen Unsinn verkommen. Für den wohlhabenden Mann ist eine solche Doktrin zweifellos die Quelle dauerhaften, mühelosen Reichtums. Nicht etwa, weil Gold – wie es den Anschein erwecken mag – tatsächlich eine Macht wäre, die Geld aus sich selbst erzeugt, ein übermenschliches Phänomen, das, befreit von den irdischen Gesetzen der Vergänglichkeit, alles unvergänglich und ewig in seinen Bann zieht, sondern weil es in der modernen Finanz- und internationalen Ökonomie schlichtweg als Gesetz gilt, dass jede Art von Finanzvermögen einen angeborenen Anspruch auf Zinsen hat, der dem Geld gewissermaßen innewohnt. Diese ungeheuerliche Umkehrung des Verhältnisses von Arbeit und Geld wird als Gesetz akzeptiert, als etwas Unantastbares, als etwas, für das die sich damit befassende Wissenschaft eine Vielzahl von Begründungen liefern muss.

Nur so war es möglich, die gesamte Volkswirtschaft von ihrer einzigen und natürlichen Aufgabe, den Bedarf zu decken und damit Arbeit und Nahrung für alle zu schaffen, abzulenken und sie in erster Linie als Instrument zur persönlichen Bereicherung der Eigentümer von Bank- und Börsenkapital zu missbrauchen.

Es ist mittlerweile ein beliebter Trick im politischen Kampf gegen unsere Bewegung, unseren Widerstand gegen die *hochkapitalistische Ausbeutung* unserer Volkswirtschaft und unseren Kampf für eine Volkswirtschaft, die den Forderungen sozialer Gerechtigkeit gerecht wird, als Gegensatz zwischen Eigentum und anderen Besitzformen darzustellen, unsere Forderung „Gemeinwohl vor Eigeninteresse“ als kommunistisch zu verunglimpfen. Demgegenüber sollten wir stets auf Artikel 8 des nationalen und wirtschaftlichen Programms verweisen (Das Programm, S. 35):

Der Nationalsozialismus erkennt grundsätzlich das Privateigentum an und stellt es unter „staatlicher Schutz“.

Es wird jedoch Aufgabe des Gesetzgebers sein, die Grenzen in Bezug auf die Anhäufung maßlosen Reichtums in den Händen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Positiv für die Wirtschaft selbst entsteht als Forderung an die gesamte Wirtschaft und ihre Aufgaben im Geiste des Nationalsozialismus die Forderung Nr. 10 des „Nationalen und Wirtschaftlichen Programms“: *Alle Deutschen bilden eine Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des gemeinsamen Wohls und der Kultur des deutschen Volkes.*

Hieraus leitet sich wiederum die moralische Forderung ab, dass *jeder Deutsche geistig und körperlich nach seinen Kräften arbeiten müsse, dass aber diese Arbeit in das Ganze eingebunden werden müsse.*

Ich betone, dass es sich hierbei um eine moralische Forderung handelt. Es geht daher nicht um die Errichtung eines Arbeitszwang, wie er in Sowjetrussland eingeführt wurde. Etwas ganz anderes ist die

Machine Translated by Google

Einführung der von uns geforderten einjährigen Pflichtarbeit für jeden Deutschen vor dem Erwerb der vollen Staatsbürgerschaft.

Etwas ganz anderes ist, dass unser Hauptziel genau darauf abzielt, allen nationalen Genossen, die in ihrer Jugend und im Erwachsenenalter fleißig gearbeitet haben, einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern. Gerade im Falle einer Volkswirtschaft, die nicht ständig unter der blutigen Last der Zins- und Gebührenverpflichtung zur Kapitalleihe leidet, wird, muss und kann es leicht erreicht werden, dass sie große Überschüsse so ausschüttet, dass allen Volksgenossen eine angemessene und ausreichende Altersrente – ähnlich der Ruhestandsbezüge von Beamten – beim Erreichen eines bestimmten Alters oder im Falle einer vorzeitig eingetretenen Arbeitsunfähigkeit gewährleistet ist.

Ich bringe diese sozialpolitische Forderung hier ein, weil die Erfüllung dieser Aufgabe zur Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft gehört, weil sie nicht nur dem Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes ständig sagen kann: Du musst arbeiten!, sondern weil sie hinter dem Arbeitszwang etwas Tröstliches und Versöhnendes schafft – die Aussicht auf einen gesicherten Lebensabend für jeden, der sein Leben lang seine Pflicht erfüllt hat.

Zur grundlegenden Anerkennung des Privateigentums als Fundament unserer Wirtschaft gehört selbstverständlich auch der Schutz des Rechts jedes Deutschen auf freie Erwerbstätigkeit und freie Verfügung über sein Arbeitseinkommen und sein erworbenes Vermögen (Nr. 11 des „Nationalen Wirtschaftsprogramms“). Die Einschränkung dieses Grundrechts ist nur durch das Gesetz zulässig, wobei der Grundsatz zu beachten ist, dass nur solche Arbeit als Arbeit gilt, die nicht den Interessen der Gemeinschaft zuwiderläuft. Auch Kettenhandel und Wucher verursachen zweifellos viel Arbeit; so vergießt ein Einbrecher bei seiner „Arbeit“ oft mehr Schweiß als der Maurer beim Hausbau, doch dient diese „Arbeit“ einseitig der persönlichen Bereicherung auf Kosten und zum Schaden anderer. Solche „Arbeit“ ist daher im Allgemeinen schädlich und muss daher mit aller Härte bestraft werden.

Eine derart ausdrückliche Festlegung ist keineswegs überflüssig, denn die Rechtspraxis zeigt allzu oft und in erschreckendem Ausmaß, wie viele Tätigkeiten dort als ehrliche Arbeit gelten. Es gibt auch eine ganze Reihe von Tätigkeiten, die sich sehr nahe an der Grenze befinden, wo man kaum sagen kann, dass diese Arbeit noch „mit dem Ganzen“ harmoniert.

In jedem Fall müssen rechtliche Instrumente geschaffen werden, um all jene Aktivitäten oder Unternehmungen zu unterbinden, die sich in physischer oder geistiger Hinsicht gegen die nationale Gesundheit richten. Dasselbe gilt für die Ausbeutung der Notlage der Bevölkerung durch Profitgier und Wucher.

Für solche Schädlinge, die der Nation feindlich gesinnt sind, fordern wir die Todesstrafe. Finanziell Gegen solche skrupellosen Menschen sind weder Strafen noch Gefängnisstrafen wirksam.

Kurz gesagt, wird die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus darauf abzielen, eine grundsätzlich falsche Konzentration der Ökonomie auf die Profitabilität zu beseitigen und deshalb die einzig richtige und vernünftige Aufgabe der Volkswirtschaft wiederherzustellen: die Befriedigung der Nachfrage.

Dies schließt in keiner Weise Einkommen und Gewinn für Händler, Fabrikbesitzer und ehrliche Geschäftsleute aus; im Gegenteil, es sollten in keiner Weise Schwierigkeiten für das berechtigte Streben nach Einkommen geschaffen werden, solange dieses Streben im Rahmen der öffentlichen Interessen liegt.

Es geht daher um eine reinigende Maßnahme und anschließend um den Erhalt einer deutschen Wirtschaft, die sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Leistung einwandfrei ist. Darunter ist die Forderung Nr. 12 des „Nationalen Wirtschaftsprogramms“ zu verstehen: *Die gesunde Kombination von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in allen Bereichen der Wirtschaft, also auch in der Landwirtschaft, bleibt bestehen.*

Machine Translated by Google

Damit einher geht auch die grundlegende Stellung des Nationalsozialismus gegenüber den verschiedenen Gesellschaftsordnungen.

Der Nationalsozialismus *wird die Landwirte mit allen Mitteln unterstützen und fördern, da sie das Fundament einer mächtigen Nation und die Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung bilden.*

Sollte Punkt 17 des Programms eine Klausel enthalten, die unter besonderen Umständen eine freie Enteignung vorsieht, so war damit, wie Adolf Hitler am 13. April 1928 verkündete, lediglich die „Schaffung rechtlicher Möglichkeiten zur gegebenenfalls notwendigen Konfiszierung von Land gemeint, das auf unrechtmäßige Weise erworben oder nicht im Sinne des Volkswohls verwaltet wurde. Dies richtet sich somit hauptsächlich gegen jüdische Landspekulationsgesellschaften.“ Diese Klausel diente daher ausschließlich dem Schutz der einheimischen Bevölkerung.

Dem Nationalsozialismus liegt besonders am Herzen *der Wohlstand und die Unabhängigkeit einer gesunden Handels- und Kaufmannsschicht.*

Und selbst an den Produktionsformen der sogenannten Schwerindustrie gibt es aus nationalsozialistischer Sicht nichts Wesentliches auszusetzen. Gerade diese Großindustrie hat alles vorbildlich rationalisiert, das heißt, sie hat keine Kosten gescheut, um bessere und einfachere Produktionsmethoden zu entwickeln. Die gegenwärtige Überlastung der Betriebe –
Das Ziel der Vergemeinschaftung – mit einer übermäßigen Anzahl von Menschen, die eigentlich entbehrlich sind (wir denken hier vor allem an die Notwendigkeit, eigene Steuer- und Versicherungsbeamte usw. zu unterhalten) – wirkt natürlich direkt gegen die Verstaatlichungsbestrebungen der Industrie.

Am Ende dieser wirtschaftspolitischen Aufgaben des Nationalsozialismus steht eine weitere enorme organisatorische Leistung: *die Einführung eines Arbeitsdienstesjahres für jeden Deutschen.*

Auch hier ist es ein zutiefst moralisches Prinzip, das diese Forderung aufwirft – die Pflicht.

Wer die Rechte der Staatsbürgerschaft ausüben möchte, muss auch dem Staat gedient haben, er muss sich durch Taten und ohne Entgelt, also ohne Möglichkeit der Bereicherung, als pflichtbewusst und loyal gegenüber seinem Staat erwiesen haben, genau wie der Soldat seinem Vaterland dient.

In der Idee des obligatorischen Arbeitsdienstes erkennen wir eine völlig ergänzende Idee zur Idee des allgemeinen Wehrdienstes.

So sehr wir es auch begrüßen würden, die Ausbildung zum fähigen Soldaten im Vergleich zur früheren zwei- bis dreijährigen Dienstzeit erheblich zu verkürzen, so sehr halten wir es auch für notwendig und ratsam, dass jeder junge Deutsche mit einer oder mehreren Wirtschaftszweigen vertraut gemacht wird, in denen er dem Staat dienen kann.

Das Pflichtbewusstsein hinsichtlich der Arbeitsqualität hat unter der Herrschaft der Maschine und der noch verheerenderen Doktrin der Klassenfeindschaft der Arbeiter gegen die Unternehmer so sehr gelitten, dass eine Schulung in diesem Bereich unter strenger staatlicher Leitung nach einheitlichen Prinzipien völlig unerlässlich erscheint. Gerade die Unternehmer im besten Interesse der Allgemeinheit werden eine solche Institution begrüßen und sie keinesfalls als Konkurrenz betrachten. Eine solche Arbeitsarmee kann ohnehin keine Konkurrenz darstellen, da erfahrungsgemäß jede produktive Wirtschaftstätigkeit des Staates übermäßig mit seinem Staatsapparat belastet ist, weil die Beschäftigung und Ausbildung einer jungen, unerfahrenen Arbeitskraft zu viel von seiner Leistungsfähigkeit beansprucht.

Andererseits wird es die Aufgabe dieses Arbeitsdienstjahres sein, die jungen Leute in den staatlichen Modellbetrieben besser mit allen technologischen Fortschritten vertraut zu machen. Sie sollten, wenn

Machine Translated by Google

nach Möglichkeit den tatsächlichen Bedarf der Arbeitskräfte und der im Militärdienst stehenden nationalen Genossen decken.

Ein Wettbewerb des Staates mit dem Rest der Volkswirtschaft kommt somit nicht in Frage; er könnte allenfalls in bestimmten Bereichen als Preisregulierer mit Marktpreisen fungieren, die den freien Kaufleuten und freien Unternehmern noch einen weiten Spielraum für einen angemessenen Gewinn lassen.

Es kann nicht Aufgabe dieses Manifests sein, weiter ins Detail zu gehen. Dennoch müssen die Einzelheiten kurz skizziert und erläutert werden, denn wir wissen, dass eine richtige Lösung dieser Frage für die Erholung unserer Wirtschaftsmoral von enormem Vorteil sein wird, ganz abgesehen von dem Nutzen, den die gesamte Wirtschaft daraus ziehen wird, dass die Pflicht gegenüber der Arbeit als moralische Pflicht gegenüber der Nation wiederbelebt wird.

Hinsichtlich der Stellung des Staatsbürgers in Bezug auf die Volkswirtschaft
Bismarck erklärte einst:

„Wir leben nicht, um glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu erfüllen.“

Dieses moralische Prinzip bildet auch die Grundlage unserer Haltung gegenüber dem Staat und der Wirtschaft.

Machine Translated by Google

Nationale Finanzreform – Geld und Kredit im Nationalsozialistischer Staat

„Das Prinzip des Eigeninteresses.“

Die Forderung nach der Überwindung der Zinsknechtschaft ist in einem politischen Programm bahnbrechend neu. Allein diese Tatsache würde genügen, um in den breitesten Kreisen einen äußerst vehementen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu entfachen.

Der weitaus größte Teil der Gegner besteht aus jenen, die durch die gegenwärtige zinskapitalistische Wirtschaft tatsächlich alles verloren haben und die, in diesem Denken aufgewachsen, immer noch den Verlust bereits verlorener Privilegien fürchten. Dieser Opposition fehlt es an Eigeninitiative, denn gerade der Mangel an innerer Motivation ist charakteristisch für den Kreis, der im Ideal der Kapitalrente gefangen ist.

Eine weitere Gruppe bilden diejenigen, die von Krediten abhängig sind oder zumindest glauben, es zu sein. Diese Gruppe fürchtet natürlich nicht wirklich die Abschaffung der Zinszahlungspflicht, sondern vielmehr die Tatsache, dass sie kein Betriebskapital mehr erhalten würde, wenn nicht alles so bliebe wie bisher.

Eine weitere Gruppe sind die wunderbaren Nationalökonomen, für die der Widerstand gegen das Problem Die Befreiung von Zinsen ist das A und O ihrer nationalen wirtschaftlichen Weisheit.

Eine weitere Gruppe sind die Böswilligen, die zwar nicht die bessere Sichtweise vertreten, aber aus persönlichen oder parteipolitischen Gründen diese Grundforderung des Nationalsozialismus mit falschen Behauptungen und Verdrehungen bekämpfen.

Dass die Kreise der internationalen Finanzwelt, die das Zinsprinzip anwenden, genau dort angesiedelt sind Die Antwort auf diese Forderung, unsere unversöhnlichsten und erbittertsten Feinde, liegt auf der Hand.

Abgesehen von der böswilligen und der beruflich interessierten Opposition sind die Hauptgründe für eine feindselige und misstrauische Haltung Unwissenheit und intellektuelle Faulheit, Dummheit.

Wir haben es hier mit ziemlich mächtigen Gegnern zu tun, mit Gegnern, bei denen jedes System, das man durchzusetzen versucht, scheitert, die wie Quallen vor dem Druck überzeugender Erklärungen zurückweichen, aber unmittelbar nach dem Nachlassen des Drucks wieder in die alten Denkweisen zurückfallen.

Was genau versteht man unter „Zinssklaverei“? *Zinssklaverei* bezeichnet die zinsgebundene Verschuldung des Staates und der Bevölkerung gegenüber supranationalen Finanzmächten. Es handelt sich also um eine neue Form der Sklaverei, die Sklaverei unter der Herrschaft des Finanzwesens. Diese Sklaverei ist furchtbarer und grausamer als jede Herrschaftsform unter absolutistischen Fürsten, da sie unpersönlich und ohne jegliches Mitgefühl ausgeübt wird, einzig und allein getrieben von einem unstillbaren Drang nach Expansion und Macht, von einer beispiellosen Gier nach Macht.

Die gängige Redewendung für die Existenz dieser Regel lautet: „Geld bewegt die Welt“.
Hier dient Geld lediglich als Symbol finanzieller Macht. Geld selbst, also die Währungen aus Metall und Papier, ist an sich weder gut noch schlecht und übt keinerlei Herrschaft aus. Geld als Währung ist für den Austausch von Waren und Dienstleistungen unerlässlich. Daher sind alle Versuche, die Herrschaft der Finanzmächte allein mit den Mitteln des Geldes zu bekämpfen, von vornherein verfehlt und zum Scheitern verurteilt, denn in diesem Fall geht es nicht um ein eng gefasstes Währungssystem, sondern um Machtfragen.

Geld als Machtinstrument ist an sich, wie bereits erwähnt, weder gut noch schlecht; es kommt allein auf seine Verwendung an. Die Tatsache, dass es auch mörderisch, also missbraucht, eingesetzt werden kann, ändert nichts daran, dass es weder gut noch schlecht ist.

Machine Translated by Google

Jegliche Art und Weise, mit der Geld sinnvoll eingesetzt wird, kann seine unzähligen und unverzichtbaren Verwendungsmöglichkeiten neutralisieren. Selbst Geld hat einen positiven Einfluss auf die Volkswirtschaft, wenn es sinnvoll verwendet wird. Nicht umsonst wird Geld als das Blut des nationalen Wirtschaftskörpers bezeichnet. Solange Geld seiner Aufgabe als Tauschmittel treu bleibt, solange erhaltenes oder verdientes Geld wieder in die Wirtschaft zurückfließt, *kann* es keinen schädlichen Einfluss auf die Volkswirtschaft ausüben.

Nun kommt ein weiterer Faktor ins Spiel: der Wunsch, Geld als Sparmittel zu nutzen. Dieser Wunsch ist an sich völlig berechtigt, im Gegenteil, es ist nur zu wünschen, dass der Sinn des Sparens wieder an Bedeutung gewinnt – wenn, ja, wenn Sparen unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt noch möglich wäre. Die anhaltende, bedrohliche Entwertung unseres deutschen Geldes durch eine unverantwortliche staatliche Finanzpolitik macht Sparen tatsächlich sinnlos, denn nach wenigen Wochen oder Tagen kann der Wert des Geldes auf einen Bruchteil seines früheren Wertes gesunken sein. Damit Geld also seine Funktion als Sparmittel erfüllen kann, muss es wertstabil sein .

Da das deutsche Geld aus Gründen, die wir noch untersuchen müssen, derzeit keinen stabilen Wert besitzt und auch zukünftig keinen haben kann, sucht der deutsche Sparer in jeder instabilen Phase nach wertstabilem Geld. Solches wertstabiles Geld sind die sogenannten Edelmetallwährungen, der Dollar, der Schweizer Franken und der niederländische Gulden, die Währungen der skandinavischen Völker usw. sowie das Metallgeld aus Edelmetallen.

Doch nun steht die volkswirtschaftliche Aufgabe des Geldes als Betriebskapital im Widerspruch zu diesem Wunsch nach der Akkumulation von stabilem Geld. Um diese Frage in ihrer ganzen Tiefe zu verstehen, müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass Geld seinem Wesen nach nichts anderes ist und sein sollte als ein *„Zeugnis geleisteter Arbeit“.* Die übliche Erklärung: „Geld ist ein Tauschmittel“ ist keineswegs falsch, aber sie erschöpft die Frage nicht. Es ist eine Aufgabe des Geldes, ja sogar seine wichtigste, den Warenaustausch zu vermitteln. Diese Aufgabe erfüllen aber auch andere Dinge wie die Teebeutel der Chinesen, die Kaurimuscheln der Schwarzen usw. Das innerste *Wesen* des heute vom Staat ausgegebenen Geldes sowie der Geldersatzprodukte besteht darin, dass sie Zeugnisse – man könnte auch Belege – für von anderen Personen geleistete Arbeit sind. Unter „geleisteter Arbeit“ müssen wir jedes Wirtschaftsprodukt umfassend verstehen, also auch Rohstoffe, denn auch diese haben nur dann einen Handelswert, wenn sie abgebaut und auf den Markt gebracht werden. Um diesen Warenaustausch untereinander zu erleichtern, ja, um ihn in einer komplexen Wirtschaft überhaupt erst möglich zu machen, musste ein Tauschmittel erfunden werden, das es dem Produzenten eines einzigen Gutes ermöglichte, seinen *vielfältigen* Bedarf durch dieses allgemein gültige Tauschmittel zu decken. Ein Schuster fertigt Jahr für Jahr Schuhe und Stiefel an – doch er braucht sein tägliches Brot, Fleisch, Milch, Eier, Kleidung und so weiter. Der Bäcker, von dem der Schuster sein Brot bezieht, benötigt zwar ein oder zwei Paar Stiefel im Jahr, kann aber nicht den gesamten Jahresbedarf an Brot allein mit Stiefeln decken. Er muss schließlich auch seinen Müller und Brennholzlieferanten für Mehl und Brennstoff bezahlen, doch auch diese können keine zusätzlichen Stiefel mehr benötigen, da sie selbst bereits Schuhe und Stiefel von einem anderen Schuster beziehen.

Der Bäcker kann den Müller natürlich nicht mit seinen eigenen Produkten für sein Mehl bezahlen; er muss Brot für die Gemeinschaft backen. Anders ausgedrückt: Eine reine Tauschwirtschaft ist in einer entwickelten Volkswirtschaft mit weitgehender Arbeitsteilung praktisch unmöglich. Ein *Tauschmittelgeber* ist daher unerlässlich. In seiner allgemeinsten Form muss dieses Tauschmittel ein allgemein anerkanntes, staatlich geschütztes Verzeichnis der Erzeugnisse der Volkswirtschaft sein; man muss mit diesen Verzeichnissen auch etwas kaufen können, und jeder muss verpflichtet sein, seine Handelswaren gegen dieses Tauschmittel anzubieten.

Machine Translated by Google

Es ist beispielsweise auch falsch zu sagen, dass Geld ein Nachweis für geleistete Arbeit sei. Man betrachtet dieses Geld zwar als geleistete Arbeit, aber nicht, weil damit bereits ein Wirtschaftszyklus abgeschlossen wäre, sondern weil es tatsächlich die Aufzeichnung einer Vielzahl von geleisteten Arbeitstätigkeiten darstellt – Aufzeichnungen, mit denen jeder seinen Lebensunterhalt und seine sonstigen Bedürfnisse befriedigen kann. Erst wenn dieses Bedürfnis befriedigt ist und das Geld wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließt, ist der grundlegende Geldkreislauf abgeschlossen. Bleibt das Geld jedoch als gehortetes oder gespartes Geld in einer Hand liegen, so findet nur ein halber Austausch, nur ein halber Zyklus statt. Das Geld hat seinen Zweck noch nicht erfüllt, im Gegenteil, es wurde dem Zweck entzogen, für den es geschaffen wurde und für den es existiert. Wir müssen daher grundsätzlich feststellen, dass diese Unterbrechung der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes aus volkswirtschaftlichen und volkspolitischen Gründen unzulässig ist. Es ist offensichtlich nicht möglich, dass jeder erhaltene Finanzbetrag sofort ausgegeben werden muss, dass der Finanzmarkt so reichlich mit Geld versorgt werden muss, dass jeder Privatmensch seine wirtschaftlichen Vorkehrungen so treffen kann, dass er sich Summen zur Deckung seines monatlichen Bedarfs oder Beträge für größere einmalige jährliche Ausgaben zurücklegt; vielmehr muss es aus nationalwirtschaftlicher Sicht als völlig unzulässig erklärt werden, dass die vom Staat für das Wohl der Gemeinschaft ausgegebene Währung als gehortetes Geld aus dem öffentlichen Umlauf genommen wird.

Dem Finanzsystem entspricht daher auch die Ausgabepflicht, das heißt die Pflicht zum Das erworbene Geld wieder in Umlauf bringen.

Man kann an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich betonen, dass Sparen dadurch keineswegs unmöglich wird. Sparen, richtig verstanden, ist keinesfalls habgieriges und geiziges Horten von Geld, sondern – wenn man die beliebte Kombination des Spargedankens mit der Kinderhilfe verwenden möchte – , Es geht um die Schaffung und den Erwerb von Gütern, den Kauf oder Bau eines kleinen Hauses, den Erwerb wertvoller Gegenstände, von Sammlungen, Büchern, Bildern, Haushaltswaren, die Erweiterung und Verbesserung des Geschäftsbetriebs, die Aufstockung der Lagerbestände usw., und das ist eine weitaus bessere Art des „Sparens“ als das Horten von Gold.

Gerade wir Deutschen mussten in dieser Frage eine umfassende Weltanschauung erlernen. Das eben beschriebene richtige „Sparen“ hat sich am besten bewährt, das falsche, auf Geld fixierte Sparen wurde bitter bestraft.

Dieses untrügliche Gespür der Menschen, selbst in solchen Angelegenheiten, spiegelt sich treffend in Sagen und Märchen wider. Das gehortete Geld verwandelt sich in wertlosen Klumpen, verschwindet oder bringt endloses Unglück. Andererseits gilt überall und jederzeit: Wer durch Fleiß „etwas erreicht“ hat – und unter dieser gesunden Denkweise versteht man stets eine blühende Privatwirtschaft, sei sie nun Handel, Gewerbe oder Industrie – hat sich Respekt und Ansehen erworben. Eine solche Vermögensentwicklung ist unbedenklich, sie widerspricht nicht dem Wesen des Geldes, sondern ist als florierendes Mitglied der gesamten Wirtschaft im besten Sinne des Wortes sozial.

Nach diesen kurzen, aber notwendigen, weil unerlässlichen, Bemerkungen zum Finanzsystem kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Frage zurück: „Was verstehen wir unter Zinssklaverei?“

Wenn durch das Zurückhalten von Geld in den Händen von Menschen, die sich der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes nicht bewusst sind, oder noch mehr in den Händen jener, die das gesammelte Geld als Machtinstrument nutzen wollen, eine Pattsituation entsteht, wird das im Umlauf befindliche Geld knapper, es kommt zu einer Geldknappheit. Doch diejenigen, die Geld besitzen, geben es – im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesundheit – nicht wieder in Umlauf, da sie ihrerseits laufende Bedürfnisse befriedigt, Häuser gebaut oder andere Dinge erworben haben.

Machine Translated by Google

Es handelt sich um Handels- oder Industrieprodukte. Sie nehmen dem Unternehmer oder Fabrikbesitzer, der das Betriebskapital für den Erhalt seines Unternehmens unbedingt benötigt, nicht seine Produkte weg, sondern geben ihm das Geld, das ihnen – im volkswirtschaftlichen Sinne – *unrechtmäßig* vorenthalten wurde, gegen eine besondere Gebühr – gegen Zinsen. *Der volkswirtschaftliche Druck beginnt.*

Das Verhältnis zwischen der Güterproduktion – dem Produzenten – des volkswirtschaftlichen Arbeiters und dem Geld wird mit einem Schlag auf den Kopf gestellt. Das Geld, das seinem Wesen und seiner Erfindung nach der Wirtschaft dienen sollte, hat sich plötzlich emanzipiert und übt Druck auf die Güterproduktion aus. Die Finanzherrschaft beginnt. Gewiss ist die Privatwirtschaft froh, dass sie ihre Betriebe zumindest auf diese Weise erhalten kann, denn sie fühlt sich verpflichtet, der volkswirtschaftlichen Produktion zu dienen. Der Geldhortende zieht aus diesem Gefühl der volkswirtschaftlichen Pflicht des volkswirtschaftlichen Arbeiters einen doppelten Vorteil: Erstens erhält er einen Schuldschein – also einen Rechtstitel –, demzufolge der Schuldner mit seinem gesamten Vermögen zur uneingeschränkten Rückzahlung der geliehenen Summen haftet; in den meisten Fällen werden weitere bestimmte Vermögenswerte als Sicherheit hinterlegt. Zweitens muss sich der Schuldner zusätzlich zu einer fortlaufenden Sonderzahlung verpflichten, die man Zinsen nennt.

Der garantierte Kredit wird somit nicht aus Gründen gewährt, die dem wörtlichen Sinn des Wortes Kredit entsprechen, also dem Vertrauen in eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, *sondern einzig und allein mit der Absicht, die Notwendigkeit des Unternehmers auszunutzen, sich ohne Anstrengung einen Teil seines Arbeitseinkommens zu sichern.* Der Kredit dient auch nicht der Produktionsförderung, sondern lediglich dazu, den Geldbesitz „profitabel“ zu machen. Für welche Unternehmen der Kredit verwendet wird, ist dem Gläubiger im Grunde völlig gleichgültig; falls er überhaupt Interesse daran hat, dann nur, um sich zu vergewissern, dass sein Geld sicher und vor allem verzinst ist .

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass das von den Banken vermittelte Kreditsystem heute so aufgebaut ist, dass der Kapitalist, der Besitzer von Geld und Kredit, im Allgemeinen völlig von der Arbeit entfremdet ist. Er hat keinerlei persönliche Beziehung zu den verschiedenen Produktionszweigen, in denen er, wie es so oft irreführend heißt, „sein Geld arbeiten lässt“. Was weiß der Aktionär schon von „Girmes“, „Pöge“, „Weser“, „Riebeck Montan“, „Otavi“, „Salitrera“, „Steaua Romana“⁶⁷? Was weiß er, was in diesen Betrieben hergestellt wird? Er hat kein Interesse daran, sondern nur das einseitige Interesse daran, ob die Aktien steigen oder fallen und wie hoch die Dividenden sind, die sein Kapital abwirft. Es ist ihm völlig gleichgültig, ob Aktiengesellschaften oder andere Formen kapitalistischer Tätigkeit (Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Gewerkschaft usw.) der Produktion im Allgemeinen dienen. Das Einzige, was zählt, ist die „Rentabilität“. Ein Beweis dafür ist die enorme Beliebtheit von Bankaktien. Die Großbanken und alle Kreditinstitute leisten im Allgemeinen keine produktive Arbeit im Sinne der Güterproduktion. Hier, im System der Großbanken, wird die Idee des Zinses – also die Möglichkeit, einen gigantischen Anteil der Einkommen produktiver Arbeit in den Besitz des bloßen Geldbesitzers zu übertragen, und zwar für diesen völlig mühelos – in regelrechter Orgie gefeiert. Heute gibt es kaum noch ein Unternehmen, das nicht in irgendeiner Form von der Bank abhängig ist, das nicht rein zinskapitalistisch geführt wird. Die gesamte nationale Wirtschaftstätigkeit ist vom Bank- und Börsenkapital abhängig und an dieses zinsgebunden.

67 Girmes ist ein Textilunternehmen, das von Johannes Girmes (1854-1912) gegründet wurde; Weser war eine Schiffbaugesellschaft, Riebeck-Montan war ein Bergbauunternehmen, Otavi war ein Bergbau- und Eisenbahnunternehmen, Salitrera war ein chilenisches Salpeterunternehmen, Steaua Romana ist ein rumänisches Ölraffinerieunternehmen.

Machine Translated by Google

Die Herren der Banken – die Eliten des Finanzwesens – sind damit auch die Herren der Produktion. Von ihnen hängt ab, ob die Produktion zum Erliegen kommt oder der Markt mit Unmengen von Schrott überschwemmt wird. Für den organisierten Privatsektor ist die Befriedigung der Nachfrage völlig nebensächlich.

Im Falle dieser interessenkapitalistischen Wirtschaftsform des modernen Kreditsystems haben wir es also mit der *vollkommensten nationalen wirtschaftlichen Unmoral zu tun,* mit einer totalen Perversion des Sinns des Finanz- und Kreditsystems als Diener der Wirtschaft hin zur Stellung des absoluten Herrn der Wirtschaft.

Kreative und produktive Arbeit ist zum Sklaven geworden, und der raffiniert räuberische, unaufhörlich mobile jüdische Geist des Wuchers beherrscht die Welt. Eine Erpressung, die nur durch die Herbeiführung eines künstlichen Ausnahmezustands mittels einer national wirtschaftlich unrechtmäßigen Geldzurückhaltung möglich ist. Und das gilt heute als gerechtfertigt, als ein Recht, das niemand anzutasten wagt, weil es ihn in Konflikt mit der weltbeherrschenden Macht des Großkreditkapitals br

Die Knechtschaft des Interesses ist perfektioniert!

Perfektioniert wurde dies dadurch, dass es den verführerischen Künsten des mobilen Geistes gelang, selbst den Staat, den eigentlichen Beschützer des Finanzsystems, an die Zinsknechtschaft zu binden, sodass auch er mit gefesselten Händen das internationale Kapital als seinen Herrn anerkennt und sich von seiner eigentlichen Aufgabe als Beschützer der Volkswirtschaft in die Rolle des Gerichtsvollziehers, des Zinseintreibers für große Kredite, ablenken ließ.

Machine Translated by Google

Die nationale Finanzwirtschaft

Es ist nun unsere besondere Aufgabe, diese Entwicklung der *nationalen Finanzwirtschaft nachzuzeichnen.*

Auch hier ist es der richtige Weg, von einer Feststellung der Fakten auszugehen, wie sie sich heute darstellen.

Das herausragendste Phänomen im nationalen Leben der Nationen des westlichen Kulturkreises ist die enorme *Verschuldung aller Staaten.* Ob Sieger oder Besiegter, alle tragen gigantische Schuldenlasten in ihren durch den Krieg schwer angeschlagenen Volkswirtschaften.

Das bedeutendste statistische Werk des Britischen Empires ist das Statesman Yearbook; dieses offizielle nationale Jahrbuch bietet den einzelnen Staaten einen genauen Überblick über den Zustand ihrer öffentlichen Schulden usw.

Demnach beliefen sich die Schulden Englands – also der englischen Arbeiterklasse – gegenüber dem internationalen Kapital am 31. März 1930 auf 7.596.000.000 Pfund Sterling, bei jährlichen Zinszahlungen von rund 350 Millionen Pfund Sterling. Es ist durchaus sinnvoll, diese Summe in Deutsche Mark umzurechnen, da man so am besten erkennt, dass es sich bei dieser Zinsfrage um eine internationale Angelegenheit von weitreichendster Tragweite handelt.

Frankreich schuldet seinen in- und ausländischen Gläubigern rund 279 Milliarden Goldfranken.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das gesegnete Land des Dollars, tragen eine Staatsverschuldung eine Belastung von rund 16 Milliarden Dollar.

In Kanada, Australien, Indien, Italien, der Tschechoslowakei, Polen – überall bietet sich uns dasselbe traurige Bild einer hoffnungslosen Verschuldung der Staaten und damit der Völker gegenüber dem internationalen Kapital. Überall dreht sich das nationale Leben um eine einzige Frage: Wie bezahlen wir die Zinsen für unsere Kredite, also für unsere Schulden gegenüber dem internationalen Finanzwesen, dem Großkapital?

Die Finanzministerien aller Staaten sind unermüdlich damit beschäftigt, neue Steuerquellen zu erschließen, die Parlamente beraten monatelang über die neuen Steuergesetze, doch jeglicher Widerstand ist zwecklos. Angesichts der Macht des internationalen Wucherkapitals und seiner vermeintlich „legalen“ Ansprüche auf Zinszahlungen brechen Parlamente und Regierungen immer wieder zusammen und bürden ihren Völkern beispiellose Steuerlasten auf, anstatt den Mut zu haben, diesem gigantischen internationalen Betrug mit einem klaren „Nein“ ein Ende zu setzen.

Unrecht wurde zum Gesetz, der Herr zum Sklaven.

Wie die Dinge in unserem armen Vaterland stehen, erleben wir täglich und stündlich.

Gewaltsam und kraftvoll erhob sich der junge deutsche Arbeitsgigant, nachdem er mit Blut und Eisen die nationale Einheit erreicht hatte. Sein unermüdlicher Einsatz und sein Schöpfergeist brachten immer neue Erfindungen hervor. Der deutsche Unternehmergeist und Wagemut eroberten die Weltmärkte. Mit erstaunter Sorge sahen die französischen und englischen Kredite der Rothschilds und anderer Bankmagnaten sowie das Treuhandkapital der amerikanischen Finanzwelt – der Kahns, Loebs, Speyers usw. – ihre Rentabilität ernsthaft bedroht. Der Wert der Deutschen Mark, also die Qualität und der günstige Preis deutscher Produkte, stieg stetig. Man konnte sich ausmalen, wann die Mark den Wert des Dollars erreichen und der englische Welthandel von Deutschland überholt sein würde. Man sah, wie überall auf der Welt die deutschen Verkehrsanlagen, die deutschen Bildungseinrichtungen, die deutschen Gesundheitsorganisationen, die deutschen Stadtverwaltungen und die deutschen Militärmethoden als Vorbild dienten. Man sah, wie überall auf der Welt deutsche Ingenieure als Pioniere deutscher Arbeitskraft Eisenbahnen, Brücken und Straßen bauten. All dies bedeutete jedoch, dass die Rentabilität des verliehenen Kapitals

Machine Translated by Google

Die internationale Finanzwelt war weltweit bedroht. Daraufhin beschloss die internationale Finanzwelt, unterstützt von der internationalen Freimaurerei, Deutschland einzukreisen und es mithilfe aller Mittel der Lüge und Verleumdung als Feind der Welt darzustellen. – Eduard VII. war nur eine Spielfigur in diesem Schachspiel. Die nationalistischen Leidenschaften wurden in England wie in Frankreich gegen Deutschland geschürt. Die politische Vorgeschichte des Weltkriegs zu schildern, gehört hier nicht hin, doch steht fest, dass Deutschland trotz seiner militärischen Stärke unterlegen war, da von einem politischen Gegenspiel zum Intrigenspiel der Entente-Mächte keine Rede sein kann (vgl. Rosenberg, *Internationale Freimaurerei 68).*

Selbst die einzige Gruppe in Deutschland, die noch außenpolitische Instinkte besaß, die Alldeutschen 69, ahnte nicht, dass es in diesem erbitterten Kampf der bewaffneten Nationen nicht um politischen Erfolg ging, sondern um die finanzielle Unterwerfung der deutschen Arbeiter unter die Zinsknechtschaft des internationalen Kapitals. Die militärische Überwältigung Deutschlands war natürlich Frankreichs Hauptziel, die Zerstörung der deutschen Marine das Hauptziel Englands, doch über diesen imperialistischen Zielen Frankreichs und Englands stand stets das Streben des internationalen Kapitals nach der Weltherrschaft.

Während sich die Völker in wilden Kämpfen gegenseitig zerfleischten und das Blut der Besten in Strömen auf den Schlachtfeldern floss, war das Judentum der ganzen Welt in Bewegung. Für ganz Juda war die Erntezeit gekommen.

Die Hochfinanz finanzierte den Weltkrieg; in allen Ländern der Welt saßen jüdische Schreiber in den Redaktionen der internationalen Presse und belogen und hetzten die Nationen zu immer neuen Kriegen gegeneinander auf. So wurden 26 Staaten in den Krieg gegen die Mittelmächte geführt. Aus dem Osten strömten unzählige Ostjuden in die deutschen Gebiete; sie drängten sich vor, feilschten und horten, bereicherten sich, nahmen Wohnungen in den Städten in Besitz und eigneten sich alles an, was sie bekommen konnten. In den Rüstungsbetrieben wurde diese Plünderung und Misswirtschaft der deutschen Arbeiter von jüdischen Angehörigen übernommen, und die Juden drängten sich in alle Positionen von Staat und Wirtschaft. Die innere Demoralisierung wurde ebenfalls bewusst von Juden, den Haases, Dittmanns, Cohns, Luxemburgs, Barths, dann den Parvus-Helphands, Eisners, Leviens, Gradnauers70, vorangetrieben, die von ehrgeizigen Menschen, Narren und machthungrigen Verbrechern gegen das deutsche Volk agitiert und angestiftet wurden.

---

68 Alfred Rosenberg veröffentlichte ein Werk mit dem Titel Das Verbrechen der Freimanrerei (1921) sowie Freimaurerische Weltpolitik im Lichte der kritischen Forschung (1929) in der Reihe Nationsozialistische Bibliothek, Bd. 9.

69 Der Alldeutsche Verband war eine 1891 gegründete deutsche nationalistische Organisation. Während des Ersten Weltkriegs förderte der Verband deutsche expansionistische Ziele und unterstützte nach dem Krieg General Erich Ludendorff (1865–1937) in seiner Behauptung, Deutschland sei im Krieg von Sozialisten und Demokraten verraten worden.

70 Hugo Haase (1863–1919) war ein jüdischer Sozialist, der 1911 gemeinsam mit dem Deutschen August Bebel Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurde. Er bekannte sich zum Pazifismus und organisierte im Juli 1914 eine große Antikriegskundgebung. Wilhelm Dittmann (1874–1954) war ein prominentes SPD-Mitglied, das wegen seiner Teilnahme am Streik der Berliner Rüstungsarbeiter im Februar 1918 zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Während und nach der Novemberrevolution nach dem Ersten Weltkrieg spielte Dittmann als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) eine aktive Rolle im Parlament. 1933, nach Hitlers Machtergreifung, floh Dittmann in die Schweiz. Oskar Cohn (1869–1934) war ein jüdischer Politiker, der mit Karl Liebknecht, dem Gründer des Spartakusbundes, zusammenarbeitete und ein überzeugter Zionist war. Er floh nach Deutschland.

Rosa Luxemburg (1871–1919) war eine jüdische Marxistin, die zusammen mit Liebknecht den Spartakusbund gründete, aus dem später die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging. Sowohl Luxemburg als auch Liebknecht wurden 1919 von den Freikorps ermordet. Emil Barth (1879–1941) trat 1917 der USPD bei und war eines der sechs Mitglieder des Volksbeauftragtenrats, der im November 1918 nach dem Sturz der deutschen Monarchie gebildet wurde (die anderen Mitglieder waren Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg von der SPD sowie Haase und Dittman von der USPD).

Alexander Parvus (geb. Israel Helfand) (1867–1924) war ein jüdischer Ghettobewohner aus Belarus, der durch seine vielfältigen internationalen Kontakte zu Rosa Luxemburg, Lenin, Trotzki und anderen maßgeblich zur Verwirklichung der marxistischen Strategie einer „permanenten Revolution“ beitrug.
Jungtürken. Max Levien (1885–1937) war ein russisch-jüdischer Bolschewik, der 1913 die deutsche Staatsbürgerschaft annahm und Mitglied der Jungtürken war.

Machine Translated by Google

So brach die deutsche Nation endgültig von innen heraus zusammen. Judas Stern erstrahlte blutrot. Die letzte Nation, die sich dem internationalen Finanzwesen und seinem finsteren Treiben standhaft widersetzt hatte, brach zusammen, warf die Waffen nieder und beugte sich dem furchtbaren Joch des Versailler Diktats. Blutend aus tausend Wunden, *führerlos* – nicht wirklich wegen der Vertreibung der Fürsten, denn gerade diese hatten als wahre Führer völlig versagt –, wurde die deutsche Nation von ihren Parlamenten und parlamentarischen Regierungen mit dem verhängnisvollen Urteil, das in solchen Zeiten stets angebracht ist, mit der Phrase „um Schlimmeres zu vermeiden“, in die Zinsknechtschaft des Kreditkapitals geführt.

Im April 1919 gründete Levien zusammen mit dem ebenfalls russisch-jüdischen KPD-Mitglied Eugen Levine (1883–1919) die Bayerische Räterepublik. Dieses „sowjetische“ Experiment wurde jedoch von Präsident Friedrich Ebert niedergeschlagen, der die Freikorps zur Aufrechterhaltung der Ordnung in München einsetzte. Levine wurde im Mai 1919 von den Freikorps verhaftet und hingerichtet, Levien hingegen floh nach Österreich und in die Sowjetunion, wo er 1937 im Zuge von Stalins Großem Terror ebenfalls hingerichtet wurde.
Georg Gradnauer (1866–1946) war ein jüdisches SPD-Mitglied und erster Ministerpräsident Sachsens nach der Auflösung des Königreichs Sachsen. Als gemäßigter Sozialist versuchte er, nach dem Vorbild Eberts in München, die Radikalen in Leipzig mit Hilfe der Freikorps zu bekämpfen. Dies kostete ihn die Wahlen, und er musste 1920 zurücktreten.

Machine Translated by Google

Das Versailles-Diktat,
Der Dawes-Pakt und der Young-Plan

Das Ziel des Weltkriegs war erreicht: Deutschland, die fleißigste und leistungsfähigste Nation der Welt, als Konkurrent auf dem Weltmarkt ausgeschaltet, militärisch überwältigt, führerlos gemacht und von den falschen marxistischen Doktrinen verführt und vergiftet, moralisch verkommen und unter einem Schuldenberg begraben, den es nie wieder von sich selbst befreien kann, sondern dem es für immer als Zinssklave des internationalen Kapitals dienen muss.

Gemäß dem Londoner Zahlungsplan musste Deutschland ein Interesse anerkennen.
mit einer Verschuldung von 132 Milliarden Goldmark, zuzüglich Zinsen.

Es wäre lächerlich, wenn die Lage nicht so erschreckend ernst wäre und die Feinde sie nicht so gnadenlos nähmen – genau entgegen aller Beteuerungen der Pazifisten: „Aber es wird schon nicht so schlimm werden“ und „Die Vernunft wird siegen“. Nein! Sie wird nicht siegen! Und die internationale Finanzwelt wird alles daransetzen, Deutschland in dieser Interessenknechtschaft zu halten. Nur wir können uns selbst befreien.

Es ist die tiefe Tragödie der deutschen Nation, dass sie, so effizient sie im Allgemeinen in ihrem engen Arbeitsfeld auch sein mag, sofort ins Wanken gerät, sobald sie ihren Blick über die Grenzen des Alltags hinaus auf die großen Weltereignisse richtet. Hier verliert der gewissenhafte und präzise Deutsche jedes Maß, er wird zum Visionär und Enthusiasten. Der „deutsche Professor“, der in seinem Fachgebiet Außergewöhnliches leistet, wird angesichts der Weltlage zur Zielscheibe des Spottes, vom Vergessen des Regenschirms bis hin zur überschwänglichen Weitschweifigkeit der Ideologen; der deutsche Offizier, der auf die hervorragende Leistungsfähigkeit seiner Truppen vertraut, neigt dazu, die geistigen Unwägbarkeiten politischer Natur und die Macht der Ideen zu unterschätzen und dadurch den endgültigen Erfolg infrage zu stellen; der deutsche Beamte sieht sich eher als Herrscher über das Volk denn als dessen Diener.

So sehen wir im Großen wie im Kleinen diese verhängnisvolle Charaktereigenschaft der Deutschen: Die Deutschen sind Spezialisten und Träumer. Individuell sind sie in allen Fachgebieten effizienter und fleißiger als jedes andere Volk, ja sogar fähig, sich für jede große Idee zu begeistern und mit heldenhaftem Mut ihr Leben dafür zu geben, aber weniger geschickt darin, die richtige Lösung im komplexen Gefüge internationaler Wirtschafts- und Politikfragen zu erkennen und umzusetzen.

Die Widerspiegelung eines solch grundlegenden Charakterzugs des Deutschen im politischen Bereich ist sein so oft beklagter Mangel an Nationalgefühl und seine politische Inkompetenz. Dem Durchschnittsdeutschen fehlt es bis zu einem gewissen Grad an Sinn für das große Ganze; daher versteht er meist auch nicht, dass diese Schuldenhöhen tatsächlich sein Schicksal sind, dass diese Zahlen, die Anerkennung dieser Schulden und der Wille und der Versuch, diese Schulden in Geld und Sachwerten zu begleichen, der Hauptgrund für die gesamte verzweifelte Lage der deutschen Nation sind.
Weitaus weniger erkennt er jedoch, dass die Nutznießer dieser deutschen Zahlungsverpflichtung nicht wirklich die anderen Nationen sind, sondern ausschließlich die internationale Finanzwelt.

Für die internationale Finanzwelt ist die Rückzahlung des Kredits jedoch völlig irrelevant; allein die dauerhafte Zinsverpflichtung zählt. Genau deshalb setzte die internationale Finanzwelt, die den Versailler Vertrag in seinen finanziellen Teilen verfasste, die Kreditsumme von vornherein so astronomisch hoch an, dass eine Rückzahlung undenkbar ist. Selbst bei einer eventuellen Reduzierung der Kreditsumme (die ohnehin nur mit einer gleichzeitigen Zinserhöhung einhergehen würde) bliebe Deutschland dauerhaft in Zinsknechtschaft.

Machine Translated by Google

Die Auferlegung dieser Zinsregel über unser armes, fleißiges Volk war das Endziel.
Das Ziel der Hochfinanz war das des Weltkriegs, und dieses Ziel wurde vollständig erreicht.

Die entsprechenden Klauseln des Versailler Diktats sind so erschreckend, sie zeigen so deutlich den ganzen Ernst und die zerstörerische Härte dieser Zinsregel, die alles, was wir haben und wofür wir arbeiten, den Händen der internationalen Finanzwelt ausliefert, dass ich sie im Folgenden auszugsweise zitiere:

> Art. 231. Die Alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an (!), dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber (!) für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Mitglieder infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde.

Obwohl in Art. 232 recht zynisch eingeräumt wird, „dass Deutschlands Ressourcen nicht ausreichen, um die vollständige Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten“, wird dennoch die Verpflichtung gefordert, „dass alle diese Verluste und Schäden kompensiert werden“.

> Artikel 233 besagt: „Das Ausmaß des Schadens wird von der Entschädigungskommission festgelegt.“

> Artikel 234 besagt: „Die Reparationskommission wird regelmäßig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen… Sie kann jedoch ohne die Zustimmung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen keinen Betrag erlassen.“
>
> Art. 234 bestimmt: „Deutschland zahlt vor der Feststellung der endgültigen Höhe des Entschädigungsanspruchs … 20 Milliarden Mark in Gold (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder auf andere Weise)“.
>
> Deutschland wird darüber hinaus die in Artikel 12c des Anhangs II genannten Anleihen ausgeben.

Und nun folgt, elegant versteckt und fast am Ende in Anhang II, Artikel 12c, Abschnitt VIII des sogenannten Versailler Friedensvertrags, die finanzielle und politische Strangulierung Deutschlands. Dieser Artikel 12 besagt in seinen wichtigsten Punkten Folgendes:

> Die Kommission besitzt alle Befugnisse und übt alle ihr in diesem Vertrag garantierten Rechte aus.
>
> Die Kommission verfügt im Allgemeinen über die umfassendste Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnis in Bezug auf Wiedergutmachungsfragen. Sie muss dabei folgende Bedingungen und Bestimmungen beachten:
>
> a) Jeder Teil des Gesamtbetrags der festgesetzten Forderungen, der nicht in Gold, Schiffen, Wertpapieren oder Waren oder auf andere Weise entrichtet wird, muss von Deutschland zu den von der Kommission festgelegten Bedingungen durch Übertragung eines entsprechenden Betrags in Form von Anleihen oder sonstigen Verpflichtungen gesichert werden, um eine Anerkennung des geschuldeten Betrags zu bewirken.
>
> b) Die Kommission wird regelmäßig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bewerten und das deutsche Steuersystem überprüfen, damit vorzugsweise alle Einnahmen Deutschlands, einschließlich der für den Zins- und Schuldendienst seiner inländischen Kredite bestimmten Einnahmen, zur Begleichung der Beträge verwendet werden, die es gemäß dem Titel oder

Machine Translated by Google

> Wiedergutmachung, und zweitens, um die Gewissheit zu erlangen, dass das deutsche Steuersystem genau (!) genauso unterdrückend ist wie das jeder anderen in der Kommission vertretenen Macht.

Dieser Absatz zielt diabolisch auf die dauerhafte Unterdrückung Deutschlands ab und beinhaltet praktisch die Möglichkeit, durch den Verweis auf einen kleinen Raubtierstaat, in dem uneingeschränkte Steuern erhoben werden, die Erhebung derselben Steuern auch in Deutschland vorzusehen. Gleichzeitig räumt er aber mit brutaler Offenheit ein, dass auch die anderen Nationen in derselben Schuldknechtschaft gehalten werden sollten. Und nun folgt der berüchtigte Absatz c.

> c) Um die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in den alliierten und assoziierten Ländern zu erleichtern und durchzuführen, erhält die Kommission gemäß Art. 232 eine erste Zahlung Deutschlands als Garantie und Schuldanerkenntnis. Diese Zahlung besteht aus Goldanleihen, die von allen Steuern und Abgaben jeglicher Art befreit sind, die von den Regierungen des Reiches oder der deutschen Staaten erhoben werden oder erhoben werden können. Die Anleihen werden in drei Raten wie folgt ausgegeben: 1. 20 Milliarden Goldmark sind sofort zu zahlen. 2. 40 Milliarden Goldmark werden in Form von Anleihen ausgegeben, die ab 1926 mit einem Aufschlag von 5 % zuzüglich 1 % für die Tilgung verzinst werden. 3. Es wird eine schriftliche Verpflichtung zur Zahlung weiterer 40 Milliarden Goldmark in Form von Anleihen mit 5 % Zinsen sofort abgegeben.

Diese Klausel bildet den Kern des gesamten Versailler Vertrags. Wir wissen, dass das Londoner Ultimatum 1971 sah nicht nur geringere Zahlungen vor, sondern setzte im Gegenteil die Gesamtsumme auf 132 Milliarden Goldmark fest. Artikel 16 erklärte dann ausdrücklich: „Ab dem 1. Mai 1921 hat die deutsche Regierung die Zinsen auf ihre Schulden zu zahlen.“ Der Zinssatz wurde auf 5 Prozent festgelegt.

Anschließend folgt Artikel 17, der für jeden Verstoß einen Ansatzpunkt bietet:

> Art. 17. Sollte Deutschland mit der Erfüllung einer ihm nach dem vorstehenden Abschnitt des Vertrags auferlegten Schuld in Verzug geraten, unterrichtet die Kommission unverzüglich alle Teilnehmerstaaten über diesen Zahlungsverzug und schlägt gleichzeitig die dagegen zu ergreifenden Maßnahmen vor.

Und nun folgt eine der ungeheuerlichsten Klauseln des gesamten Vertrags:

> Art. 18. Deutschland verpflichtet sich, die Maßnahmen, die die Alliierten und assoziierten Mächte im Falle einer vorsätzlichen (!) Nichtbefolgung der Bestimmungen durch Deutschland zu Recht ergreifen (und was wäre in den Augen der Feinde nicht zu Recht zu ergreifen?), nicht als feindselige Behandlung (!) auszulegen. Diese Maßnahmen können Einfuhrverbote, Wirtschafts- und Finanzsanktionen und allgemein (!) alle Maßnahmen (!) umfassen, die den betroffenen Regierungen aufgrund der Umstände erforderlich erscheinen.

Mit dieser Klausel wird natürlich Tür und Tor für jeden, selbst den brutalsten Terror, geöffnet, und die deutsche Regierung hat darüber hinaus ausdrücklich erklärt, dass sie nicht einmal …

---

71 Nachdem die Interalliierte Reparationskommission im Januar 1921 die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme auf 269 Milliarden Goldmark festgelegt hatte, stellte der britische Premierminister David Lloyd George am 5. Mai 1921 dem deutschen Botschafter in London ein sechstägiges Ultimatum, wonach die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen würden, falls Deutschland die Rückzahlung von 132 Milliarden Mark (eine etwas andere Berechnung als die 269 Milliarden vom Januar) sowie die übrigen Bestimmungen des Versailler Vertrags nicht anerkennen würde.

Machine Translated by Google

die größte Unterdrückung, die Ermordung von Deutschen, die brutalsten Vertreibungen, Plünderungen, Zerstörungen usw. „als feindliche Behandlung“!

Diese schriftliche Auslieferung des deutschen Volkes an einen grausamen, rachsüchtigen, unversöhnlichen Feind ist, ferner, für immer vorgesehen, denn Art. 23 besagt:

> Die Kommission wird aufgelöst, sobald Deutschland und seine Verbündeten alle Beträge gezahlt haben, die sie für die Durchführung dieses Vertrags schulden, oder gemäß den Beschlüssen der Kommission, und sobald alle diese Beträge oder deren Gegenwert an die teilnehmenden Mächte verteilt sind.

Dies ist die ewige Zinsknechtschaft Deutschlands.

Vielleicht verstehen unsere politischen Freunde und Feinde nun, was unter Interessensklaverei zu verstehen ist, vielleicht versteht man, warum die *Überwindung* dieser furchtbaren Interessenssklaverei im Zentrum unserer Forderungen steht. Vielleicht versteht man auch, warum es sich bei dieser Forderung um eine internationale Frage von höchster Priorität handelt. *Für Deutschland ist es schlicht eine Schicksalsfrage ,* und selbst für die anderen Nationen ist es die entscheidendste Frage für die Erholung.

Verglichen mit dieser internationalen Frage verblassen alle anderen, denn ohne die Überwindung der Zinsknechtschaft ist ein Aufstieg produktiver Nationen im Allgemeinen unmöglich. Wird die jetzt begonnene Zinsknechtschaft fortgesetzt, bestieg der Gott Mammon den Thron. Gott ist tot, die Seelen der Nationen sterben, und die Welt ist erfüllt von einem menschlichen Chaos, versklavt von den Zinsen des internationalen Finanzwesens. Das Geld regiert die Welt.

Die Bestimmungen des Versailler Diktats waren wesentliche Punkte, die 1924 durch den Dawes-Pakt ersetzt wurden. Nach der Inflationsangst sollte die weitere Plünderung Deutschlands nun „auf einem solideren Fundament“ fortgesetzt werden. Die Hochfinanz ermöglichte die Abgabe von Zusicherungen aller Art, darunter die bedeutendsten und weitreichendsten: die Entstaatlichung der Reichsbank und der Reichsbahnen. Trotz aller optimistischen Prophezeiungen brach die deutsche Wirtschaft weiter zusammen, und die Unmöglichkeit der Zahlungen gemäß dem Dawes-Pakt wurde schließlich selbst den blindwütigen Sadisten seiner Umsetzung bewusst. Der Young-Plan trat an die Stelle des Dawes-Pakts. Er sollte „Erleichterungen“ bringen. Nun ist das Ende gekommen.

kommen.

Über die Schrecken des Dawes-Pakts bietet Band 7 der Nationalsozialistischen Bibliothek (Preis 1,80 Mark) die genauesten Informationen und enthält einen Nachdruck des Originaltextes sowie einen ausführlichen kritischen Kommentar. Band 13 dieser Reihe behandelt die Hauptpunkte des Young-Plans.

Machine Translated by Google

Die Kreditwirtschaft

„Wenn der Staat Geld benötigt, muss er es sich von jenen seiner Bürger leihen, die mehr davon besitzen, als sie selbst ausgeben können. Natürlich muss er für die Rückzahlung dieses Geldes Zinsen zahlen, sonst erhält er es nicht; er hat ja bereits genug Schwierigkeiten, seine Kredite zu bedienen."

Diese Formulierung verwendete der ehemalige sozialistische Minister Dr. David72 in einer Diskussion mit mir in Berlin. Ich habe sie hier bewusst eingefügt, da sie beispielhaft die interessenkapitalistische Denkweise unserer Zeit widerspiegelt; die Tatsache, dass er ausgerechnet Marxist war, verleiht dem Ganzen eine besondere Faszination.

Ich weiß aus Hunderten von Diskussionen und Vorträgen, dass die obige Formulierung so vollständig aus der gegenwärtigen zinskapitalistischen Ideenwelt stammt, dass kaum jemand die Falschheit dieser Erklärung der Zins- und Schuldenökonomie des Staates erkennen würde, geschweige denn eine richtige Antwort darauf finden könnte.

Dies hat einen sehr einfachen psychologischen Grund, nämlich dass die oben gegebene Erklärung für die Deckung des Geldbedarfs eines Privatmannes im Rahmen der zinskapitalistischen Wirtschaftsform gilt.

Für den einzelnen Privatmann wie für die Privatwirtschaft im Allgemeinen gilt der Satz: „Wer Geld braucht, muss es sich gegen Zinsen von denen leihen, die mehr Geld besitzen, als sie selbst ausgeben können."

Wir müssen jedoch unbedingt vermeiden, Fragen der nationalen Finanzwirtschaft aus einer rein privatwirtschaftlich-kapitalistischen Perspektive zu beantworten, und stattdessen eine staatsmännische Herangehensweise wählen. Es wäre in der Tat ein großes Unglück, diese privatwirtschaftliche Denkweise unreflektiert auf die nationale Wirtschaft zu übertragen.

Der Staat mit seinen Machtinstrumenten und seiner souveränen Macht ist keinesfalls mit einem beliebigen Privatmann gleichzusetzen. Der Staat verfügt über drei mächtige Möglichkeiten, durch die er kraft seiner Souveränität seinen Bedarf zur Erfüllung seiner Aufgaben decken kann: die *Dienstleistungssouveränität,* die *Münzsouveränität* und die *Finanzsouveränität.*

Unter Dienstsouveränität ist das souveräne Recht des Staates zu verstehen, seine Bürger zu unentgeltlichen Diensten aufzurufen. Diese Souveränität des Staates über den Einzelnen offenbart sich am stärksten im obligatorischen Wehrdienst und insbesondere im Kriegsdienst. Angesichts der Forderungen, die der Staat im Krieg an seine Bürger stellen kann, müssen alle privaten Belange in den Hintergrund treten. Familie, Beruf, Geschäft und Einkommen – alles muss verstummen, wenn der Staat seine Söhne zum Dienst ruft. Doch der Staat kann seine Bürger nicht nur zum Kriegsdienst einberufen, sondern auch zu großen wirtschaftlichen Unternehmungen. Man denke nur an das Gesetz über den Hilfsdienst, das – im Gegensatz zum Wehrdienst – eine hohe und stetig steigende Bezahlung für die geleisteten Dienste vorsah. So entstand bald eine tiefe Kluft zwischen den Frontsoldaten, die täglich unbezahlt ihr Leben für das Vaterland opfern mussten, und denjenigen, die im geschützten Hinterland hinter der Front für hohe Löhne arbeiteten. Nur nebenbei sei auch an die starken Leistungen anderer Nationen erinnert, die auf Dienstverpflichtungen beruhten: Wir erinnern uns an den Bau der Chinesischen Mauer, die Umwallung unserer mittelalterlichen Städte.

Praktisch gesehen läge es daher vollständig in der Machthoheit des Staates.

---

72 Eduard David (1863–1930) war von Juni bis Oktober 1919 Innenminister der Weimarer Republik.

Machine Translated by Google

Die alten Hand- und Teamdienste73 wiederbeleben und ausbauen und mit ihnen auf diese Weise große wirtschaftliche Aufgaben zur Verfügung stellen, um die vorhandenen Kräfte zu entsorgen.

Die *Münzsouveränität* des Staates ist eine zweite Machtquelle, aus der der Staat seinen Geldbedarf direkt decken kann. Niemand bestreitet das Recht des Staates, Münzen zu prägen oder Banknoten auszugeben; darüber hinaus hat der Staat kraft seiner Souveränität Geld aus allen erdenklichen Quellen geschaffen: aus Kupfer, Nickel, Eisen, Porzellan, Aluminium und vor allem aus Papier. Ich erinnere mich nur an die Zeit, als unsere Reichsregierung es für gerechtfertigt hielt, täglich 100.000.000.000.000 Mark und immer mehr neues Papiergeld auszugeben. Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, ob dies richtig und akzeptabel war; wir müssen lediglich feststellen, dass der Staat seinen Bedarf kraft seiner Münzsouveränität decken kann und nicht gezwungen ist, „sich Geld von jenen Bürgern zu leihen, die mehr davon besitzen, als sie selbst ausgeben können“.

Die *Finanz-* bzw. Steuersouveränität des Staates ist unbestreitbar, und wer dies dennoch versucht und versucht, sie als Einzelperson auszuüben, wird die staatliche Autorität in Gestalt eines Gerichtsvollziehers zu spüren bekommen. Die Finanz- bzw. Steuersouveränität des Staates, also sein Recht, von seinen Bürgern Finanzdienstleistungen zu verlangen, ist so selbstverständlich und alt wie die staatlichen Strukturen selbst. Diese Form ist auch die natürlichste und gesündeste, obwohl es erst unserer Zeit gelungen ist, den vernünftigen Sinn von Steuern ins Absurde zu verdrehen und das Steuersystem zu einem Instrument der totalen Plünderung der Bevölkerung zugunsten supranationaler Finanzmächte zu machen. Auch hier sollte uns die Frage der Zulässigkeit von Steuern nicht weiter beschäftigen, sondern nur die Tatsache, dass der Staat seinen Finanzbedarf sehr wohl durch Steuern decken kann – auf einem Weg, der der Privatwirtschaft verschlossen bleibt und der den Staat gänzlich von der Notwendigkeit befreit, seinen Finanzbedarf durch Zinszahlungen an Kapitalisten zu decken.

Natürlich hat der Staat, wie jeder Privatmann, die Möglichkeit, seinen Bedarf durch Schulden zu decken. Doch schon für den Privatmann ist dies ein zweischneidiges Schwert; für den Staat hingegen ist es, um es in klaren Worten auszudrücken, das Dümmste, was er tun kann. Es ist nicht nur das Dümmste, sondern geradezu verwerflich im Hinblick auf den Auftrag des Staates als Beschützer des Gemeinwohls.

Die Kreditwirtschaft der Staaten hat diese praktisch ruiniert und sie in die Hände der internationalen Finanzwelt ausgeliefert; sie hat den Reichtum der Nationen den Finanzmächten übergeben, und heute sind die Staatskredite der schreckliche Blutegel, von dem sich die Nationen nicht befreien können und durch den sie hilflos zusammenbrechen werden, wenn wir diesem Gespenst nicht entschlossen ein Ende setzen, indem wir die Zinsknechtschaft brechen.

Damit befinden wir uns mitten im Feld der nationalen Finanzpolitik, also auf einem Gebiet, in dem sich der Durchschnittsdeutsche alles andere als zu Hause fühlt. Was soll man nun mit all den vielen und großen Zahlen anfangen? Der durchschnittliche Staatsbürger liest im Allgemeinen keine Haushaltsdebatten und hegt einen solchen religiösen Respekt vor den geheimen Pfaden und irreführenden Methoden der Finanzkunst, dass er sich am liebsten gänzlich davon ersparen möchte. Unbewusst hängt dies sicherlich auch damit zusammen, dass jeder Einzelne ein gewisses Maß an Respekt vor der Steuerhoheit des Staates hegt und niemand an Zahlen erinnert werden möchte. Erst wenn die Steuerunterlagen im Briefkasten landen, merkt der moderne Mensch, dass ihn diese Dinge tatsächlich sehr wohl betreffen und dass er ständig Opfer einer verfehlten nationalen Finanzpolitik ist.

73 Die landwirtschaftlichen Dienstleistungen, ob manuell oder mit Tieren, die im Mittelalter von den Bauern von ihren Herren verlangt wurden.

Machine Translated by Google

Es ist bemerkenswert, dass die Angelegenheiten der nationalen Finanzpolitik grundsätzlich gar nicht so undurchsichtig und geheimnisvoll sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, sondern vielmehr so klar und einfach, dass sie zumindest in ihren Grundzügen von jedem mit durchschnittlichem Verständnis erfasst werden können.

Es bedarf daher keiner großen verfassungsrechtlichen Erläuterungen, dass der Staat über die beschriebenen Möglichkeiten verfügt, seinen Geldbedarf zu decken, denn jeder kennt und hat selbst erfahren, was die dienstliche Souveränität des Staates ausmacht, jeder erhält täglich die vom Staat ausgegebenen Banknoten, und niemand wird von der Steuer befreit. Es wäre daher das Natürlichste der Welt, wenn der Staat seinen Geldbedarf ausschließlich auf diese drei Arten decken würde.

Dem Privatmann stehen diese drei Wege jedoch nicht offen, denn er könnte weder seinen Nachbarn erfolgreich um Arbeit oder Steuerzahlungen bitten, noch wäre er sicher, wenn er selbst Geld drucken und in Umlauf bringen wollte. Ihm bleibt tatsächlich nur der Weg der Verschuldung mit Zinsen, wenn er bereits der festen Überzeugung ist, nur mit fremdem Geld glücklich werden zu können und Schulden nicht vermeiden kann.

Dass der Staat im Allgemeinen die Aufnahme von verzinsten Krediten – also Schulden – als einziges Mittel zum Zweck ansieht, wenn er Geld benötigt und seine anderen souveränen Rechte heute nur auf hinterhältige Weise nutzt, um die entstandenen Schulden vom Volk einzutreiben, dafür sucht man vergeblich nach einer vernünftigen Erklärung. Es gibt tatsächlich keine vernünftige Erklärung dafür, sondern nur die Tatsache, dass unser gesamtes Denken, selbst in nationalen finanzpolitischen Angelegenheiten, privatkapitalistisch gelenkt oder gar korrumpiert ist. Angesichts einer solchen allgemeinen Vergiftung der öffentlichen Meinung spielen die von mir dargelegten, scheinbar logischen Erklärungen für die Kreditpolitik des Staates eine große, ja eine alles entscheidende Rolle.

Der Jude hat sich auch in diesen Angelegenheiten als Meister der Psychagogik erwiesen. Es ist in solchen Fällen stets schwer, nicht sofort von direkter Korruption der verantwortlichen Staatsmänner zu sprechen – die Annahme ist offensichtlich. Doch in den meisten Fällen gab es keine Korruption, sondern lediglich Unsicherheit im Finanz- und Kreditwesen, Kurzsichtigkeit und Selbstgefälligkeit, die dazu geführt haben, dass die staatlichen Finanzverwaltungen langsam aber sicher in einen Schuldenrausch geraten sind, aus dem sie bis heute keinen Ausweg sehen.

Zu dieser Entwicklung trug wesentlich bei, dass man die Finanzierung großer öffentlicher Bauvorhaben wie des Eisenbahnbaus etc., die Einnahmen versprachen, durch Kredite zunächst für unbedenklich hielt. Man entschied folgendermaßen: Aus den Einnahmen der Eisenbahnen oder Wasserstraßen können die Zinsen sofort gedeckt werden, damit ist die Preisgestaltung tatsächlich unter Kontrolle. Da der Staat solche Großprojekte nicht aus eigener Kraft auf einen Schlag finanzieren kann, nimmt er dankbar die angebotene Kredithilfe der Banken an. Dies erspart der Regierung die Mühe, neue Steuern im Landesparlament zu beschließen, schont die liquiden Mittel des Staates, und die Eisenbahnen können die Zinsen problemlos aus den Überschüssen bezahlen. Die verführerischen Machenschaften des Fremdkapitals, das mit Geld an sich nichts anfangen kann, wenn es niemanden findet, der es ihm abnimmt und zusätzlich Zinsen zahlt, haben es geschafft, Schwarzgeld in Weißgeld zu verwandeln und den Staat selbst zum Zinseintreiber für privates Kapital zu machen.

Selbst einfachste wirtschaftliche Überlegungen einer verantwortungsbewussten Regierung oder eines verantwortungsbewussten Parlaments hätten jedoch zu Folgendem führen müssen: Wenn man die Eisenbahn mit ausländischem Kapital baut und die Kosten dafür jährlich mit nur 5 % Zinsen, einschließlich aller damit verbundenen Kosten, begleichen muss, hat man den gesamten Betrag bereits nach 20 Jahren zurückgezahlt, nach 40 Jahren also vollstä

Machine Translated by Google

Seit nunmehr zwei Jahren besteht die gleiche Schuldenlast fort. Diese außerordentlichen Summen, die die ursprünglichen Investitionskosten um ein Vielfaches übersteigen, müssen indirekt erneut von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden, die die nach diesen Zinssätzen erhöhten Bahntarife zahlen muss. Eine einmalige Ankündigung einer hohen Bahnabgabe wäre besser gewesen. Dann wären diese Abgaben zwar einige Jahre lang belastend gewesen, aber nicht viel länger, da die Transportkosten und die Eisenbahn sehr bald zu einem schuldenfreien Staatsvermögen geworden wären, das später hohe jährliche Einnahmen gesichert hätte. Doch es ist die alte Weisheit, dass man dem Hund lieber Stück für Stück den Schwanz abschneidet, weil man glaubt, es sei so viel weniger schmerzhaft. Natürlich ist das Gegenteil der Fall. Die Investitionskosten eines solchen nationalen Unternehmens müssen zwar von der Bevölkerung getragen werden, aber wenn sie durch Kredite finanziert werden, kommen unweigerlich zusätzlich Zinsen hinzu, die im Laufe der Jahre ein Vielfaches der Schulden selbst ausmachen. Es ist daher schlichtweg finanzielle Dummheit, solche öffentlichen Bauvorhaben durch Kredite zu finanzieren. Schon hier lässt sich das erkennen, was den Staat aus seiner Schuldenfalle befreien wird: Niemand kann dem Staat beispielsweise verbieten, für produktive Vorhaben Kreditscheine, sogenannte Staatsanleihen, auszugeben und die Projekte damit zu finanzieren. Eine solche Geldschöpfung des Staates, bei der Inflation völlig ausgeschlossen ist, da auch die neuen Wertpapiere einen neuen Wert besitzen, würde alle Schwierigkeiten mit einem Schlag lösen und Staat und Bevölkerung für immer von der verzinsten Verschuldung gegenüber privatem Kapital befreien.

Wir werden dieses Problem an anderer Stelle ausführlicher behandeln müssen. Eine fähige Finanzverwaltung sollte in der Lage sein, die Finanzierung solcher Großprojekte durch Sondersteuern und andere staatliche Einnahmequellen sowie durch die Ausgabe neuer Banknoten in geringem Umfang zu gewährleisten. Dies wäre natürlich nur dann weitgehend möglich, wenn alle anderen Staatsausgaben, insbesondere die sogenannten unproduktiven Ausgaben für Verwaltung, Justiz, Bildung usw., aus den Überschüssen der staatlichen Wirtschaftsbetriebe gedeckt werden könnten.

Dies mag angesichts der gegenwärtigen, katastrophalen Defizitwirtschaft bei Eisenbahnen, Post usw. ironisch klingen, doch waren wir solchen Möglichkeiten gar nicht so fern, wie ich bereits 1919 in meiner ersten Veröffentlichung in den *Süddeutschen Monatsheften* (Februar), „Was nun?“, unter der Überschrift „Die radikalen Mittel“ darlegte. Lediglich die Zinsverpflichtung des Staates gegenüber dem privaten Kapital trennte uns von diesem Idealzustand einer nationalen Finanzwirtschaft. Der damals bereits verbreitete Irrglaube, der Staat müsse sich bei Geldbedarf einfach selbst mit Zinsen Geld zuführen, hat dies verhindert.

Es ist klar – und jeder hätte meinen Ausführungen folgen können –, dass der Staat keinesfalls auf ausländisches Geld und damit auf Schulden angewiesen ist, wenn er etwas unternehmen will. Er könnte beispielsweise Arbeits- und Teamleistungen verlangen und wäre letztlich zweifellos berechtigt, für solche Zwecke staatliche Gutschriften auszugeben, um diese Vorhaben ohne Belastung der Bevölkerung zu realisieren. Ein solches Vorgehen hätte den enormen Vorteil, die Vorhaben von Anfang an von jeglicher Zins- und Zollverpflichtung zu befreien; sie würden sofort schuldenfreies Staatseigentum werden. Aus den Einnahmen der Vorhaben könnten die ausgegebenen staatlichen Gutschriften in kurzer Zeit eingelöst und vernichtet werden; die Erträge solcher Vorhaben oder die Preise für Güter- und Personenbeförderung könnten erheblich gesenkt werden. Dadurch könnten der gesamten Volkswirtschaft die größten Dienste erwiesen werden; der Staat hätte bedeutende Einnahmequellen erschließen können, die der gesamten Volksgemeinschaft von größtem Nutzen gewesen wären und ihn selbst völlig unabhängig von der Hochfinanz gemacht hätten. Aber es hätte auch sein müssen

Machine Translated by Google

So. Denn der Staat ist der Herr des Finanzsystems und nicht die Hochfinanz, das heißt, so wird es im nationalsozialistischen Staat der Zukunft sein.

Es war in Wirklichkeit ein psychoagogischer Betrugstrick, dass es den Banken gelungen ist, solche offensichtlichen und selbstverständlichen Denkprozesse, die – einmal ausgesprochen – nicht mehr widerlegt werden können, nicht zuzulassen und Staat und Wirtschaft mit dem oben zitierten Satz zu verwirren und sie in die Zinsknechtschaft des Kapitals zu verwickeln.

Ich weiß, dass viele meiner Leser, obwohl die Dinge nun sonnenklar sind, ihrem gesunden Menschenverstand misstrauen und einfach nicht glauben wollen, wie eine solche Absurdität möglich sein konnte. Sie denken eher: „Das kann nicht stimmen, unsere Staatsmänner können nicht so dumm gewesen sein – aber ich kann das einfach nicht beurteilen.“ Dieses Eingeständnis mangelnden Urteilsvermögens angesichts solch eklatanter staatlicher Inkompetenz in finanzpolitischen Angelegenheiten steht im doppelten Widerspruch zu der sonst so bereitwilligen Kritik und den Tiraden gegen staatliche Maßnahmen und der Tatsache, dass es hier um Angelegenheiten geht, die jeden Einzelnen am härtesten im Geldbeutel treffen.

Diesen Menschen möchte ich noch einen weiteren Standpunkt zur Überlegung vorlegen, nämlich: bezogen auf das Verfahren der Kreditgenehmigung durch das Landes- oder Reichsparlament.

Solche großen Staatsaufgaben werden in den Parlamenten tatsächlich eingehend erörtert. Nach langen Debatten werden die Kredite schließlich „bewilligt“. Der Durchschnittsbürger glaubt nun, alles sei in Ordnung und der Staat, der ja so reich und mächtig ist, besitze die bewilligten Millionen bereits. Kluge Köpfe werden sich vielleicht noch hinter dem Ohr kratzen und denken: „Das bedeutet wieder neue Steuern.“ Ich wage jedoch zu behaupten, dass außer den Eingeweihten – zu denen weder die Abgeordneten noch die Minister gehören müssen, ja höchstens einer – klar wird, dass diese große Kreditbewilligung im Landes- oder Reichstag nichts anderes bedeutet als die Erlaubnis, sich diesen „Kredit“ auf anderem Wege mit Zinsen zu leihen. Diese „Kreditbewilligung durch das Parlament“ ermächtigt also nur den jeweiligen Minister, diesen Kredit mit Zinsen bei den Großbanken aufzunehmen. Auf diese Weise wird die „Kreditgenehmigung durch das Parlament“ natürlich zur Farce, zur Komödie, denn die gesamte Bevölkerung – die letztendlich Kapital und Zinsen zahlen muss – war nicht in der Lage, den „Kredit“ tatsächlich bereitzustellen, nein, er musste erst durch großes Darlehenskapital geschaffen werden.

Das einzig Logische und Natürliche wäre, dass im Falle einer Kreditgenehmigung durch das Parlament gleichzeitig und automatisch auch die Genehmigung erfolgen würde, dass die Staatsbank nunmehr die genehmigten Summen auf der Grundlage von Zahlungsanweisungen der ausführenden Behörden an die betroffenen Unternehmer auszahlt oder autorisiert.

Die Kredite sind genehmigt, für die notwendige Währung muss etwas getan werden; es ist daher sinnlos, wenn – wie es jetzt üblich ist – zuerst ein Darlehen abgeschrieben werden muss und dann die gerade „genehmigten“ Kredite gewissermaßen ein zweites Mal von den Kapitalisten vergeben werden.

Man könnte nun argumentieren, dass überschüssiges Geld des Staates genau auf diese Weise abgezweigt wird und dies sich positiv auf die allgemeine Finanzlage des Landes auswirken müsse, dass ein solches Kreditmanagement somit inflationssenkend wirke. Dies ist jedoch natürlich keineswegs der Fall, und zwar aus Gründen, die kein Bankexperte bestreiten kann. Es mag eingeräumt werden, dass ein deutlich geringerer Teil solcher Schecks und Kreditzahlungen bar geleistet wird; es handelt sich hierbei um den Kreis der Kleinsparer, die mit solchen Schecks zur Bank kommen und ein paar Hundert oder Tausend Mark angespart haben, die sie nun in ein Zinszertifikat investieren möchten – in ein solches magisches Papier, von dem man jedes Jahr nur ein Stück abtrennen muss, um einen bestimmten Betrag ausgezahlt zu bekommen, ohne dass das Zertifikat dadurch an Wert verliert. Doch die Gelder, die auf diesem Weg in die Banken fließen, sind durchaus beträchtlich.

Machine Translated by Google

vernachlässigbar. Darüber hinaus leiten die Banken, bei denen diese Gelder hinterlegt werden, diese Bargeldbeträge ihrerseits überhaupt nicht an die Staatskasse weiter, sondern die Überweisung solcher Wechselbeträge erfolgt ausschließlich durch Überweisung oder Clearing.

Doch alle größeren Transaktionen im Zusammenhang mit solchen Krediten werden von den Kapitalisten bereits von Anfang an in ihren Banken per Überweisung ohne Bargeld oder über den Prozess von Bankgeschäften abgewickelt. usw.

In Wirklichkeit gelangt also kein Bargeld in die Hände des Staates, und falls er doch welches erhält, muss er es unverzüglich für die Durchführung seiner Projekte ausgeben. Dieser vermeintliche Vorteil existiert daher nicht. Im Gegenteil: Der Staat gibt bekanntlich für geliehene Beträge sogenannte Wertpapiere oder Anleihen aus. Diese Staatsanleihen sind mehr oder weniger fein gedruckte Papiere, die ein Schuldtitel mit allen staatlichen Garantien für die erhaltenen Beträge enthalten. Zusätzlich finden sich auf den entsprechenden Kuponblättern die Zinszahlungstermine sowie die Kupons, mit denen sich der Staat verpflichtet, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich die Zinsen für die im Kuponblatt ausgewiesenen Beträge zu zahlen.

Darüber hinaus gibt es zu diesem Couponblatt ein weiteres sogenanntes Erneuerungszertifikat (Talon), das den Inhaber zum Erhalt eines neuen Couponblatts berechtigt, wenn das erste nach einer bestimmten Anzahl von Jahren abgelaufen ist.

Ein solches Wertpapierzertifikat, das vom Staat ausgestellt wird und für das dieser mit seinem gesamten Vermögen für Kapital und Zinsen haftet, verleiht dem Inhaber Kaufkraft. Der Inhaber solcher Staatszertifikate kann sich damit jederzeit etwas kaufen, sei es, indem er die Zertifikate direkt als Zahlungsmittel verwendet oder sie zunächst an der Börse oder bei seiner Bank verkauft und den Erlös anschließend bar bezahlt.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Ausgabe neuer Wertpapiere durch den Staat *die Kaufkraft erhöht* – ob dies richtig oder gerechtfertigt ist, interessiert uns an dieser Stelle nicht. Dasselbe würde beispielsweise geschehen, wenn der Staat neues Papiergeld drucken würde. Der Unterschied bestünde darin, dass im einen Fall Wertpapiere ausgegeben werden, die den Staat neben der Schuld auch mit einer *dauerhaften Zinsverpflichtung belasten,* während bei der Ausgabe neuen Papiergeldes keine Zinsverpflichtung anfällt. Wir sehen daher schon jetzt, dass die letztgenannte Form in jedem Fall für Staat und Bevölkerung die günstigere wäre.

Verfolgt man nun aber die Vorgehensweise bei solchen Finanzierungen weiter, so zeigt sich, dass eine direkte Finanzierung großer staatlicher Betriebe unter Vermeidung des Kreditwegs noch weitere enorme Vorteile mit sich bringt.

Wir haben gesehen, dass die derzeit angewandte Form der Finanzierung staatlicher Bauvorhaben zur Schaffung zusätzlicher Kaufkraft führt, die sich in der Ausgabe neuer Wertpapiere manifestiert. In diesem Fall werden und müssen die gesamten neuen Darlehensbeträge selbstverständlich auf einmal ausgezahlt werden, selbst wenn sich die neu zu errichtenden Eisenbahnstrecken, Wasserstraßen usw. erst im Bau befinden und noch keinen nennenswerten Wert aufweisen.

Wenn man die Finanzierung solch großer Staatsprojekte nach meinem Vorschlag angeht, entfallen zunächst die enormen Werbekosten für die Kredite. Man erinnere sich nur, welch immense Summen allein die Ausschreibungen in den Zeitungen verschlingen. Auch die von vornherein den Banken und anderen Kreditinstituten gewährten Provisionen – ebenfalls in Millionenhöhe – fallen weg. Darüber hinaus neigt man dazu, die Kredite unter Nennwert zu vergeben. Das heißt, für eine Anleihe im Wert von 1000 Mark zahlt der Käufer dieser Zertifikate nur etwa 970 Mark, erhält aber dennoch den vollen Betrag inklusive Zinsen. Auch diese Verluste entfallen von vornherein.

Machine Translated by Google

Sie werden zu einer Belastung für den Staat oder das Unternehmen und zum Vorteil des Kapitalisten. Tatsächlich neigt man dazu, solche Kredite, wie es an der Börse heißt, mit zusätzlichen Anreizen aufzuwerten, indem man besondere Vorteile in Aussicht stellt, die sogar eine Steuerbefreiung beinhalten können. Ich erinnere mich hier an den Bergbauprämienkredit, der mit den fantastischsten dieser Art warb, zu denen sich ein Staat je herabgelassen hat. Der Teufel aus Lotterie und Glücksspiel wurde in der Kreditwerbung instrumentalisiert, indem Gewinne in Millionenhöhe auf eine sehr große Anzahl von 1000-Mark-Anleihen versprochen wurden; außerdem wurden sogenannte Bonuszahlungen in Aussicht gestellt, ferner ein angekündigter Zinssatz von 5 %, der jedoch durch Klauseln abgesichert war, und darüber hinaus war der Sparprämienkredit bei bestimmten Steuern von jeglicher Besteuerung befreit! Woher die enormen Summen für diese Prämien und Vergünstigungen, diese sagenhaften Lottogewinne, stammen sollten, darüber machte sich niemand Gedanken – obwohl jedem vernünftigen und aufmerksamen Menschen klar sein musste, dass all diese Gelder letztendlich wieder aus den Taschen der Bevölkerung stammen würden. Denn die eingenommenen Gelder wurden sofort für die dringendsten Ausgaben verwendet. Es handelt sich hierbei um finanzpolitische Verbrechen gegen das Volk, bei denen man nur über die schiere Dreistigkeit staunen kann, mit der sie begangen werden.

Wenn man also nicht den Weg der Kredite wählt, sondern direkt Geld schöpft, würden all diese harten und ungerechten Belastungen des Staatshaushalts beseitigt. Man müsste *die benötigten Summen nicht einmal auf einmal in neuem Papiergeld* aufbringen , sondern könnte dies ganz nach und nach, parallel zum Fortschritt der Bauarbeiten, tun. Dies hätte den weiteren enormen Vorteil, dass es keine Frage der Ausgabe von ungedecktem Geld gäbe, da neues Geld erst nach Fertigstellung eines weiteren beträchtlichen Bauabschnitts ausgegeben würde. Wir hätten es hier mit einem vollständig durch reale Werte gedeckten Geld zu tun, also mit einem wertstabilen Geld, dessen Wert durch eine bestimmte Anzahl geleisteter Arbeitsstunden bestimmt wird.

Doch selbst diese Form der sukzessiven Ausgabe neuen Geldes für Bauvorhaben, die bereits deutlich günstiger erscheint, ist keineswegs der letzte Schritt. Denn es wird sich keineswegs als notwendig erweisen, einen Geldbetrag in Höhe der neu geschaffenen Bauvorhaben in Umlauf zu bringen, da die neu ausgegebenen Banknoten ja wieder in die Staatskassen zurückfließen; sie können somit erneut ausgegeben werden, ohne dass neue Serien in Umlauf gebracht werden müssen. Und nun gehen wir noch einen Schritt weiter, das heißt, wir erklären die Ausgabe eines eigenen neuen Geldes für einen solchen besonderen Staat.
Aufgaben, die an sich grundsätzlich überhaupt nicht notwendig sind, selbst wenn wir die Zulässigkeit und insbesondere die Klarheit des Finanzierungsprozesses bei der Verwendung eigener Mittel für Bauvorhaben sehr wohl erklären könnten und uns aus bestimmten Gründen daran halten wollten.

Dieser letzte Schritt ist die *vollständig bargeldlose Finanzierung* solcher staatlicher Aufgaben. Wie bereits oben dargelegt, ist es ein Irrtum anzunehmen, dass der Staat durch das Darlehen an Bargeld gelangen würde, mit dem er den Unternehmer und die Arbeiter beim Bau von Eisenbahn- oder Kraftwerken bezahlen könnte. Dennoch müssen die Unternehmer wöchentlich die notwendigen Beträge für die Bezahlung ihrer Arbeit in bar von ihren Banken abheben. Die Banken wiederum müssen diese außerordentlich hohen Anforderungen an ihre Schatzmittel erneut von den Zentralbanken, der Reichsbank usw. decken. Normalerweise reicht die gesamte vorhandene Liquidität bereits vollkommen für die wöchentlichen Lohnzahlungen aller Beschäftigten aus, und es ist im Grunde unerheblich, ob beispielsweise vorübergehend größere Belegschaften beim Bau des Kraftwerks Walchensee konzentriert werden, denn auch wenn sie nicht dort beschäftigt wären, müssten sie, selbst wenn sie auf andere Betriebe verteilt wären, mit ihren wöchentlichen Lohnzahlungen rechnen und diese erhalten oder Arbeitslosengeld beziehen. Das bedeutet, dass es eine ganz allgemeine staatliche Aufgabe ist, den gesamten Zahlungsmittelbedarf der gesamten nationalen Bevölkerung zu decken.

Machine Translated by Google

Wirtschaft, unabhängig davon, ob für die Ausführung großer staatlicher Bauvorhaben vorübergehend größere Arbeitskräfte an einem Ort eingesetzt werden oder nicht.

Die Bereitstellung von Zahlungsmitteln für die Lohnzahlungen und die Durchführung der anderen bargeldlosen Überweisungen an die Unternehmer sind Aufgaben des Zahlungsverkehrs und haben ursächlich überhaupt nichts mit der Kreditsituation zu tun.

Es wäre daher das Naheliegendste und Natürlichste, wenn mit der Kreditgenehmigung für ein größeres staatliches Bauvorhaben durch die rechtmäßige Vertretung der gesamten Bevölkerung gleichzeitig die Ermächtigung der Staatsbank verbunden wäre, auf Grundlage dieser genehmigten Kredite die notwendigen Zahlungen zu leisten. Selbstverständlich erfolgen diese Zahlungen üblicherweise erst, nachdem die verschiedenen beauftragten staatlichen Stellen (Landwirtschaftsämter, Straßen- und Flussbauämter, Eisenbahnbauabteilungen, Sonderabteilungen usw.) die von den Unternehmern geforderten Zahlungsbeträge geprüft und gemäß den Vorschriften und dem Vertrag die Zahlung genehmigt haben.

Der gesamte Kreditbetrug, der hier miteingebracht wird – denn er ist nichts anderes als die moderne Form des Betrugs an einer Nation – ist völlig nutzlos und nur schädlich.

Machine Translated by Google

Die Reichsbank-Gesellschaft

Die Reichsbank ist nicht, wie jeder leichtgläubige Staatsbürger vielleicht glaubt, eine wirkliche Staatsbank, sondern eine Aktiengesellschaft. Sie ist somit keinesfalls eine staatliche Institution, auch wenn der Staat bis Juni 1922, als er auf Drängen der Entente vollständig „autonomisiert“ wurde, gewisse Regulierungsbefugnisse besaß. Selbst die Beamten der Bank wurden vom Reich ernannt und bezahlt, der Beirat hingegen setzte sich ausschließlich aus Vertretern der Großbanken und des internationalen Judentums zusammen – beides ein und derselbe Personenkreis.

Bereits bei der Gründung im Jahr 1873 verzeichnete der erste Beirat unter rund 15 Mitgliedern folgende Namen: Baron Rothschild, Geheimer Handelsrat Bleichröder, Geheimer Handelsrat Mendelssohn, Theodor Plaut, Geheimer Handelsrat Oppenheimer, Geheimer Handelsrat Warschauer und Geheimer Handelsrat Zwicker, Handelsrat Stern, Handelsrat Gelpke; also elf reinblütige, hochgestellte Juden und, als Zierde, vier weitere Herren mit deutschen Namen.

Es war wieder einmal ein kluger Schachzug, mit dem der Bankier Bleichröder, der Bismarck beriet, dem alten Reichskanzler empfahl, die Reichsbank nicht als reine Staatsinstitution auszubauen, da sie dann im Kriegsfall nicht aufgrund der international anerkannten Sicherheit des Privateigentums vom Feind enteignet werden könne, wohingegen sie als reine Staatsbank sofort dem Angriff des Feindes ausgesetzt wäre.

In Wirklichkeit wollte der gewiefte Jude, zusammen mit den anderen einflussreichen Finanziers, natürlich nur das wichtigste Finanzinstitut des Reiches in seinen Machtbereich bringen. Auch dies gelang ihnen, und das Reich verzichtete damit vollständig auf einen der wichtigsten Bereiche seiner Münzhoheit – das Recht, Banknoten auszugeben.

Die Reichsbank nimmt heute eine ganz besondere Stellung im Finanzsystem des Deutschen Reiches ein, eine Stellung, deren furchtbare Folgen für Staat und Volk auch heute noch den unbedeutendsten Leuten bewusst sind.

Es muss Aufgabe einer individuellen Untersuchung sein, genau zu prüfen, inwiefern die Großbanken ihren entscheidenden Einfluss auf die Reichsbank seit deren Gründung zu ihren egoistischen Zwecken missbraucht haben.

Solange Bismarck im Amt war, hielten seine staatsmännische Haltung und der ihm entgegengebrachte Respekt die Börsenspekulationen in Schach; nur ein einziges Mal in der gesamten Geschichte der Reichsbank machte Bismarck von seinem im Reichsbankgesetz vorgesehenen Kanzlerveto Gebrauch, nämlich als er die Annahme russischer Aktien verbot. Heute ist die Reichsbank, wie bereits erwähnt, unter dem Einfluss internationaler Bankiers völlig unabhängig geworden. Die Reichsregierung hat somit keine Möglichkeit mehr, entscheidend in die Geschäftsführung einzugreifen.

Die Zinsknechtschaft der Nationen bedeutet die Herrschaft der Banken und Börsen. Die Überwindung dieser Zinsknechtschaft ist die mit Abstand größte Aufgabe des Nationalsozialismus.

Alles, was heute im Staat und in der Wirtschaft geschieht, wird zu einer Forderung nach Zinsen von Großkapital gegen produktive Arbeit. Wird eine Eisenbahn gebaut, entstehen Kredite; wird ein Krieg geführt, entstehen Kriegskredite; werden Bodenschätze oder Wasserkraft erschlossen, entstehen Kredite für Wasserkraftprojekte; wird eine Fabrik erweitert, werden neue Aktien ausgegeben; wird ein neues Unternehmen gegründet, wird eine kapitalistische Gesellschaftsform gewählt, die es den Unternehmern ermöglicht, Arbeit und Risiko zu tragen, während der Löwenanteil der Gewinne an die Finanziers fließt. Wenn es nicht mehr über Kredite läuft, ist der weitaus einfachere und effizientere Weg der Kapitalbeschaffung.

Machine Translated by Google

Man wählt eine expansive Geldschöpfungsmethode, wie etwa zur Zeit der Inflation von 1923, die ebenfalls den Großkapitalisten die höchsten Gewinne einbrachte. Ähnlich wie König Midas in der Sage, für den alles, was er berührte, zu Gold wurde, so verwandelt sich heute alles, was geschieht, in verzinsliche Wertpapiere.

Leider haben die Weltbanker einen ungeheuren Appetit, und Wertpapiere sind in der Tat ihre Lieblingsspeise, die ihnen offensichtlich hervorragend schmeckt. Wir können nicht darauf hoffen, dass sie wie König Midas hungern werden, bei dem bekanntlich sogar das Essen in seinem Mund zu Gold wurde. Im Gegenteil, die Arbeiter werden eher hungern als die Zinsmagnaten.

Sie denken auch gar nicht daran, ihre Regel aufzugeben oder abzuschwächen, *deshalb muss diese Zinsregel gebrochen werden.*

Nun müssen wir einen dritten Aspekt beleuchten, der das Bild der zinskapitalistischen Ausbeutung auch für den Laien vervollständigen und abrunden wird, nämlich *die Inflation.*

Machine Translated by Google

Inflation

Die Inflation ist der deutlich sichtbare Ausdruck unseres finanzpolitischen Elends.
Es betrifft jeden – jeden, der seinen Lebensunterhalt verdienen muss – mit erschreckender Härte.

Doch woher kommt die Inflation? Auf diese Frage hört man unzählige Erklärungen, die teils der beschränkten Sichtweise des Antwortenden entspringen, teils demagogischen Parolen entstammen und teils tatsächliche Teilursachen aufzeigen, ohne jedoch den eigentlichen Kern der Inflation zu treffen. Hört man sich die von den verschiedenen Parteien benannten Inflationsursachen an, so gibt es bald keine Gesellschaftsordnung und keinen Berufsstand mehr, der nicht von irgendeiner Seite als Inflationsursache angeführt würde.

Für diejenigen, die den Ausführungen des Buches über die Zinssklaverei gefolgt sind, ist die Antwort nicht schwer zu finden. *Die ursprüngliche Schuld an der Inflation trägt die Zinsverpflichtung der Arbeit gegenüber dem Kapital.*

Zinsen – Steuern – Inflation, so verläuft die logische Kette, die von der
Das verhängnisvolle und absurde Zinsversprechen des Staates zwingt diesen, die übernommenen Zinsverpflichtungen über Steuern vom Volk einzutreiben. Die Steuern – und zwar Steuern aller Art, direkte wie indirekte, Zölle sowie die besonders verwerflichen indirekten Steuern auf die Ausgabe ungedeckter Banknoten – treiben die Inflation weiter an. So entsteht ein Teufelskreis: Die Inflation führt zu immer höheren Staatsausgaben, die der Staat, gefangen im Schuldenwahn, nur durch die Aufnahme neuer Schulden zu decken glaubt. Diese neuen Schulden bringen wiederum neue Zinsen mit sich, die neuen Zinsen machen neue Steuern notwendig. Die Steuergesetzgebung versagt allmählich vollständig, denn im Falle eines Währungskollapses bleiben die Steuereinnahmen weit hinter der Währungsabwertung zurück. Der Staat ergibt sich schließlich widerstandslos dem Finanzbolschewismus der Gelddruckmaschine, wie wir es in der Inflation von 1923 auf schreckliche Weise erfahren mussten.

Meine ersten Streitschriften widmeten sich vor allem der Aufdeckung dieser Zusammenhänge. Im Manifest zur Überwindung der Zinsknechtschaft⁷⁴ legte ich die alles überschattende Bedeutung des Zinsproblems im Staatsbankrott dar: Die Lösung, die ich konkret darlegte, war die Absurdität des staatlichen Kreditsystems. Ich wies auf die unzähligen Steuergesetze hin, die den Lebensunterhalt der breiten Masse verteuerten, deren Produktion vollständig für Zinszahlungen verwendet werden musste. In der Arbeit über den bevorstehenden Steuerstreik mit der neuen Steuerflut von 1920 und 1921 sowie dem Reichshaushalt 1918 wurde der endgültige Beweis erbracht, dass die gesamte Finanzverwaltung des Reiches und der Länder vollständig auf die Zinszahlungen für große Kredite ausgerichtet ist. Im letzten Buch wird jedoch bereits anhand eines sehr anschaulichen Beispiels der Weg zur Umkehr dieser völlig unhaltbaren Zustände aufgezeigt.

Es ist ganz offensichtlich, dass durch die Flutung einer Volkswirtschaft mit Papiergeld,
Die Kaufkraft dieses Papiergeldes muss stetig sinken.

Da Geld in seinem innersten Wesen, wie wir erkannt haben, ein Zeichen geleisteter Arbeit ist, muss die sogenannte Quantitätstheorie des Geldes, zumindest in ihren wesentlichen Merkmalen,

---

74. Die potenzielle Kaufkraft ist die angesparte Kaufkraft, die derzeit nicht auf dem Markt zur Verfügung steht. Dazu gehören sowohl gehortete Bargeldreserven als auch fest angelegtes Sparkapital.

Die effektive Kaufkraft ist die Summe aller Nachfrageansprüche an die Volkswirtschaft, die in Form von Bargeld vorliegen.
oder in Form von Wertpapieren auf dem Gütermarkt eingesetzt werden und darauf abzielen, sich in materielle Güter umzuwandeln.

Potenzielle Kaufkraft kann jederzeit in effektive Kaufkraft umgewandelt werden; im Falle dieses Phänomens spricht man von der „Flucht vom Markt“.

Machine Translated by Google

Diese Theorie, die von uns anerkannt wird, besagt, dass die im Umlauf befindliche Geldmenge einer Volkswirtschaft in einem bestimmten stabilen Verhältnis stehen muss, damit sich die Kaufkraft nicht verändert. Das Geld steht gewissermaßen den Warenbeständen gegenüber, und aus der Warenmenge wird eine bestimmte Anzahl von Werteinheiten der üblichen Währung berechnet, also der Durchschnittspreis der Waren. Hier betone ich das Adjektiv „Durchschnitt“. Man muss sogar noch weiter gehen und sagen: Das durchschnittliche Preisniveau – also keinesfalls die Höhe der Einzelpreise – ist in gewisser Weise von der gesamten im Land vorhandenen Kaufkraft abhängig. Kaufkraft ist jedoch bereits ein viel umfassenderer Begriff als die bloße Höhe der liquiden Mittel. Wir wollen uns hier aber nicht in wirtschaftlichen Details verlieren, denn sonst müsste die Frage nach der effektiven und potenziellen Kaufkraft und ihrer Auswirkung auf die Preise angesprochen werden. Jedenfalls ist sicher, dass beispielsweise eine Vertausendfachung der im Umlauf befindlichen Geldmenge zwangsläufig eine Vertausendfachung der Preise zur Folge hat. In Wirklichkeit sind nicht die Preise gestiegen, sondern die Kaufkraft der Mark hat sich umgekehrt proportional zur Vervielfachung der Währungsmenge verringert.

Die Hauptursache der Inflation ist die Zinsverpflichtung des Staates. Diese Zinsverpflichtung macht Steuern notwendig, denn der Staat kann nur das ausgeben, was er seinen Bürgern in irgendeiner Form wieder abnehmen muss.

Diese Form des Raubes der Bürger durch den Staat ist, wie wir gesehen haben, dreifacher Natur – Entweder durch direkte Steuern oder, effektiver, durch indirekte Steuern oder in der besonderen Form der Inflation. Letztere ist die verwerflichste, denn mit ihr versuchen bankrotte Staaten, sich über Wasser zu halten – sie ist die vollkommenste Geldfälschung. Doch gerade diese letzte Form ist so schädlich, weil dadurch die Ersparnisse des leistungsfähigsten und fleißigsten Teils der Bevölkerung schlichtweg vernichtet werden.

Dies ist eines der erschütterndsten Kapitel in der Tragödie des deutschen Volkes. Hunderttausende fleißige Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige freier Berufe, Ärzte, Ingenieure usw. hatten ihr Leben lang durch beharrliche, unermüdliche Arbeit für sich und ihre Familien gespart, um einen sorgenfreien und unabhängigen Lebensabend genießen zu können. Sie hatten ihre Ersparnisse Cent für Cent und Mark für Mark angehäuft, und jede Mark bedeutete die Garantie des täglichen Lebensunterhaltsminimums im Alter. Doch der Staat, dem diese unglücklichen Menschen ihre Ersparnisse anvertraut hatten, zahlte in der Inflation von 1923 nicht einmal eine einzige Mark, die ihm als Ersparnisse anvertraut worden war – nicht einmal, als diese angesparten Cent damals in glänzenden Goldmünzen angelegt worden waren – etwa 30 Millionen Papiermark. Stattdessen nutzte er den selbstverschuldeten Währungsverfall aus und erklärte: Eine Mark ist eine Mark. Damit wurden all diese Männer um die Früchte ihres Lebenswerks gebracht und in tiefste Not gestürzt. Der Staat wies sie mit kümmerlichen Almosen ab, private Wohltätigkeit musste einspringen – doch gerade diese Form der Hilfe war für die Betroffenen besonders beschämend, denn aus privater Hand blieben diese Gaben tatsächlich Almosen, wohltätige Gaben, für die diese Unglücklichen dankbar sein mussten, obwohl es sich um einen organisierten Raub ihrer hart erkämpften Rechte handelte. Rechte, die, wenn sie wiederhergestellt würden, nicht einmal einen Dank der Beraubten nötig machen würden.

---

75 Die Papiermark wurde im August 1914 aufgrund des Wertverfalls der Goldmark eingeführt, und die Bindung der Goldmark an Gold wurde aufgegeben. Die Inflationsrate stieg bis November 1923 weiter an, als die Währung durch die Ankündigung der Schaffung einer neuen Rentenmark im Wert von 1 Billion Papiermark stabilisiert wurde. Die Rentenmark, die 1924 in Kraft trat, wurde noch im selben Jahr durch die Reichsmark ersetzt.

Machine Translated by Google

Wir haben bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass sich ein falsches Prinzip an diesen armen Menschen auf schreckliche Weise gerächt hat – nämlich das Ideal der Kapitalrente. Nicht, dass diese Kreise dieses Schicksal verdient hätten, im Gegenteil – es wird eine ehrenvolle Pflicht des Nationalstaats sein, diese beraubten Menschen bestmöglich zu entschädigen. Dennoch bleibt zu hoffen, dass diese erschreckende Lektion im Unterbewusstsein der Menschen weiter nachwirkt und dass das Ideal der Kapitalrente scheitert und dem richtigen Spar-Ideal – der rein deutschen Idee der Altersvorsorge, der Fürsorge für Frauen und Kinder durch die Schaffung eines eigenen Heims, eines eigenen Feldes und Gartens usw. – zum Durchbruch und Sieg verhilft.

Die zweite oben erwähnte Form des staatlichen Raubes an den Bürgern ist die indirekte Steuer. Indirekte Steuern stellen in ihren Folgen tatsächlich ein soziales Verbrechen dar. Rücksichtslos und unerbittlich, in einer Form, der sich niemand entziehen kann, treffen sie die breite Masse der Bevölkerung mit voller Härte, während die Reichen im Allgemeinen von den indirekten Steuern kaum betroffen sind.

Die direkte Steuer ist, sofern sie nach der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers gestaffelt ist, an sich eine gerechte und angemessene Steuer. Als Beitrag an den Staat für kommunale Aufgaben muss eine direkte Steuer die Produktion keinesfalls verteuern, denn sie sollte nur dort erhoben werden, wo tatsächliche Überschüsse über die Deckung des notwendigen Lebensbedarfs hinaus vorliegen. Doch in ihrer heutigen Form läuft die direkte Steuer, ähnlich wie die Inflation, auf blanken Raub hinaus und steht im direkten Widerspruch zum in Artikel 153 der Weimarer Verfassung verankerten Eigentumsrecht.

Zusammenfassend sei nochmals darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine Inflation handelt, die im Allgemeinen eine Folge der Zinsverpflichtungen des Staates gegenüber dem internationalen Finanzwesen ist. Es geht um eine anhaltende Aussaugung der nationalen Wirtschaft zugunsten supranationaler Finanzmächte, für die unser Staat lediglich als Steuereintreiber fungiert.

Hierbei handelt es sich um eine ganz besondere Form der Inflation – die kapitalistische Zinsinflation. Natürliche Inflation entsteht, wenn eine Ernte ausfällt oder eine Epidemie das Land heimsucht und die natürliche Nachfrage das Angebot übersteigt. Diese Inflation ist jedoch stets nur vorübergehend. Im nächsten ertragreichen Jahr wird die Notlage beseitigt und die Preise kehren auf ihr natürliches Niveau zurück.

Die kapitalistische Zinsinflation gleicht jedoch einem alles verzehrenden Feuer, das erst dann erlischt, wenn es alle Schätze der Welt verzehrt und die gesamte Menschheit zu Zinssklaven des internationalen Finanzwesens gemacht hat – oder bis die Zinssklaverei gebrochen ist.

Machine Translated by Google

Nationale Finanzreform

Nach einer so gründlichen Diagnose der Krankheit unserer Staatsfinanzen, wie auch unserer finanziellen

Wenn wir das System im Allgemeinen betrachten, können wir hoffen, die richtigen Rezepte für die Behandlung geben zu können.

Die Regelungen und Maßnahmen, die den Übergang von der gegenwärtigen zur künftigen Situation steuern, fallen nicht in den Rahmen dieser Arbeit. Für diese Maßnahmen gilt der allgemeine Grundsatz, dass durch sie nach Möglichkeit jede Störung des Wirtschaftslebens vermieden werden muss. Natürlich wird dies nicht ohne gewisse Härten und vorübergehende Eingriffe gelingen, aber selbst bei sorgfältigster Planung lässt sich ein gewisser gewisser Blutverlust nicht vermeiden.

Unser großes, strahlendes Endziel ist die *Befreiung von der Knechtschaft der Interessen.*

Die erste und grundlegende Maßnahme, die sich aus der Übergabe des nationalen Finanzsystems an eine private Institution, die Reichsbank AG, ergibt, ist die Verstaatlichung der Reichsbank.

Aus dem Umfang dieser Bank dürfte bereits deutlich hervorgehen, dass eine „Reichsbank“ tatsächlich eine Institution des Reiches sein muss, genau wie die Reichspost oder der Reichsgerichtshof. Es muss entschieden als Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet werden, dass die Reichsbank (siehe Bild) diesen Namen tragen darf.

Die Aufgabe einer echten Reichsbank muss dementsprechend zweifach sein. Erstens muss sie die Finanzgeschäfte des Reiches versorgen, soweit diese nicht direkt von einzelnen Verwaltungsstellen abgewickelt werden können, wie es beispielsweise bei der Post und der Eisenbahn der Fall ist. Zweitens muss sie die gesamte Volkswirtschaft in der treuhänderischen Abwicklung von Zahlungsgeschäften stützen. Ihre Aufgabe muss ferner darin bestehen, stets ausreichend liquide Mittel für Geldtransaktionen bereitzustellen.

Für dieses Aufgabenspektrum muss es sich um das Exekutivorgan der nationalen Finanzverwaltung handeln, das ihr vollständig unterstellt sein muss. Die Beamten der Reichsbank müssen Staatsbeamte sein, wie auch die anderen Beamten. Ein Beirat, der sich wie der heutige aus Vertretern des Großjudentums zusammensetzt, ist selbstverständlich völlig überflüssig. Es genügt, wenn der Staat einen Sonderbeauftragten für die Aufsicht über die Finanzführung der Bank ernennt, der für deren Finanzführung verantwortlich ist. Die Aufgaben der Bank werden durch ein eigenes Reichsbankgesetz präzise festgelegt, sodass bereits die Finanzführung der Bank gewährleistet, dass die Institution der Reichsbank ausschließlich den nationalen Interessen dient.

Wir verfügen jedoch bereits über ein Bankinstitut, das den Anforderungen an die Reichsbank vollumfänglich entspricht: die Bayerische Staatsbank. Die Bayerische Staatsbank ist eine reine Nationalbank, und niemand wird behaupten können, sie habe ihre Aufgaben als Bankinstitut nicht einwandfrei erfüllt. Dies gilt selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass sie sich dabei an die allgemeinen Gepflogenheiten der zinskapitalistischen Wirtschaft gehalten hat. Jedenfalls hat diese Bank den Geldverkehr bedient, ohne die Rentabilität des Bankkapitals als oberste Priorität zu betrachten. Dadurch hat sie das bemerkenswerte Phänomen hervorgebracht, dass sie mit ihrem äußerst geringen Kapital von nur 8.000.000 Mark durchaus in der Lage war, alle Anforderungen des Geldverkehrs zu erfüllen und Milliardenumsätze zu verwalten.

Es ist nicht uninteressant festzustellen, dass im *Börsenjahrbuch (Saling's Stock-exchange Yearbook, A Handbook for capitalists and stockholders,* for 1914/15, presented by)

Machine Translated by Google

Die Existenz der Bayerischen Staatsbank (damals noch „Königliche Bayerische Bank“) wird schlichtweg ignoriert, obwohl es auf Seite 644 dieses Handbuchs dieser dennoch bedeutenden staatlichen Institution durchaus Gelegenheit und Raum gegeben hätte, sie zu erwähnen. Doch eine Bank, die nicht ausschließlich privaten kapitalistischen Zielen dient, ist im Hochfinanzwesen eindeutig keine Bank.

Bemerkenswert ist zudem, dass unmittelbar nach dem Krieg und der Münchner Bolschewistenzeit Anstrengungen unternommen wurden, die Bayerische Staatsbank – wie es im Börsenjargon so schön hieß – „auf eine breitere Basis“ zu stellen, um auch dieses unabhängige Institut für die „Gewinnmaximierung“ privaten Kapitals nutzbar zu machen. Unsere Forderung findet somit in der Bayerischen Staatsbank ein praktisch erhaltenes Vorbild. Der Einwand, dass eine Bank als staatliches Institut nicht geführt werden könne, ist damit widerlegt.

Für die Reichsbank selbst sah das Reichsbankgesetz tatsächlich eine Verstaatlichung vor, wonach das Reich nach einjähriger Ankündigung, erstmals am 1.1.1891 und danach alle zehn Jahre, das Recht gehabt hätte, entweder die Reichsbank aufzulösen und deren Vermögen (einschließlich der enorm wertvollen Gebäude) gegen Zahlung des Nettovermögenswertes (!) zu erwerben oder alle Aktien zum Nennwert (!!) zu übernehmen. Am 1. Januar 1921 hätte das Reich somit einen schweren Fehler der Reichsgesetzgebung gegenüber dem deutschen Volk korrigieren können, indem es das gesamte Vermögen der Reichsbank für die lächerliche Summe von 1,80 Millionen – dem Nennwert der Reichsbankaktien – erworben hätte.

Der *Völkische Beobachter ,* der sich damals noch nicht im Besitz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei befand, die jedoch bereits von Männern geführt wurde, die zu den intellektuellen Vorläufern des Nationalsozialismus gehörten, und die Wochenzeitung von Dr. Sch.
Pudor *vom „Deutschen Finanzmann“* wies rechtzeitig darauf hin – natürlich als einzige Stimme einer öffentlich-rechtlichen deutschen Zeitung –, jedoch ohne jeglichen Erfolg.

Es ist bemerkenswert, dass, obwohl die Reichsbankaktien auf Namen ausgestellt waren, nicht weniger als 2153 Ausländer im Besitz von Reichsbankaktien waren! Welchen Anteil am Gesamtkapital der Reichsbank diese 2153 Ausländer (Stand 1913) veräußerten, geht aus den Reichsbankunterlagen leider nicht hervor. Es handelt sich jedenfalls um einen beträchtlichen Prozentsatz, wenn man bedenkt, dass die Zahl der einheimischen Aktionäre lediglich 16.646 beträgt. Es ist nun klar, dass die einheimischen Aktionäre deutlich geringere Beträge erworben haben dürften, während man beim Kauf von Reichsbankaktien natürlich annehmen kann, dass ein Ausländer nicht nur ein oder zwei Stücke, sondern gleich ein ganzes Paket erwirbt. Diese Tatsache verschleiert die unglaubliche Tatsache, dass selbst während des Krieges beträchtliche Summen in Form von Dividenden von der „Deutschen Reichsbank“ ins Ausland abflossen.

Die Gewinnbeteiligung der Reichsbank, deren Hauptgewinne – wie bereits erwähnt – aus dem Diskontieren von Wechseln stammen, ist höchst originell. Zunächst erhalten die Aktionäre eine Vorzugsdividende von 3,5 %, und vom verbleibenden Gewinn wird dann ein Viertel an sie ausgeschüttet. Drei Viertel dieses verbleibenden Gewinns fließen an das Reich, nachdem weitere 10 % in eine Reserve überwiesen wurden. 1913 wurden so 31.025.555 Mark an das Reich transferiert. Aus diesem Grund verlieh das Reich dieser bemerkenswerten Institution das sogenannte Banknotendruckprivileg, also das Recht, Banknoten nach Bedarf auszugeben. Bis zum Kriegsausbruch sollte die Reichsbank zumindest bis zu einem Drittel Gold oder Silber in Form deutscher oder ausländischer Münzen oder Barren als Deckung für diese Banknoten bereithalten. Nachdem auch diese Beschränkung wegfiel, stand dem unbegrenzten Drucken von Papiergeld nichts mehr im Wege. Die einzige Deckung (!), die die Reichsbank für ihr Papiergeld hatte, waren die wunderbaren Reichsschatzanweisungen – also wieder einmal nur eine weitere

Machine Translated by Google

Papier, hinter dem ein bankrotter Staat stand. Kein Wunder, dass unter solchen Umständen ein unaufhaltsamer Zusammenbruch der deutschen Währung eintreten musste.

Es ist zweifellos eine sehr wichtige staatliche Aufgabe für eine verstaatlichte Bank, stets dafür zu sorgen, dass die Ansprüche der Wirtschaft auf Zahlungsmittel vollständig befriedigt werden; denn nur wenn es hier nicht zu Zahlungsengpässen kommt, selbst wenn die anderen Finanzinstitute alle Ansprüche vollständig erfüllen können, entsteht eine Zinswucherung auf der Grundlage von Geldknappheit – die zu den größten Weltkrisen führen kar Ausgenommen sind sie. Umgekehrt fließen die ausgegebenen Geldbeträge, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche, über die unzähligen Kanäle des öffentlichen Geldverkehrs zur Reichsbank zurück, damit diese die Banknoten wieder aus dem Umlauf nehmen kann. Bei der Bank von England ist es bekanntlich üblich, dass eine zur Bank zurückfließende Banknote nicht erneut ausgegeben, sondern gegen eine neue eingetauscht und die alte vernichtet wird. Dies geschieht vor allem aus hygienischen Gründen.

Die Frage der Währung wird künftig tatsächlich von zunehmender Bedeutung sein, da die sogenannten Geldersatzmittel wie Wechsel und Schecks und insbesondere die bargeldlosen Geldtransaktionen immer wichtiger werden.

In einer solchen Clearingwirtschaft werden die Postscheckstellen, die schon heute beispielhaft für reine Geldtransaktionen ohne Bargeld und Zinsen stehen, außerordentlich an Bedeutung gewinnen. In den heutigen Postscheckstellen lassen sich die Kernzellen erkennen, die sich leicht zu einem idealen, staatlich überwachten Geldtransaktionssystem entwickeln lassen – vollständig analog zum nationalen Personen- und Güterverkehr.

Niemand kann bestreiten, dass Zahlungen über Postscheckstellen schneller und zuverlässiger abgewickelt werden. Dass Gut- und Lastschriften nicht innerhalb von maximal 48 Stunden bearbeitet werden, spielt kaum eine Rolle, wenn man bedenkt, dass Gutschriften für längst eingegangene Beträge bei Banken heutzutage oft erst 8 bis 14 Tage später ausgestellt werden. Benötigt der Bankkunde Geld für sein Unternehmen, muss er weiterhin einen Bankkredit aufnehmen. Bei Geldtransaktionen über Postscheckstellen entfällt die gesamte Zinsberechnung. Dies bedeutet eine enorme Erleichterung und Vereinfachung des Zahlungsverkehrs, insbesondere zum Jahresende. Der Postscheckkunde erhält jedes Jahr am 2. Januar – sowie auf Anfrage täglich – genaue Informationen über den Kontostand seines Postscheckkontos.

Die Abwicklung von Geldtransaktionen über Banken ist daher in keiner Weise besonders vorteilhaft für die Wirtschaft. Reine Geldtransaktionen über Banken belasten die Produktion lediglich mit Aufwendungen aller Art, und nur die Banken profitieren von den Zinsen, niemals aber der Kreditnehmer. Für den gerechten Fabrikbesitzer und Unternehmer ist der Erhalt einiger Mark Zinsen für kurzfristige Kredite völlig unerheblich. Ein gerechter Unternehmer handelt so, dass er nur so viel Geld auf der Bank zur Verfügung hat, wie er zur Begleichung der Löhne und anderer laufender Zahlungen benötigt.

Die Postscheckkonten entsprechen diesen Anforderungen voll und ganz, und es ist kein Zufall, dass die englische Fabian Society (76) in London bereits während des Krieges ein Memorandum an den Lordkanzler mit dem Titel „Wie finanzieren wir den Krieg?“ richtete, in dem sie die Einrichtung der deutschen und österreichischen Postscheckkonten als Unterstützung vorschlug. Feinde sind stets scharfsinnig, und wenn sie andeuten

76 Die Fabian Society ist eine demokratisch-sozialistische Organisation, die Reformen der Revolution vorzieht. Sie wurde 1884 gegründet, und zu ihren frühen Mitgliedern zählten George Bernard Shaw, H. G. Wells, Annie Besant, Leonard und Virginia Woolf, wobei Sidney und Beatrice Webb die bedeutendsten unter ihnen waren. Sidney Webb verfasste im Jahr 1900 die Verfassung der neu gegründeten Labour Party.

Machine Translated by Google

Wenn eine Institution für das eigene Land als vorbildlich gilt, dann kann man sicher sein, dass da etwas Wahres dran ist.

Was über die Verstaatlichung der Reichsbank gesagt wurde, gilt selbstverständlich auch für die Verstaatlichung der anderen Zentralbanken, in Bayern also für die Bayerische Nationalbank. Auch die Bayerische Nationalbank ist eine reine Aktiengesellschaft, in der beispielsweise die Mehrheit der Aktionäre beschließen kann, die Goldreserven der Bank, auf denen das Notenausgaberecht beruht, an die Aktionäre auszuschütten. Wir erinnern uns noch gut an die Versuche des jüdischen Bankiers Schweißheimer in München in diese Richtung. Dieses Mal scheiterte der Plan jedoch am Einspruch der bayerischen Regierung. Der bayerische Staat hatte damals ein Sechstel der Aktien erworben, ein weiteres Sechstel die Bayerische Hypotheken- und Diskontbank, und die verbleibenden zwei Drittel wurden an die Aktionäre verteilt.

Es ist an sich schon ungeheuerlich, dass ein Staat fürchten muss, der Goldbestand der Zentralbank könnte durch das Eingreifen der „Aktionäre“ dieser Bank gefährdet werden. Wer die Hartnäckigkeit der Juden kennt, weiß, dass die Gefahr für Bayerns Goldbestand keineswegs gebannt war, nur weil die Regierung ausnahmsweise standhaft blieb. Demgegenüber steht in der Tat nur die radikale Verstaatlichung der Zentralbanken. Neben der Bayerischen Staatsbank gibt es in Deutschland auch die Baden Bank, die Sächsische Bank in Dresden und die Württembergische Staatsbank.

Im Falle der Verstaatlichung der Reichsbank und der Zentralbanken werden die Beamten und Angestellten der Banken selbstverständlich in gleicher Funktion wie Staatsbedienstete vom Staat übernommen. Das Recht zur Ausgabe von Banknoten wird damit ausschließlich vom Staat ausgeübt. Eine solche Banknotenausgabe kann nur nach einer Verordnung des Finanzministeriums und nur gegen vollständige Deckung erfolgen. Hierin liegt die große Aufgabe der *Währungsstabilisierung.* Dies ist jedoch keine Aufgabe des kleineren Kreises der Zentralbanken; diese müssen lediglich dafür sorgen, dass keine Banknotenausgabe ohne Deckung erfolgt.

Für die Herstellung von Banknoten gelten die bisherigen Bestimmungen. Jede Nachahmung wird gemäß den Vorschriften des Strafgesetzbuches, Abschnitt VIII, Art. 146–152, strengstens bestraft.

Die Aktionäre werden entschädigt. Jegliche Ansprüche der Aktionäre auf die Goldbestände der Bank sind rechtlich ausgeschlossen.

Eine wirkliche Stabilisierung unserer Währung ist völlig ausgeschlossen, solange man, wie beschrieben, von den Deutschen Zinsen und Abgaben verlangt, die langfristig nicht gedeckt werden können. Es ist auch falsch, ein radikales Mittel zur Währungsstabilisierung fordern zu wollen.
Es handelt sich hier nicht um ein Sonderproblem, das sich vom internationalen Problem der Zinswirtschaft trennen ließe. Solange diese internationale Raubtierwirtschaft des rein jüdischen Hochfinanzwesens fortbesteht, bleiben die Währungen der verschiedenen Nationen ein willkommener Gegenstand der Spekulation im Hochfinanzwesen. Darüber hinaus hängt die *Stabilität einer Währung* – also das, was der Begriff „Währung“ im Kern ausdrückt – von weiteren Faktoren ab, vor allem von der *Aktivität oder Passivität der Handelsbilanz.* Hier weitet sich unser Blick über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, und die heimische Wirtschaft tritt in wechselseitige Beziehungen zu den Volkswirtschaften anderer Länder.

Um sich in diesem riesigen Feld der internationalen Finanzen schnell zurechtzufinden, müssen wir uns erneut vor Augen halten, dass Sinn und Ziel dieser internationalen Wirtschaft nicht die Profitabilität privaten Kapitals ist, sondern die Deckung von Bedürfnissen. Alles andere ist lediglich Beiwerk, eine Hilfe. Die internationale Finanzwirtschaft – der internationale Zahlungsverkehr

Machine Translated by Google

Doch heute erscheint etwas anderes als das Wichtigste und spielt tatsächlich die Hauptrolle. Es sind die internationalen Bankhäuser, die heute die Welt beherrschen, die den Geldbedarf der Staaten decken und sich damit die Herrschaft angemaßt haben; es sind die internationalen Bankhäuser, die heute in gigantischen Konzernen die Produktion von Eisen, Stahl, Erdöl, Konserven, Getreide, Fetten, Öl, Baumwolle usw. kontrollieren. Die internationalen Bankhäuser finanzierten die Kriege, die großen Bankhäuser finanzierten und kontrollierten die gesamte Kriegsversorgung. Sie selbst haben nichts Produktives geleistet, sich weder an der Produktion beteiligt noch aktiv an den Kriegshandlungen mitgewirkt; sie haben lediglich aus allem Profit gezogen, aus Blut und Tränen, aus den Schrecken des Krieges, aus dem Hunger der Massen, aus der Verschwendungssucht der Neureichen, aus der Spekulationswut der Börsenbesucher.

All das wird zu Gold und Goldwert für die internationale Finanzwelt. Jede Arbeit der produktiven Nationen weckt Interesse in der internationalen Finanzwelt. Selbst hier, in der internationalen Wirtschaft, haben wir es mit einer völligen Umkehrung des korrekten und vernünftigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu tun.

Die Arbeiter arbeiten angemessen und bieten ihre Produkte auf dem Weltmarkt an, um sie gegen ausländische Produkte (Rohstoffe, Halb- oder Fertigprodukte) einzutauschen. Es ist nicht vernünftig, Fremdwährungen (Dollar- oder Pfundnoten) gegen gelieferte optische Instrumente einzutauschen, diese dann zu annullieren und anschließend mit Fremdwährungen zu spekulieren. In wirtschaftlich gesunden Zeiten käme kein Fabrikbesitzer auf so eine Idee. Er benötigt die Erlöse natürlich für seine weiteren Produkte, um weiter produzieren, seine Arbeiter bezahlen und neue Rohstoffe kaufen zu können. Es ist völlig unmöglich, dass die gesamte deutsche Wirtschaft ihre Exporterlöse in Form von Fremdwährungen oder Devisen einnimmt, denn die deutsche Volkswirtschaft muss ihren Rohstoffbedarf decken: Baumwolle für die riesige Textilindustrie, Kupfer für die ebenso gigantische Elektroindustrie, Seide, Jute, tropische Früchte, die über die heimische Produktion hinausgehende Nachfrage nach Lebensmitteln und Futtermitteln usw., um nur einige Beispiele zu nennen. Die erhaltenen Devisen müssen daher umgehend wieder ausgegeben werden. Das ist an sich auch ganz natürlich, denn normalerweise kann man mit Fremdwährungen im eigenen Land nichts anderes anfangen als sie umzutauschen. Das gilt auch heute noch. Ein amerikanischer Arbeiter kann nicht mit französischen Francs bezahlt werden, und ein englischer Geschäftsmann erhält in seinen Geschäften keine italienischen Lires. Es macht auch keinen Sinn, die Währungen in Länder mitzunehmen, in denen sie gar nicht als Zahlungsmittel verwendet werden können. Die Landeswährung dient und sollte ausschließlich den internen Bedürfnissen des ausgebenden Landes dienen. So wie in einer Volkswirtschaft der Sinn der Güterproduktion nicht im Geldhandel und dem anschließenden Horten des Geldes liegt und es der Wirtschaft vorenthält, so ist auch der internationale Warenaustausch erst dann abgeschlossen, wenn Importe durch Exporte bezahlt werden.

Die theoretische Idealsituation wäre, wenn jedes Land seinen Importbedarf vollständig durch Exporte decken könnte. Nur dann kann man von absoluter Währungsstabilität sprechen. Verständlicherweise strebt jede aufstrebende Volkswirtschaft danach, einen Exportüberschuss gegenüber dem Importbedarf zu erzielen. Nur so lässt sich Wohlstandszuwachs erkennen. Dann spricht man von einer positiven Handelsbilanz. Bleibt der Importbedarf über dem Exportbedarf, müssen Teile des inländischen Wohlstands ins Ausland abgegeben werden, um dieses Defizit auszugleichen. Da diese Lieferungen aber nicht aus dem Arbeitseinkommen stammen können, müssen sie wiederum aus dem Vermögen finanziert werden. Dies geschieht entweder durch den Export von Gold oder von Wertpapieren. Gerade der letztgenannte „Export“ ist jedoch nichts anderes als der Beginn der internationalen Zinsknechtschaft. Ob sich dieser „Export von Wertpapieren“ auf … erstreckt …

Machine Translated by Google

Bestehende inländische Wertpapiere oder solche, die in Form ausländischer „Anleihen“ getarnt sind, sind für die betroffenen Nationen praktisch gleichgültig. Da aber auch im internationalen Wirtschaftsdenken nur die Profitgier großer Kredite regiert, werden alle berechtigten Zweifel an einer integren Volkswirtschaft von Presse und Parlamenten im Keim erstickt, und die internationale Abhängigkeit aller Nationen vom internationalen Finanzwesen, das diese Anleihen spekulativ vermarktet, nimmt erschreckende Ausmaße an.

Auch in der internationalen Wirtschaft zeigen sich dieselben Phänomene wie in der nationalen Binnenwirtschaft, und die furchtbaren Krisen, die die verschiedenen Volkswirtschaften heute erschüttern, sind im Wesentlichen eine Folge dieser Versklavung aller Nationen des westlichen Kulturkreises, wie wir bereits gesehen haben. Die Länder mit schwachen Währungen, deren Binnenwirtschaft zu schwach geworden ist (Russland) oder deren innenpolitische Lage durch die Revolution instabil geworden ist (Deutschland) und deren immer noch gigantische Produktionsüberschüsse kostenlos als Reparationen vom Feind beschlagnahmt werden, verfügen über keine Kaufkraftüberschüsse mehr. Sie können ihren Importbedarf daher nicht mehr mit Waren, sondern mit Papiergeld decken, das sie in großen Mengen ins Ausland werfen, um damit Devisen zu kaufen.
Dadurch schädigen sie in ähnlicher Weise sowohl die Binnenwirtschaft als auch die Auslandswirtschaft. Die Länder mit starken Währungen hingegen leiden gerade unter der Aufwertung ihrer Währungen (beispielsweise die Schweiz). Sie können ihre Produkte nicht mehr in die ehemals großen Märkte exportieren, da diese aufgrund des hohen Wechselkurses ihrer Währung zu teuer geworden sind. Ihren Importbedarf können diese Länder jedoch problemlos mit ihrer starken Währung decken.
Sind die Fertigprodukte in Ländern mit schwacher Währung deutlich günstiger, nutzen Händler und Spekulanten diese Gelegenheit, um die Länder aufzukaufen und auszuplündern – zum Nachteil beider Länder: zum Nachteil der lokalen Produktion und zum Nachteil des Konsums in den aufgekauften Ländern, deren ohnehin geringe Warenbestände durch diese exzessiven Käufe weiter sinken. Dadurch nimmt die Kaufkraft der nationalen Währung in den Ländern mit schwacher Währung erneut ab.

Dass angesichts dieser völlig verdrehten Verhältnisse nicht längst alles zusammengebrochen ist, liegt daran, dass – selbst über allen Machenschaften der internationalen Finanzwelt – das gegenseitige internationale Bedürfnis schlichtweg überwiegt. Nur geschieht alles im letzten Moment, unter Stöhnen und Jammern, weil der Störfaktor – die Zinsforderungen des internationalen Kapitals – in die Weltwirtschaft hineingeworfen wurde. Oder, um es in medizinischen Bildern auszudrücken: Im gesunden Blutkreislauf der Weltwirtschaft hat sich ein zunächst kleines, heute aber enorm großes Karzinom eingenistet, das nur ein Interesse daran hat, alles Blut auf Kosten des restlichen Körpers in sich aufzusaugen und von allem eine Transitgebühr, einen Zins, zu kassieren. Natürlich fließt alles Blut zum Herzen, aber das Herz gibt mit jedem Schlag auch das verseuchte Blut aus. Die Staatsbank, die ausschließlich Geldtransaktionen abwickelt, entspricht genau diesem Bild – und dem Karzinom entspricht am ehesten die Aktivität des internationalen Finanzwesens, das über seine Kreditbanken das gesamte Weltgeld kontrolliert, die gesamte Weltwirtschaft in seinen Sog hält und überall Zinsen kassiert. All das ist unnötig! Die Nationen der Welt brauchen keinesfalls supranationale Finanzmächte. Offensichtlich sind Institutionen erforderlich, die internationale Geldtransaktionen im Sinne einer Clearingstelle oder von Postscheckkonten regulieren. Das können und werden staatliche Devisenämter übernehmen.

Es gibt jedenfalls genügend Möglichkeiten und Mittel, ähnlich wie es möglich war, eine internationale Postunion zu gründen, um auch internationale Zahlungstransaktionen zu organisieren.

Machine Translated by Google

hauptsächlich durch Clearing, ohne dass die internationale Finanzwelt bei all diesen simplen Handelsgeschäften zwei- oder dreifach profitiert und sich auf Kosten der produktiven Nationen bereichert. Details sind hier überflüssig.

Die Stabilisierung einer Währung ist daher, wie bereits betont, untrennbar mit den internationalen Beziehungen verbunden. Es gibt jedoch eine Reihe von Möglichkeiten, die Fehlerquellen und Verantwortlichkeiten zu beseitigen, die in Mängeln der internen Verwaltung oder in der unkontrollierten Manipulation der Banknotendruckerei liegen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bewegen sich allesamt im Bereich bereits erprobter Systeme; wie *die Verstaatlichung der Reichsbank und der Zentralbanken* ergeben sie sich schlichtweg als logische Konsequenz einer neuen Rolle des Staates als Hüter des Geldverkehrs. Sie stellen lediglich die natürliche Reaktion auf Zustände dar, die einzig und allein den Interessen der Finanzwelt dienten – zum größten Nachteil der Bevölkerung. Die sinnvolle Weiterführung der Verstaatlichung der Reichsbank ist die staatliche *Regulierung und Vermittlung des Geldverkehrs* nach dem Vorbild des Postschecksystems, das zu diesem Zweck weiterentwickelt und angepasst wird.

Alle diese Maßnahmen stellen zwar bereits beachtliche Fortschritte dar, sie könnten aber auch ohne eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Haltung im Sinne des mit Nachdruck präsentierten nationalsozialistischen Prinzips erfolgen: „Die Aufgabe der Wirtschaft ist die Deckung des Bedarfs und nicht die Profitabilität des Privatkapitals.“

Diese grundlegende Transformation und Neuordnung im Bereich des Finanz- und Steuersystems, insbesondere bei der Finanzierung großer staatlicher Aufgaben unter Vermeidung des Kreditwegs sowie bei den finanzpolitischen Maßnahmen, die tatsächlich in den Aufgabenbereich der Sozialpolitik fallen, werden uns im nächsten Kapitel beschäftigen.

Machine Translated by Google

Neue Wege

Die Finanzierung großer öffentlicher Bauvorhaben.

Zu den wichtigsten staatlichen Aufgaben zählt die Durchführung umfangreicher Wirtschaftsvorhaben, deren Realisierung die Kapitalressourcen privater Unternehmer übersteigt, die zudem erhebliche öffentlich-rechtliche Interessen berühren und deren Durchführung auf der Nutzung von natürlichen Ressourcen oder Energiequellen beruht. Es handelt sich also um Aufgaben, bei denen die Nutzung gemeinschaftlich genutzter Naturressourcen im Vordergrund steht oder die in den Bereich der hauptsächlich staatlichen Aufgaben fallen, wie beispielsweise den gesamten Verkehrssektor.

Man erkennt, dass es durchaus möglich ist, den Handlungsspielraum staatlicher Initiativen recht präzise einzugrenzen, ohne dass dadurch die private unternehmerische Initiative eingeschränkt wird oder der Staat in Konkurrenz zu ihr treten muss. Hinzu kommt, dass die Ausführung dieser großen öffentlichen Bauvorhaben naturgemäß fast ausschließlich privaten Unternehmen übertragen wird.

Wir haben in den grundlegenden Betrachtungen bereits ausführlich dargelegt, wie vorbildlich der Staat unser deutsches Verkehrssystem aufgebaut hat. Sicherlich wäre es hier und da durch private Unternehmen rationaler und kostengünstiger entwickelt worden, doch bei Aufgaben, die die Sicherheit von Millionen Menschen betreffen, geht es weniger um dies als vielmehr um größtmögliche Stabilität. Der Verkehrsbetrieb ist nun einmal eindeutig eine rein staatliche Aufgabe.

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit und einheitliche Tarife für Eisenbahn und Post müssen die entscheidenden Kriterien für das Verkehrssystem sein – und nicht die Rentabilität des privaten Kapitals.

Diese Frage hängt jedoch eng mit der Form der Finanzierung solch großer öffentlicher Projekte zusammen.
Aufgaben.

Wir haben bereits den internen Unsinn gesehen, der sich darin offenbart, dass die vom Parlament genehmigten „Kredite“ anschließend noch einmal vom privaten Kapital „genehmigt“ werden müssen, wofür der Staat dann durch das Versprechen von Zinsen eine außerordentliche Last auf sich nimmt.
Es erübrigt sich an dieser Stelle, allgemein auf die verheerenden Folgen dieses Zinsversprechens hinzuweisen. Die vorliegende Arbeit dient in der Tat hauptsächlich dem Beweis dieser Tatsache. Dennoch sei hier besonders darauf hingewiesen, wie außerordentlich verteuert und – für jeden, der diese Zahlen zum ersten Mal hört – unfassbar dies beispielsweise die Eisenbahntarife verteuert hat.

Die Kapitalkosten für das gesamte Netz der Deutschen Reichsbahnen, das durch Kredite errichtet oder finanziert wurde, beliefen sich bis 1914 auf rund 25 Milliarden Goldmark. Die Zinszahlungen hierfür, bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 3,5 bis 4 %, betrugen rund 800 bis 900 Millionen Goldmark. Der Nettoertrag nach Abzug der Personalkosten (Beamte und Angestellte) und der Materialkosten (Kohle und Schmierstoffe) belief sich auf rund 800 bis 1100 Millionen Mark.

Die Zinszahlungen verschlangen somit fast den gesamten Nettogewinn der Deutschen Bahn. Es war stets irreführend, mit einem gewissen Stolz zu erklären, die Einnahmen von Post und Bahn bildeten das Rückgrat des Staatshaushalts. Das wäre natürlich möglich gewesen, wenn die Zinszahlungen nicht den gesamten Nettogewinn aufgezehrt hätten. Ein weiterer interessanter Vergleich lässt sich ziehen: Die gesamten Ausgaben für Löhne und Gehälter aller Beamten und Angestellten der Deutschen Bahn sowie der Eisenbahnarbeiter in den Werken und an den Strecken beliefen sich zusammengerechnet auf genau …

Machine Translated by Google

Genauso wie diese Zinsbelastung auf das Fremdkapital! Mit anderen Worten: Die gigantische Armee der deutschen Eisenbahner bis hin zu den höchsten Positionen mit einer Zahl von 782.731 Personen hat für ihre Arbeit genau so viel Einkommen erhalten, wie die völlig untätige Hand des Fremdkapitals eingesteckt hat.

Diese Zinszahlungen allein für das Darlehen der Eisenbahn überstiegen die gesamten Ausgaben unserer damaligen großen Reichsarmee! – und zwar für alles, was damit zusammenhing, also auch die Militäraufsicht, die Militärjustiz, einschließlich der Garnisonsverwaltung und des militärischen Bauwesens, das militärische Ausbildungs- und Entwicklungssystem, die technischen Institute, die Hilfs- und Witwenfonds – und darüber hinaus die Bekleidung und Bewaffnung der Truppen! Die Gesamtsumme für unsere gesamte Armee belief sich 1913 – also im letzten vollen Friedensjahr – auf 775.385.300 Mark. Solche Vergleichszahlen geben einen tiefen Einblick. Während die sozialistische und demokratische Seite in den Parlamentssitzungen und in der Presse ständig gegen die „Last der Rüstung“ wetterte, findet sich kein einziges Wort über diese Zinslasten – die alle anderen Ausgaben bei Weitem überstiegen – aus öffentlichen Darlehen. Tatsächlich hätte man mit den Zinsen für das Darlehen für den allgemeinen Bedarf auch die gesamte Marine bezahlen können. Die gesamten Ausgaben unserer stolzen Reichsmarine beliefen sich 1913 auf 197 Millionen. Man sollte bedenken, dass all diese Ausgaben ohne einen einzigen Cent hätten gedeckt werden können, wenn unser Staatshaushalt nicht mit solch gigantischen Zinslasten belastet gewesen wäre.

Eine Handvoll Großkreditgeber – die paar Tausend „Mitläufer“, die Kleinsparer mit ihrem Vermögen von ein paar Tausend Mark – spielen bei solchen öffentlichen Krediten überhaupt keine Rolle.
So wurden Jahr für Jahr, völlig ohne Arbeit oder Anstrengung, Beträge eingesteckt, mit denen wir unsere gesamte Reichsverwaltung, unser gesamtes Heer und unsere Marine hätten unterhalten und bezahlen können.

Wer angesichts solcher Zahlen die überragende Bedeutung des Zinsproblems im Allgemeinen und der völlig gescheiterten nationalen Finanzpolitik mit ihrer Kreditwirtschaft im Besonderen nicht erkennt, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Hinzu kommt, dass die Zahlen und Daten, die diese Erkenntnis vermitteln, für jedermann zugänglich sind; sie finden sich im *Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches,* das mit größter Sorgfalt vom ehemaligen Königlichen Statistischen Amt herausgegeben wurde, sowie im *Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches,* herausgegeben von Puttkammer und Mühlbrecht, das vom Statistischen Reichsamt der Republik veröffentlicht wurde.

Dass solche Ungleichgewichte zwischen den notwendigen Ausgaben für Reichsverwaltung, Heer und Marine und den Zinsaufwendungen des Staates für geliehenes Kapital eine himmelschreiende Ungerechtigkeit darstellen, wird jedoch erst dann vollends deutlich, wenn wir untersuchen, wie das Reich seinen Finanzbedarf für diese Zinszahlungen deckt. Hier kommen wir zum Bereich der Zölle und Steuern. Ich muss an dieser Stelle nochmals auf die detaillierte Darstellung dieser Situation in meinem Buch „Der kommende Steuerstreik“ verweisen, in dem ich den schlüssigen Beweis erbracht habe, dass der größte Teil aller Steuern von den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung getragen wird. Wir haben also die Tatsache vor Augen, dass der Staat zunächst, die Möglichkeiten seiner finanziellen Souveränität völlig außer Acht lassend, für die Durchführung großer öffentlicher Aufgaben Kredite aufnimmt, also Schulden macht; dass er dadurch seinen Haushalt weiter belastet, sodass er seine gesamten Nettoeinnahmen für die Zinszahlungen verwenden muss und dass er die Bevölkerung zusätzlich mit Zöllen und Steuern belastet, nur um seinen Zinsverpflichtungen nachkommen zu können. Alle im Wesentlichen notwendigen Staatsaufgaben muss der Staat nun im Provinzial- und Reichsparlament gegen größten Widerstand bewältigen, und schließlich sieht sich der Staat, wie wir es heute erleben, in der Rolle eines Zinseinnehmers für das Darlehenskapital.

Machine Translated by Google

Der Ausweg wurde schon vor langer Zeit aufgezeigt – nach solch eingehender Untersuchung der gegenwärtigen absurden Zustände ist er offensichtlich; er lautet:

Der Staat wird alle großen öffentlichen Unternehmungen des Reiches kraft seiner Finanzhoheit und nach Zustimmung der Bevölkerung durch das Parlament unter strikter Vermeidung des Darlehenswegs durch direkte Mittelzuweisung mittels bargeldloser Überweisungen oder durch die Ausgabe zinsloser Staatsanleihen finanzieren.

Ich kann diese Maßnahme am besten an einem Beispiel verdeutlichen: der Entwicklung der bayerischen Wasserkraft.

Die Pläne und Bemühungen, die enorme Wasserkraft der Gebirgsflüsse in Kombination mit den großen Bergseen nutzbar zu machen, reichen bereits über zwei Jahrzehnte zurück. Zweifellos handelte es sich bei dieser Wasserkraft um Energiequellen des Landes, die der Gemeinschaft gehörten und ihr entnommen und zum persönlichen Gewinn genutzt werden sollten. Somit ist klar, dass bei der Entwicklung solch großer Anlagen zahlreiche öffentliche und private Rechtsinteressen berührt wurden. Es handelt sich hier um einen Bereich, der ausschließlich in die Zuständigkeit des Staates fällt. Das Volk hatte die Kredite im Dezember 1920 mündlich durch seine Vertreter genehmigt. Das Vorhaben war ausreichend beraten, erprobt und wiederholt überarbeitet worden, und die großen wirtschaftlichen Vorteile waren offensichtlich. Staat und Volk hatten beschlossen, die Energiequellen zu nutzen; mit dieser Kreditgenehmigung mussten sie lediglich die entsprechende Entscheidung treffen, dass die von den Unternehmern erzielten Gewinne direkt von der Staatsbank auf Basis der genehmigten Kredite ausgezahlt werden konnten. Ob dies bargeldlos, durch Überweisung in den Giroverkehr, durch Gutschrift auf Postscheckkonten oder in bar erfolgen würde, ist letztlich eine Frage der Gleichgültigkeit.

Es ist völlig einleuchtend, wenn man sich vorstellt, dass die Staatsbank für solche Zwecke eigenes Geld in Höhe der benötigten und genehmigten Kredite ausgeben würde. Diese Wasserkraft-Bauanleihen stellten somit gewissermaßen Staatsanleihen dar, die als Vorschuss unter staatlicher Garantie an die Wasserbauwerke ausgegeben würden. Es handelte sich also um ein mehrfach abgesichertes Geld. Die Absicherung bestand erstens im bereits fertiggestellten oder im Bau befindlichen Walchenseeprojekt usw. und zweitens in der staatlichen Garantie, dass das Geld anstelle einer Zahlung zum vollen Wert aus der Staatskasse angenommen würde. Die Bauanleihen wären gleichzeitig Teilschuldverschreibungen auf die Wasserbauwerke, allerdings ohne Zinsansprüche. Dies ist jedoch, wie bekannt, bei keinem anderen im Umlauf befindlichen Geld der Fall.

Die Banknoten für Wasserkraftprojekte könnten diese Angaben zur vollständigen Deckung ihres Wertes im Impressum festhalten. Zum Beispiel: *„Diese Tausend-Mark-Note ist teilweise durch den Wert der zur Nutzung der bayerischen Wasserkraft errichteten Anlage gedeckt. Sie wird in allen Staatskassen als Zahlungsmittel akzeptiert.“*

Wenn man noch weiter gehen möchte, steht einer Verpflichtung des Staates, nach Abschluss der Arbeiten gegen Hinterlegung des Schuldscheins eine bestimmte Anzahl Kilowattstunden Strom oder eine bestimmte Anzahl Zentner Stickstoff bereitzustellen, nichts im Wege.

Niemand würde Geld ablehnen, das vom Staat ausgegeben wird und vollständig durch materielle Güter gedeckt ist, die gleichzeitig teilweise als Strombezugsschein dienen können. Im Gegenteil, solches Geld würde sich mit Sicherheit großer Beliebtheit erfreuen, denn es ist wertstabil – genauso wertstabil wie der Dollar, wenn nicht sogar noch besser, da man dafür eine genau definierte Menge Strom oder Stickstoff erhält – unabhängig von Konjunkturschwankungen. Es zeugt von der völligen Kurzsichtigkeit mancher Menschen, dass in der öffentlichen Propaganda verschiedener Debattierer der Einwand aufkam: „Niemand würde dieses Geld annehmen.“

Machine Translated by Google

Kein Mensch hat je gezögert, nicht einmal diese debattierenden Herren, vom Staat ausgegebenes Geld anzunehmen. Selbst die am stärksten beschädigten Scheine der Reichsbank wurden von allen akzeptiert, obwohl es sich dabei um reines Inflationsgeld handelte. Und dennoch akzeptierten es alle, selbst als die gerissenen Spekulanten versuchten, es so schnell wie möglich gegen ausländische Währungen oder Waren einzutau Tatsächlich hat niemand auch nur die Notgelder der Städte und Gemeinden abgelehnt, die ebenfalls unbedecktes Papiergeld waren. Sollte man also nicht sofort ein so vorzuziehendes, durch Sachwerte vollständig gedecktes Papiergeld wie das für unsere Großprojekte vorgesehene Baugeld annehmen? Sicherlich glauben das selbst diejenigen nicht, die im Namen oder im Geiste ihrer Herren Einwände gegen zinsloses Staatsgeld erheben.
Es ist unbestreitbar erwiesen, trotz aller Einwände der „Metallisten“, die nur Geld aus Edelmetallen als Geld betrachten möchten, dass „Geld“ das ist, was der Staat als Geld deklariert – ob dieses Geld aus Papier oder Porzellan, Eisen oder Leder oder einem anderen Material besteht, ist völlig irrelevant. Ganz anders verhält es sich mit der Kaufkraft dieses Geldes. Hier haben die Metallisten Recht: Eine Währung aus Gold behält im Großen und Ganzen ihren Tauschwert, selbst wenn politische Unruhen den Staat erschüttern. Diese Stabilität des aus Edelmetallen gefertigten Geldes verdankt sich jedoch nicht seinem monetären Charakter, sondern seinem Charakter als *Ware,* nämlich *Gold.*

Es besteht kein Zweifel an der Rechtmäßigkeit des staatlichen Vorgehens zur Deckung des Finanzbedarfs für ein Großprojekt wie beschrieben. Erstens ist der Staat souverän, das heißt, er ist von niemandem beeinflusst, da er die alleinige Macht besitzt. Zweitens hält eine solche Maßnahme einer strengsten wirtschaftlichen Prüfung stand. Der Staat stellt mit diesem Geld gewissermaßen Gutscheine auf Basis seiner Kreditwürdigkeit aus. Warum sollte man der Kreditwürdigkeit des Staates weniger Bedeutung beimessen als der Kreditwürdigkeit von Banken, insbesondere wenn der Staat nützliche Arbeiten zum Wohle der Allgemeinheit durchführt? Selbst wenn man einwenden würde, dass der Staat die geleistete Arbeit (die am Walchensee-Projekt beteiligten Unternehmer und Arbeiter) mit Papiergeld bezahlt, ist dies korrekt, da der Staat dieses Papier nach Abschluss der Arbeiten erneut als Bezahlung für die von ihm erbrachten Leistungen (Strom- oder Stickstofflieferung usw.) akzeptiert. Damit ist der Wirtschaftskreislauf geschlossen. Die Bauschuldverschreibungen werden somit durch die Stromlieferungen usw. der ersten Jahre wieder eingelöst, anschließend vernichtet, und ein gigantisches Meisterwerk staatlicher Organisationskunst ist entstanden – ein zinsloses System, das allen als zinsloses Gut zur Verfügung steht. Dieses System hat, ohne die Stromkunden stark zu belasten, eine weitere große Einnahmequelle für den Staat erschlossen und bringt ihn damit dem Ideal einer gesunden nationalen Finanzpolitik – *einem Staat ohne Steuern – näher.*

Hinzu kommt, dass das beschriebene Verfahren zur Ausgabe von Eigenmitteln für ein bestimmtes Bauvorhaben keineswegs die Ausgabe des gesamten genehmigten Betrags in Form von Bauscheinen erfordert, da der weitaus größte Teil der Zahlungen an die Unternehmer bargeldlos per Überweisung erfolgt. Selbst wenn man jedoch annimmt, dass der gesamte neue Baubetrag in neuen staatlichen Banknoten ausgegeben würde, wären diese Beträge im Vergleich zu den übrigen Mitteln, die der Staat heute benötigt, äußerst gering.

Zur selben Zeit, als man sich im bayerischen Landtag wegen des 800-Millionen-Kredits für die bayerische Wasserkraft den Kopf zerbrach – oder besser: sich nicht den Kopf zerbrach, sondern einfach wieder einmal auf ein „Darlehen“ zurückgriff –, wurden 8000 Millionen im Parlament „in dritter Lesung ohne Debatte für Zwecke des allgemeinen Notstands“ bewilligt.

Ich erinnere hier nochmals an die Überlegungen, dass im Falle einer solchen Finanzierung durch die Neuemission von Geld keinerlei Inflation entstehen würde, dass andererseits die Ausgabe von verzinslichen Anleihen während der Bauzeit in jedem Fall eine gewisse

Machine Translated by Google

Inflation, da Zinsen bereits gezahlt werden müssen, obwohl von den Werken noch keine produktive Arbeit geleistet wird.

Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Geld und materiellen Gütern im Sinne der Quantitätstheorie wird dadurch jedoch in keiner Weise beeinträchtigt, denn dem Anstieg der Zahlungsmittel auf Geldseite steht ein exakt größerer Anstieg der Güter gegenüber. Wird das ausgegebene Geld später durch die Erträge solcher Werke wieder abgezogen und vernichtet, so verbessert sich das volkswirtschaftliche Gleichgewicht naturgemäß zum Vorteil des nationalen Vermögens entsprechend dem Gesamtwert dieser neuen Werke.

Auch hier sei darauf hingewiesen, wie stark die Zinsen die Produktionskosten solcher Werke belasten. Oskar Pöbing77 hat in einer detaillierten Untersuchung dieser Frage festgestellt, dass die Produktionskosten pro Kilowattstunde durch die enorme Zinsbelastung der Kredite um 500 % (!) in die Höhe getrieben werden. Nun ist der Strom aus unserem bayerischen Wasserkraftwerk fünfmal teurer, weil wir wieder einmal den vermeintlich „nächstliegenden“ Weg der Kreditaufnahme gewählt haben. Auch hier ist es angebracht, sich vorzustellen, dass die gesamten materiellen und personellen Ausgaben für Betrieb und Instandhaltung des großen bayerischen Elektrizitätswerks und der Fernstraßenverwaltung – also sämtliche Löhne und Gehälter aller dort Beschäftigten – Schleusenwärter, Maschinisten, Arbeiter, Hilfskräfte, Aufsichtspersonal und darüber hinaus der gesamte technische und kaufmännische Verwaltungsapparat bis hin zur Geschäftsführung – jährlich nur ein Fünftel dessen aufbringen, was die – ach so lukrativen – Kreditnehmer Jahr für Jahr ohne jegliche Anstrengung als Zinsen einstreichen.

Zinsen fressen alles auf, Zinsen verteuern alles. Nur das Fremdkapital profitiert, die Bevölkerung trägt die Folgen. Die Bevölkerung, die die Werke aus eigener Kraft errichtet, trägt die Kosten; denn wer baut dann die bayerischen Werke? – Natürlich bayerische Ingenieure, bayerische Arbeiter, bayerische Vorarbeiter und Unternehmer; bayerische Fabriken liefern den Großteil der Maschinen und Anlagen – und für das, was nicht in Bayern selbst produziert wird, muss bayerisches Getreide oder Vieh geliefert werden, also muss im Gegenzug wieder bayerische Arbeit geleistet werden – nur das bayerische Volk bringt das Geld für den Bau nicht auf (anscheinend!), und so braucht es die Großkapitalisten aus New York und London, Paris und Berlin. Das bayerische Volk muss sich von allen Ländern der Welt Geld leihen und seine Wasserkraft mit Zinszahlungen belasten, die den Strom um 500 % verteuern!

Ist das nicht Wahnsinn? Ist das nicht ein Wirtschaftsverbrechen? Diejenigen, die nichts anderes getan haben, als einmal ihren Stift in die Hand zu nehmen und einen Scheck auszustellen oder ihren Bankier anzuweisen, den bayerischen Wasserkraftkredit zu unterzeichnen, erhalten dafür Jahr für Jahr Zinsen, die vom bayerischen Volk gezahlt werden.

Nicht nur das, sondern die Wasserwerke sind damit nicht mehr freies Eigentum des bayerischen Volkes, sondern dem Kapitalisten verpfändet. Besonders kurios ist zudem die Situation, dass die Großkapitalisten natürlich kein „gutes Geld“ einem Staat leihen würden, der selbst nicht „gut“ für Kapital und Interessen ist und daher noch immer so viel Kredit genießt, dass man
800 Millionen hineinpumpen. Und tatsächlich enthielten die Ausschreibungen für die Wasserkraftanleihen die für die Kapitalisten so verlockende und beruhigende Garantie, „dass der bayerische Staat mit seinem gesamten Vermögen für Kapital und Zinsen bürgt – (!)“.

77 Oskar Pöbing (1882-1956) war ein bayerischer Maschinenbauingenieur, der an der Technischen Universität München arbeitete. Er war Autor von Studien wie „ Die *Wasserkräfte Bayerns“* (1919) und *„Zur Bestimmung strömender Flüssigkeitsmengen in offenen Gerinnen“* (1922).

Machine Translated by Google

Geldsack, was willst du mehr! Hier gibt der Freistaat Bayern also ganz ausdrücklich zu, dass er so viel wert ist, dass man ihm 800 Millionen für die Wasserkraftprojekte Walchensee und Mittelisar leihen könnte – aber – er kann seine Finanzhoheit nicht nutzen und diese Projekte nicht aus eigener Kraft finanzieren. Warum? Weil er zu tief im Kredit- und Zinswahnsinn verstrickt ist, weil seine verantwortlichen Staatsmänner nicht über genügend Denkvermögen und Verantwortungsgefühl verfügen, um diese einfachen und klaren Pläne auf ihre eigenen Interessen zu prüfen.
Da sie sich keine eigene Finanzierung leisten können, wenden sie sich an professionelle Bankexperten. Das ist genau so, als würde ein Tuberkulosekranker seine Tuberkulosebakterien fragen, ob sie es für richtig hielten, dass er nach Davos oder ins Engadin reiste, um seine Krankheit loszuwerden, und diese ihm versicherten: „Nein, tun Sie das bloß nicht! Die Reise könnte Ihnen schaden, vielleicht könnte es zu einem Zugunglück kommen. Bleiben Sie lieber zu Hause, in Ihrer gewohnten Umgebung. In Ihrem Zustand sollten Sie keine Experimente wagen!“ usw. Befolgt man diesen Rat, der aus Sicht der Tuberkulosebakterien durchaus richtig ist, schreitet die Schwindsucht natürlich rasant voran, die Bakterien vermehren sich prächtig. Genau so verhält es sich auch in unserem Fall der Finanz- und Zinswirtsc

Dass man sich von den eigenen Gegnern Ratschläge holen kann, ist typisch für die arglosen Deutschen. Wenn ein Mann auftaucht, der sein Volk leidenschaftlich liebt und ihm dies und das rät und die Verantwortlichen vor diesem oder jenem Schurkentum warnt, kann man fast wetten, dass die Betroffenen zu dem Schurken laufen und ihn ganz naiv fragen: „Sag mal, der und der hat mir erzählt, du seist ein Gauner, stimmt das denn?“ Und wenn der andere ihm dann mit dem ehrlichsten Gesicht der Welt erklärt: „Aber was denkst du denn – dass ich ein Schurke bin? – Im Gegenteil, ich bin dein bester Freund, ich habe dir immer aus unseren finanziellen Schwierigkeiten geholfen“, dann ist der gutgläubige Fragesteller zufrieden – er hat genug getan und ist besonders froh, dass er sich nicht den Kopf zerbrechen muss. Der unbequeme Freund des Volkes hält es jedoch im Allgemeinen nicht für würdig, eine Antwort zu erhalten – und die Dinge verstricken sich weiter in der Sackgasse der zinskapitalistischen Kreditpolitik, bis der letzte freie nationale Reichtum an die Finanzmächte verpfändet ist und die gesamte Nation nur noch Zinsen an die internationale Finanzwelt zahlt.

Abschließend muss in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hingewiesen werden, dass der bayerische Staat – als es keineswegs um eine so wichtige Staatsaufgabe wie den Ausbau der bayerischen Wasserkraft ging, sondern vielmehr um die Behebung der Währungskrise der Novemberregierung – sehr schnell reagierte und rund 130 Millionen Staatsanleihen der Bayerischen Staatsbank ausgab. Dies geschah völlig ungedeckt, und jeder nahm diese bayerischen Anleihen genauso bereitwillig an wie die der Reichsbank; jeder konnte sich mit den bayerischen Anleihen genauso viel Brot kaufen wie mit den Reichsbank-Anleihen. Tatsächlich musste es nicht einmal der gesamte Freistaat Bayern sein, es genügte, wenn der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und einige Stadtoberhäupter ihre Namen auf solche bunten Papierfetzen drucken ließen, und selbst dieses Notgeld zirkulierte, jeder nahm es und jeder gab es aus, genau wie die Fetzen der Reichsbank, und dieses Notgeld selbst erfüllte die Aufgabe eines jeden Geldes – nämlich die des Hilfsgeldes für den Warenaustausch – auf unanstößige Weise.

Lediglich ein Amt war von diesen künstlichen Zersplitterungen der Provinzen und Gemeinden äußerst unerfreulich betroffen – das Hochfinanzwesen – und erzwang im Oktober 1921 ein Reichsgesetz, demzufolge es den Provinzen und Gemeinden strengstens untersagt war, …

[78] Davos in der Schweiz ist seit Mitte des 18. Jahrhunderts als Kurort für Lungenkranke bekannt. Das Engadin ist ein Tal in den Schweizer Alpen.

Machine Translated by Google

Weitere Notgelder wurden nicht gewährt. *Dieses Gesetz war in seiner Wirkung ein eindeutiges Gesetz zum Schutz der Juden, dem 1922 das „Gesetz zum Schutz der Republik“ folgen sollte.*

Ich kann mir die plötzliche Angst der internationalen Finanzwelt gut vorstellen, als sie erkannten, dass die Menschen in dem zinslosen Geld, selbst in der harmlosen Form von Notgeld, eine Waffe in der Hand hielten – natürlich ohne dass die Menschen dies wussten –, die mit einem Schlag das goldene Netzwerk zerreißen konnte, das durch jahrhundertelange Untergrund- und Fälschungsarbeit mit Lügen und Täuschung aufgebaut worden war, und die Völker von ihrer Zinsknechtschaft befreien konnte.

Bereits damals, im Fall der Ausgabe des bayerischen Staatsgeldes, forderte die Reichsbank sehr bald dessen Rücknahme, was dann im Laufe des Jahres 1921 auch anstandslos geschah. Der Grund: Dieses Geld brachte der Hochfinanz keine Zinsen ein, wie es das Geld der Reichsbank über den indirekten Weg der Reichsschatzanweisungen tat.

Im nationalsozialistischen Staat werden künftig alle großen Staatsvorhaben auf die beschriebene Weise finanziert und organisiert, wobei der Weg über Kredite gänzlich vermieden wird. Den indirekten Weg der zinslosen Baufinanzierung werden wir selbstverständlich nur dann beschreiten, wenn die notwendigen Mittel nicht aus den Überschüssen anderer Staatsbetriebe oder aus Sonderabgaben für solche Zwecke aufgebracht werden können. Wir wissen jedenfalls, dass diese Finanzierungsform ungeahnte und enorme Möglichkeiten eröffnet, die Bodenschätze des Landes zu erschließen, die Verkehrswege zu verbessern usw.

Jede Nation ist so reich, wie sie Arbeit organisieren kann.79

79 Dies spiegelt sich in Hitlers Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1939 wider, in der er erklärte: „Unter dem Zwang der Not haben wir in erster Linie gelernt, das wichtigste Kapital einer Nation voll zu berücksichtigen, nämlich ihre Arbeitsfähigkeit.“ (zitiert in R. de Roussy de Sales (Hrsg.), *Adolf Hitler: Meine neue Ordnung,* London: Angus and Robertson, 1942, S. 457f.).

Machine Translated by Google

Die Bank für soziale Konstruktion und Wirtschaft

In logischem Zusammenhang mit dem vorangegangenen Kapitel steht die Gründung einer Sozialbau- und Wirtschaftsbank, deren Aufgabe es ist, zinsloses Baukapital, insbesondere für den Wohnungsbau, zu vergeben. Diese Sozialbau- und Wirtschaftsbank sollte selbstverständlich nicht als staatliche Einrichtung, sondern als Körperschaft des öffentlichen Rechts geführt werden. Logischerweise müsste ihre Erörterung daher nach der Darstellung des nationalsozialistischen Steuersystems erfolgen. Da es sich bei dieser Sozialbau- und Wirtschaftsbank jedoch um nichts anderes handelt als um zinslose Finanzierung, die auf die Bedingungen der Privatwirtschaft und insbesondere auf den Wohnungsbau – einen Wirtschaftszweig von universeller Bedeutung – übertragen wird, ist ihre Priorisierung möglicherweise gerechtfertigt.

Warum eine solche Baubank nicht als reines Staatsunternehmen geführt werden sollte, liegt darin begründet, dass ein solches öffentliches Finanzinstitut mehr Handlungsfreiheit haben muss als ein Staatsunternehmen. Dies wäre weniger relevant, wenn es lediglich um den Wohnungsbau ginge. Es gibt jedoch zahlreiche Fälle, in denen es um Aufgaben von höchster Bedeutung geht, die indirekt das öffentliche Interesse berühren. In solchen Fällen sollte und muss die Bank, die dem Staat gegenüber für ihre Leitung verantwortlich ist, nach sorgfältiger Prüfung aller Bedingungen auch zinslose Kredite vergeben dürfen.

Eine solche Entscheidungsfreiheit ist in rein staatlichen Unternehmen jedoch nicht möglich. Deshalb muss dies der privaten Initiative überlassen werden.

Zur Veranschaulichung sei hier der Entwurf eines solchen Gesetzes vorgestellt, das verabschiedet wurde. 1922 für Bayern:

Gesetz über die Entwicklung einer bayerischen Sozialbau- und Wirtschaftsbank.

Art. I

Es soll eine bayerische nationale Sozialbau- und Wirtschaftsbank (BWB) gegründet werden.

Die BWB hat die Aufgabe, staatliche Unternehmen oder wirtschaftlich wertvolle Unternehmen von Privatpersonen (seien es Einzelpersonen oder Gesellschaften), die der Entwicklung des Landes dienen oder dem Gemeinwohl zugutekommen, finanziell zu unterstützen.

Art. 2

Die BWB ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die detaillierteren Bestimmungen bezüglich ihrer Organisation, ihrer Verwaltung und Tätigkeit sowie ihrer Leitung werden vom gesamten Ministerium erlassen.

Art. 3

Der BWB wird die Erlaubnis erteilt, zunächst zinslose Schatzanweisungen auszugeben, die durch eine Besicherung abgedeckt sind. durch materielle Vermögenswerte im Wert von bis zu 50 Millionen Goldmark.

Die Ausgabe darf nur auf eine solche rechtmäßige Weise erfolgen, dass der jeweils ausgegebene und im Umlauf befindliche Geldbetrag durch materielle Sicherheiten von mindestens gleichem Wert (zinslose Hypotheken, Wertpapierverkäufe, Verpfändungen usw.) gedeckt ist und die Rückzahlung oder Rückgabe der Schatzanweisungen durch die Einnahmen der Unternehmen oder Institutionen gesichert ist, die innerhalb einer angemessenen Frist von höchstens 50 Jahren entwickelt werden sollen.

Art. 4

Die Summe der Verpfändungen und Wertpapiere, die den ausgegebenen Schatzanweisungen der BWB schuldet. stellt den Versicherungsverband der BWB dar.

Machine Translated by Google

Rechtsgeschäfte jeglicher Art, die die Sicherheit oder den Versicherungsschutz beeinträchtigen oder schädigen Die Zugehörigkeit zu diesem Versicherungsverband ist ungültig.

Jegliche Eigentums- oder Besitzänderungen an Gegenständen oder Rechten, die dem Versicherungsschutz unterliegen, berühren nicht den Bestand der Sicherheiten; diese bleiben auch für den neuen Erwerber mit dem jeweiligen Gegenstand verbunden. Der Rechtsvorgänger wird nur dann von der persönlichen Haftung befreit, wenn die BWB der Änderung der Schuldnerperson zustimmt. Abweichende Vereinbarungen sind nichtig.

Art. 5

Die gesamte Zusammensetzung und alle Rechte der Berichterstattungsorganisation der BWB sind in diesem öffentlichen Register verzeichnet; für dieses Buch gelten entsprechend die Grundsätze und Rechtsfolgen wie für Register; das Register genießt öffentliches Vertrauen und die Vermutung der Rechtmäßigkeit an sich.

Zugang zum Register oder den entsprechenden Abschnitten davon ist jedem zu gewähren, der ein rechtliches Interesse an diesem Zugang nachweist.

Jährlich werden bilanzähnliche Zusammenfassungen über die Gesamtsumme der ausgegebenen Schatzanweisungen sowie über die Gesamtsumme der der BWB hierfür geschuldeten Wertpapiere, einschließlich Zu- und Abgängen, und über die erfolgreichen Rückzahlungen und Einlösungen von Schatzanweisungen veröffentlicht.

Art. 6

Die Schatzanweisungen der BWB sind gesetzliches Zahlungsmittel. Jeder muss sie zum vollen Nennwert gegenüber dem Wechselkurs der anderen gesetzlichen Währungen des Staates annehmen.
Wenn ein Gläubiger die Annahme von Schatzanweisungen der BWB anstelle der Zahlung zum oben genannten Mindestwechselkurs ablehnt, wird der Schuldner, soweit er die Zahlung tatsächlich in Schatzanweisungen angeboten hat, von der Schuld in dieser Höhe befreit.

Die BWB emittiert die Schatzanweisungen zinslos und vereinbart in einem Vertrag die allgemeinen und besonderen Bedingungen der gegenseitigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Laufzeiten und Zinssätze der Emission, der vom Schuldner zu leistenden Sicherheiten und Hypotheken sowie der Rückzahlungen und sonstiger relevanter rechtlicher Bedingungen. Eine Kopie dieser Verträge ist allen als Anhang zu den Einträgen im Register des Versicherungsvereins zugänglich zu machen.

Die BWB ist berechtigt, Zuschläge oder Gebühren für die Verwaltungskosten bei der Kreditvergabe und für die jährlichen Einnahmen festzulegen oder entsprechende Prämien oder Rabatte jederzeit einheitlich und öffentlich zu bestimmen.

Die Ausgabe oder Börsennotierung eines höheren Zinssatzes als des in Art. 1 festgelegten Mindestzinssatzes ist zulässig.

Die Rückzahlungen können nur in Form von Schatzanweisungen derselben Art erfolgen, wie sie ausgegeben wurden.

Art. 7

Die Tätigkeit der BWB, soweit sie sich auf die Einhaltung der in diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften erstreckt, unterliegt der Kontrolle und Aufsicht eines öffentlichen Aufsichtsrats, der aus dem Finanzminister oder einem von ihm benannten Vertreter, dem Innenminister oder einem von ihm benannten Vertreter, dem Justizminister oder einem von ihm benannten Vertreter und drei vom Parlament für eine Dauer von zwei Jahren zu wählenden Personen besteht.

Machine Translated by Google

Art. 8

Strafklausel: Für vorsätzliche Beschädigung der Wertpapiere des Versicherungsvereins sowie für handelsübliche, insbesondere börsenbezogene Sabotage der Banknoten oder ihres Wechselkurses oder den Versuch dazu werden Freiheitsstrafen verhängt. Darüber hinaus sind hohe Geldstrafen auch für juristische Personen vorgesehen.

In den „Ausführungsbedingungen“ wurden genaue Vorgaben zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats und des Beirats erlassen, dem Vertreter der Ministerien, des Parlaments und der Bauwirtschaft angehören. Zu den Aufgaben dieses Beirats gehören die Kontrolle der rechtmäßigen Verwendung der Bauschuldverschreibungen, die Prüfung der Rückzahlungen, die Überprüfung der Hypothekenentschädigungen, die Genehmigung der Grundlagen der Verpfändung mit zinslosen Bauschuldverschreibungen usw.

Die weiteren Bedingungen regelten die Rückzahlung und Abwicklung, die Lagerbestände der ausgegebenen Bauanleihen und der dafür registrierten Wertpapiere sowie weitere Vorgaben zu den genehmigten Bauplänen usw. Anlass für die Gründung einer solchen Sozialbank war der enorme Wohnungsbedarf und die Tatsache, dass Reich und Länder die Notlage in keiner Weise wirksam bekämpfen konnten. Die zuständigen Wohnungsämter konnten zwar hier und da Wohnraum freimachen, aber keine neuen Wohnungen bauen. Der Neubau litt unter Materialmangel, vor allem aber darunter, dass der Bau neuer Häuser mit der bestehenden Notmietenkontrolle für privates Kapital völlig unrentabel war.

Die vom Reich und den Provinzen gewährten Zuschüsse zur Deckung der sogenannten verlorenen Bauausgaben reichten bei weitem nicht aus, angesichts der fortschreitenden Währungsabwertung.
Selbst die hier und da begonnenen Einzelbauprojekte konnten die allgemeine Wohnungsnot nicht lindern. Auch die Schaffung günstiger Hypotheken war unmöglich, da bei den damals fixen Mieten selbst die günstigsten Baukredite einen Zinssatz von 4 % nicht zuließen.

Es kommt daher vor, dass, wie bereits in den grundlegenden Bemerkungen angedeutet, *der Bedarf trotz des größten Bedarfs – aufgrund unzureichender Rentabilität – schlichtweg nicht gedeckt wird.*

Wenn es also gelingt, die jährlich wiederkehrenden Zinsbelastungen zu beseitigen und zinslose Mittel für Wohnungssuchende bereitzustellen, ist eine massive Ankurbelung des Wohnungsmarktes möglich. Dadurch würde jedoch nicht nur die eklatante Wohnungsnot mit all ihren sozialen und gesundheitlichen Folgen gelindert, sondern auch der Binnenmarkt außerordentlich belebt. Denn unzählige Zulieferbetriebe – Schlosser, Zimmerleute, Dachdecker, Klempner, Glaser, Installateure, Keramiker, Bodenleger, Fliesenleger, Maler und Stuckateure – sind davon abhängig und finden dadurch Arbeit und ihren Lebensunterhalt. Gleichzeitig wird ihre Kaufkraft gestärkt.

Dies bedeutet jedoch, dass es sich um zinsloses Baugeld handelt.

Diese Bauanleihen werden von der „Sozialen Bau- und Wirtschaftsbank“ ausgegeben.
Die Lieferanten und Unternehmer werden mit diesem Geld für den Bau bezahlt. Der Bauherr zahlt das erhaltene zinslose Geld je nach Art und Dauerhaftigkeit des Bauwerks in angemessenen Raten innerhalb von 30 bis 50 Jahren zurück. Die Bauschuldverschreibungen unterscheiden sich vom Reichs- oder Landesgeld in etwa so, wie sich die Reichsbanknoten von den Schatzanweisungen unterschieden. Wie bereits erwähnt, erhalten diese Bauschuldverschreibungen ihre volle materielle Deckung dadurch, dass gleichzeitig auf das Konto der Baubank neue Sachwerte (Häuser) in Höhe der ausgegebenen Schuldverschreibungen entstehen.

Machine Translated by Google

die durch die Eintragung zinsloser Hypotheken in gleicher Höhe rechtlich abgesichert sind.

Auch hier wird in der Praxis nicht der volle Wert der Neubauten in den Baukrediten ausgewiesen, sondern nur die tatsächlichen Baukosten. Das Grundstück muss daher zumindest von den Bauträgern, Bausparkassen oder den Wohnanlagen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus müssen mindestens 10–30 % des Bauwerts von Wohnungsbedürftigen aufgebracht werden, wovon 5 % zur Deckung der Verwaltungskosten der Baubank einbehalten werden.

Die Rückzahlung erfolgt dann ohne weitere Zinsberechnung. Auf diese Weise wächst das freie Eigentum der Hausbesitzer an ihren Häusern von Jahr zu Jahr, ebenso wie der innerhalb der gesamten Genossenschaft verbleibende Wert als Deckung für die ausgegebenen Baudarlehen.
Dadurch verringert sich die Menge der im Umlauf befindlichen Bauanleihen entsprechend den erfolgten Rückzahlungen.

Der rechtliche Charakter dieser Baugelder ist nichts anderes als die Ausgabe einer Anleihe.
Schuldner dieser Anleihe ist die Baubank. Gläubiger einer Anleihe ist der aktuelle Eigentümer.
diese Bindung.

Niemandem kann die Ausgabe von Anleihen untersagt werden; es hängt stets von den äußeren Umständen ab, ob die ausgegebenen Anleihen allgemein als Zahlungsmittel akzeptiert werden. Wie bereits mehrfach erwähnt, sind die Bauschuldverschreibungen unter allen denkbaren wirtschaftlichen und politischen Bedingungen vollständig durch die entsprechenden materiellen Vermögenswerte gedeckt. Daher kann es zu keinem Zeitpunkt zu Schwierigkeiten der Bank kommen.

Die allgemeine Akzeptanz ist jedoch in dem Moment gewährleistet, in dem der Staat sich verpflichtet, die Garantie für die zeitlich begrenzte Einlösung der Bauanleihen zu übernehmen und diese während der Laufzeit der Anleihen in seinen Registern als Zahlungsmittel zu akzeptieren oder sie zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt.

Eine solche Annahme der Garantie bedeutet für den Staat praktisch keine geringere Belastung; im Gegenteil. Heute muss der Staat jährlich unzählige Millionen für die von ihm bewilligten Zuschüsse für entgangene Bauausgaben ausgeben, Zinsen darauf zahlen und diese dann über allgemeine Steuern wieder einziehen. Dadurch wird die Garantie vollständig aufgehoben.

Die vom Staat gewährten Zuschüsse sind somit in Wirklichkeit verlorenes Geld, das von der Gemeinschaft wieder hereingeholt werden muss und das an einige wenige Glückliche geht, die sich diese Zuschüsse tatsächlich sichern konnten.

Selbst wenn also ein säumiger Zahler unter den Empfängern zinsloser Baudarlehen seinen Verpflichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich nicht nachkommen kann, spielt dies keine Rolle für die enormen Einsparungen, die der Staatshaushalt erzielt, da er auf diese Weise auch keine vollständig verlorenen Opfer bringen muss.

Da es sich um eine Aufgabe von großer gesellschaftlicher Bedeutung handelt, ist es gerechtfertigt, eine solche einzurichten.
unabhängige juristische Person des öffentlichen Rechts als Instrument und Träger ihrer Ausführung.

Dadurch wird diese Institution aus dem Bereich der privaten wirtschaftlichen und sozialen Formen herausgelöst, mit denen in den Augen der Bevölkerung naturgemäß persönliche Gewinne und Bereicherungsabsichten verbunden sind. Andererseits wird sie auch aus dem Bereich des reinen Staatsunternehmens herausgelöst, gegen das in der Öffentlichkeit – nicht ganz zu Unrecht – in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten eine gewisse Abneigung besteht.

In den Durchführungsbestimmungen muss alles aufgezeichnet werden, das ist im Grunde genommen Unverzichtbar für die Öffentlichkeit und für die Sicherheit der Geschäftsführung der Bank.

Machine Translated by Google

Der vorgeschlagene Beirat kann seinen Einfluss auch darüber hinaus geltend machen. Der Beirat selbst spiegelt wiederum alle betroffenen Interessengruppen wider.

Die Errichtung einer Baubank als öffentlich-rechtliche Körperschaft hat zudem den angenehmen Nebeneffekt, dass der gesamte so geschaffene Vermögenskomplex nicht als Eigentum des Staates, sondern als Eigentum einer unabhängigen juristischen Person, nämlich der Baubank, erscheint.

Die juristische Beschaffenheit dieser Baubank ist demnach folgende: Die Baubank ist eine juristische Person, da sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt bzw. gegründet wurde; sie besteht nicht aus einzelnen Mitgliedern; sie ist selbst Trägerin der Rechte und Pflichten, die sich aus ihrer Tätigkeit ergeben. Sie ist jedoch weder eine Amtsperson noch eine staatliche Einrichtung, noch Mitglied einer staatlichen Organisation.

Die Schaffung einer solchen Rechtsform ist zwar nicht üblich und traditionell, aber dennoch gesetzlich vorgesehen. Die heutigen Gegebenheiten erfordern jedoch entsprechende Institutionen moderner Art. Genau darin liegt der Nutzen einer solchen Einrichtung: Man geht gewissermaßen über die Grenzen des Traditionellen hinaus, um sich den Erfordernissen der Zeit anzupassen.

Wie die Geschäftsabwicklung abläuft, lässt sich am besten anhand eines konkreten Beispiels erklären: Die Baubank macht im Voraus die Grundlagen und Voraussetzungen bekannt, die erfüllt sein müssen, damit ein Antrag auf Genehmigung von Baukrediten überhaupt in Betracht gezogen werden kann.
Der Antragsteller richtet seinen Antrag mit den erforderlichen Unterlagen an die Baubank und schließt im Erfolgsfall einen Vertrag mit den Wohnungssuchenden (Hausbesitzern) ab.

Dieser Vertrag enthält zunächst alle Bestimmungen der Baukreditverordnung und der zugehörigen Durchführungsbestimmungen, insbesondere die Verpflichtung, die Baumittel ausschließlich für den Bau des Gebäudes zu verwenden, die Verpflichtung zur Eintragung einer Hypothek und die Rückzahlungsverpflichtungen. Darüber hinaus sind alle weiteren gesetzlichen Voraussetzungen in diesem Vertrag festzulegen. Es ist insbesondere zu gewährleisten, dass der Wohnungsbedürftige nicht berechtigt ist, die Immobilie erneut zu veräußern, was im Übrigen bereits in der Hypothekenordnung explizit erwähnt wird. Die Bedingungen für die Vererbung und für den Fall des Zahlungsverzugs sind entsprechend mit einer oder mehreren Rückzahlungsraten zu regeln.

(Die Einzelheiten ergeben sich aus der Natur der Sache).

Da alle Lieferfirmen und Arbeiter ausschließlich mit Baubanknoten bezahlt werden, die von der Baubank selbst ausgegeben werden, gelangen diese Baubanknoten grundsätzlich nur dann in Umlauf, wenn dem Objekt entsprechende Zahlungen zufließen. Von den Arbeitern und Lieferanten gelangen die Baubanknoten an die Öffentlichkeit. Aufgrund der bestehenden Sicherheiten und insbesondere weil der Staat die Garantie für die Baubanknoten übernimmt und die Staatskassen diese als Zahlungsmittel akzeptieren, werden die Baubanknoten von der Öffentlichkeit wie jedes andere Geld akzeptiert. Es bleibt somit dem Hausbesitzer überlassen, wie er seiner Verpflichtung gegenüber der Baubank nachkommt, jährlich 2 % des Darlehensbetrags in Baubanknoten zurückzuzahlen. Mit anderen Worten: Der Gebäudeeigentümer und Hypothekenschuldner der Baubank muss jährlich 2 % des im Umlauf befindlichen Betrags in Baubanknoten ausgeben. In der Praxis werden die Hypothekenschuldner die Baubanknoten, die zusammen mit dem lokalen Geld zirkulieren, vor dem Fälligkeitstermin ihrer Rückzahlungen einsammeln und damit ihre Zahlungen begleichen.

Machine Translated by Google

Verpflichtung. Ein besonders geeigneter Ort, um Bau-Banknoten zu erhalten, sind Baustellen, die jederzeit in Betrieb sind.

Angenommen, in München werden jährlich Bauanleihen im Wert von 10 Millionen Goldmark ausgegeben, von denen jährlich 200.000 Goldmark an die Baubank zurückfließen. Somit wären nach höchstens 50 Jahren die gesamten 10 Millionen Goldmark zurückgezahlt und von der Baubank eingenommen worden. Nach höchstens 50 Jahren wären damit die damit errichteten Häuser abbezahlt und schuldenfrei in den Besitz ihrer Eigentümer übergegangen. Die gesamte Rückzahlung erfolgte ohne einen einzigen Cent an unnötigen Zinsen; sie wird allein durch die Gründung der Baubank mit staatlicher Garantie ermöglicht.

Der soziale Akt besteht darin, dass der Staat den Wert der Häuser aus dem Nichts geschaffen und durch den Bau dieses gesamten Gebäudes ein Einkommen für Tausende von Arbeitern und Geschäftsleuten generiert hat. Geht man davon aus, dass es sich um Tausende von Einzelhäusern handelt, so werden dadurch Tausende von Landlosen zu Grundbesitzern.

Es werden verschiedene Einwände und Vorbehalte vorgebracht, von denen die wichtigsten im Folgenden aufgeführt werden:

1. Der Einwand der Inflation. Dieser Einwand ist ebenso kurzsichtig wie irrelevant; wie bereits erläutert, kann Inflation nur dort entstehen, wo ungedecktes Geld ausgegeben wird. Hier spricht die materielle Deckung gegen die Baubanknoten; es ist daher unerheblich, ob auch beträchtliche Mengen an Baubanknoten in Umlauf gelangen.

2. Der Einwand, dass es sich um eine neue und unerprobte Angelegenheit handle, ist unbegründet. Die Angelegenheit mag zwar für Deutschland neu sein, doch andernorts sind solche zinslosen, durch materielle Vermögenswerte besicherten Schuldscheine üblich. Ein typisches Beispiel hierfür ist der englische Warrant, der vor hundert Jahren eingeführt wurde und bis heute Bestand hat. Der Warrant ist eine Anweisung, die dem Inhaber das Recht auf eine bestimmte Menge Roheisen einräumt, die in einem zentralen Lagerhaus gelagert ist. Diese Warrant-Notes dienen als Währung; ihre Kaufkraft unterliegt lediglich den Schwankungen des Roheisenpreises auf dem Weltmarkt.

Hätten wir beispielsweise in Deutschland solche Optionsscheine gehabt, wären diese völlig unabhängig von der deutschen Währung und ihren Schwankungen gewesen. Der Wert dieser Optionsscheine war an den Roheisenpreis gekoppelt, und der Wert dieser Preise wiederum wurde automatisch in Bezug auf die Währung reguliert.

Im Optionsschein finden wir das aussagekräftige Beispiel für die gängige Praxis, bei der es sich um ein zinsloses Schuldzertifikat und einen durch einen materiellen Vermögenswert gedeckten Schuldschein handelt.

Soweit beträchtliche und für die nationale Wirtschaft wichtige Neubauprojekte realisiert werden müssen, ist es unerlässlich, ganze Siedlungen nacheinander zu errichten.

Es wäre ein fehlerhafter Standpunkt, wenn man den Bau von Einfamilienhäusern oder Reihenhäusern nur dann befürworten würde, wenn der Haussuchende selbst Eigentümer werden möchte.
Der zu behebende Schaden ist die Wohnungsnot; es geht also nicht primär um Wohnraum an sich, sondern vor allem um die Schaffung von Wohnmöglichkeiten. Dieser Bedarf wird auch dadurch gedeckt, dass der gewerbliche Bau von Mietwohnungen gefördert wird. Nichts hindert daher einen Vermieter eines alten Mietshauses daran, Baukredite für den Bau eines neuen Mietshauses zu erhalten. Gerade in solchen Fällen kann eine höhere Vorauszahlung in bar als nur 10 % des gesamten Gebäudewerts verlangt werden.

Machine Translated by Google

Viele dieser Menschen sind bereit und in der Lage, beträchtliche Summen aus eigenen Mitteln in den Wohnungsbau zu investieren, wenn sie von der Bausparkasse einen entsprechenden Restbetrag oder einen Teilbetrag zinslos als Zuschuss erhalten. Gerade die Zinsfreiheit der Bausparkassengelder ermöglicht es, diesen für Großstädte so wichtigen Aspekt der Wiederbelebung des Baumarktes zu berücksichtigen.

Diese soziale und wirtschaftliche Konstruktionsbank wird jedoch später auch über die Finanzierung von Wohngebäuden hinausgehen und zinslose Kredite an national wirtschaftlich wichtige Unternehmen, Industrien, kommunale Bauvorhaben, Verbesserungen in der Landwirtschaft usw. vergeben, wenn auch mit einer kürzeren Rückzahlungsfrist.

Machine Translated by Google

Der Staat ohne Steuern

Das Hauptziel des nationalsozialistischen Staates ist der steuerfreie Staat. Auch wenn dies unter den heutigen Umständen wie eine wahnwitzige Utopie klingt, wenn es vielen wie ein zu schönes Versprechen erscheint, um wahr zu sein, wissen wir dennoch, dass dieses Ziel durchaus erreichbar ist, zumindest soweit die enorme Steuerbelastung für die Bevölkerung beseitigt wird.

Wir haben in den vorangegangenen Kapiteln mit aller Deutlichkeit den Beweis erbracht, dass heutzutage fast alle Steuern allein durch Zinszahlungen aufgezehrt werden. Wir zahlen Steuern für jedes Stück Brot, das wir essen, jedes gemütliche Wohnzimmer kostet einen Überschuss an Steuern, jeder Einkauf ist mit der Mehrwertsteuer belast Doch alles, was auf diese Weise in Steuern fließt, reicht bei weitem nicht aus, um allein die Steuern auf die Reparationsschulden zu bezahlen.

Es zeugt stets von mangelndem Geschmack und kritischem Verständnis, ein so grundlegendes Ziel wie den steuerfreien Staat als Utopie abzutun. Wer mit uns die verschlungenen Pfade der heutigen Finanzpolitik beschritten und den Ariadnefaden – die Zinspflicht des Staates – nicht aus den Augen verloren hat, für den dürfte es ein Leichtes sein, auch den Weg aus diesem Labyrinth des Minotaurus zu finden.

Wer sich über die Erniedrigungen erhebt und die beschriebenen Zusammenhänge aus einer höheren Perspektive betrachtet: Zinsverpflichtung des Staates – Steuern – Inflation; wer die Zinsverpflichtung aller Nationen des westlichen Kulturkreises als alles beherrschende Tatsache erkannt hat; wer erkannt hat, dass wir in einem Zeitalter einer völligen Umkehrung der gesunden und angemessenen Verhältnisse zwischen Arbeit und Wohlstand leben; wer sich der drängenden Logik nicht länger entziehen kann, dass insbesondere der Staat aufgrund seiner finanziellen Souveränität nicht gänzlich auf Kredite angewiesen ist, sondern alle großen öffentlichen Staatsaufgaben kreativ aus eigener Kraft finanzieren kann; für ihn ist es nur der letzte Schritt in eine finanzpolitische Neue Welt, einen Staat zu fordern, in dem die staatliche Finanzverwaltung es nicht als ihre erste Aufgabe ansieht, den Bürgern so viel Steuern wie möglich abzuverlangen, sondern im Gegenteil jede drückende Steuerbelastung zu beseitigen und die Volkswirtschaft zu stärken.

Wir können anhand von Zahlen belegen, dass ein Staat ohne Steuern keineswegs eine Utopie ist, sondern dass diese Möglichkeit in jedem ordnungsgemäßen Staatshaushalt gegeben ist, sofern sich der Staat von der Zinslast befreit. Dass dies auch ohne Rechenschaftspflicht möglich ist, beweist die Geschichte der Staatsinsolvenzen, die Dutzende von Fällen umfasst, in denen Staaten durch Insolvenz ihren Zins- und Schuldenlasten entkommen sind.

Es würde zu weit führen, hier noch einmal detailliert auf die genaue Darlegung einzugehen, die ich in meiner kleinen Streitschrift „Der Staatsbankrott“ gegeben habe: Die Lösung, nämlich die Anpassung der Zinszahlungen aus den öffentlichen Krediten bei gleichzeitiger Umwandlung der Anleihen in zinslose Bankaktiva, verdient in keiner Weise den anrüchigen Namen Konkurs, sondern diese Form der Befreiung des Staates und des Volkes von seinen zinsgebundenen Schulden bedeutet in Wirklichkeit die Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unerträglichen Fesseln.

Eine Anpassung dieser Zinszahlungen hätte jedoch bereits vor dem Krieg die Deckung der Staatsausgaben für die gesamte Staatsverwaltung ermöglicht. Ich habe den bayerischen Staatshaushalt von 1911 als Beispiel angeführt. Damals beliefen sich die Einnahmen des bayerischen Staates aus den sogenannten kommerziellen Staatsbetrieben (Eisenbahn, Post und Telegrafie) auf 120 Millionen Goldmark, die Einnahmen aus der Staatsforstwirtschaft auf 40 Millionen.

Machine Translated by Google

Die Ausgaben für die gesamte Landesverwaltung der Justiz (alle Amtsgerichte mit ihrem gesamten Personal- und Sachaufwand, alle Landesgerichte, die Landgerichte und die Oberlandesgerichte in München, Nürnberg usw.) beliefen sich auf 27 Millionen. Für die gesamte umfangreiche und sorgfältig aufgebaute interne Verwaltung des gesamten Freistaats Bayern – also für die zahlreichen Amtsgerichte, die Kreisverwaltungen, die Münchner Polizei, die Gendarmerie sowie zahlreiche weitere Einrichtungen und Behörden wie die Gesundheitsbehörden, das Landesimpfkrankenhaus, die Forschungsinstitute für Lebensmittel und Halbedelwaren, die Sanatorien und psychiatrischen Kliniken, das Verwaltungsgericht, das Statistische Landesamt, die Metrologiebehörden, die Versicherungskammern usw. – wurden Mittel aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Für Bildung, Schule und Kirche, also insbesondere für alle Mittelschulen, Gymnasien, Vorbereitungsschulen, Lateinschulen, 1911 waren es 40 Millionen. Realschulen, Realschulen, Berufsfachschulen, Lehrerbildungsanstalten, für alle staatlichen Bau- und Fachschulen, die Handwerks- und Musikschulen, die Landwirtschafts- und Bezirkslandwirtschaftsschulen, für Weihenstephan[80] und für das biologische Forschungsinstitut, für alle Frauenbildungseinrichtungen und dann vor allem für die Universitäten mit ihren unzähligen Sammlungen und Instituten, die Technische Universität, für die anderen Kunsthochschulen, für die Handwerkshochschulen, für die Musikakademie, dann für das Maximilianeum[81], ferner für die zentralen Institute für Wissenschaft und Kunst, die Akademie der Wissenschaften, die wissenschaftlichen Sammlungen des Staates, die Bayerischen Museen, die Staatsbibliothek, das Staatstheater usw., für dieses enorme Tätigkeitsfeld des Kulturministeriums mit seinen Tausenden von Beamten, mit seinen enormen Kunstschätzen in den Sammlungen und Museen, die alle in der Tat Gebäude, Verwaltung und Pflege benötigen, im Jahr 1911, Insgesamt wurden 51 Millionen ausgezahlt. Im Zuständigkeitsbereich des *Finanzministeriums,* das sich nicht nur mit der Eintreibung von Steuergeldern befasst, liegen die Aktivitäten der Forstverwaltung mit Hunderten von Förstern, die Verwaltung von Bergwerken, Hüttenwerken, Salinen, die gesamten zentralen und untergeordneten Zollämter, die zentrale Münzprägeanstalt, die Staatsschuldenverwaltung und die Staatsbank, die Vermessungsämter und das Landesvermessungsamt, die staatlichen Kurverwaltungen, die Hofbrauerei München usw. Allein dieser umfangreiche Betrieb verursachte Kosten in Höhe von 15 Millionen. Die Ausgaben des *Verkehrsministeriums* wurden aus eigenen Betriebseinnahmen gedeckt, die *Pensionen* der alten Beamten hingegen beanspruchten die beträchtliche Summe von rund 36 Millionen.

Somit beliefen sich die gesamten Ausgaben für die Justizverwaltung, die interne Verwaltung einschließlich der Gebäude – die ich oben nicht explizit erwähnt habe – sowie die Finanzverwaltung, das Bildungs- und Entwicklungswesen und die Renten auf 27+40+51+13+36=167 Millionen.

Die Überschüsse, die die staatlichen Betriebe Post und Eisenbahn, Bergwerke und Forstbetriebe in Höhe von rund 160 Millionen an die Staatskasse abführten, hätten somit tatsächlich fast ausgereicht, um den gesamten gigantischen staatlichen Verwaltungsapparat zu decken – und das ganz ohne Steuern!

Ein Staat ohne Steuern wäre somit Realität geworden, wenn die gesamten Steuereinnahmen der Bayern – 60 Millionen Euro direkte Steuern und 53 Millionen Euro indirekte Steuern sowie zusätzlich 31 Millionen Euro Gebühren, insgesamt also 134 Millionen Euro – nicht vollständig für die Zinszahlungen an das Darlehenskapital hätten verwendet werden müssen. Allein die Zinszahlungen für die bayerischen Staatsschulden…

[80] Weihenstephan ist ein Kloster aus dem 11. Jahrhundert in Oberbayern, das 1803 in eine Forstschule und eine Staatsbrauerei umgewandelt wurde.

81 Das Maximilianeum in München wurde von König Maximilian II. von Bayern als Sitz einer Studentenstiftung entworfen. Seit 1949 beherbergt es den Bayerischen Landtag.

Machine Translated by Google

forderte 84,6 Millionen (!) und Bayern musste dem Reich ebenfalls 50 Millionen für die Zinszahlung aus der Reichsschuld zahlen.

Ich habe einen kurzen Überblick über die großen und kleinen Bereiche unseres Staatslebens gegeben. Dies erscheint besonders wichtig, weil der Nationalsozialismus auch bedenkt, wie außerordentlich viel und welch vorbildliche Arbeit der alte Staat geleistet hat, vieles, was keiner Reform und keiner Verbesserung bedarf, sofern es nicht Angelegenheiten betrifft, die niemals abgeschlossen werden können.
Auch für staatliche Organisationen gilt: Sie können nicht stillstehen, wenn sie nicht erstarren wollen. In vielen Bereichen würde ein frischerer und freierer Geist nicht schaden, und hier und da sind tiefgreifende Reformen angebracht. Zumindest in vielen Zweigen unserer Verwaltung muss ein neuer Geist Einzug halten, insbesondere der Geist der klaren Verantwortung des Beamten für seine Aufgaben und die Bürger, denen er dient.

Nur ein Bereich wurde zu völlig falschen Vorgehensweisen gezwungen – die staatliche Finanzverwaltung. Wenn solche Umstände wie die eben beschriebenen möglich sind, ist dies in der Tat ein Zeichen dafür, dass hier ein radikaler Wandel notwendig ist. Dies gilt allerdings bereits für den Staat vor dem Krieg – schon damals war der Staat in die Zinszahlung für das private Darlehenskapital eingebunden.
Nichts verdeutlicht die damals bereits bestehende Abhängigkeit des Staates von Fremdkapital so eindrücklich wie eine Untersuchung der Steuerverteilung auf die verschiedenen Einkommensarten. Laut dem Haushaltsplan von 1911, auf den sich unsere bisherigen Betrachtungen stützen, wurde Grundbesitz mit 12,6 Millionen, Wohneigentum mit 12,1 Millionen und die Gewerbebetriebe mit 17 Millionen bewertet, während Kapitalrenten mit einem Gesamteinkommen von 253 (!) Millionen Goldmark lediglich mit 10 Millionen besteuert wurden. Dies stellt somit eine äußerst großzügige Behandlung derer dar, die ohne Anstrengung und Arbeit auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben können.

Die unzähligen kleinen Renteneinkünfte – wir denken dabei an die Rentengruppe von 70 bis 700 Millionen Mark – stellen zahlenmäßig zwar den überwiegenden Teil der Kapitalrentensteuerverpflichtungen dar, nämlich rund 150.000, aber weder ihre Kapitalzinserträge noch ihre Steuerzahlungen in Höhe von rund 0,7 Millionen Mark würden im Staatshaushalt eine Rolle spielen – was diese Zahlen für uns aber so bemerkenswert macht, ist der Umstand, dass das große Darlehenskapital bei diesen Hunderttausenden von Kleinzinsempfängern einen starken Schutzwall gegen alle Angriffe auf die Anstrengung und das arbeitslose Einkommen aus Zinsen geschaffen hat.

Es ist natürlich leicht, diese Kleinzinsempfänger davon zu überzeugen, dass ihre Ersparnisse ihnen zumindest einen gewissen dauerhaften Zinsanspruch garantieren müssen, denn die Ähnlichkeit dieser Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und sich ihre Ersparnisse selbst erarbeitet haben, mit Rentenempfängern im öffentlichen Dienst und Arbeitnehmern ist offensichtlich. Doch was diese Haltung von der Idee einer Rente unterscheidet, ist der wesentliche Unterschied: Der Rentenanspruch ist personengebunden und erlischt mit dem Tod, während der Zinsanspruch ein materieller Anspruch ist und unabhängig von der Person unpersönlich an den bloßen Besitz von Geld als „ewigen Rechtsanspruch“ gebunden ist.

Wir werden diese Zusammenhänge in der Diskussion über die allgemeinen Altersrenten weiter behandeln, da uns diese Beobachtungen den Übergang vom ungerechtfertigten ewigen Interesse zum berechtigten Anspruch jedes Volksgenossen auf einen sorgenfreien Lebensabend ermöglichen würden.

Diese kleinen Zinsempfänger werden bei der Frage, mit der wir uns befassen – der bemerkenswert nachsichtigen Behandlung von Darlehenskapital durch den alten Staat –, nicht berücksichtigt, sondern nur diejenigen, die den Löwenanteil der Kapitalpensionen einstreichen und dann wieder als die großen Finanzgeber des Staates auftreten.

Machine Translated by Google

Weg mit diesem nationalen wirtschaftlichen Unsinn einer interessenkapitalistisch orientierten staatlichen Finanzverwaltung und hinaus in den freien nationalsozialistischen Arbeits- und Leistungsstaat, befreit von allen Steuern.

Sobald der Staat von der Last seiner Zinsverpflichtungen befreit ist, wird sich zeigen, was er leisten kann. Wenn zusätzlich neue, umfangreiche Einnahmequellen wie die Nutzung von Wasserkraft und den natürlichen Ressourcen des Landes hinzukommen, wird der Staat ohne Steuern keine Utopie mehr sein, sondern erfreuliche Realität.

Wenn wir dennoch von einer Steuerpolitik des nationalsozialistischen Staates sprechen wollen, so deshalb, weil aus solchen Steuerquellen die Mittel für viele Aufgaben fließen konnten, die eigentlich einer staatlichen Lösung bedurften, für die jedoch im Staatshaushalt nie zusätzliche Mittel vorhanden waren. Wir denken hier an die großen Bereiche der Volksgesundheit, die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und Alkoholmissbrauch, die Förderung des Sports, die umfassendere Förderung von Kunst und Wissenschaft, Mutterschaftsurlaub, Kinderbetreuung, den Bau von Gartenstädten und vor allem die Wiedergutmachung der Ehrenschuld des deutschen Volkes gegenüber seinen Kriegsverwundeten, Kriegswitwen und -waisen.

Folgende Grundsätze sollten für ein nationalsozialistisches Staatssystem im Bereich der Steuerpolitik als Leitprinzipien gelten:

1. Eine Besteuerung von Zinszahlungen für interne Darlehen ist ausgeschlossen.
2. Steuern sind nur zur Deckung der Staatsausgaben für unproduktive Zwecke, für die Verwaltung, die Justizverwaltung, das Militär, die Polizei, das Gesundheitswesen und das Bildungswesen zulässig, sofern die Überschüsse der staatlichen Handelsbetriebe, der Eisenbahnen, der Post, der Telegrafie, der Staatswälder und der Staatsbergwerke sowie der Stromversorgung durch die großen staatlichen Fernverkehrsbahnhöfe für deren Deckung nicht ausreichen.
3. Zur Deckung besonderer Bedürfnisse oder besonderer Notlagen, also insbesondere im Falle eines Krieges, sind direkte und indirekte Steuern nicht nur zulässig, sondern geboten.
4. Direkte Steuern können auf Vermögen in jeder Form erhoben werden, wobei hier eine weitreichende Abstufung vorgesehen ist. Das Einkommen soll bis zu einem angemessenen Umfang steuerfrei bleiben. In diesem Fall sollte genauer als bisher geprüft werden, ob der Steuerpflichtige eine Familie mit Kindern oder andere Betreuungspflichten hat.
5. Staatsbeamte sollen grundsätzlich von Steuern befreit werden. Für verheiratete Personen und Kinder. Zulagen müssen garantiert werden.
6. Indirekte Steuern kommen in normalen Zeiten nur bei Luxusgütern in Betracht. Der Staat verfügt hier über ein hervorragendes Mittel, um die Preise für Produkte zu kontrollieren und zu erhöhen, die lediglich dem Reiz des verlockenden Luxus, der Verschwendungssucht und der Völlerei beim Essen und Trinken sowie den Exzessen der Mode dienen. Selbst reine Halbluxusgüter wie Tabak, Alkohol und Wein, sofern sie nicht gesundheitlichen Zwecken dienen, unterliegen indirekten Steuern. Andererseits sind alle indirekten Steuern, die die Bevölkerung heutzutage ausbeuten, grundsätzlich zu vermeiden. Gemeint sind hier alle unsinnigen indirekten Steuern, die lediglich preistreibend wirken, etwa auf Zucker, Salz, Streichhölzer, Lampen und Limonade, sowie die Steuern auf Kohle, die die Produktion drastisch verteuern, die Steuern auf den Personen- und Güterverkehr und vor allem die Warenumsatzsteuer.

7. Die Einziehung der Kriegs- und Revolutionsgewinne ist eine Aufgabe der Gerechtigkeit. Für eine solche Aufgabe muss selbstverständlich zunächst eine vernünftige Berechnungsgrundlage geschaffen werden, auf der der gegenwärtige Reichtum mit dem früheren verglichen werden kann. Auch hier ist selbstverständlich zwischen dem Reichtum, der aus produktiver Arbeit stammt und für den der Krieg jedoch einen besonderen Aufschwung bedeutete, zu unterscheiden. Es ist nichts anderes als gerecht und

Machine Translated by Google

Es ist angemessen, dass ein Teil der beträchtlichen Kriegsgewinne der Gemeinschaft zugutekommt. Eine wesentlich schärfere Bewertung ist hingegen bei jenem Vermögen vorzunehmen, das aus dem Handel mit Zwischenhändlern und Spekulationen entsteht.

8. Stempelgebühren und -abgaben, auch Steuern, die das freie Verfügungsrecht über Vermögensteile einschränken, soweit diese Verfügung nicht dem Gemeinwohl zuwiderläuft, sind nach Möglichkeit zu begrenzen. Hierzu zählen auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Grundsätzlich sollte die Steuer- und Finanzpolitik das Endziel des „Staates ohne Steuern“ anstreben, denn es ist nicht Aufgabe des Staates, seinen Bürgern Geld abzuverlangen, um eine im Grunde falsche Staatskreditwirtschaft aufrechtzuerhalten, sondern das allgemeine Wohl der Bevölkerung zu steigern.

Der Staat hat nicht die Aufgabe, Zinsen für große Kredite einzutreiben, sondern die Person und das Eigentum seiner Bürger zu schützen und die natürlichen Ressourcen des Landes für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Mittel für die unproduktiven Staatsaufgaben sollten, wie bereits beschrieben, primär aus den Überschüssen der staatlichen Handelsbetriebe, sekundär aus Luxussteuern, drittsekundär aus Vermögen und Einkommen, das über das durch bloße Arbeit Erzielbare hinausgeht, und erst dann aus den Mittelschichten mit Besitz sowie aus indirekten Steuern auf nicht lebensnotwendige Güter stammen. Nur in Kriegszeiten, in denen das Leben der gesamten Nation bedroht ist, kann der Staat – wie er im Rahmen seiner Wehrpflicht von allen den Militärdienst einfordern kann – auch von der Allgemeinheit, insbesondere den Besitzenden, einen finanziellen Beitrag zur Kriegsführung in Form von direkten und indirekten Steuern verlangen.

Abschließend sei noch einmal auf die Frage der „kommerziellen Staatsbetriebe“ eingegangen. Man möchte nun darauf hinweisen, dass Staatsbetriebe nicht „profitabel“ sind. Die grundlegende Frage der Profitabilität haben wir bereits ausführlich erörtert.

Hinter dem Bestreben, die Eisenbahnen usw. „wirtschaftlich“ zu führen, sie „von der unwirtschaftlichen Staatsbeförderung zu befreien“ oder sie „in eine gemischtwirtschaftliche Form zu überführen“, verbirgt sich lediglich der kaum verhüllte Wunsch großer Kreditinstitute, sich auch diesen beträchtlichen Teil des nationalen Vermögens zunutze zu machen. Gibt der Staat selbst diese Vermögensanteile ab, so ist er vollständig dem Kreditkapital ausgeliefert und verfügt – abgesehen von der Befugnis, Zinsen für dieses Kapital einzutreiben – über keinen Bereich mehr, in dem er souverän agieren, regulierend tätig sein oder erhebliche Einnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben generieren kann.

Machine Translated by Google

Die finanzielle und politische Befreiung des Staates

Wir haben zunächst beschrieben, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um solche Umstände künftig unmöglich zu machen. Diese Aufgaben erfordern zwar Kreativität, sind aber dennoch realisierbar, ohne dass die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt oder geändert werden müssen. Anders verhält es sich mit der Aufhebung der bestehenden Verschuldungsketten unseres Staates gegenüber seinen in- und ausländischen Gläubigern.

Die hier zu ergreifenden Maßnahmen sind an sich denkbar einfach, doch ihre Umsetzung wird zahlreiche Schwierigkeiten bereiten. Die Lösung für die ewige Zinsverpflichtung aus Binnenkrediten liegt in *der gesetzlichen Abschaffung dieser Zinszahlung.* Andererseits wird das Großkapital, unter Berufung auf die Interessen der kleinen Rentner, einen lauten Aufschrei veranstalten und die schrecklichsten Drohungen gegen einen Staat aussprechen, der „unverletzliche Rechte mit Füßen tritt“ und „einen Rechtsbruch begeht, der ihm das letzte Quäntchen Vertrauen raubt“. Das Großkapital wird natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, um dieses „ungeheure Verbrechen gegen grundlegende Wirtschaftsgesetze“ zu verhindern. Natürlich! – Man kann schließlich nicht erwarten, dass eine internationale Macht plötzlich auf ihren Herrschaftsanspruch verzichtet.

In diesem Kampf geht es nur darum, eiserne Nerven zu bewahren und sich nicht zu erlauben,
Lasst euch nicht vom Gebrüll der Presse-Kulis einschüchtern, die von der Hochfinanz unterhalten werden.

Der Jude wird diesen Kampf mit größter Hartnäckigkeit führen, denn es geht um „seine Ehre“, wie der alte Rothschild sagte: „Mein Geld ist meine Ehre, und wer mir mein Geld nimmt, nimmt mir auch meine Ehre.“

Natürlich sollte den Inhabern der Staatsanleihen in keiner Weise ihr Geld weggenommen werden, aber es müssen rechtliche Forderungen zurückgenommen werden, die sich in der Praxis als große Ungerechtigkeit gegenüber der nationalen Gemeinschaft erwiesen haben.

Doch aus Sicht des Staates wie auch aus Sicht der Bevölkerung, die durch ihre Arbeit enorme Summen aufbringen muss, um diese „legalen Forderungen der Staatsgläubiger“ zu erfüllen, handelt es sich nicht um „legale Forderungen“, sondern um die größte Ungerechtigkeit aller Zeiten – um einen fortwährenden Raub der Werktätigen zugunsten einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten mit staatlicher Unterstützung. *Ein Staat, der die „Abschaffung der Zinsknechtschaft“ vollzieht, begeht keine Ungerechtigkeit, sondern sühnt eine schwerwiegende Ungerechtigkeit, zu deren Begehung er selbst als Strohmann gedient hat.*

Das bedeutet natürlich eine vollständige Umstrukturierung des gegenwärtigen Staates; er muss entscheiden, ob er dem Gemeinwohl dienen will oder ob er, wie jetzt, der Gerichtsvollzieher der internationalen Finanzen sein will.
In dieser Frage gibt es keine Kompromisse. Nur ein entschlossenes Durchgreifen kann hier zum Ziel und zur Lösung führen.

Der nationalsozialistische Staat ist sich dieser folgenreichen Entscheidung durchaus bewusst – es wäre äußerst schwierig, einen solch entscheidenden Schritt zu wagen, wenn wir nicht genau wüssten, was wir anstelle der zinskapitalistischen Wirtschaft errichten müssen. Doch weil wir dies wissen, ziehen wir mit der Gewissheit des Sieges in diese größte Schlacht der Weltgeschichte. Wir wissen, dass die Herrschaft des Zinses allein auf Lügen und Täuschung beruht, und weil wir dies wissen und klar erkannt haben, wissen wir auch, dass ein solches *Spinnennetz* aus Lügen und Täuschung, so mühsam es auch gesponnen worden sein mag, mit einem Ruck zerrissen werden kann.

Nur noch eine Frage, die letzte, muss uns beschäftigen: Was werden die anderen Nationen zu einer solch radikalen Reform und insbesondere zur Verweigerung weiterer Zinszahlungen an ausländische Zinsgläubiger sagen?

Machine Translated by Google

Ja, was werden die anderen Nationen dazu sagen? Diese Frage ist an sich schon von so großer Bedeutung für unsere deutsche Notlage und auch für die weltoffene Haltung der größten Kreise.
Was genau sind „fremde Nationen“? Sind es die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner? Die Schweden, die Niederländer und die Norweger? Die Russen oder die Chinesen? Oder die Inder, die Feuerländer oder die Kongolesen? Tatsächlich gehören all diese Menschen in unserem Verhältnis zu „fremden Nationen“. Nun, die allermeisten dieser „Ausländer“ werden gar nichts sagen, nur wenige Chinesen, Russen und Franzosen werden im Allgemeinen wissen, worum es geht. Schließlich bleiben noch die Regierungen unserer Kriegsgegner und natürlich – als die wirklich Interessierten – die jüdischen internationalen Banker, die „etwas dazu sagen werden“. Was die internationale Finanzwelt dazu zu sagen hat, lässt sich jedoch sehr leicht beantworten. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ein solches Vorgehen als beispielloses Verbrechen gegen die gebildete Menschheit brandmarken, sie wird durch ihre ihr ergebene Presse mit allen erdenklichen Lügen und Verdrehungen die sogenannte zivilisierte Welt gegen einen solchen beispiellosen Bruch eingegangener Verpflichtungen aufhetzen, sie wird vom vollständigen Zusammenbruch Europas sprechen und sie wird versuchen, Frankreich als den besonders geeigneten Träger der europäischen Zivilisation zu einem offenen Krieg gegen Deutschland aufzustacheln. All das werden die ausländischen Nationen, das heißt die jüdische Finanzelite, gegen einen solchen Anschlag auf die Gesamtmacht des Großjudentums sagen.

Man könnte sich daher sowohl die Frage als auch die Antwort ersparen. Denn es ist sonnenklar, dass sich jene Macht, gegen die sich der Befreiungskrieg richtet, nicht kampflos unterwerfen wird, da es hier nicht um Deutsche geht, denen fremde Interessen und Rechte meist heiliger sind als die Rechte der Deutschen, sondern um Männer, deren herausragendstes Merkmal ein brutaler Machtwille ist.

Bei all diesen letzten historischen Fragen ist es völlig sinnlos, über das weitere Vorgehen des Feindes zu spekulieren, denn dass dieser eine Befreiung oder einen Aufstand nicht sofort zulassen wird, liegt auf der Hand. Ganz anders verhält es sich mit der Frage, welche Machtmittel dem Gegner zur Verfügung stehen und welche Stärken man selbst besitzt. Weiß man zudem genau, was man selbst tun muss und tun wird, so muss man beobachten, wie der Feind den Angriff abwehren wird, und erst dann kann man Gegenmaßnahmen ergreifen. Kein militärischer Plan kann den Feldzug über den ersten Angriff hinaus festlegen, aber er kann durchaus die allgemeinen Leitlinien für ein energisches Vorgehen liefern. So ist es auch hier.

In unserem Fall sind die Gegner schwer zu fassen, da es sich um eine unpersönliche und supranationale Macht handelt. Der Kampagnenplan muss daher zunächst klären, welche Mächte und Interessen nicht als Gegner infrage kommen. Dies ist wichtig, um zu vermeiden, dass Kräfte unnötig in eine Richtung eingesetzt werden, von der keine Gefahr ausgeht.

Hinter der Frage „Was werden die anderen Länder dazu sagen?“ verbirgt sich vor allem die Angst, dass wir in einem solchen Fall weder Kredite noch Lebensmittel oder andere Rohstoffe aus dem Ausland erhalten werden.
Wie ist die Lage hier nun?

Als Volkswirtschaft können wir unsere Importe langfristig immer nur durch unsere Exporte finanzieren, das heißt, Waren gegen Waren tauschen, aber nicht mit Papiergeld und nicht mit „Krediten“.
Das alles funktioniert eine Zeitlang, solange die ausländischen Staaten tatsächlich Kredite gewähren, das heißt, solange die verschiedenen ausländischen Lieferanten darauf vertrauen, dass die deutschen Importeure die betreffenden Waren zum vollen Wert bezahlen. Das ist aber nur möglich, wenn die Importeure als Exporteure deutscher Waren bereits ausländisches Geld erhalten haben. Die Befürchtung, dass wir weder Baumwolle noch Fette erha

82 Die Einwohner von Feuerland, dem Archipel vor der Südspitze Südamerikas.

Machine Translated by Google

Die Frage, ob Kupfer oder Futtermittel aufgrund der Verweigerung internationaler Zinszahlungen geliefert werden, verknüpft im Grunde genommen völlig unterschiedliche Sachverhalte. Selbst die Macht der jüdischen Großbanken kann langfristig nicht verhindern, dass die Überschüsse der Rohstofflieferanten auf irgendeine Weise die deutschen Fabriken und Betriebe erreichen und umgekehrt, dass deutsche Fertigwaren ihren Weg auf die Weltmärkte finden. Dieser Warenaustausch zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften folgt den unumstößlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Natürlich kann es, wie wir im Krieg und später im Ruhrgebiet erlebt haben, unter Zwang und vorübergehend zu Einschränkungen und Stillständen kommen. Doch auch dies sind einschneidende Maßnahmen, die den anderen Ländern in ähnlicher Weise schaden.

Wir können daher mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Großhandel den absolut notwendigen Importbedarf decken wird. Es wird immer neutrale Länder geben, über die diese Importe zu uns gelangen können.

Eine Volkswirtschaft, die sich ihrer nationalen Pflichten wieder bewusst wird und dadurch im Exportgeschäft wieder effizienter wird, kann mit größerer Wahrscheinlichkeit darauf zählen, das alte Vertrauen zurückzugewinnen. Die befristeten Zwischenkredite im Import- und Exportgeschäft sind Angelegenheit der Handelshäuser und basieren auf deren persönlicher Kreditwürdigkeit.

Diese Frage hat nun noch eine weitere Dimension: die Befürchtung politischer Zwangsmaßnahmen aufgrund der Aussetzung der Zinszahlungen auf Kriegsanleihen und andere verzinsliche Anleihen des Reiches oder der Bundesländer. Selbst dies ist äußerst unwahrscheinlich, da es hier um die Zinsforderungen einzelner privater Gläubiger deutscher Staatsanleihen geht, für die kaum politische Maßnahmen ergriffen werden können. Tatsächlich ist es in der Geschichte der Staatsbankrotte noch nie vorgekommen, dass auf die Aussetzung der Zinszahlungen ein Militäreinsatz folgte. Die gegenteilige Ansicht, die Franzosen würden in diesem Fall sofort Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, ist logisch keineswegs haltbar, denn andernfalls hätten die Feinde damals militärisch gegen den Verfall der Deutschen Mark vorgehen müssen. Der Währungsverfall entzog den ausländischen Gläubigern deutscher Anleihen letztlich alles. Unsere Maßnahmen sehen nun keineswegs die Annullierung dieser deutschen Binnenschulden vor, sondern lediglich den Zinsverzicht und die Umwandlung der Anleihen in Bankvermögen. Die Barauszahlung kann den ausländischen Gläubigern hingegen sofort angeboten werden.

Wie ist es möglich, dass Herr X. aus Illinois oder Chicago in einem solchen Fall, also wenn er von seinem Bankier die Information erhält, dass die deutsche Regierung die Kriegsanleihen in bar zurückzahlt und dieser Betrag seinem Konto gutgeschrieben wurde, sehr wütend wird und seine Regierung gegen Deutschland in Bewegung setzt?

Von keiner Seite ist ernsthafter Widerstand zu erwarten, wenn eine nationalistische deutsche Regierung die Abschaffung der Zinsen auf alle verzinsten Anleihen und gleichzeitig deren Umwandlung in zinslose Vermögenswerte bei Staatsbanken oder Postgirokonten verkünden würde.
Uns ist wichtig, dass die Gemeinschaft durch unsere Maßnahmen keinen Schaden nimmt – der Widerstand der kapitalistischen Seite darf die befreiende Tat nicht behindern. Gerade bei dieser Maßnahme wird sich zeigen, dass hier eine Seelentrennung stattfindet und dass die geschlossene Phalanx derer, die in dieser Regierungsmaßnahme eine Befreiung empfinden, …

[83] Als Ende 1922 festgestellt wurde, dass die Deutschen ihren Reparationszahlungen an die Alliierten in Höhe von Holz und Kohle ernsthaft nicht nachkamen, besetzten die Franzosen und Belgier unter der Führung des französischen Premierministers Raymond Poincaré im Januar 1923 das Ruhrgebiet. Die deutsche Reaktion auf diese Besetzung war größtenteils passiver Widerstand, der die Sympathie der Weltgemeinschaft gewann und zu einer Abschwächung der Reparationsbedingungen im Dawes-Pakt führte.
April 1924 (siehe oben S. 94), in dem auch der Rückzug der alliierten Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet gefordert wurde.

Machine Translated by Google

Die Befreiung der Arbeit von enormem Druck wird schon bald alle Arbeitnehmer erfassen. Lediglich der Banken- und Börsenzirkel sowie die in ihren Privilegien gefangenen Kleinrentner werden sich ihnen weiterhin entgegenstellen.

Wer arbeitet, hat kein besonderes Interesse daran, dass er von den Banken Zinsen auf sein kurzfristiges Vermögen erhält, geschweige denn daran, hohe Kreditzinsen zu zahlen; er will mit seinem Geld als Betriebskapital arbeiten und verdienen. Aus diesem Grund werden alle Geschäftsleute, Fabrikbesitzer und Händler kaum Interesse am Erhalt des zinskapitalistischen Systems haben. – Dies wird jedem sonnenklar, der bedenkt, dass die Staatseinnahmen – wie wir deutlich gezeigt haben – ausschließlich durch direkte oder indirekte Steuern vom Arbeitseinkommen der produktiven Arbeitnehmer stammen.

Wer sich dessen bewusst ist, kann sich zu keinem Zeitpunkt beirren lassen, denn es handelt sich in der Tat um ein fundamentales Prinzip: *dass der Staat seinen Bürgern nur das geben kann, was er ihnen zuvor in irgendeiner Form wieder nehmen musste.*

Die Zinsen für die Zinszahlungen des Staates müssen unter allen Umständen von den produktiven Arbeitnehmern getragen werden. Kein Arbeitnehmer ist von diesem Prinzip ausgenommen, am wenigsten der Arbeiter, der keine verzinsten Wertpapiere besitzt. Ihn trifft diese Situation am härtesten, denn die direkten und insbesondere die indirekten Steuern belasten ihn am stärksten. Dass der Arbeitnehmer durch die direkte Einkommensteuer in Form von Lohnabzug vor allen anderen zur Zahlung der Steuern aufgefordert wird, hat ihn in diesen Angelegenheiten bereits weitsichtig gemacht; dasselbe gilt auch für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Zwar sind sich diese Gruppen der weitaus radikaleren indirekten Steuern viel weniger bewusst – obwohl sie diese hauptsächlich in Form der Inflation spüren, wie im Kapitel „Inflation“ beschrieben. Die indirekte Steuer ist die unsozialste Steuer. Sie belastet die Arbeit zugunsten reinen Fremdkapitals. Niemand kann sich ihr entziehen, und daher drückt sie diejenigen am härtesten, die das geringste Einkommen haben. Die indirekten Steuern hingegen – die Steuern auf Kohle, Salz, Streichhölzer, Zucker, Bier und andere Getränke, die Steuern auf den Personenverkehr usw. – belasten den Besitzer eines großen Kapitalvermögens überhaupt nicht.

Daher gibt es jemanden aus dem Kreis der Arbeiter, der ein Gegner einer solchen Befreiungstat ist. Das kann nur auf mangelndes Wissen und Verständnis dieser Zusammenhänge zurückzuführen sein.

Die letzte und schwierigste Frage, mit der wir uns in diesem Kapitel noch auseinandersetzen müssen, ist die Frage der Aufhebung der internationalen Zinsverpflichtungen – mit anderen Worten, die Verweigerung weiterer Zinszahlungen für die Kriegsschulden.

Diese Frage ist am engsten mit der deutschen historischen Frage verbunden, ja, sie ist eigentlich die deutsche Frage im Allgemeinen, denn sie lautet: Will die deutsche Nation Freiheit oder Knechtschaft?

Wir wissen, dass in solch entscheidenden Fragen nur der feste Wille über Sieg und Niederlage entscheiden kann – die Antwort auf diese Frage geht daher weit über rein finanzpolitische Betrachtungen hinaus. Doch für eine Nation, die nach ihrer Freiheit strebt, ist es unerlässlich zu erkennen, dass ihre Knechtschaft in erster Linie finanzpolitischer Natur ist, dass Politik und Wirtschaft hier eng miteinander verknüpft sind. Neu an der gegenwärtigen Situation ist jedoch, dass sie von finanzpolitischen Machtverhältnissen bestimmt wird und militärpolitische Sichtweisen erst an zweiter Stelle stehen.

Wir können in der Tat vom mammonistischen Zeitalter als einer neuen Epoche sprechen. Der Gott Mammon hat den Thron dieser Welt bestiegen. Kaiser und Könige beugen sich vor ihm. Parlamente und Regierungen sind seine unterwürfigen Diener. Er hat es geschafft, große Bewegungen – wie das Streben der Lohnempfänger nach Verbesserung ihrer Lebensbedingungen – zu vereinnahmen. Auch das internationale Kapital hat d

Machine Translated by Google

Die Presse der Welt ist ihren Zielen dienstbar – denn sie hat sich auch zum Verwalter des kulturellen Reichtums und zum Verfälscher jeder nationalen indigenen Kunst und Literatur gemacht.

Als die herausragendsten Träger dieser mammonistischen Plage und Herrschaft über die Welt haben wir die Juden erkannt, und so schließt sich der Kreis unseres Wissens wieder einmal mit der Frage aller Fragen – *der Judenfrage.*

Die Lösung des Zinsproblems ist die Lösung der Judenfrage. Die Lösung des Zinsproblems im Sinne unserer Erklärungen bedeutet den Zusammenbruch der jüdischen Weltherrschaft, da sie die Macht des Weltjudentums – seine Finanzmacht – zerschlägt.

Die Lösung des Zinsproblems liegt aber darüber hinaus, in einem konstruktiven Sinne, in der gleichen Zeit ist auch die Lösung der sozialen Frage.

Eine Verweigerung sämtlicher Zins- und Zollzahlungen für die Kriegsschulden würde die internationale Finanzwelt, insbesondere Frankreich, vor die Frage der Übernahme der gesamten deutschen Finanzverwaltung stellen. Würden alle Reichssteuern, die derzeit der Zinszahlung an den Feind dienen, abgeschafft, käme dies in erster Linie einer inneren Befreiung von der irrsinnigen Steuerlast gleich – einer bedeutenden sozialpolitischen Leistung. Der Feind wäre gezwungen, in Deutschland eine eigene Finanzverwaltung aufzubauen.

Aber wenn das deutsche Volk in jedem Steuer- und Rentenamt einen französischen oder jüdischen Steuereintreiber sähe und wenn die besten Kühe der Bauern von diesen ausländischen Unterdrückern aus den Ställen geholt würden – dann würden der Zorn und die Empörung vielleicht bald so stark werden, dass eines Nachts das fremde Gespenst mit einem blutigen Besen hinwegfegen und Deutschland befreien würde.

Ob eine Militärmacht im Allgemeinen ein solches Unternehmen im Dienste von
Die Finanzkraft ist daher nach wie vor sehr fraglich.

Die Aussichten auf unseren Befreiungswillen sind keineswegs so ungünstig, wie es zunächst schien – im Gegenteil. Mit dem ersten Mal, als Deutschland die Auslieferung seiner „Kriegshelden“ einstimmig verweigerte, war das Schreckgespenst endgültig gebannt.

Die internationale Finanzwelt wird nun sicherlich nach anderen Methoden suchen, insbesondere nach Boykottmaßnahmen und der vollständigen Abschottung des Weltmarktes. Dass sie damit keinen Erfolg haben wird, ist ebenfalls gewiss; zudem würde ein Boykott deutscher Waren Deutschland zunächst nur in seiner Wirtschaftstätigkeit und zeitweise auch ausschließlich auf den Binnenmarkt lenken. Es läge daher auch hier allein in der Verantwortung einer geschickten Innenpolitik – insbesondere durch großzügige Förderung des Wohnungsbaus –, die kritischen Zeiten zu überwinden und sie zum Wohle der Bevölkerung zu nutzen, bis neue Wege in die Welt gefunden sind.

Diese Erschließung neuer Wege in die Welt wird durch die Überwindung der jüdischen Vorherrschaft auch unter anderen Nationen erfolgen, denn der Weg der einzelnen Nationen zu einer gesunden Volkswirtschaft führt nur über die Befreiung von der inneren Vergiftung durch das jüdisch-mammonistische Gift. Dann werden sich die natürlichen Wege eines gesunden internationalen Handels und Wirtschaftsaustauschs zwischen den Nationen von selbst öffnen – und die Menschheit, befreit von der jüdischen Unterdrückung, wird ein Zeitalter beispiellosen Wohlstands erleben – und vor allem *Deutschland – das Herz der Welt!*

Machine Translated by Google

Machine Translated by Google

Version 1.0

Veröffentlicht im Jahr 130 n. Chr., im Kali Yuga, Oktober 2018
des Christlichen Kalenders im Sudetenland Verlag.

Herausgegeben von Einar Birkemann.

Das Titelbild des Buches wurde von Italo gestaltet.